LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne European Review

3-4 / 1986

Prof. Dr. Wilhelm Hahn MdEP: Warum schweigt die Kirche zum Terrorismus?	.1
DrIng. Herbert Gassert: Umweltschutz in Europa	. 7
Dr. Lothar Kraft: Kultur und Entwicklung.	.19
Ernest F. Enzelsberger: Liberale und christlich-demokratische Entwicklungspolitik	.26
Prof. Dr. Fried Esterbauer: Gedanken über eine einzige UN- Entwicklungshilfeorganisation	. 33
Prof. Fred L. Casmir, Ph. D.: Reflections On the Contemporary Situation in South Africa	. 37
Reinhard Junghanns: Politik und Recht im revolutionären Nicaragua	43
Indochina Dossier:	
Vietnam unter kommunistischer Herrschaft (Au Dong The, Lam Dang Chau, The An, Tu Nguyen, Nguyen Quoc Khanh, Ph. D., Vu Ngoc Yen, Do Huu Tai)	52
Nguyen Tan Duc: Die vietnamesische Besetzung Kambodschas	105
Constanza de Habsbourg: Oublié du Monde: La Tragédie du Peuple Laotien	.110
Dr. Ladislaus Barlay: Venetische Variationen über Geist in der Politik, Menschenrechte, Regionalität und Europäische Integration	.113
Buchbesprechungen (Frey, Weck/Pommerehne/Frey, ORDO-Jahr- buch, Pisa, Feldman, Reichardt/Schmitt, d'Argenson, Agethen, Morgan/Bray, Hacke, Kruchem, Hanns-Seidel-Stiftung, Guillerm/ Kirk)	.130
Summaries	.149

Warum schweigt die Kirche zum Terrorismus?

VOL

Prof. Dr. Wilhelm Hahn MdEP*

Warum schweigt die Kirche zum Terrorismus? Diese Frage stellt sich angesichts der Tatsache, daß sich heute die leitenden Organe der evangelischen Kirche und der Weltrat der Kirchen zu vielen politischen Tagesfragen äußern. Besonders intensiv haben sie sich in die Friedensdiskussion eingeschaltet und zur atomaren Rüstung Stellung genommen. Aber ist es nicht so, daß der Terrorismus den einzelnen Bürger mittlerweile viel stärker bedroht, als ein möglicher Atomkrieg? Gewiß, ein solcher könnte gleich der ganzen Menschheit gefährlich werden. Aber es gibt kaum eine größere Stadt, in der nicht in den letzten Jahren Bomben von Terroristen gezündet worden wären. Es gibt eine große Zahl von Unbeteiligten, die Opfer von Anschlägen wurden. Flughäfen und Restaurants sind bevorzugte Aktionsfelder des Terrors, und der normale Passant ist der Leidtragende. Der Terror ist heute näher in seiner Bedrohung als die Atombombe.

Die Täter sind meist junge Menschen, die oft aus bürgerlichen Familien stammen und keineswegs aus persönlicher Not, vielmehr aus irreführender Ideologiebefangenheit zu Extremisten werden und den Mord als ein berechtigtes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ansehen. In der Bundesrepublik hat der Terrorismus in der 68er Studentenbewegung seinen Anfang genommen, an der die evangelischen Studentengemeinden besonders intensiv mitwirkten. Der heutige harte Kern der Terroristen könnte nicht so kaltblütig, effizient und für die Polizei so unfaßbar seine Todesaktionen durchführen, würde er nicht durch ein Sympathisantenfeld getragen und gedeckt. Diese Sympathisanten sind anscheinend der Meinung, die Terroristen und ihre Methoden wie auch ihre Ziele seien zumindest diskutabel. Die evangelische Kirche hat in der Frage der Gewalt als Mittel der Politik in den letzten Jahren eine merkwürdig ambivalente, unkonsequente und unsichere Haltung eingenommen. Natürlich ist es problematisch, pauschal von der Kirche zu sprechen, denn diese ist keine Einheit, sie besteht aus vielen Gemeinden und nicht nur aus den Leitungsorganen. Aber lautstarke Gruppen behaupten zumindest, für die Kirche sprechen zu können.

Diese Ambivalenz zeigt sich darin,

^{*} Vorabdruck eines Kapitels aus dem Buch des Autors das demnächst unter dem Titel "Europäische Kulturpolitik. Aufsätze über Bildung, Medien und Kirche" beim LIBERTAS-Verlag. Sindelfingen, erscheint. Der vorliegende Text trägt dort die Überschrift "Kirche und Terrorismus"

— daß die christliche Friedensbewegung, die sich weithin mit der Antiatombewegung deckt, es nicht fertiggebracht hat, sich von den Gewalttätern bei den gemeinsamen Demonstrationen zu distanzieren. Vielmehr dienen ihre Mitglieder vielfach als Schirm und Rückhalt für die Radikalen, die mit Molotowcocktails auf Menschen werfen.

- Kirchennahe Organisationen vermitteln Freiwillige nach Nicaragua, die in der Bundesrepublik angeblich aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigerten, nun aber als Brigadisten mit der Waffe Dienst tun. Geht es hier um das Gewissen oder um das politische System, das man nicht verteidigen, bzw. verteidigen will? Operiert die Kirche für dieses System?

Der Weltrat der Kirchen unterstützt Befreiungsbewegungen, insbesondere im südlichen Afrika. Bei dem ANC und der SWAPO handelt es sich um Organisationen, die erklärtermaßen mit Terrormethoden arbeiten, die sich auch und gerade gegen die schwarze Bevölkerung richten. Es soll hier nicht über die Berechtigung des ANC gegen die Apartheid geurteilt werden, wohl aber über die bewußt eingesetzten Mittel des Terrors, die etwa in seiner Proklamation "jeden Tag eine Leiche" ihren Ausdruck finden. Kann die Kirche dieses mittragen?

— Schließlich fällt das selektive Verhalten des Weltrates der Kirchen auf, der zum Einsatz von Gewalt größten Stils von Schwarzen gegen Schwarze, etwa in Äthiopien oder in Uganda schweigt, obgleich hier teilweise ein Massenmord im Gange ist. Vor der blutigen Unterdrückung anderer schwächerer Stämme durch den herrschenden Stamm in vielen afrikanischen Staaten schließt man die Augen, obgleich das Leben eines Schwarzen in Uganda ebensoviel Wert hat, wie das eines Bantu in Südafrika. Der Weltrat der Kirchen ist nicht nur für die weißen Christen zuständig, sondern auch für die schwarzen und ihr Verhalten zueinander.

Dieses widerspruchsvolle Handeln der Kirche erfordert Aufklärung. Was sind die Gründe hierfür und, ist dieses Handeln biblisch zu rechtfertigen?

Es ist nicht möglich, hier die Geschichte des Terrorismus nach dem II.Weltkrieg oder auch nur seine verschiedenen Spielarten in der Welt zu schildern. Für die Bundesrepublik ist charakteristisch, daß er aus der studentischen Protestbewegung der 68er Jahre hervorging, sich aus der bürgerlichen Wohlstandsjugend rekrutierte, sich auf ein Umfeld von Sympathisanten aus dem intellektuellen Milieu stützt und im engen Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, insbe-

sondere des Nahen Ostens steht.

Die Motive lassen sich so umschreiben, daß Minderheitengruppen, die radikale politische Ziele meist kommunistischer Färbung nicht mit legalen Mitteln in der parlamentarischen Demokratie durchsetzen können, sich dazu entscheiden, diese um des absolut gesetzten Zieles willen mit Gewalt zu verwirklichen. Dazu gehört die bewußte Durchbrechung der bestehenden Gesetze, Provokation des Rechtsstaates, um ihn in einen Polizeistaat zu verwandeln und dadurch verhaßt zu machen, Verunsicherung der gesamten Bevölkerung, um sie für einen Umsturz psychisch anfällig zu machen. Diese Extremisten sind in ihrer Brutalität und Menschenfeindlichkeit und kalten Mordbereitschaft durch nichts zu übertreffen. Es wundert nur, daß nicht wahrgenommen wird, daß sich hier die Mentalität der Nazikiller wiederholt. Warum spielt dieser Gedanke bei der Förderung nach Be-

wältigung der Vergangenheit und Verhinderung der Wiederholung der Unmenschlichkeit keine Rolle? Hier ist der "Hitler in uns" wieder am Werk! Warum schweigt die Kirche und gibt keine klare Weisung, die Jugendliche davon abhält, diesen Irrweg zu gehen?

Das hat zunächst wohl einen politischen Grund. Eine grundsätzliche Verurteilung des Terrorismus würde auch die von den Kirchen unterstützten Befreiungsorganisationen treffen. Diese verwenden genau die gleichen Methoden. Die Kirche würde bei einer solchen Erklärung ihre finanzielle und moralische Unterstützung etwa des ANC einstellen und sich für die schwarzen Apartheidsgegner um Butolezi entscheiden müssen, die den gewaltlosen Kampf für die Emanzipation der Schwarzen in Südafrika auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Hinzu kommt, daß die "Theologie der Befreiung" oder "der Armen" im Weltrat der Kirchen anerkannt wird, die im bewaffneten Aufstand der unterdrückten Massen, besonders in Südamerika, die Erfüllung des Wirkens Jesu als des "Umstürzlers aus Nazareth" sieht. Auch da, wo man in Europa sich mit dieser Theologie nicht identifiziert, sind doch Kirche und Theologie oft in hohem Maße politisiert und deshalb nicht mehr bereit, zwischen kirchlicher Verkündigung und sozialem Kampf in den Ländern der Dritten Welt eine klare Unterscheidung vorzunehmen.

Ein häufig gehörtes Argument gegen eine klare Verurteilung des Terrorismus ist der Hinweis auf das Attentat auf Hitler am 20.7.44. Hier zeige sich, so sagt man, daß Mord auch für Christen geboten sein könne. Aber diese Argumentation verkennt, daß dieses Attentat kein Ausfluß des Terrorismus war, sondern aus tiefster Gewissensnot von Menschen, die sich an Gottes Gebot gebunden wußten, in einer Grenzsituation gewagt wurde. Sie wurden sich nach langen Gewissenskämpfen darüber einig, daß sich in diesem Menschen Hitler das Böse in einmaliger, umfassender sowie alles zu erdrücken drohender Weise konzentrierte, da er für den Weltkrieg, die Unterdrückung unter der Gewaltherrschaft und den Massenmord jener Tage verantwortlich war. Für die Attentäter war jener versuchte Mord eine einmalige Handlung zum Zwecke des Tyrannenmordes und nicht das grundsätzlich zu bejahende politische Mittel zur Erledigung politischer Gegner, wie es gerade von Tyrannen und Terroristen eingesetzt wird. Als wichtigste Ursache des Schweigens der Kirche zum Terrorproblem ist aber die theologische Entwicklung aufgrund der theologischen These von Karl Barth anzusehen: er meinte, den doppelten Anspruch Gottes in "Gesetz und Evangelium" in die Reihenfolge zu "Evangelium und Gesetz" umkehren zu müssen. Damit entwertete er das irdische Gesetz, seien es die zehn Gebote, sei es aber auch das des Staates als einer Ordnung, die auf Gottes Erhaltungswillen beruht. Vielmehr sollte nun nur noch das Gesetz der Liebe, wie es aus dem Evangelium sich ergibt, den Christen binden. Diese Umkehrung hat zu einer Gesetzesfeindlichkeit (Antinomismus) in der evangelischen Theologie geführt. Der Staat, und zwar die Macht als solche, wurde verfemt, aber auch der Rechtsstaat wurde seiner Würde entkleidet. Law and order wurden plötzlich zu einer verächtlich zitierten Formel. Damit setzte sich diese Theologie in Gegensatz nicht nur zu Römer 13, wo Paulus ausdrücklich dem Staat das Gewaltmonopol zuspricht. Auch Jesus bestätigt

diesen in den Evangelien, etwa im Gespräch mit Pilatus. Vor allem steht diese Haltung in klarem Gegensatz zu den Reformatoren. Die "Zwei-Reiche-Lehre", die nicht nur Luther, sondern auch Calvin vertritt und die in der 4. und 5. These der Synode von Barmen wiederholt wird, zeigt den Rechtsstaat als gute Ordnung Gottes.

So lautet die 5. These:

"Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Ordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt."

Dies bedeutete auch für die Bekennende Kirche nicht die bedingungslose Unterwerfung unter die Gebote des Staates, schon gar nicht, wenn er das Recht bricht oder Gesetze erläßt, die der Gerechtigkeit Hohn sprechen. Sofern der Staat aber für Recht und Frieden sorgt und, so dürfen wir hinzufügen, die Freiheit der Meinung und des Gewissens achtet, ist er eine Ordnung zur Erhaltung des Lebens, für die wir Gott danken sollen.

Demgegenüber ist es weithin üblich geworden, die Macht als solche, ohne die ja ein Staat seine Funktion nicht erfüllen kann, zu verdächtigen. Angeblich steht Gott immer auf der Seite derer, die keine Macht haben oder besser noch derer, die gegen sie sind. Als ob es keinen König David und Salomo gegeben hätte! Macht ist an sich wertneutral. Es kommt darauf an, wie und wozu sie eingesetzt wird.

Die Abwertung des Gesetzes und mit ihr des Staates hat dazu geführt, daß der qualitative Unterschied zwischen dem freiheitlich verfaßten, demokratisch regierten Rechtsstaat, wie wir ihn in der Bundesrepublik haben und wie er Grundgesetz verfaßt ist, und den kommunistischen Volksdemokratien eit im Grundgesetz verfaßt ist, und den kommunistischen Volksdemokratien mit Einparteienherrschaft und ohne Meinungsfreiheit nicht mehr anerkannt wird. Man tut so, als könnten beide Staatsformen vor dem Urteil des Christen sowieso nicht bestehen, so daß beide für den Christen gleich wenig wert seien. Aber man kritisiert den eigenen Staat hart, hält es für angebracht, daß die orthodoxe Kirche in der UdSSR jeden Konflikt mit ihrem Staat, etwa um die Menschenrechte oder um Afghanistan, vermeidet.

Man hat stillschweigend die Formulierung der Frankfurter Schule übernommen, der Staat übe strukturelle Gewalt aus, die ein Mittel der Unterdrückung sei, weshalb auch Polizisten als Bullen bezeichnet werden. Dieser strukturellen Gewalt dürfe demnach der Bürger seine Gegengewalt entgegenstellen. Hierher gehört auch, daß angesehene Theologen schon während der Studentenrevolte den Standpunkt vertraten: "Gewalt gegen Sachen" sei erlaubt, wenn auch nicht gegen Personen. Daß "Gewalt gegen Sachen" zu Brandsätzen in Kaufhäusern und damit zu Panik- und Todesopfern führen kann und schließlich stets in Gewalt gegen Personen übergeht, muß diesen Theologen im Verlauf der Jahre wohl

klar geworden sein. Trotzdem begegnet man immer wieder bei Pfarrern der Meinung, um sich politisches Gehör zu verschaffen, seien "Regelverletzungen" meist in Form von Gewalttaten vertretbar. Die Abwertung des Gesetzes führt zu einer Schwächung der Gewissen und öffnet die Tür zu Rechtsbrüchen, Hier ist die kirchliche Verkündigung gefordert. Rechtsbrüche sind aus christlicher Sicht auch Sünde.

Die Kirche muß heute zum Problem des Terrorismus Stellung beziehen und klar aussprechen:

- Das Mittel der Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ist im freiheitlich verfaßten, demokratisch regierten Staat für den Christen nicht vertretbar. Das staatliche Gewaltmonopol, das in einem solchen Staat dem Schutz der Menschenrechte dient, muß geachtet werden. Diese Aussage ist die Kirche gerade auch unserer jungen Generation schuldig.
- Aber auch in der übrigen Welt kann die Kirche nicht terroristische Methoden als berechtigte politische Mittel christlich legitimieren. Die Folge wäre nicht nur, Libanonzustände in vielen Ländern zu schaffen, sondern eine Verkehrung des Evangeliums in sein Gegenteil, nämlich aus einem "Evangelium des Friedens" würde eine Waffe des Hasses.
- Der freiheitlich verfaßte, demokratisch regierte Staat ist auch deshalb ein grosses Gut, weil er die friedliche Veränderung ungerechter Verhältnisse und Strukturen als Aufgabe in seiner Verfassung unter Einsatz der hierfür vorgesehenen demokratischen Prozeduren vorsieht.
- -- Zugleich muß dem Christen deutlich sein, daß auf dieser Erde jede Staatsform und Gesellschaftsordnung nur eine relative Gerechtigkeit zu bieten vermag, die nie alle rechtlichen und sozialen Forderungen optimal und für jeden befriedigend erfüllen kann. Alle Gesetze und politischen Lösungen stellen Kompromisse widerstreitender Interessen dar. Trotzdem kann diese relativ gute Ordnung Beachtung verlangen.

Das Wort der Kirche zum Terrorismus ist überfällig. Es sollte bald gesprochen werden

LIBERTAS

LIBERTAS-Schriftenreihe "Christlich-demokratische, zentristische und konservative Parteien'

In dieser Schriftenreihe erschienen vor einigen Jahren kleine Monographien über europäische Parteien des christlich-demokratischen und konservativen Spektrums. Ziel dieser Schriftenreihe ist nachwievor, Informationsdefizite abzubauen und zu helfen, politische Mißverständnisse zu vermeiden, die sich in der heutigen und zukünftigen europäischen Parteizusammenarbeit aus unterschiedlichen Koalitions-, Sprach-, Geschichts- und Strukturvoraussetzungen ergeben könnten.

Heiner Wehn/Knut Görich: Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein. Sindelfingen 1978. 32 S. 5.-DM.

Heiner Wehn: Die Nationalist Party in Malta. Sindelfingen 1979. 20 S. 5.-DM.

Knut Görich/Hans-Jürgen Zahorka: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Sindelfingen 1980. 36 S. 5.-DM.

Erik T. Jarlsby: Hoyre - Die Konservative Partei in Norwegen. Sindelfingen 1980. 20 S. 5.-DM.

Paul Mattar: Die PSC und CVP in Belgien. Sindelfingen 1981. 38 S. 5.-DM.

Hinweise für Bestellungen

Bitte bestellen Sie schriftlich unter Angabe des Landes und unter Beifügung eines Schecks bzw. unter Hinweis, daß Sie eine Rechnung wünschen. Bei Mehrfachbestellungen können Sie von günstigen Staffelpreisen profitieren; bestellen Sie dann gegen Rechnung. Richten Sie bitte Bestellungen an: LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1,

D-7032 Sindelfingen.

Umweltschutz in Europa

von

Dr.-Ing. Herbert Gassert*

Vor einiger Zeit habe ich zufällig in einer Briefmarkenzeitschrift über die Neuheiten des Jahres 1986 folgendes gelesen: "Die aufregenden aktuellen Themen unserer Zeit stehen europäisch auf den Gemeinschaftsausgaben der europäischen Postverwaltungen CEPT auf den Marken mit Natur- und Umweltschutzmotiven... Jeder Mensch dieser Welt interessiert sich nämlich für Natur und Umwelt und jeder möchte dazu beitragen, dass die Natur uns und unseren Kindern erhalten bleibt. Die Postverwaltung von Liechtenstein machte am 10. März 1986 den Auftakt zu diesem Thema und stellt die beiden Naturschutz- und Umweltschutzmarken... unter das Motto "global denken - lokal handeln".

Wenn auch der zitierte Autor das Natur- und Umweltschutzbewusstsein der Menschheit zu euphorisch einschätzt, so beweist er andererseits, daß Natur- und Umweltschutz den Geist unserer Zeit prägen - zusammen mit der Diskussion um neue Technologien. Nun ist der Zeitgeist ein notwendiges Phänomen, um überhaupt etwas zu bewegen, aber er ist leider, wie die letzten Jahrzehnte beweisen, kein hinreichendes Phänomen, um das Richtige zu bewirken.

Jakob Johann von Uexküll verwendete 1909 erstmals den Begriff Umwelt im biologischen Sinne. Seine Forschungen galten der Ergründung der Umwelt, wie sie Lebensart und Lebensmöglichkeiten von Lebewesen beeinflußt. Wir sind dabei, unsere Umwelt so zu gestalten, daß sie weiterhin unsere Lebensweise ermöglicht. Umweltschutz ist die Gesamtheit der Maßnahmen zum Schutze der natürlichen Umwelt und dabei wird viel zu wenig beachtet, daß die Natur keine statische Institution ist, sondern eine höchst dynamische, wie die Geschichte zeigt. Mit dieser etwas plakativen Betrachtung wollte ich einleitend nur darauf hinweisen, daß der Schutz unserer natürlichen Umwelt Rückwirkungen auf unsere soziale, kulturelle und geistige Umwelt hat, bzw. von diesem Szenario bestimmt wird. Um es schlagwortartig zu formulieren: Nur technische Maßnahmen sind noch kein Umweltschutz. Nicht von ungefähr gilt die von v. Uexküll entwickelte Umweltlehre als Vorläufer der Verhaltensforschung. Umweltschutz ist im weitesten Sinne eine Frage unseres Verhaltens.

Gemäss dem zitierten Motto "global denken – lokal handeln" möchte ich mich zunächst und sehr eingehend der Situation in der Bundesrepublik zuwenden. Die

^{*} Der Verfasser ist Vorsitzender des Vorstandes der Brown, Boveri & Cie, AG in Mannheim und Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik beim Bundesverband der Deutschen In-dustrie e.V. in Köln. Der vorliegende Text beruht auf zwei Vorträgen, die er am 6. Februar 1986 vor der Stuttgarter Sektion des Wirtschaftsrates der CDU e.V. und am 13. Mai im Düs-seldorfer Industrieclub gehalten hat.

anhaltende Aktualität des Themas geht über in den Medien "leicht verkäufliche" bad news von Umweltschutzskandalen weit hinaus: Veränderungen in oder Einwirkungen auf die Umwelt kann der Bürger mit eigenen Augen sehen, sie sind für ihn begreifbar. Hier konkretisiert sieh die zum Teil suggerierte, aber überwiegend latent vorhandene Angst des Bürgers vor dem technischen Fortschritt im Sinne des Nicht-Begreifbaren. Dabei rutscht die Industrie auf die Anklagebank, sie wird von Umweltschützern und deren Vordenkern geradezu verteufelt, weil Gewinnstreben mit bedenkenloser Umweltbelastung gleichgesetzt wird. Die – sachlich richtige – Anwendung des Verursacherprinzips fördert diese Schuldzuweisung noch, weil der Bürger in der Regel die Begriffe "Ursache" und "Schuld" nicht auseinanderhält. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß bei uns die Industrie immer noch zu sehr als eine abstrakte Institution, geführt von Schlotbaronen, gesehen wird und nicht als eine Kooperation von Menschen, die unter Einsatz von Kapital und Arbeit volkswirtschaftlich gesehen für die Gesellschaft tätig sind, natürlich nicht ohne Eigeninteresse.

Es ist also notwendig, daß die Industrie sich an der öffentlichen Diskussion stärker beteiligt und aus der Position des ewigen Reagierens, d.h. Abwehrens, herausfindet zu eigenem, zukunftsweisendem Agieren und dabei verständlich macht, daß Umweltschutz eine langfristige Geldanlage ist, die die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit finanzieren muß.

Erfolg in diesem Sinne setzt Glaubwürdigkeit voraus und verlangt sodann begreifbare Informationen. Insbesondere müssen wir uns darauf konzentrieren, Gesamtzusammenhänge aufzuzeigen, um zu verhindern, daß wir nur zeitlich verschoben neue Probleme schaffen, sozusagen zu einer Problemproliferation gelangen. Beim Umweltschutz ist diese Gefahr besonders groß, zumal die Politik, die stets unter Handlungszwang steht, sektorale Problemlösungen fördert.

Um diese Bemerkungen zu verdeutlichen, lohnt es sich, einfach einmal den Weg zu skitzieren, den wir in der Nachkriegszeit zurückgelegt haben und dabei bewusst oder unbewusst die natürliche Umwelt nicht achteten bzw. oft sogar Gründe hatten, dies nicht zu tun. Dabei mag man darüber nachdenken, daß andere Länder sich in Situationen befinden, die Etappen unserer Entwicklung vor zwei oder drei Jahrzehnten vergleichbar sind, und die sich möglicherweise im Hinblick auf die Umwelt heute genauso verhalten, wie wir damals. Wer um seine Existenz ringt, wie wir nach dem Kriege, ist sicher weniger umweltbewußt als derjenige, dem es gut geht. Doch nun zu den Fakten.

Von 1950 bis 1980 hat sich in unserem Lande das Bruttosozialprodukt vervierfacht, pro Kopf immerhin noch verdreifacht. Hier sei angemerkt, daß eine solche Wachstumsrate weder auf unser Land noch auf unsere Zeit beschränkt ist. Im Deutschen Reich wuchs das Sozialprodukt von 1885 bis 1910 knapp um den Faktor 3, und die Bilder und Berichte aus jener Zeit lassen vermuten, daß die Umwelt nicht geschont wurde. Aber die Wachstumsrate für sich ist offenbar keine verläßliche Meßgrösse bezüglich Umweltbelastung, weil die natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft nicht mitgewachsen sind. Es kommt also sehr darauf an, welche Struktur das wachsende Sozialprodukt hat, d.h. welche Arten von Produkten und Dienstleistungen dazu beitragen, ob zeitproportional regene-

rative oder endliche Ressourcen in Anspruch genommen werden und wo auf dieser Welt diese Ressourcen liegen.

Das eindeutige Ziel unserer und sicher anderer Gesellschaften nach dem Krieg war die Wohlstandsmehrung im Sinne von mehr Besitz, Komfort, Sicherheit, Freizügigkeit und Gesundheit. Wohlstandsmehrung dieser Art wirkt sich bezüglich der Umweltbelastung stark überproportional aus, weil sie nur durch konsequente Ausnutzung der Technik erreicht werden kann in einem Land mit räumlicher Enge und mit nur wenigen natürlichen Ressourcen. Die Natur mit ihren erstaunlichen Zeitkonstanten hat sich dabei lange nicht gemeldet, übrigens auch nicht der Mensch. Man denke an die Verlängerung der Lebenserwartung im selben Zeitraum.

Der Stromverbrauch hat von 1950 bis 1980 sich versechsfacht, woran Industrie und Haushalte gleichmäßig partizipierten. Die Industrie hat damit ihre Produktionsprozesse wirtschaftlicher gemacht, in den Privathaushalten stieg der Komfort. Die Einwegverpackung ist eingeführt worden aus hygienischen und wirtschaftlichen Gründen, leistungsfähige Waschmittel dienten der Hygiene und dem Komfort, das Auto gewährte Freizügigkeit im räumlichen und psychischen Sinne, die Kunstfaser machte Mode erschwinglich, neue Medikamente und Therapien verlängerten das Leben, Entsorgung war solange kein Problem, als die Exkremente der Zivilisation nicht sichtbar wurden. Alles war und ist im konkreten Fall akzeptiert, nur die Gesamtheit der Folgen geriet allmählich in Mißkredit. Meine Aufzählung liefert nur Blitzlichter auf einige wenige Wohlstandsprodukte, auf die wir im Einzelfall kaum verziehten wollten.

Die Industrie hat dies alles produziert, möglichst kostengünstig, und hat dabei nur dann Umweltschutz praktiziert, wenn dieser ein Nebenprodukt der Wirtschaftlichkeit war oder sich die Natur doch meldete, zuerst bei den Abwässern. Trotzdem hat die Industrie auch unter dieser Flagge sehr viel für die Entlastung der Umwelt getan, was heute viel zu wenig beachtet wird. Man denke nur an die Luftverhältnisse im Ruhrgebiet, und zwar nicht nur als Folge der reduzierten Kapazitäten und der Strukturänderungen. Der permanente Zwang zu wirtschaftlichem Energieeinsatz in der Produktion jeglicher Art hat enorme Entlastungen gebracht. Allein die Wirkungsgradverbesserungen bei fossil gefeuerten Kraftwerken einschließlich der schon früh angewandten Rauchgasentstaubung war sehr umweltfreundlich, Kernkraftwerke haben praktisch keine Emissionen und außerdem beherrschbaren Abfall.

Ich möchte mit meiner Skizze weder die Vergangenheit "reinwaschen" noch sie als rücksichtslos verdammen, sondern zum Nachdenken anregen, was wir nun besser machen können im Bewußtsein, daß wir auch jetzt wieder Fehler machen. Fast bin ich geneigt zu sagen, jedes Land hat die Umwelt, die es - im doppelten Sinne gemeint - verdient. Aber Umwelt macht an Grenzen nicht halt, weil sie, wenn man vom Boden als Materie einmal absieht, sehr beweglich ist bzw. grenzüberschreitende Wirkung hat. Wichtig ist, daß das Bewußtsein, die Umwelt müsse geschützt werden, sich ausbreitet. Dies ist sicher für den Erfolg eine notwendige, jedoch keine hinreichende Voraussetzung. Schon über die Frage, wie denn diese Umwelt beschaffen sein soll, kann man sehr verschiedener Meinung sein. Der Ruf

"Zurück zur Natur" ist ja keine Lösung der Probleme. Wohlwissend, daß auch nur eine befriedigende Definition der erstrebenswerten Umwelt nicht gelingt, möchte ich doch eine Umschreibung versuchen.

Unser Ziel muß sein, die Regenerationsfähigkeit der Natur zu erhalten, wozu saubere Luft, saubere Gewässer und saubere Böden mit Sicherheit beitragen. Daß es dann immer noch vom Menschen nicht beeinflussbare Mutationen auf der Erde gibt, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Unsere Maßnahmen müssen aber so beschaffen sein, daß ein lebenswertes Leben möglich ist. Denn die Existenz des Menschen erlaubt nicht nur eine Pflege der Natur, er muß auch mit ihr ringen.

Nur Wissenschaft und Technik können uns helfen, dieses Ziel zu erreichen. Dies ist keine unreflektierte Wissenschafts- und Technikgläubigkeit, denn die notwendige Voraussetzung, nämlich die Bewußtseinsverbreitung, habe ich schon genannt. Vom Bewußtsein bis zur Verhaltensänderung ist natürlich auch noch ein weiter Weg, aber er kann sicher dadurch abgekürzt werden, daß attraktive Alternativen zu den heutigen Produkten und Dienstleistungen angeboten werden. Ich möchte nun vier Aktionsfelder beschreiben, in denen für den Umweltschutz etwas Besonderes getan werden kann und muß. Ich nenne sie, sicher nicht ganz treffend, Forschung, Industrie, Volkswirtschaft und Gesellschaft, sowie Politik und möchte näher erläutern, was ich darunter verstehe.

Ohne zu verkennen, daß in der Forschung heute schon erheblich mehr getan wird als noch vor wenigen Jahren, so muß man sich zunächst klarmachen, daß rasch zuverläßige Ergebnisse nicht zu erwarten sind, sodann, daß die Komplexität der Vorgänge in einem ökologischen System wahrscheinlich nie eine endgültige Ursachen - Wirkungs - Kette aufzudecken erlaubt. Die Zahl der ständig sich ändernden Einflüsse ist zu groß. Dies ist aber auch nicht so entscheidend, weil es schon einen erheblichen Fortschritt bedeutet, wenn gravierende Trends erkannt werden. Das die Nation zurecht erregende Phänomen der Waldschäden hat ja bisher noch keine befreidigende Erklärung gefunden. Trotzdem war es sicher richtig, schnell einige Maßnahmen zu ergreifen, die die Immissionen reduziert haben. Dennoch ist es erforderlich, weiter zu forschen, ob denn die Maßnahmen, die ja alle viel Geld kosten, auch die richtigen sind und nicht später andere Probleme aufwerfen. Aber saubere Luft, selbst wenn sie dem Wald nicht helfen sollte, ist wenigstens für die übrigen Lebewesen gut.

Weitere wichtige Gebiete, auf denen die Forschung gefordert ist, sind der Grundund Trinkwasserschutz, die Abwasserreinigung, die Abfallbeseitigung und das Altlastenproblem. Gerade im Bereich der Bodenforschung liegt in der Zukunft eine wichtige Aufgabe. Die Wissenschaft kann Kausalitäten und Zusammenhänge herausfinden und sie kann Reaktionen entdecken, die die Verschmutzung der Umwelt teilweise rückgängig machen. Sie hat aber auch die Chance, Reaktionen und Zusammenhänge zu entdecken, die die Entstehung von umweltschädigenden Stoffen vermeiden. Dies gilt insbesondere für Werkstoffe für die Industrie, wobei auf diesem Sektor die Industrie selbst schon sehr viel investiert. Wichtig erscheint mir, daß der Aspekt der Umweltverträglichkeit von Verfahren und Stoffen aus den Zielgebieten der Forschung nicht mehr verschwindet.

Das Aktionsfeld Industrie ist schon schwieriger zu beschreiben, weil dort der

Zwang zur Wirtschaftlichkeit sich oft mit dem der Umweltverträglichkeit hart im Raume stösst. Dies hat mit Wollen oder nicht Wollen oder etwa reinem Gewinnstreben, wie schon erwähnt, gar nicht so viel zu tun, wie oft dargestellt wird. Dies ist primär eine Frage des Marktes, auf dem neue Produkte untergebracht werden müssen. Ich möchte dabei die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu sehr hochspielen, wiewohl sie eine Rolle spielt. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß der Endverbraucher im Durchschnitt für umweltfreundliche Produkte freiwillig wesentlich mehr zahlen würde. Ich komme auf dieses Phänomen nochmals zurück. Aber davon einmal abgesehen ist die deutsche Industrie heute sehr bereit, in umweltschonende Produkte und Verfahren zu investieren. Nur. auch sie kann weder ihre Produktionsverfahren noch ihre Produktionspalette schlagartig umstellen, schon einfach deshalb, weil es finanziell nicht zu verkraften wäre. Außerdem bedürfen auch umweltschonende Produkte und Verfahren einer entsprechenden Erprobung und Absicherung der Eigenschaften.

Ein "natürliches", schon erwähntes umweltfreundliches Gesetz der Industrie ist der wirtschaftliche Zwang zur Minimierung des Einsatzes von Material und Energie. Auf diesem Gebiet ist eigentlich unbemerkt in den letzten Jahrzehnten Erstaunliches geschehen, wenn man die Dinge spezifisch betrachtet. Daß dem das Mengenwachstum entgegenlief, ist nur eine Tatsache, von der wir alle gelebt haben und noch leben. Denken Sie an die Zahl der Autos auf unseren Straßen. Aber gerade das Auto ist ein Beispiel, wo die mengenmäßige Befreidigung der Nachfrage doch einherging mit einer solchen Qualitätsverbesserung unter den verschiedensten Aspekten, wie Materialeinsatz, Sicherheit, Verbrauch und Emission, daß ich es als einen gelungenen Kompromiß zwischen Umweltschutz und individuellen Bedürfnissen bezeichnen möchte. Es sind in allen Richtungen noch weitere Potentiale vorhanden. Dies heißt nicht, daß wir damit zufrieden sein können. Die Frage des Individualverkehrs ist nach wie vor zu stellen in dem Sinne, daß Verkehrsverbundsysteme weiter zu entwickeln sind.

Zum Aktionsfeld Industrie gehört natürlich auch das Recycling, wobei der Oberbegriff Entsorgung ist. Die Idealvorstellung ist, ein Produkt nach Gebrauch wieder in die Bestandteile zurückzuverwandeln, aus denen es hergestellt wurde. Dies ist in vielen Fällen sogar möglich, doch im allgemeinen nicht ohne Energieeinsatz, und damit beginnt es dann wieder eine Frage der Wirtschaftlichkeit zu werden bzw. eine Frage der Minimierung der Energieverwendung. Dieses einfache Beispiel zeigt, daß Umweltschutz auch zu Lasten von Ressourcen gehen kann, die zu anderen Zeiten knapp werden. Trotzdem ist dem Recycling auch weiterhin große Aufmerksamkeit zu schenken.

Wie Umweltschutz Strukturveränderungen bewirken kann, zeigt die Rauchgasentschwefelung nach dem Verfahren Rauchgaswäsche mit Kalkzugabe. Man erwartet, daß ab 1988 aus diesem Verfahren in deutschen Kraftwerken etwa 3,9 Millionen Tonnen Gips anfallen werden bei einem Markt von etwa 2,9 Millionen Tonnen. Damit läßt sich der Naturgips ganz ersetzen, es müssen aber zusätzlich Transportleistungen erbracht werden, um den Gips nun an den richtigen Stellen verarbeiten zu können. Dafür sind offenbar vernünftige Lösungen konzipiert,

dennoch ist die Gefahr der Gipshalden nicht von der Hand zu weisen.

Eine Daueraufgabe für die Industrie wird es also sein, Material- und Energieeinsatz weiter zu minimieren und recyclingfähige Materialien weiterzuentwickeln, ebenso wie die Energierückgewinnung. Die Chemie hat auf diesem Gebiet übrigens Bemerkenswertes geleistet.

Ich komme nun zum Aktionsfeld Volkswirtschaft und Gesellschaft. Ich habe diese etwas eigenwillige Kombination gewählt, nicht um jetzt unter dem Motto "Umweltschutz" neue volkswirtschaftliche Thesen zu verbreiten (was ich gar nicht könnte), sondern weil beim Umweltschutz viel vom volkswirtschaftlichen Nutzen die Rede ist, der offenbar der Gesellschaft nicht ohne weiteres zugute kommt. Ich stimme Herrn v. Bennigsen-Foerder zu, wenn er schreibt: "Allzu lange hat sich in der Volkswirtschaftslehre der Begriff der "freien Güter" gehalten für Boden, Wasser und Luft, also genau jene Güter, für die heute besondere Umweltschutzmaßnahmen ergriffen werden. Der Hinweis auf den Übergang von zwei (Kapital und Arbeit) auf drei (zusätzlich Natur) elementare Produktionsfaktoren macht es jetzt einfach, das Grundproblem zu nennen: Aus einem Produktionsprozeß müssen künftig statt zwei zunehmend drei Faktoren entlohnt werden." Mit anderen Worten: Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben, wobei es im Moment keine Rolle spielt, ob er bar oder durch freiwillige Eigenleistung zu bezahlen ist. Auf Letzteres komme ich noch zurück. Sicher müssen deswegen Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein, ohnedies eine falsche Gegenüberstellung, denn auf dem Markt wird alles wirtschaftlich, wenn man Käu fer findet, die im Preis mehr als die Kosten bezahlen. Aber gerade dies ist das Problem, denn es geht um die Wertschätzung des Umweltschutzes.

Ich möchte dies an einem vereinfachten Beispiel verdeutlichen. Bei gleicher Arbeitsleistung wie 1985 wäre das Bruttosozialprodukt 1986 um den Produktivitätszuwachs höher, aber auch unser Wohlstand, Wollen wir darüber hinaus unsere Wälder vor den Auswirkungen des Wohlstandes schützen, wäre eine mögliche Maßnahme die durchaus noch ernsthaft diskutierte Düngung der Wälder. Diese Arbeitsleistung müßte zusätzlich erbracht und bezahlt werden, würde also die Kosten der Volkswirtschaft erheblich erhöhen, d.h. einen Teil der durch Produktivitätszuwachs möglichen anderweitigen Wohlstandsmehrung aufzehren. Ich habe dieses etwas abstrakt klingende Modell gewählt, weil bei uns gerne so gedacht wird, denn man vermeidet dabei so konkrete Aussagen wie "Die nächste Tariferhöhung findet zugunsten einer Umweltschutzmaßnahme nicht statt".

Anders formuliert: Wenn wir für verstärkten Umweltschutz plädieren, müssen wir diesen als Wohlstandsmehrung akzeptieren, ohne daß wir persönlich das Geld dafür in die Hand bekommen.

Daß Umweltschutz selbst wieder einen Markt und neue Arbeitsplätze schafft – in unserem Beispiel die Dienstleistung der düngenden Arbeiter und die Düngerherstellung –, hat nichts mit der Kostenfrage zu tun. Auch die Produktion wehrtechnischen Materials schafft Arbeitsplätze, kostet aber über die Steuern Wohlstand, garantiert ihn allerdings auch.

Das Fazit dieses Beispiels: Umweltschutz geht zumindest so lange, bis wir wieder einen eingeschwungenen Zustand mit neuen Techniken und neuen Verhaltensmustern haben, zu Lasten der Faktoren Arbeit und Kapital. Konzentrieren wir

uns auf den Faktor Arbeit, sprich die Menschen in unserem Lande, die zum Bruttosozialprodukt beitragen können. Zweifellos hat in den letzten Jahren die Bereitschaft in unserer Gesellschaft zugenommen, für den Umweltschutz aktiv etwas zu tun, sei es durch Leistungen, sei es durch Geld. Aber der notwendige breite Konsens, Umweltschutz als Gemeinschaftsaufgabe konsequent voranzutreiben, fehlt noch. Zu sehr herrscht noch die Vorstellung, daß insbesondere die anderen, voran die Industrie, etwas tun müssen bzw. gezwungen werden müssen, etwas zu tun. Wir haben auch noch keinen Überblick, was nottut. Kurzum, es fehlt der strategische Ansatz, das Problem wirksam in Angriff zu nehmen. Wir starten - von den Tagesereignissen diktiert - Aktionen, ohne ihre Wirkung zu Ende denken zu können. Unlängst entdeckte man die Kraftwerke als Dreckschleudern, nachdem vor Jahren durch die hohen Schornsteine auf behördliche Anordnung für eine größere Verbreitung der Emissionen gesorgt worden war. Plötzlich ist überall Dioxin, dann kommen seltene Schwermetalle, und gerade sind wir dabei, die Landwirtschaft zu entlarven wegen der Überdüngung der Böden. Daß diese Überdüngung hoch subventioniert war, nehmen wir bestenfalls

Die konsequente und erfolgreiche Handhabung des Umweltschutzes hat noch einen langen Weg vor sich. Wenn man beispielsweise jetzt liest, daß die grünen Tonnen und die Altglasbehälter ein neues Lagerungsproblem heraufbeschwören, weil die anfallenden Mengen nicht weiterverarbeitet werden können, so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß wir jetzt bald vor dem Problem der Entsorgung der Entsorgung stehen, weil wir noch keinen Weg sehen, z.B. den Anfall von Müll grundsätzlich zu reduzieren. Dies bedingte aber eine Strukturveränderung in unserem Lande, die wir uns noch nicht so richtig vorstellen können.

Damit möchte ich überleiten zum Aktionsfeld der Politik. Ich habe neulich den tiefsinnigen Spruch gelesen "Die Politik lebt nicht von Wahrheiten, sondern von Mehrheiten" und die sind derzeit in unserer Republik fast allerorten dünn. Es ist ja verständlich, daß die Politik Parolen braucht, aber dahinter müssen dann doch konkretere Vorstellungen erkennbar sein. Ich möchte jetzt auf keinen Fall die Politik an den Pranger stellen, sondern nur auf eines hinweisen, was mir für die Zukunft wichtig erscheint:

Die Industrie hat meines Erachtens so viel Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen in Sachen Umweltschutz, daß sie es sich leisten könnte, progressiv zu agieren und aus der Defensive herauszukommen. Sie hätte dabei das Recht zu sagen, was solche progressive Maßnahmen kosten, welche Auswirkungen sie gegebenenfalls auf den internationalen Wettbewerb haben und wo dabei die Risiken liegen. Dann kann politisch entschieden werden, ob wir uns dies leisten können oder wollen, und es muß dann auch durchgesetzt werden. Zur Zeit läuft es noch umgekehrt, und die Industrie läuft hinterher. Ich möchte damit jetzt aber auch nicht die Industrie an den Pranger stellen, zumal ich dazu gehöre, sondern ich möchte damit nur die meines Erachtens sinnvolle Rollenverteilung ansprechen. Der Staat als Exekutive der Politik sollte sich auf Rahmenbedingungen und Grenzwertvorgaben beschränken und nicht die Technik selbst machen wollen. Grenzwerte, die nach dem Kenntnisstand der Technik der Industrie einen gewissen Spielraum geben, führen in aller Regel zu viel besseren Ergebnissen, als wenn die Daumen-

schrauben angezogen werden. Dafür gibt es inzwischen viele Beispiele. Die Rahmenbedingungen sollten so sein, daß die Investoren einen vernünftigen Spielraum bekommen, um wirtschaftlich umstellen zu können. Die Tatsache, daß die Industrie in vielen Fällen sich extrem scharfen Bedingungen gebeugt hat oder beugen mußte, ist noch lange kein Beweis, daß damit ein Optimum erreicht wird. Ich glaube Umweltschutz ist ein Kapitel, bei dem der tolerante Dialog zwischen Politik und Industrie die besten Erfolge zeitigen wird. Damit möchte ich es zum Thema Politik bewenden lassen, zumal es dazu schon viele klare Stellungnahmen der Industrie gibt.

Unter Umweltaspekten muß Europa als ein vom Ural zum Atlantik und vom Eismeer zum Mittelmeer reichendes, geographisches Gebilde verstanden werden. Unter politischen Aspekten gibt es mindestens eine große Trennlinie zwischen Ost und West, die den gemeinsamen aktiven Umweltschutz erschwert. Noch ist aktiver Umweltschutz eine Frage der Stärke der einzelnen Volkswirtschaften, eine Frage des Lebensstandards der einzelnen Nationen, eine Frage der Gesellschaftsformen. Wenn wir nur kurz in unsere jüngere eigene Geschichte blicken, so müssen wir zugeben, daß uns das Problem der Überdüngung der Böden oder rauchende Schlote nicht besorgt gemacht haben, denn es ging damals ums Überleben. Nun gibt es in Europa sicher keine Regionen mehr, in denen es um das schiere Überleben geht, aber wir haben im Laufe der Jahre Maßstäbe des Wohlstandes gesetzt, die andere gerne erreichen möchten und für die deswegen Umweltschutz immer noch nicht den Stellenwert hat, den wir gerne sehen möchten. Dies gilt sogar für die Europäische Gemeinschaft.

Trotzdem darf die Politik nicht müde werden, sich für Kooperationen um Umweltschutz zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd einzusetzen,

Erst vor einigen Monaten ereignete sich im Kernkraftwerk Tschernobyl eine Katastrophe, die für mich übrigens überhaupt kein Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft ist, sondern die mir zeigt, wie wichtig es wäre, in Fragen der technischen Sicherheit zu einem internationalen Verständnis zu kommen. Dies läßt sich auf viele Themen des Umweltschutzes übertragen, zumal in erster Linie die Atmosphäre dieser Erde im wahrsten Sinne des Wortes transnational ist.

Ich möchte jedoch meine Betrachtungen auf die Europäische Gemeinschaft und die EFTA-Länder konzentrieren, weil sich daraus einige interessante Schlüsse ziehen lassen für eine künftige Politik. Gleichzeitig möchte ich aber nochmals betonen, daß der Dialog mit den Ländern Osteuropas intensiv fortgeführt werden muß, zumal dort inzwischen gewisse Einsichten gewachsen sind, z.B. in der DDR und in der CSSR.

Die Umweltpolitik der EG ist erst etwas über 10 Jahre alt und ist, gemessen an sonstigen Fortschritten der EG, relativ weit gekommen. Seit 1973 sind weit mehr als 100 Verordnungen in den Bereichen Wasser- und Luftverschmutzung, Chemikalienanfall, Abfallverwertung, Lärmbekämpfung, Natur- und Artenschutz erlassen worden. In dieser Zeit war die Bundesrepublik keineswegs immer so protagonistisch, wie dies heute sich darstellt. Noch im Jahre 1978 hat die Bundesrepublik die Richtlinie über Grenz- und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwefelstaub blockiert, weil diese Maßnahme der Industrie zu große Kosten aufbürden würde. Nun haben wir sozusagen eine Kehrtwende gemacht, besonders unter dem Eindruck der Waldschäden in unserem Lande.

Damit komme ich zu einem Problem, das Mr. Mayhew, ein hoher Beamter der EG-Kommission in Brüssel, unlängst sehr zurückhaltend so formuliert hat: "Die Deutschen erwarten natürlich von den anderen Mitgliedstaaten, daß die deutschen Vorschläge in EG-Richtlinien umgesetzt werden, vor allem, wenn es um grenzüberschreitende Umweltbelastungen oder um Probleme der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geht. Einige Mitgliedstaaten, wie z.B. Dänemark und die Niederlande, betrachten diese Probleme aus der gleichen Sicht. Andere Mitgliedstaaten, wie z.B. Irland und England, glauben, eine viel weniger belastete Umwelt zu haben und finden die deutschen Forderungen übertrieben. Noch andere Länder, wie z.B. Griechenland, glauben, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung so weit hinter den führenden EG-Ländern zu liegen, daß sie es mit der Umweltpolitik nicht zu weit treiben dürfen."

Schließlich stoßen von der Bundesrepublik erhobene Umweltforderungen auch deswegen auf Widerstand, weil unser Übereifer im allgemeinen und besonders in der Verwaltungspraxis den anderen suspekt erscheint. Ich glaube, daß wir schon selbstkritisch erkennen müssen, daß unsere Neigung, die Dinge grundsätzlich und extrem regeln zu wollen, den anderen Europäern einfach nicht paßt. "Wir sind bereit, das Notwendige zu tun, aber nicht das Überflüssige zu bezahlen" lautet ein britisches Urteil. Da nun einmal ein gut Teil des Umweltschutzes, soll er langfristig und nachhaltig wirksam sein, auf europäischen Konsens angewiesen ist, sind wir gut beraten hinzusehen, was und wie es die anderen machen. Natürlich braucht man Bannerträger und manchesmal sind Alleingänge wichtig, aber noch wichtiger ist es, die anderen zu überzeugen.

In den Jahren 1980 bis 1982 haben Wissenschaftler aus fünf Ländern zum Thema Luftreinhaltung eine Vielzahl von Daten zusammengetragen, aus denen die Leistungsfähigkeit von insgesamt 14 regionalen Implementationssystemen der Bundesrepublik Deutschland, Englands, Frankreichs, Italiens und der Niederlande für die Periode 1970 bis 1980 ermittelt und bewertet wurde. Aus diesen auf Immissions- und Emissionsdaten sowie Vollanalysen des Verwaltungshandelns in insgesamt 35 lokalen Implementationsgebieten basierenden Vergleichsuntersuchungen gehen die drei bundesdeutschen Regionen Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen als die insgesamt leistungsschwächsten hervor, d.h. im Verhältnis zu anderen wurde dort am wenigsten erreicht. An der Spitze liegen die Ile de France, London und die Lombardei. Die Untersuchung, die unlängst Knoepfel, ein Schweizer Professor aus Lausanne, erläutert und kommentiert hat, zeigt, daß die Art der Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen entscheidend für ihre Wirksamkeit ist. Folgendes Zitat sollte uns zu denken geben: "Im internationalen Vergleich steht die Vollzugsverwaltung der Bundesrepublik von ihrer Personal- und Sachmittelausstattung her an der Spitze"

In der Tat ist der hohe Verrechtlichungsgrad und damit der eingeengte Spielraum für adäquate lokale Lösungen bei uns sehr auffallend. Ich möchte die erwähnte hochinteressante Untersuchung nicht weiter zitieren und vertiefen, sondern sehr komprimiert eine Schlußfolgerung daraus ziehen, die in ihrer Undifferenziertheit vielleicht ungerecht ist, aber die Richtung weisen kann, was wir von anderen Europäern lernen sollten.

Umweltschutz muß von der rechtlichen Seite flexibler handhabbar sein, er muß regional sinnvoll adaptierbar sein und es muß dabei mehr wissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Sachverstand eingebracht werden. Wir können ganz offensichtlich auf diesem Gebiet von unseren französischen Nachbarn viel lernen, die bei allem Zentralismus vor Ort pragmatisch an die Lösung der Probleme herangehen. Der Knüppel des Gesetzes ist nie so wirkungsvoll, wie ein gewisses Maß an Selbstverwaltung der Umwelt. Darunter verstehe ich ein für uns vielleicht unkonventionelles Zusammenarbeiten von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. In diesem Sinne war der Kongress "Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft: Wege zu einem neuen Grundverständnis", der im Dezember 1985 von der Landesregierung Baden-Württemberg in Stuttgart veranstaltet wurde, sieher ein wertvoller Beitrag, vielleicht ein Auftakt. Wir müssen wegkommen von den Protestaktionen, mit denen wir in Europa Meister sind, ohne damit ebenso Meister im Erfolg zu sein.

Wir müssen übrigens im europäischen Konzert zur Kenntnis nehmen, daß viele Länder mit dem Ausbau der Kernenergie Erhebliches für die Luftreinhaltung getan haben und daß das Tempolimit in anderen Ländern, selbst wenn man an seiner umweltschonenden Wirkung Zweifel hat, ein starkes politisches Argument ist. Die Katalysatordiskussion hat dies ja gezeigt.

Kommen wir nochmals auf den erwähnten Suttgarter Kongress zurück. Vor einiger Zeit fand ein erstes Gespräch der Referenten, zu denen ich mich zählen darf, mit Ministerpräsident Späth statt, um Schlußfolgerungen zu ziehen und zu strategischen Handlungsansätzen zu kommen. Natürlich waren auch diese Schlußfolgerungen nicht widerspruchsfrei, aber es ergaben sich einige wichtige Erkenntnisse, nämlich:

- eine umfassende Umweltschutzstrategie wäre zwar wünschenswert, aber sie ist in nützlicher Frist nicht erreichbar, denn zur Beurteilung von Sachverhalten müssen vier Grundaspekte herangezogen werden: die naturwissenschaftliche Sicht, rechts- und ordnungspolitische Gesichtspunkte, wirtschaftliche Ziele und die technische Entwicklung. Unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Einflüsse und Rückwirkungen ergäbe dies eine unrealistische "Weltformel"
- realistisch sind aber Teilstrategien für erkannte Problemgebiete, z.B. Müllbeseitigung oder das Thema Agragwirtschaft. Dabei kommt es darauf an, keine Problemverlagerungsstrategien zu entwickeln, sondern Lösungen. Es kommt auch nicht darauf an, perfekte Lösungen zu finden, sondern sichtbar problemreduzierende, d.h. Präventivmaßnahmen
- die Technik spielt ein tragende Rolle bei der Lösung der Umweltprobleme: die Technik-Akzeptanz ist daher zu erhöhen
- es müssen mehr kooperative Lösungen gefunden werden und dazu bedarf es eines größeren Verständnisses für die Ko-Evolution von Wirtschaft und Umwelt
- und schließlich ist die gemeinsame Basis f
 ür die Umweltpolitik der EG zu verst
 ärken durch gemeinsame Richtlinien f
 ür bestimmte Bereiche unter Ber
 ücksichtigung regionaler Besonderheiten und unter Vermeidung von Kostentrans-

fer über Ländergrenzen hinweg.

Wie liest sich dies nun alles für ein international tätiges Unternehmen? Dazu gibt es drei Aspekte, auf die ich näher eingehen möchte.

Zunächst ist da die Frage der durch Umweltschutzauflagen beeinflußten Standortfaktoren, die sich in Kosten niederschlagen. Abwasserreinigung, Abluftreinigung, Strompreise, Entsorgungskosten, um nur einige zu nennen, begründen die
Forderungen exportintensiver Industrien für eine Harmonisierung der Umweltschutzauflagen. Wenn in freien Märkten diesbezüglich markante Gefälle vorhanden sind, können sie zur Verlagerung von Produktionsstätten oder schlicht zur
Aufgabe zwingen. Dies ist allerdings sicher mehr ein Problem der Grundstoffindustrie. Bei der BBC-Produktionspalette ließen sich meist Umweltschutzmaßnahmen mit Rationalisierungseffekten kompensieren.

Das zweite Thema ist die vorzuhaltende Produkt- und Leistungspalette. Umweltschonende Produkte und Verfahren sind in aller Regel teurer als einfache. Wir konkurrieren auf den Weltmärkten mit Anbietern, die oft nur diese einfachen Dinge offerieren mit zusätzlich anderen günstigen Kostenfaktoren. Dann ist es meist nur ein schwacher Trost, daß wir langfristig mit unserer Technik richtig liegen. Das Vorhalten verschiedener Lösungen insbesondere bei Produkten geht einfach auf den Ertrag, den wir nötig haben, um Zukunftsentwicklungen zu betreiben. Sehr konkret hat uns die völlige Veränderung des Kraftwerksmarktes zu schaffen gemacht, obwohl z.B. Kernkraftwerke bezüglich der Emissionen, des Energieeinsatzes und auch der Entsorgung per saldo umweltfreundlich sind. Der von uns entwickelte Hochtemperatur-Reaktor, der ein wichtiges Element für eine völlig neuartige Energieversorgung sein kann, ich verstehe darunter Kohleveredelung, Wasserstofferzeugung u.a., bedarf bis zur Markteinführung noch eines langen Atems. Unsere Hochenergiebatterie z.B. für Elektroautos, sollte ein ganz wichtiger Beitrag für den Umweltschutz werden. Auch eine gewisse Renaissance des Schienenverkehrs, wofür wir die Drehstromantriebstechnik entwickelt haben, gibt Beiträge für Umweltschonung. Trotzdem bleibt es ein Problem, daß in den Ländern, in denen der Bedarf an elektrotechnischen Ausrüstungen am grössten ist, das nötige Geld fehlt und daher der Markt besonders stark über den Preis bestimmt wird.

Schließlich bleibt die Wahrnehmung des Umweltschutz-Marktes, also das Angebot von Produkten und Leistungen, die direkt dem Umweltschutz dienen, wie z.B. Wasseraufbereitungsanlagen, Rauchgasreinigungen, Müllverwertungen, Fernwärmenetze, Wärmepumpen, leittechnische Einrichtungen zur Optimierung von Prozessen aller Art. Es wird immer wieder davon geschwärmt, daß dies ein enormer Zusatzmarkt sei. Sieher werden gerade in der Bundesrepublik auf diesem Sektor erhebliche Investitionen getätigt, aber zu einem gewissen Teil verdrängen sie andere Investitionen zeitlich oder sie substituieren andere Techniken. Außerdem kommt in vielen Fällen die Unsicherheit der Genehmungsfähigkeit solcher neuer Anlagen dazu; übrigens ein Thema, von dem man sagen kann, daß mehr Flexibilität der Umwelt genützt hätte als Prinzipiendiskussionen.

Das Schwierigste für ein nicht nur international tätiges, sondern auch in vielen verschiedenen Ländern lokalisiertes Unternehmen ist, den größten gemeinsamen Nenner für eine Produkt - Markt - Strategie angesiehts der divergierenden welt-

1.8

19

weiten Strömungen zu finden.

Welche Aspekte des Umweltschutzes dürften sich nun künftig als besonders wichtig erweisen?

Wir haben in der Nutzung der Technik zum Umweltschutz schon sichtbare Fortschritte erzielt und können sicher auf weitere Erfolge hoffen. Doch drängt sich die Frage auf, ob wir in vielen Fällen nicht einfach die Probleme zeitlich verlagern. Außerdem wissen wir in vielen Fällen nicht, ob wir den Ursachen - Wirkungs - Zusammenhang richtig deuten. Der durch gesellschaftspolitische Bewegungen erzeugte politische Handlungsdruck kann auch zu falschen Maßnahmen führen. So komme ich zu der sicher unrealistischen Aufforderung, wir müßten etwas mehr Geduld haben, d.h. zielbewußt zwar das Umweltbewußtsein stärken, aber keine Wunder erwarten. Ich bin sicher, daß wir noch ganz überraschende Lösungen für unsere Probleme finden, wenn wir uns den nötigen Spielraum dazu geben. Ich habe, wie schon erwähnt, angeregt, einmal den Kreislauf unseres Mülls vom Anfang bis zum Ende zu überdenken und eine überschaubare Anzahl von Alternativen durchzuspielen, anstatt jetzt einfach Müllkippen zu schließen. Den Müll einfach in andere Länder zu verfrachten, nur weil diese vielleicht auf das Geld angewiesen sind, ist ja auch nicht fein.

Ein sehr viel längerfristiger Aspekt resultiert aus den Umweltproblemen der Entwicklungsländer, deren Rückwirkung auf die Industrieländer gravierend sein und diese zum Handeln zwingen kann. Die fortschreitende Versteppung in den tropischen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas ist wahrscheinlich, auch in ihrer Auswirkung auf Europa, von größerem Gewicht und ein drängenderes Problem als die hiesigen Waldschäden. Die Rekultivierung in diesen Gebieten ist eine der wichtigsten Umweltschutzmaßnahmen, ohne die jede Hungerhilfe auf Dauer erfolglos bleiben muß. Die Industrienationen werden sicher eines Tages gezwungen sein, zugunsten eines verfeinerten Umweltschutzes hier in jenen Ländern zu helfen. So könnte sich eines Tages der Slogan verändern: "Lokal denken — global handeln".

Ich habe versucht, einem komplexen Thema gewisse Konturen zu geben in dem Bewußtsein, Wesentliches ausgelassen zu haben. Umweltschutz ist aber eine Herausforderung, der wir uns zu stellen haben, ohne dabei andere Herausforderungen zu vergessen, die ebenso wichtig sind, wie etwa Beschäftigung, Energieversorgung, sozialer Friede. Ich erwähne solches, weil unsere Zeit in besonderem Maße dazu neigt, den Blick fürs Ganze zu verlieren. Dazu gehört, daß wir wieder zu einem Grundkonsens in unserer Gesellschaft kommen durch ein neues Grundverständnis.

Kultur und Entwicklung

von

Dr. Lothar Kraft*

Kultureller Internationalismus

In den Mittelpunkt meiner Überlegungen stelle ich nicht eine Kultur, die weltweit dominiert: US-Fernschserien, die die Welt erobern, der Welterfolg von Coca-Cola, Jeans, Donald Duck und Mc Donald. Oder die Drogenkonsumkultur. Diese Beispiele einer globalen Konsumsteuerung können zur Überfremdung, Entwurzelung und vielleicht zum Verlust der lokalen Kultur führen. Diese Fälle einer weltweiten Konsumkultur zeigen aber einen Apekt unserer Fragestellung.

Auf einer anderen Ebene wären zu nennen:

- die Internationalität der Religionen (z.B. die katholischen Philippinen mit einem muslimischen Süden);
- die weltweite Präsenz des intellektuellen und politischen Marxismus;
- die emotional-modische Relevanz des Sozialismus;
- der historische Kolonialismus;
- der Siegeszug des Kapitalismus, der trotz einiger Warnungen und verfrühter Trauerfeiern kräftig anhält.

Der internationale Austausch von Produkten und Ideen, die machtpolitischen Grenzüberschreitungen und Konflikte, die Begegnung von verschiedenen Kulturkreisen durch die zunehmende, umfassende Kommunikation und Internationalisierung: Dies alles führt zu Einwirkungen, zu Veränderungen, zu einem Wandel, zu einem Wandel im System normativ-geformter Kulturen und Traditionen. Das schafft, auf den Punkt gebracht, eine doppelte Dialektik: zwischen Traditionalität und Modernität und zwischen Autonomie und Abhängigkeit.

"Entwicklungshilfe ist tödlich"

Die Zusammenarbeit mit der 3. Welt ist ein aktuelles Beispiel dieser dramatischen Internationalität, dieses Dramas der Kulturen, dieser Welt, die sich eine

* Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Konrad Adenauer Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn. Seinem Beitrag liegt ein Vortrag zugrunde, den er am 25. April 1986, anläßlich des ersten Kolloquiums des Arbeitskreises "Geistige Grundlagen Christlich-demokratischer Politik" in Amsterdam gehalten hat.

gemeinsame Öffentlichkeit, eine globale Kommunikation geschaffen hat. Ich beginne mit der Wiedergabe einer pessimistischen Darstellung: Entwicklungspolitik zerstört alte Traditionen, Sozialstrukturen, Agrokulturen, Ökosysteme. Radikale Kritiker bezeichnen Entwicklungshilfe als nutzlos, sogar als schädlich und "tödlich" für die Entwicklungsländer.

Werte, Ziele, Normen, Ideale sind immer mit Herrschaft und Interessen verknüpft (z.B. Christianisierung Lateinamerikas als Parallelstrategie zur Kolonialpolitik der Spanier, Portugiesen). Kolonialpolitik, Missionierung, die sozialistische Weltrevolution, der westliche Ethnozentrismus, der dynamisch-expandierende Kapitalismus, die Entwicklungspolitik: sie repräsentieren ein Mixtum aus verschiedenen Motiven, Interessen, Wertvorstellungen, aus Nutzen und Gefahren.

Die Ziele der Modernisierung basierten lange Zeit vor allem auf Wertvorstellungen der Industrieländer. Leitbild, Maßstab für die Entwicklung der 3. Welt, waren und sind zum Teil noch unsere Wissenschaft und Technologie, unsere Erziehungsinhalte, unsere Wirtschaftsmodelle, unsere politischen Ideen und Modelle, unsere Produkte, unser Lebensstil.

Wir exportieren in diese Nachfragegebiete unsere ökonomischen und technokratischen Denkweisen, Lebensstile, Verfahren. Wir exportieren Ratio, Arbeitsethos, Pünktlichkeit, Planungsmethoden, Organisation. Wir exportieren unsere Experten. Die von außen induzierte Entwicklung durch Öffnung von Märkten, durch Wirtschaftskooperation und Direktinvestitionen, durch staatliche und private Entwicklungskooperation, führt zu einer radikalen Veränderung der Werte- und Sozialordnung. Sie führt zur Entwurzelung, Bevormundung, zur Zerstörung von Kulturen. Der sozio-kulturelle Rahmen der Tradition aber gab Orientierung, gab den Menschen Ordnung, Sinn und eine Lebensrichtung.

Resümee: Entwicklungspolitik führt zur Entfremdung, zur Abhängigkeit, zum Verlust der kulturellen Identität, Entwicklungspolitik zerstört.

Entwicklungspolitik bedeutet Kulturverlust und damit die Überlagerung der einheimischen Kultur durch die Kultur und die Interessen der Geberländer.

Entwicklungspolitik ist eine neue Kolonialpolitik, mit dem Mittel der "Hilfe"... Gefordert wird als Gegenstrategie: Lateinamerika, Afrika, Asien sollen sich befreien von diesem zerstörerischen Modernisierungsprozeß der westlich-kapitalistischen Art, evtl. auch der östlich-sozialistischen Art. So könnten sie sich, durch Abkoppelung, nach eigenen Ziel- und Wertvorstellungen unabhängig entwickeln. Die marxistisch inspirierte 3. Welt-Ideologie organisiert dabei ihren Protest gegen den westlichen Einfluß. Aus anderen Motiven fanatisiert der islamische Fundamentalismus gegen die westlichen Vorstellungen und Normen. Gleichwohl: marxistische Ideologie und islamischer Fundamentalismus, jeder auf seine Art, beanspruchen die Weltwirkung, die sie dem westlichen Modell leidenschaftlich absprechen.

"Die Entwicklungsländer sind an allem schuld"

Eine Gegenthese zum pessimistischen Abkoppelungskonzept: Wenn die Länder der 3. Welt heraus wollen aus der kulturellen, sozialen, politischen, wirtschaftli-

chen Unterentwicklung, aus ihrer Armut und Machtlosigkeit: dann ist der Prozeß der international wettbewerbsfähigen Modernisierung zwingend. Entwicklung ist Selbsthilfe, eigene Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb. Eine Position von Carlos Rangel (Venezuela): Der Wohlstand hängt von den Menschen ab: Für den unterschiedlichen Reichtum der Länder ist im wesentlichen deren Bevölkerung verantwortlich. Die kulturellen Unterschiede sind die eigentliche Erklärung für die Ungleichheiten zwischen den Nationen. Die Entwicklungsländer sollen nicht so wehleidig sein, sie sollten sich mehr anstrengen. Sie sind für ihre Rückständigkeit selbst verantwortlich.

Denn: Die Macht und die Errungenschaften des Westens wurzeln in Kultur und Geschichte des Westens.

Die jahrhundertelange Vorherrschaft der europäischen Nationen hat kulturelle Gründe. Die Entfaltung von Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft und moderner politischer Ideen, Verhaltensweisen, Institutionen: das beweist nur die kulturelle Überlegenheit, aus der diese Leistungen hervorgebracht wurden. Die Industrieländer sind einfach besser, leistungsfähiger, tüchtiger, stärker, weil sie durch ihre Kultur und Geschichte überlegen sind.

Experiment: Tauschen Sie die Bevölkerung der Schweiz und Sri Lankas aus. Nach 10 Jahren vergleichen Sie beide Länder. Das wäre ein Experiment, um diese These beweisen zu können, daß der Entwicklungsstand von den Menschen in den Ländern abhängt.

Fortschritt durch den Sozialismus

Die sozialistischen Industrieländer gehören zur Nordwelt: Es geht ihnen graduell schlechter als den westlichen Industrieländern, weil ihre politische Kultur weniger effektiv ist. Mansilla: "Der real existierende Sozialismus verkörpert den von ...Mitleid bereinigten Willen zur Macht". Im Werben um Märkte, Einfluß und Freunde in der 3. Welt konkurrieren die kommunistischen Länder auf eine fundamentale Weise mit uns. Da geht es für sie um Macht und gesellschaftspolitische Ideen, um das geschichtsphilosophische Finale, um das naturwissenschaftliche Aus für den Kapitalismus, um den endgültigen Sieg des Weltsozialismus. Entwicklungshilfe allerdings leistet der Ostblock kaum.

Die sozialistische Propaganda macht das Alte verächtlich, verherrlicht das Neue. Der sozialistische Fortschritt ist dabei das Maß aller Dinge. Rücksicht auf Traditionen ist eine Frage der Stufen der geschichtlichen Dialektik oder nur eine Frage der Opportunität und Taktik. Fidel Castro und sein Verhältnis zur Religion, von einem naiven Klosterbruder aufgezeichnet, wurde eben zum Bestseller in Havanna

Die Idee der Entwicklungspolitik

Die Idee der Zusammenarbeit der Staaten zur Förderung der Entwicklung könn-

te so beschrieben werden: Den Völkern der 3. Welt zu ihrem fundamentalen Recht helfen: dem Recht auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf innere und äußere Selbstbestimmung. Die Idee der Entwicklungspolitik verkörpert sich in der Forderung nach Gerechtigkeit, als internationale solidarische Aufgabe, als das Recht aller Menschen, Völker, Staaten, auf freie Entfaltung und Entwicklung. Im Marathonlauf der Menscheit durch die Geschichte hatte sich im Laufe der letzten Jahrhunderte die europäische Gruppe aus dem Hauptfeld der Läufer getrennt und einen großen Abstand geschaffen, der uns heute mit der relativen Unterscheidung Industrieländer/ Entwicklungsländer bewußt geworden ist. Es zeigt sich deutlich – bei allen großen Unterschieden zwischen den Entwicklungsländern selbst – im sozialen und wirtschaftlichen Leistungsstand, in der Gesundheitsfürsorge, in der Ernährung, in der Ausbildung, in Forschung und Wissenschaft, in der Macht auf den Märkten. Was wir heute Unterentwicklung nennen, war bis ins 19. Jahrhundert der Normalzustand der Weltbevölkerung, einige Vertreter des 1. und 2. Standes ausgenommen.

"Unterentwickelt" nennen wir die Regionen und Bevölkerungsschichten, die am weitesten vom Fortschritt entfernt sind. Unterentwickelt = 1 komparative Kategorie, quantifizierbar in Standardvergleichen.

Zwischen der High-Technology-Industrie, die Weltmärkte benötigt, um die Investitionen hereinzuholen, und dem wichtigsten Unternehmen in Rwanda, einer Bierbrauerei, liegen Welten. Der Abstand wird immer größer.

Nach der Entwicklungseuphorie der 60er und 70er Jahre fiel man in eine Phase großer Ernüchterung. Manche verfielen der Resignation, dem Pessimismus. Die unabhängige Linke, die freischwebende marxistische Intelligenz, entdeckte das Gefühl der Traurigkeit: nach dem Tod von Allende, dem Scheitern der Utopie von Tansania, dem Alltag von Vietnam, der kalten Routine von Cuba und den marktwirtschaftlichen Amouren der Volksrepublik China. Sie erlebten persönlich ihre Einflußlosigkeit und den Zusammenbruch der Theorie der Dependenz. Bleibt ihnen als Hoffnung noch Nicaragua und die Guerilla in Salvador. Sie ächtet die Contras von Nicaragua, sammelt aber Geld und politischen Support für die mörderischen Terrorbanden in Salvador.

Ethik des sozialen Wandels

Es gibt eine Dialektik zwischen:

- Autonomie und Interdependenz
- innerer Entwicklung und äußerer Entwicklung
- kulturellem Erbe und der Zwangsläufigkeit zur Modernisierung
- ökonomisch-technokratischen und sozio-kulturellen Faktoren.

Es gibt eine schwebende Dialektik, kein rigoroses Entweder – Oder. Gewarnt sei vor einer naiven Kulturromantik:

- die den endogenen, ummauerten Traditionalismus verklärt
- die in ein System geschlossener Kulturkreise flüchtet die zu einem regionalen Relativismus der Werte führt

- die zur Verleugnung des Dialogs, der Zwangsläufigkeit der Ausbreitung von Ideen, der Vorteile des Kulturaustausches verführt
- die zur Selbstverachtung der europäischen Kultur degeneriert
- die zu Intoleranz, Fanatismus und Überheblichkeit verleitet.

Zu fordern ist: eine politische Ethik des sozialen Wandels, der internationalen Kulturkooperation, die aus Irrtümern lernt und Kriterien für den Stil des Umgangs liefert. Eine Ethik also, wie Bundespräsident v. Weizsäcker schrieb, der "Kultur im Umgang von Menschen mit Menschen, mit Dingen, mit der Zukunft". "Nach welchen Maßstäben richten wir unsere Welt ein, und was hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen?"

Die Suche nach den Maßstäben, nach einer angemessenen Ethik, geht nicht ohne Mut zum Konflikt und zur Niederlage. Die naheliegendste Niederlage ergibt sich aus der Spannung zwischen Idee und Praxis. Durch die Ethik müssen wir "lernen, wie wir miteinander auskommen können und wie wir dem Fortschritt menschlich gewachsen sein werden". Und wir müssen mit dem Zeitgeist fertig werden, der "zwischen Optimismus und Zukunftsangst schwankt".

Ohne Tradition gibt es keine Entwicklung. Das Neue entdecken, in der Auseinandersetzung mit dem Lernen aus dem Alten, schafft erst Entwicklung. Die Kultur entwickelt sich in der Dialektik von Tradition und Innovation. Entwicklung ist Kulturwandel, in der Dialektik von Tradition und Modernität.

Dazu Kolakowski: Nur die Tradition ermöglicht uns, uns Werte zu eigen zu machen, nur sie ist fähig, "jene nicht-utilitäre Bande der Solidarität zu stiften, ohne die die menschliche Gattung nicht bestehen kann".

Richard v. Weizsäcker:

"Will man helfen, diese Kräfte freizulegen, dann muß man die Quellen kennen, aus denen sich die Lebensweisen, die Wertvorstellungen, die kulturelle Identität der Menschen speisen".

Diese kulturellen Quellen, aus denen Entwicklungen ihre Orientierungen und Energien erhalten, sind "die Traditionen des ethischen Verhaltens, der religiösen Überlieferungen, des Verhältnisses zur Natur, zur menschlichen Gemeinschaft, zum Geist"

In der kulturellen Begegnung mit anderen Völkern haben wir eine eigene Chance: "daß wir uns besinnen auf unsere eigenen Quellen, auf die Eigenständigkeit unserer europäischen kulturellen Identität".

Option für die Armen

Der Mensch ist Ursprung und Ziel, Träger und Subjekt der Entwicklung. Entwicklung findet durch ihn und in ihm statt.

Ziel der Entwicklung: Konkretes Leid konkreter Menschen und Gruppen verhindern, begrenzen; konkret erfahrene Ungerechtigkeiten beenden.

Entwicklung soll die Menschen in allen ihren Dimensionen fördern. Diese "integrale Entwicklung" bedeutet in der Sprache der Bischofskonferenzen von Medellin und Puebla:

Die Befreiung der Menschen von vermeidbarem Leid. Schutz vor Ungerechtigkeiten. Bevorzugte Hinwendung zu den Armen, Schwachen.

Der Begriff Entwicklung geht aus von Menschen, Gruppen, Staaten, die in einer schwachen Position sind, für die große Defizite in lebenswichtigen Bereichen bestehen, die durch die Betroffenen noch nicht allein und innerhalb eines angemessenen Zeitraumes überwunden werden können.

Diese Defizite definieren sich aus dem Vergleich mit Standards. Defizite in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Arbeit und Einkommen, Partizipation. Armut als Bescheidenheit, als Verzicht auf die Überbewertung materieller Güter, ist ein Wert. Der Begriff Armut in der Entwicklungspolitik meint aber die negative Erfahrung des lebensbedrohenden Mangels an materiellen und kulturellen Gütern, der die menschliche Würde beleidigt.

"Entwicklung", sagt Prof. Alberto Wagner de Reyna, "als Entfaltung der im Inneren einer Person oder eines Volkes liegenden Kräfte, ist primär kein wirtschaftliches Moment, sondern ein geistiges, das - wie alles Menschliche - einer angemessenen materiellen Unterstruktur bedarf".

Entwicklungspolitik versteht die Option für die Armen als politische Aufgabe. Sie will Voraussetzungen schaffen, daß diese Armen, von außen unterstützt,ihre Armut auf Dauer und mit eigener Kraft überwinden können (Subsidiarität und

Integrale Entwicklung hat zum Ziel, die physische, biologische, kulturelle, politische Armut zu überwinden.

Grundsätze der deutschen Entwicklungspolitik

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen in den Entwicklungsländern und die Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten. Deshalb hilft sie, die elementaren Lebensvoraussetzungen der Menschen zu sichern und sie in den Stand zu setzen, sich selbst zu helfen; trägt sie bei zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zu gesellschaftlicher Vielfalt als Voraussetzung für die Entwicklung aus eigener Kraft, fördert sie die regionale Zusammenarbeit und die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft.

Vorrangig ist die deutsche Entwicklungspolitik auf die armen Bevölkerungsschichten ausgerichtet. Sie leistet Hilfe, um den Willen und die Fähigkeit der Armen zur Selbsthilfe zu-stärken.

Diese begrenzende Funktion externer Hilfe, auf eine Impuls- und Katalysatorfunktion, betont die Formel "Hilfe zur Selbsthilfe". Die Verantwortung für die Entwicklung kann den Regierungen und Völkern der einzelnen Länder nicht abgenommen werden. Die Voraussetzungen für einen langfristigen Erfolg einer Förderung der Armen durch einzelne Programme und Projekte sind leistungsfähige Infrastrukturen sowie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, die den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten zu entfalten und an der Gestaltung dieser Ordnung mitzuwirken.

25

Dies zu schaffen ist die Verantwortung der Entwicklungsländer.

In der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit respektiert die Bundesregierung die Interessen ihrer Partner und ihre Eigenständigkeit bei der Bestimmung ihres Entwicklungsweges, erwartet aber ebenso die Respektierung ihrer eigenen entwicklungspolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Ziele und Inte-

Literatur

- Im Gespräch, Heft 4/1984, "Fortschritt und Tradition", vor allem die Beiträge von Richard v. Weizsäcker. Johannes Müller, Alberto Wagner de Reyna, Julius Becker.
 Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, BMZ, Bonn, April 1986
 M. Kaiser-N. Wagner: Entwicklungspolitik, Bonn 1986
 S. Krieger: Partner für den demokratischen Weg, Sankt Augustin 1983
 H.C.F. Mansilla: Die Trugbilder der Entwicklung in der Dritten Welt, Paderborn 1986
 C. Rangel: Der Westen und die Dritte Welt, München 1985
 G. Rüther: Die notwendige Hilfe, Melle 1986

Liberale und christlich-demokratische Entwicklungspolitik

von

Ernest F. Enzelsberger

Die Entwicklungspolitik ist grundsätzlich darauf gerichtet, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in einer erst wenig fortgeschrittenen Volkswirtschaft an einen als erwünscht angesehenen Zustand heranzuführen. Die Zielsetzung und die Verfolgung der geeigneten Wege dorthin fallen in die Verantwortung der politischen Kräfte des Entwicklungslandes selbst. Die Unterstützung durch die Industrieländer in Form der Entwicklungshilfe kann somit immer nur subsidiären Charakter haben. Dies ist ein Grundprinzip liberaler und christlich-demokratischer Entwicklungsstrategie, die die Empfängerländer nicht von den Almosen der reichen Länder abhängig machen, sondern sie auf dem Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit weiterbringen soll.

Die Planung der Politik der Entwicklungshilfe beginnt mit der Analyse der Ausgangssituation in den Entwicklungsländern. Der zweite Schritt ist dann die Konkretisierung des entwicklungspolitischen Zielsystems. Daneben muß es hauptsächlich um die schnelle Verbesserung der sozio-ökonomischen Lebensbedingungen in den unterentwickelten Volkswirtschaften gehen. Auf diese Hauptbedingung muß die Konzipierung der Entwicklungs(hilfe)politik der Industrieländer ausgerichtet bleiben.

Trotzdem: Die dafür Verantwortlichen müssen sich heutzutage eingestehen, daß die Bilanz von fast drei Jahrzehnten Entwicklungshilfe enttäuschend ist. Trotz des fast ununterbrochenen Anstiegs des Flusses äußerer Ressourcen war der materielle Fortschritt in den meisten Entwicklungsländern eher unbedeutend. Die Kluft zwischen ihnen und den Industrieländern hat sich stetig vergrößert.

Es fehlt zwar seit Jahren nicht an ständig wiederholten Lippenbekenntnissen im Sinne von "Armutsstrategien", d.h. der Einräumung eindeutiger Prioritäten für die Niedrigeinkommen-Länder und innerhalb dieser Gruppe insbesondere der LDC (Least Developed Countries), aber der Anteil der Niedrigeinkommen-Länder am Gesamtvolumen der Hilfe ist rückläufig. Nur zögernd wird überdies eingestanden, daß die Hilfe an die Niedrigeinkommen-Länder und insbesonde-

re an die LDC mit ihren zahlreichen Entwicklungshemmnissen weitaus komp lexer und schwieriger ist, als die Hilfe an Länder mit Mitteleinkommen.

Die fast alle Entwicklungsländer umfassende "Gruppe der 77", in welcher die Länder mit Niedrig- und Mitteleinkommen zahlenmäßig dominieren, plädiert hartnäckig für eine weitere massive Steigerung der Entwicklungshilfe, wobei die LDC bevorzugt zu berücksichtigen wären. Ganz auf dieser Linie liegen u.a. die "Brandt-Berichte" der Nord-Süd-Kommission, die alles Heil in einer Ausweitung

der Entwicklungshilfe erwarten.

Das sich angesichts zahlreicher interner Entwicklungshemmnisse stellende Problem der "Absorptionskapazität" wird darin jedoch entweder völlig ignoriert oder zumindest bagatellisiert.

Im Jahre 1969 sagte der Entwicklungsökonom und Nobelpreisträger Arthus Lewis: "Wenn Afrika, Asien und Lateinamerika morgen im Meer versinken würden, würde das den gegenwärtigen oder zukünftigen Wohlstand von Europa und Nordamerika kaum spürbar beeinträchtigen." Es könnte allenfalls den OECD-Ländern sogar Hilfsgelder ersparen, die die Verluste einiger transnationaler Unternehmen und Beratungsfirmen wieder wettmachen. Arthus Lewis hält seine These weiterhin aufrecht, auch wenn er später die OECD-Länder ausgeklamnert hat. Sein Satz gilt indes selbst umgekehrt. Wenn Europa, Nordamerika, Japan und Ozeanien sämtlich im Meer versinken würden, würde das den gegenwärtigen oder zukünftigen Wohlstand der Dritten Welt kaum spürbar beeinträchtigen. Vielmehr könnte es der Dritten Welt sogar "helfen", das bedrückende Beispiel des Erfolgs der Ersten Welt nicht ständig vor Augen zu haben.

Es gibt eine gewisse wirtschaftliche Interdependenz; es gibt politische Bindungen; es gibt einen gewissen kulturellen Austausch – aber bislang ist praktisch nichts geschehen, das diese Beziehungen irreversibel machen, oder ihnen auch nur eine zentrale Bedeutung für die Beteiligten verleihen würde.

Viel ist über die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Entwicklung in der Dritten Welt geschrieben worden, nicht genügend Aufmerksamkeit wurde jedoch bisher den politischen und kulturellen Dimensionen der Nord-Süd-Beziehungen gewidmet.

Daß, wie eingangs erwähnt, nach fast drei Jahrzehnten beträchtlichen Ressourcentransfers in die Dritte Welt die Auswirkungen traditioneller Entwicklungshilfe auf das Schicksal der Armen in den betreffenden Ländern bescheiden geblieben sind, ist das Resultat der kulturellen und politischen Umstände in der südlichen Hemisphäre.

Sollen nämlich die Nord-Süd-Beziehungen als solche zwischen gleichberechtigten Partnern gesehen werden, dann sind bei den Eliten der Dritten Welt dieselben Maßstäbe der politischen Ethik anzulegen, wie sie in den industrialisierten Demokratien des Westens gelten. Armut und Unterentwicklung sind kein Freibrief für Korruption und Machtmißbrauch. Aber, das Prestige und die wirtschaftlichen Privilegien, die mit internationaler Hilfe verbunden sind, stellen einflußreiche Mittel zur Machtsicherung der einheimischen Eliten dar.

Darin liegt ja auch der Hauptgrund für das wachsende Mißtrauen der Bürger in den westlichen Industriestaaten gegen die staatliche Entwicklungshilfe. In diesem Zusammenhang gilt es auch, mit dem Gedanken des "Durchfiltermythos" aufzuräumen. Darunter versteht man die Vorstellung, nach der Entwicklungshilfe, selbst wenn sie nur einer schmalen Schicht von privilegierten Menschen in den Ländern der Dritten Welt zugutekommt, irgendwie schon nach unten durchfiltern wird. Sei es, daß der neuerworbene Lebensstandard einiger weniger viele zur Nachahmung motiviert; sei es auch nur, daß er das Interesse der Neureichen weckt, für ihre Kinder die Bedingungen zu schaffen, die die Erhaltung ihrer Privilegien erlauben.

Raul Prebisch ist nicht der einzige angesehene Entwicklungspolitiker, der diese Vorstellung aufgegeben hat. Auch in den entwickelten Ländern Europas und Nordamerikas ist Wohlstand eben nicht nur das Ergebnis einer Durchfilterung nach unten; die Motivation zur Verbesserung der Lebenslage hat vielmehr die Gesellschaften durchgehend geprägt.

Die moderne Marktwirtschaft hat die größte materielle Wohlfahrt für die größte Anzahl von Menschen geschaffen, und sie begünstigt freiheitlich verfaßte, rechtsstaatliche Ordnungen, ferner die Demokratie und auf jeden Fall die Respektierung der Menschenrechte. Es ist jedoch offensichtlich, daß die Marktwirtschaft nicht automatisch zur freiheitlichen Demokratie führt, ja sie bedarf dieser Demokratie. Auf der anderen Seite gibt es kein Beispiel dafür, daß die Demokratie die Einführung einer zentralistischen Planwirtschaft überstanden hätte.

Das Prinzip, wonach wirtschaftliche und politische Entwicklung gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck angestrebt werden sollten und wonach die Demokratie nicht wirtschaftlichen und sozialen Ziesetzungen untergeordnet werden dürfe, unterscheidet die Liberalen und die Christlichen Demokratien von den Marxisten und den Libertariern. Die Liberalen und die Christlichen Demokraten erkennen an, daß die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen es in den meisten Ländern der Dritten Welt unmöglich und politisch unerwünscht machen, für Entwicklungsländer genau denselben Grad der Erfüllung marktwirtschaftlicher Regeln zu empfehlen wie für hochentwickelte Industrienationen. Um eine gesunde Wirtschaftsgrundlage zu schaffen und auch wegen der mangelnden Verfügbarkeit von Privatkapital muß der Staat in manchen Entwicklungsländern eine aktivere Rolle spielen, als in solchen Industriestaaten.

Die Bedeutung der Privatwirtschaft für kontinuierlichen wirtschaftlichen Fortschritt in Entwicklungsländern wird durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt während der letzten zwei Jahrzehnte untermauert. Länder, die aus politischen Gründen den privaten Sektor und den freien Markt abschafften, stagnierten oder fielen sogar zurück, während Länder mit einer insgesammt liberalen Wirtschaftspolitik weiter vorangekommen sind. Dem Fehlschluß, daß lediglich sozialistische Modelle für die Entwicklungsländer relevant sind, entspringt auch das Konzept der "Neuen Weltwirtschaftsordnung". Diese zielt u.a. nicht nur auf einen Transfer von Ressourcen, sondern auch auf einen Transfer von Macht und die hinter diesem Schlagwort stehende Ideologie muß wohl von Liberalen und Christlichen Demokraten verworfen werden. Denn das, was bereits auf nationaler Ebene versagt hat, kann auch im internationalen Rahmen nicht funktionieren. Internationale Wirtschaftsbeziehungen sind nicht statisch, sondern sie resultieren aus der sich täglich ändernden Summe von Kontakten und Transaktionen. Den Regierungen fällt dabei in erster Linie die Verantwortung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten und die faire Behandlung von Bürgern und Interessen anderer Staaten zu. Sie müssen ferner darauf achten, daß ihr Bemühen um die nationale Wohlfahrt in das internationale Gefüge paßt, immer der Tatsache bewußt, daß bei der heutigen Interdependenz die Wohlstandserhaltung und -mehrung nur möglich ist, wenn Güter und Dienstleistungen möglichst frei gehandelt und bezahlt werden können,

Die Nord-Süd-Debatte hat sich, ohne nennenswerten Fortschritt übrigens, in den vergangenen Jahrzehnten zunchmend auf die Fragen der einseitigen Handelspräferenzen für Entwicklungsländer, der internationalen Marktregulation bei Rohstoffen und des privilegierten Zugangs von Entwicklungsländern zur Technologie der hochentwickelten Industriestaaten konzentriert. Das allgemeine Klima wurde dabei von einseitigen "Pflichten" des Nordens bestimmt. Damit sollte insbesondere auch in den internationalen Organisationen Verwirrung über die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für die anhaltende wirtschaftliche Rückständigkeit in den Entwicklungsländern geschaffen werden. Zweifellos verleihen der höhere Entwicklungsstand und die döminierende Stellung der Industriestaaten im Welthandel diesen die Hauptverantwortung für das Funktionieren des internationalen Wirtschaftssystems. Dies beantwortet jedoch nicht die wesentlich fundamentalere Frage, wer für die Beseitigung der Armut und die Wohlfahrt der Menschen in der Dritten Welt die Verantwortung trägt. Diese liegt ganz eindeutig bei den Entwicklungsländern und ihren Regierungen.

Eine verantwortliche Entwicklungsstrategie sowohl im Norden als auch im Süden gründet sich auf mehrere Erfordernisse. Zum einen müssen die Entwicklungsländer eine vernünftige Steuerpolitik sowie ein vertrauenserweckendes Klima für private Investitionen anbieten. Des weiteren müssen die Binnenmärkte in den Entwicklungsländern geöffnet und von industriefeindlichen Lizenzen und bürokratischer Willkür befreit werden. Ferner bedarf es einer realistischeren Beurteilung der Rolle des internationalen Kapitals und der multinationalen Unternehmen für die Entwicklung der Dritten Welt, Schließlich muß die massive Kapitalflucht aus der Dritten Welt, die dort zum akuten Kapitalmangel führt, eingedämmt werden. Die Ursachen für diese Flucht liegen nicht in irgendwelchen "internationalen Verschwörungen", sondern sie entspringen einerseits dem magelnden Verantwortungsbewußtsein der einheimischen Eliten und andererseits der fehlenden Sicherheit und Qualität des Bankwesens in der Dritten Welt.

Für die meisten Länder der Dritten Welt muß der Schwerpunkt der Entwicklungsstrategie im landwirtschaftlichen Sektor liegen, Dabei ist ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Eigenbedürfnissen an Grundnahrungsmitteln und der Plantagenproduktion für Exportzwecke anzustreben. Der unkontrollierten Abwanderung in die städtischen Agglomerationen kann nur durch Verbesserung der Lebensbedingungen für mittlere und kleinere Bauern Einhalt geboten werden. Dazu gehören die Verbesserung des Bankwesens in ländlichen Regionen, Steuerund Preisanreize für die private Landwirtschaft, rechtliche und organisatorische Hilfe für landwirtschaftliche Genossenschaften, zinsgünstige Kredite für Maschinenbeschaffung sowie Erziehung zur Selbsthilfe.

Um die aus einer solchen Neuorientierung erwachsenden Devisenausfälle auszugleichen, sollten die Industriestaaten ihre Finanzhilfe auf jene Entwicklungsländer konzentrieren, die eine Politik der größeren landwirtschaftlichen Autonomie batreilben.

30

Nahrungsmittelhilfe sollte ohne politische Bedingungen, aber nur in Katastrophenfällen gewährt werden. Alle Nord-Süd-Probleme werden vom raschen Bevölkerungswachstum in den meisten Ländern der Dritten Welt überschattet. Aus liberaler und christlich-demokratischer Sicht scheinen materielle Anreize zur Familienplanung am wirksamsten zu sein, wobei allerdings die finanzielle Kraft der Regierungen in den meisten Entwicklungsländern vor allem die Förderung nichtmonetärer Anreize nahelegt. Staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsprogramme, Landreform und der soziale Wohnungsbau können so gestaltet werden, daß sie positive Anreize zur Familienplanung verschaffen. Jede Bevölkerungspolitik muß jedoch wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von ländlichen Entwicklungsprogrammen und einer Verbesserung der schulischen Erziehung, insbesondere auch der Mädchen begleitet wird. Sowohl in der bilateralen wie auch der multinationalen Entwicklungshilfe sollten jene Staaten besonders berücksichtigt werden, die eine wirksame Bevölkerungspolitik betreiben und dafür aus eigenen Kräften Mittel zur Verfügung stellen.

Der internationale Freihandel ist die Vorbedingung für Wirtschaftswachstum sowohl im Süden als auch im Norden. Das bedeutet, daß der Kampf gegen die fortlaufende Erosion des internationalen Freihandels vom Norden wie vom Süden eine dezidierte Abkehr von verschiedenen protektionistischen Maßnahmen erfordert. Für die Schaffung von Wohlstand im Norden wie im Süden ist aber auch die Existenz eines stabilen Finanzsystems von elementarer Bedeutung. Dieses muß einen freien, internationalen Kapitalfluß garantieren. In der Frage des freien Kapitalflusses liegt es an den Liberalen und an den Christlichen Demokraten, einige Mißverständnisse zu klären. Sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern läßt sich aus Einschränkungen des Zugangs von Ausländern zum heimischen Kapitalmarkt nichts gewinnen. Die dadurch bewirkten Marktverzerrungen verunmöglichen sowohl auf der Anleger- wie auf der Kreditnehmerseite den optimalen Einsatz des Kapitals. Restriktionen des Kapitalexports und ein ineffizientes, zumeist verstaatlichtes und politischer Kontrolle unterworfenes Bankensystem tragen maßgeblich zur Kapitalflucht aus der Dritten Welt bei.

Der Finanzfluß von Institutionen wie IDA und regionalen Entwicklungsbanken in Entwicklungsländern ist nicht prinzipiell verschieden von Zuschüssen. Es ist deshalb unmöglich, diesen Fluß aus zinstragenden Ersparnissen in den Industrieländern zu finanzieren. Auch bei Billigkrediten und anderen Formen günstiger Finanzhilfe müssen deshalb grundsätzlich dieselben Effizienzkriterien angewandt werden, die bei kommerziell finanzierten Vorhaben üblich sind.

Die heutige Entwicklungsdebatte wird wesentlich von Zweifeln über den Sinn und den Nutzen der Entwicklungshilfe bestimmt. Grund dafür ist primär die offensichtliche Ineffizienz zahlreicher Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt. In der Tat hat sich die staatliche Entwicklungshilfe als schwerfällig erwiesen und die Bürokratie in den Empfängerländern weiter aufgebläht. Auch die schon angeführte Korruption dort ist, wie fast überall, eine Folge von Zentralverwaltungswirtschaft, Bürokratie, Armut und mangelnder Bereitschaft zur Solidarität.

Gerade dort, wo kulturelle Identität und Staatsordnung auseinanderbrechen, ist die Bestechlichkeit besonders groß.

Abhilfe kann durch den vermehrten Einsatz privater Institutionen geschaffen werden. Außerdem ist die Privatwirtschaft, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, verstärkt in die Entwicklungshilfe zu integrieren. Zahlreiche Aufgaben, die heute der Staat wahrnimmt, können privaten Unternehmen überantwortet werden. Schließlich sollen sich die Geberländer auf die direkte Projekthilfe konzentrieren.

Aus liberaler und christlich-demokratischer Sicht ist den politischen Verhältnissen im Empfängerland, insbesondere die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, bei der Projektvergabe prioritäre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Entwicklung darf sich nämlich nicht nur auf materielle Aspekte beschränken, sondern muß in den betreffenden Ländern der Dritten Welt auch soziale und politische Verbesserungen bewirken. Deshalb ist es gerechtfertigt, daß die westlichen Demokratien, von kurzfristiger und gezielter Katastrophenhilfe abgesehen, in ihrer Entwicklungshilfepolitik einen besonderen Akzent auf die Förderung der freiheitlichen Demokratie setzen.

Soll die Hilfe also über reine Almosen hinausgehen, so muß sie die Ursachen der Unterentwicklung ohne ideologische Scheuklappen in Rechnung stellen. Dabei wird auffallen, daß in manchen Entwicklungsländern die wirtschaftliche Misere nicht so sehr durch das koloniale Erbe, sondern vor allem durch exzessiven Staatsinterventionismus sowie durch realitätsfremde Ideologien geschaffen worden ist. Vielfach wird in diesem Zusammenhang übersehen, daß die nachhaltige Auswirkung kolonialer Imperien nicht die Ausbeutung der Kolonien ist. Sie liegt vielmehr darin, daß Entwicklungen mehr oder minder bewußt niedergehalten wurde, sodaß die vorhandenen Unterschiede größer und größer wurden. In den meisten Entwicklungsländern hat aber heute die soziale und wirtschaftliche Entwicklung doch einen Stand erreicht, der es erlaubt, vermehrt die für den Aufbau einer Marktwirtschaft unerläßlichen Kräfte wie privates Unternehmertum und Privatkapital zu fördern. Dazu ist anzumerken, daß die Meinung, die Afrikaner etwa seien keine Kaufleute und folglich auch nicht befähigt, eine "Mittelklasse" zu bilden, einer historischen Prüfung nicht standhält. Die neuere afrikanische Geschichtsforschung lehnt die These ab, wonach die Phönizier und die Araber allein den Afrikahandel in der Antike betrieben haben. Ausgesprochene Händlervölker sind die Haussa, die Ibo, die Ashanti und die Kikuyu.

Zusammenfassend und abschließend läßt sich also Folgendes sage. Es ist außerordentlich wichtig, daß jeder Versuch, in die Entwicklungsprozesse anderer Länder einzugreifen, deren kulturelle Eigenart respektiert, ja fördert. Auch das ist ein Stück Antwort auf das Dilemma von Zentralisation und Dezentralisation. Der Liberale wie der Christliche Demokrat wollen eine Welt, in der Unterschiede gedeihen und Gemeinsamkeiten auf das beschränkt bleiben, was für ein anständiges Leben in persönlicher Würde erforderlich ist. So sehr der ökonomische Liberalismus von der Freiheit des einzelnen Individuums ausgeht und das natürliche Gewinnstreben zum wirtschaftlichen Grundprinzip erhebt, so meint er doch, zusammen mit der Christlichen Demokratie, daß damit zugleich der höchste Nutzen und das höchste Gute für die Gemeinschaft verbunden sein kann und sein muß. Das ist ein nicht zu übersehendes Faktum. Der zwischen Freiheit und

Eigentum bestehende Zusammenhang wird daraus ersichtlich, daß Sieyes in seinem "Preliminaire de la constitution" die Freiheit als Eigentum über sich selbst begriff und für Abbe Maury gibt es "ohne Eigentum keine Freiheit".

Dazu kommt noch ein weiteres: Der Liberalismus wie auch die christliche Soziallehre hatten von allem Anfang an eine weitere wesentliche Komponente. Den Optimismus und damit verbunden den Glauben an Fortschritt und Vernunft. Durch Initiative und Risikofreudigkeit sollten Fortschritt und eine Verbesserung der Lebensbedingungen erreicht werden. Damit verbunden war der Glaube an eine im Zeichen von Freiheit, Recht, Gerechtigkeit und Solidarität stehende natürliche Ordnung, ja der Glaube an eine natürliche Harmonie der Dinge und an einen Vernunftgebrauch der Freiheit, wobei dem Gesamtinteresse dadurch am besten gedient wurde, daß jeder sein Eigeninteresse maßvoll und verantwortlich verfolgt. Somit ist das Prinzip des Fortschritts in seinen Formen als Liebe zur Freiheit, als Hang zur Reform und als Mut zur Verantwortung, der Macht der bloßen Gewohnheit entgegengesetzt.

Dort, wo die Macht der Gewohnheit allmächtig ist, gibt es keine Geschichte im eigentlichen Sinn des Worts, da ein Volk dann stehenbleibt, wenn seine Menschen aufhören, ihre individuelle Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

. 1

Gedanken über eine einzige UN-Entwicklungshilfeorganisation

VO

Prof. Dr. Fried Esterbauer

Die Entwicklungshilfe, im besonderen auch die multilaterale der verschiedenen UNO-Organisationen, leidet unter der abnehmenden Bereitschaft der meisten Staaten, Mittel dafür direkt oder durch die Finanzierung der Entwicklungshilfeorganisationen zur Verfügung zu stellen, bei gleichzeitiger Zunahme der Probleme der Entwicklungsländer, vor allem der Ernährungsprobleme und der Dürregebiete. Einer starken Bevölkerungszunahme steht ein Rückgang von Nahrungsmittelproduktionssteigerungen gegenüber. Durch das Hinausschieben der Probleme durch Nahrungsmittelhilfe nach dem Gießkannenprinzip tritt keine Besserung dieser Situation ein. Überdies sind die Empfänger von Entwicklungshilfe nicht immer die, die es am notwendigsten haben, ist der administrative Apparat für Entwicklungshilfe teilweise zu groß geworden ("Parkinsons Gesetze"), die UNO-Entwicklungshilfe organisatorisch aufgesplittert und zu wenig koordniert, darüberhinaus gibt es externe und interne Kritik an der Effizienz einzelner UNO-Entwicklungshilfeeinrichtungen und gibt es Kompetenzkonflikte zwischen diesen Einrichtungen.

Deshalb und um der UNO-Entwicklungshilfe einen neuen Anstoß zu geben, wäre zu überlegen, ob die UNO-Entwicklungseinrichtungen, Organisationen, Programme und Finanzierungseinrichtungen (UNDP, UNCTAD, FAO/WFP, WFC, Ifad, UNIDC samt ihrem Fonds UNIDF abgesehen von den auch mit Entwicklungshilfe befaßten Organisationen und Programmen UNESCO, UNICEF, WHO, ILO und UNEP) in einer einzigen UN-Entwicklungshilfeorganisation, etwa einer UNIDO (als United Nations International Developement Organization) oder zumindest eine Ansiedlung aller an einem einzigen Sitz konzentriert werden sollten. Hier bietet sich evtl. Wien an, wo teilweise auch durch Tausch mit anderen in Wien befindlichen UN-Organisationen Platz geschaffen werden könnte, und damit die UNO-Entwicklungshilfe wirksamer und sparsamer werden würde. Damit könnten Mittel für zusätzliche Hilfe frei werden und könnte die allgemeine Bereitschaft zur Entwicklungshilfe wieder zunehmen. Ferner müßte die Entwicklung nicht nur durch einen nationalen Strukturwandel der Entwicklungsländer, sondern auch durch einen globalen Strukturwandel zu einer neuen Wirtschaftsordnung und durch eine Koordination sowie eine neue Arbeitsteilung unter den Entwicklungsländern gefördert werden, unabhängig davon, ob mehr (im gewissen Ausmaß wohl unumgängliche) Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft oder mehr Abkoppelung der Entwicklungsländer erfolgen soll.

Während eine (teilweise) Dezentralisation der Entwicklungshilfe überwiegend Vorteile, vor allem die größere Nähe zu den Problemen und den Projekten sowie die größere Teilnahmemöglichkeit der Betroffenen, mit sich bringt, wäre eine Konzentration der UNO-Entwicklungshilfe vorteilhafter als die gegenwärtige Dekonzentration.

Die Konzentration der UN-Entwicklungshilfeorganisationen zu einer einzigen Organisation würde 1.) größere Übersichtlichkeit und die Verhinderung von Mehrgleisigkeiten und Koordinationsmängeln von ohnehin schon im einzelnen oft unzulänglichen Projektplanungen, z.B. durch mangelnde Verfügbarkeit von Experten und Konsulenten, 2.) die Einsparung von Teilen der riesigen Administrationen, der Repräsentanzen und der Dienstreisenden der Entwicklungshilfeorganisationen und vor allem 3.) die Möglichkeit bedeuten, daß der Hilfe zur Eigenproduktion von Nahrungsmitteln Vorrang eingeräumt werden könnte (wie er etwa auch von der von der Weltbank eingesetzten "Brandt-Kommission" und und von der EG-Kommission und ihrem Generaldirektor für Entwicklung, Dieter Frisch, seit 1982 in den Vordergrund gerückt wurde; vgl. EG-magazin 12/'82), ja daß bis zur Beseitigung des Hungers alle verfügbaren Mittel nur für Entwicklungshilfe zum Zwecke der Sicherstellung der Ernährung eingesetzt werden. Bei einer Vielzahl von Einrichtungen der Entwicklungshilfe und allein schon mit dem Bestehen der FAO in Rom und der UNIDO in Wien muß jede ihren (vor allem quantitativ beeindruckenden) Erfolgsnachweis erbringen und können kaum übergreifende Prioritäten gesetzt werden oder gar (vorläufige) Einstellungen zugunsten anderer Entwicklungsbereiche erfolgen. 4.) Eine Koordination mit anderen, den regionalen Organisationen. Programmen und Entwicklungsbanken sowie mit den bilateralen Entwicklungshilfen wesentlich erleichtern. 5.) Eine wirksamere und übersichtlichere Entwicklungshilfe - zunächst für die Beseitigung des Hungers - durch eine einzige UN-Organisation würde die Hilfsbereitschaft der Geberländer erhöhen.

Wichtigste Priorität der Entwicklungshilfe sind die Programm- und Projekthilfen für die Landwirtschaft und zwar für die Produktion der Grundnahrungsmittel, nicht für Monokulturen, sowie in einer zweiten Phase für die agrar- und die rohstoffverarbeitende Industrie anzusehen:

- 1.) In den Entwicklungsländern fehlen neben ausreichenden Verkehrswegen allein schon eine ausreichende eigene Produktion von Grundnahrungsmitteln. Gerade deren Import ist für arme Länder zu teuer und nur einer schmalen Oberschieht zugänglich. Damit könnten auch ohne Änderung der Weltwirtschaftsordnung Abhängigkeiten vermieden werden.
- 2.) Um diese Benachteiligung bei armen Ländern weiter zu beseitigen bzw. zu vermeiden, sollten diese die Agrar- und Rohstoffprodukte auch selbst verarbeiten können. Zugleich wäre diese Verarbeitung auch nicht mit zu kompliziertem Know how verbunden, das sonst einen großen Teil der industriellen Produktion kennzeichnet und zunächst für die Entwicklungsländer eine Überforderung darstellt.
- 3.) Eine ausreichende Landwirtschaft und deren Verarbeitung könnte die Landflucht, die Entwurzelung und den Identitätsverlust der Bevölkerung in den städ-

tischen Ballungszentren beenden, während eine vorherige Forcierung der Industrialisierung diese Entwicklung eher fördert.

- 4.) Die Landwirtschaft wäre ein menschen- und umweltgerechter Motor qualitativen Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer.
- 5.) Die Entwicklungsländer haben noch große von der Landwirtschaft ungenützte Ackerbauflächen und sind am meisten von der Austrocknung und Verwüstung großer Gebiete, aber auch von Überschwemmungen betroffen. Dem müßte mit Projekthilfe zur Be- und Entwässerung, mit durch Senkung des Grundwasserspiegels an Grenzen stoßenden Brunnen, aber vor allem auch mit großangelegten Be- und Entwässerungsanlagen, mit Hilfe bei der Beschaffung landwirtschaftlicher Geräte und Düngemitteln sowie bei der Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse und beim Ausbau von Verkehrswegen vor allem energiesparender und umweltschonender Eisenbahnen entgegengewirkt werden. So müßten z.B. Bewässerungsprojekte in der Sahelzone, etwa mit einer Aufstauung und Umleitung des nördlichsten Teils des Uele (Ubangi) in das sonst austrocknende Tschad-Becken, den Kern der Sahelzone, oder in Form einer Aufstauung des Sambesi im Wüsten- und Salzpfannengebiet oberhalb der Viktoriafälle (ein altes Projekt) in Erwägung gezogen werden.

Eine solche Entwicklungshilfe und ihr verstärkter Einsatz vor allem durch die ehemaligen Kolonialmächte wäre nicht bloß mit reiner Nächstenliebe, sondern auch mit wirtschaftlichem Eigennutz der Schaffung von Absatzgebieten für die eigene Wirtschaft, der Verhinderung von Störungen im interdependenten Weltwirtschaftssystem und der Berücksichtigung der Lage der meisten Entwicklungsländer in klimatisch extremen Zonen sowie vor allem als Wiedergutmachung für die Ausbeutung, die Förderung der Entfremdung und die vielfach geschaffene agrarische Monokultur, die die Grundnahrungsmittelproduktion in großem Ausmaß verdrängt hat, in der Kolonialzeit zu begründen. Müssen die Entwicklungsländer dies durch Kreditaufnahme selbst finanzieren, geraten sie in eine noch größere Verschuldung.

Der hierfür notwendige große Aufwand, die Verhinderung von Abhängigkeiten und die Hilfe für die ärmsten Länder sprechen für multilaterale UNO-Hilfe, mit einer einzigen Entwicklungshilfeorganisation. Diese wie noch weitere durch besondere Beziehungen hinzukommende bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe (z.B. EG-AKP-Staaten) sollte direkte Hilfe an Betroffene ohne überzogene politische Bedingungen leisten, Hilfe über Regierungen aber sollte zumindest mit der Aufforderung der Abstellung eventueller Menschenrechtsverletzungen verbunden werden. Für die über die elementare UNO-Hilfe hinausgehende Hilfe demokratischer Staaten an andere demokratische Staaten und damit die Förderung und Belohnung für Demokratien wäre vermehrt die OECD mit ihrem Entwicklungshilfeausschuß DAC einzusetzen, wobei in diesem Rahmen demokratischer Staaten zugleich auch eine neue partnerschaftliche Wirtschaftsordnung eher zu erreichen wäre als auf universeller Ebene unter Einschluß von Diktaturen. Die auch hier besonders notwendige Koordination mit der UNO-Hilfe kann wesentlich besser erfolgen, wenn es dafür eine einzige UNO-Einrichtung gibt oder zumindest alle Organisationen, Programme und Finanzierungsinstrumente der UNO denselben Sitz und eine Koordinationsstelle haben,

Reflections on the Contemporary Situation in South Africa

bу

Professor Fred L. Casmir, Ph.D.*

Little in our contemporary society prepares us for dealing with the incredible complexities which have evolved in our world, some by design, many more almost by coincidence. South Africa is one of the most dramatic examples of that fact

Her first White inhabitants arrived by "accident", and stayed for only months after they were shipwrecked near the Cape of Good Hope, in 1647. These were sailors from a ship of the Dutch East India Company. Shortly after their rescue, a supply base was established near the present Cape Town, at the southernmost tip of Africa. Dutch ships used it specifically for the purposes of taking on fresh vegetables and water, however, the base was also made available to other European trading vessels. After its establishment in 1652, the first permanent settlers arrived in 1658. Their farms were concentrated in the fertile areas surrounding the Cape of Good Hope.

When Great Britain realized the strategic importance of the Horn of Africa, it sent a fleet in 1799 to take over the Dutch-held areas. The numbers of White settlers having been swelled by French Huguenots, who brought the wine-making industry to South Africa, they began to think of themselves as "Africans" or "Afrikaner". Pressure from Black colonizers moving South along the eastern coast from Central Africa, especially the Xhose and further north the Zulus, as well as pressure from the British who were intent on extending their own sphere of influence, resulted in the "Great Trek" of 1834 during which some 15000 Boers moved north. In 1838 they fought the last decisive battle with batallions of Zulus, at Blood River. Their move in many ways is reminiscent of those days when Americans left East and travelled West in their covered wagons. Leaving everything behind, except what they could pack in their own wagons, they moved into what was to become the Orange Free State and Transvaal. At the same time, the British further colonized the provinces of Cape Town and Natal in the south, and along the eastern coast.

* The author is professor of communication at the Seaver College of the Pepperdine University in Malibu, California, He is a highly qualified expert in international politics and also in intercultural communications, see his "China Impressions 1984" in LIBERTAS, 1/1985, pp. 46-50. Now, during a 32-day stay in the Republik of South Africa he worked there as a Senior Fellow at the Human Sciences Research Council in Pretoria in the area of Intercultural and International Communication/Negotiation. The text reproduces his personal reactions to the contemporary South African situation.



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des "Drumherum", hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen, Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320.

The "Great Trek" and its participants, the so-called "Voortrekkers", took on almost mythical properties. Small numbers of White farmers confronted tens of thousands of fierce Zulu warriors arranged in awesome batallions, and were victorious. The Boers in that last battle struck out from their circled-wagon camp, or "laager". The very attitudes of contemporary Afrikaners contemplating "withdrawal" into a "laager", and taking on the rest of the world in the 20th century, has its foundations in that historic event. Never again were these Whites to see themselves as transplanted Europeans, especially not as Dutch decendents, but as Afrikaner committed to staying in the land they had occupied, and all their former roots severed. They were forced, reluctantly, to accept some British cultural traditions, but they found it easier to relate to the people and the history of the United States, in turn laying foundations for later feelings of "betrayal" when trade sanctions were announced.

The British realized that north of its Cape Province, and west of the province of Natal, the Orange Free State and Transvaal represented a substantial threat to their plans for Africa. After periods of granting independence, and an indecisive first war in 1881, they were drawn into a bloody confrontation which lasted three years. During that time, a small army of Boer guerilla-fighters held off British armies of ten times or more their numbers. Finally, settling on a scorched-earth policy, the British burned all Boer farms, and put women and children in concentration camps, where some 26 000 of them died. Only eight years after the surrender of the Boers in 1902, however, Great Britain conceded final defeat in this highly unpopular and internationally discredited colonial war of expension. She accepted the formation of a Union of South Africa in 1910, consisting of four provinces: Cape Province, Natal, the Orange Free State and Transvaal.

Dominated for several more decades by English-speaking South Africans, Afrikaners finally began to share in the "good-life" and educational advantages they had watched only from a distance, as the birthright of the English-speaking population. Becoming politically dominant among the White minority, of what was now the Republic of South Africa (1961), and very much aware of the historic experiences they had made as a small group faced by vast numbers of opponents, they proceded to build a wall of oppressive controls in the name of racial purity, seperation of the races, and the White's defense system against the "Black danger". Finally, in 1948, long-standing customs were made official policy, and the term apartheid became a matter of international concern or interest. Even when the increasingly rapid development of industrial and technological aspects of their society made it impossible to continue a clear, physical separation of the races, Afrikaners insisted on it. Since cheap Black labor was needed for the development of their society, Afrikaners faced the impossibility of holding on to a total system of apartheid. Fear of a black majority rule caused its continuation as the government's policy, with various repressive edicts such as pass laws and the Group Areas Act established over time.

What is the "other side" of this complex picture? As is true of all of South Africa, the "Black" side ist just as complex as the "White" one. There ist not

one "Black"experience representative of the total situation in South Africa. Many tribes and ethnic groups among the Blacks have long fought each other, and often hold each other in contempt. Blacks have no experience, except possibly in White-run mines (where they have developed a language all of their own, in order to be able to communicate with one another) in the development of complex systems of co-operation. One contemporary example is the "African National Congress" (ANC) which is an internationally recognized voice in the present struggle in South Africa. However, it does in no way represent the majority of Blacks. In effect, for more than 30 years, while attempting to prove its strength, it has been one of the most ineffective revolutionary forces in the recent history of Africa. This is one instance of the influence of ethnic and tribal groups among Blacks, which continue ancient confrontations and which make co-operation or submission to some supra-tribal organization extremely difficult. Zulus and Xhosas, living as neighbors, even find it difficult to work together in the same field, or in the same mine. Another example which could be cited is the imprisonment of Nelson Mandela which is a "Black - Issue" used to attack deeply resented White oppression, but much less of a "unifying" concept than outsiders believe. While Mongosuthu Buthelezi, the KwaZulu Chief-Minister, representing between four to six million Zulu, recognizes Mandela's sybolic role and thus calls for his immediate release, he is not prepared to accept him as someone with whom to share power equally.

More than 75 % of all South Africans, Black and White, identify themselves as Christians. Yet, traditional churches are so deeply split on doctrinal issues that they cannot speak with one voice to help the country in its struggle. On the other hand, there is a growing movement of charismatic Christians and churches which is bringing Blacks and Whites together by the tens of thousands. The King of Zululand preaches regularly in Christian churches, and a recent massive revival has strenghened Christianity and its message among Zulus. There is also an indigenous "Christian" group which has sprung up among Blacks, the so-called Zionists. They claim membership of more than 4 million, across tribal lines, and they represent people who reject all violent acts, including those against the government. During a recent work stoppage by Blacks, their leader was able to keep all of his followers at work, rejecting the pleas for co-operation by those who wanted him to join their strike. Thus, even in a period of significant division, unifying spiritual forces are at work.

The "other side" also includes mothers and fathers who leave their Black, separate townships, and who every day travel some 40 to 50 miles to work by bus, returning home only after dark. Brief hours during weekends are the only times when these African families are together. There are many men who leave their families to work in far-away mines, and, who often start a second family in the new location. Thus, the destruction of the traditionally strong Black family has become a severe problem.

One could mention many, often ridiculous and usually frustrating examples, of

the situation apartheid laws, fear, vast cultural differences, and the industrial society created by Whites, have brought about. For instance, Black and White professionals may work together all day, but both realize that the Black colleague, after office hours, must return to his Black township and live behind police cordons and armoured vehicles. Meanwhile, his children have been all day in classrooms patrolled by armed police. It is vital to South Africa's future that Blacks become better educated. Yet, because of the existing situation, the ongoing improvement of the educational system has actually made it more likely for children of Black parents to rebel against the government's actions, and also to turn to unspeakable violence, such as the "necklacing" of their own people with burning tires. Their anger against older people, including their own parents, is at least in part based on the new insights and new information gained in their schools, as well as on their ability to read all kinds of information made available to them. Comparisons between what they have learned to see as "possibilities", and a less than perfect present, mixed with youthful impatience, cause them to identify anyone not fighting the system as a traitor. One could mention also the tens of thousands of Black maids who come into White homes every day, constantly being reminded of vast differences in life-style between Whites and Blacks, and the opportunities which White children have, but which are either denied to or greatly reduced for their own offspring. At the same time, their income, or even the continuation of their family life, depends on the jobs provided by prosperous Whites, Somehow, most Blacks and many Whites understand that the current system of political restraints, police controls, and racial apartheid must change. Most of them also realize that they must not destroy the existing economic set-up which has given Whites great advantages, but which has also provided Blacks many opportunities difficult to match in other parts of Africa. As far as political change is concerned, few Blacks, at this time, understand or care about the concept of one - man - one - vote, because of traditional or tribal powerstructures which they still accept as valid and want to maintain. On the other hand, there is a clear realization that power will have to be shared in some way yet to be decided, and probably in a manner which will be responsive to the needs of South Africa's complex society. However, no clear formula has vet emerged.

The list of contradictions, frustrations, hatreds and mistakes could go on. The anger of so-called Coloureds, and the problems of Indians have not even been mentioned here. Meanwhile, White South Africans waste precious time attempting to explain, defend or justify the existing situation — time which needs to be used more constructively.

It may help us to understand what could happen in South Africa, if we remember the problems which envolved immediately following the Emancipation Declaration in the United States. Freedom was granted to our slaves. And there was a feeling that such freedom automatically would present new opportunities for Blacks, as well as a sudden overall improvement of their social and economic positions. But, as was necessary in our case, it would probably be required,

if apartheid were suddenly dismantled, that one or two generations of both Whites and Blacks would have to sacrifice themselves to build a new country, a new economy, and a new political system, without immediately sharing in any greatly improved opportunities or economic benefits. Two-hundred years of history, including both White and Black tribalism, have seen to the fact that changes, even if written into law, would bring little immediate relief on some levels, while removing oppression and police controls. Probably the most frustrating of all aspects is that while some private efforts, like those by South Africans working in the highly creative theatre, have produced astounding examples of full integration, there is no clear overall plan, no discernable timetable for the dismantling of apartheid by the government of South Africa, at this time.

Appendix: A Brief History of South Africa

- 1647 A group of shipwrecked sailors from a Dutch East India Company ship were the first White inhabitants at the Southern tip of Africa. They stayed for approximately one year.
- 1652 The Dutch East India Company established a supply base for its shipping lines between Europe and the Far East.
- 1658 The Dutch East India Company allowed the first settlers to move into the area around present Cape Town.
- 1670's The first independent farmers moved out from the base provided by the Dutch East India Company.
- 1688 French Huguenots, persecuted in France, came to South Africa and, among other things, established the first vineyards. One is supposed to have created the word "Afrikaner", in response to a question as to what or who he was.
- 1770's First encounters between Whites and Black colonizers moving south from Central Africa, in the eastern coastal regions especially with the Xhosa.
- 1799 A British fleet passed by the settlement near Cape of Good Hope, and moved north along the eastern coast, attacking the Dutch settlements and taking them over with very little effort.
- 1802 The British returned the area occupied by them, at the southern tip of Africa, to the Dutch Government.
- 1806 The British took back the Dutch possessions in South Africa.

- 1834 Under British and Black pressure, the Boers' move north, the "Great Trek" of something less than 15 000, began.
- 1838 In December, a small contingent of Boers defeated a large Zulu army at Blood River. Large scale conflicts with Blacks cease at that time.
- 1843 The British took over the northern coastal area of Natal and added it to their already existing colony of Cape Town Province.
- 1852 The British granted independence to the Transvaal.
- 1854 The British granted independence to the Orange Free State.
- 1877 The British took Transvaal, and added it to their colonial empire.
- 1881 The first British-Boer War. The British were defeated and ended the conflict.
- 1899
- 1902 The Second Boer War. The Boers were defeated and surrendered. All of the Boer territory was added to the British possessions in South Africa.
- 1910 The British agreed to the formation of the Union of South Africa.
- 1948 Apartheid became official government policy. The National Party became the ruling political party, and remains in power until the present time.
- 1961 The Union of South Africa became the Republic of South Africa.

Politik und Recht im revolutionären Nicaragua

VOI

Reinhard Junghanns

Mit dem Sieg der Revolution am 19. Juli 1979, die die seit 45 Jahren regierende Familiendiktatur der Somozas stürzte, wurde eine tiefgreifende revolutionäre Umwälzung des nicaraguanischen Rechts- und Gesellschaftssystems eingeleitet. Das Land, das bisher fast einem Familienbesitz der Somozas glich, wurde nun von einer Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus geführt, in der alle Bevölkerungsgruppen, die an der Volkserhebung gegen den Diktator teilgenommen hatten, vertreten waren. In ihrer ersten schriftlichen Bekanntmachung hatte die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus sich am 18. Juni 1979 noch vor ihrer Machtübernahme dazu verpflichtet, "die Durchführung eines Plans des nationalen Wiederaufbaus in die Wege zu leiten, dessen fundamentales Ziel darin besteht, ein wahrhaft demokratisches System in Nicaragua zu errichten." In ihrem Regierungsprogramm griff sie diese Forderingen auf und kindigte eine

In ihrem Regierungsprogramm griff sie diese Forderungen auf und kündigte eine für die Errichtung eines wahrhaft demokratischen Systems erforderliche Gesetzgebung an, die auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts beruhen sollte. Die neue Regierung versprach, in vollem Umfange das Recht aller Nicaraguaner auf Teilnahme am politischen Leben und auf allgemeine Wahlen zu gewährleisten sowie die Organisation und die Arbeit von politischen Parteien zu garantieren. Unmittelbar nach ihrer Machtergreifung erließ die Regierungsjunta am 20. Juli 1979 das Grundsatzstatut, das die vorherige Staatsverfassung und die Verfassungsgesetze aufhob, Abgeordnetenhaus und Senat sowie die Obersten Gerichte auflöste. Gleichzeitig legte das Statut die drei neuen Staatsgewalten fest:

- die Regierungsjunta,
- der Staatsrat,
- die Gerichtshöfe.

Die Regierungsjunta des Nationalen Aufbaus übernahm die gesamten Befugnisse der ausführenden Gewalt, teilte sich die Befugnisse der gesetzgebenden Gewalt mit dem Staatsrat und übertrug die rechtsprechende Gewalt dem Obersten Gerichtshof und den übrigen Gerichten des Landes. Neben das die Staatsorganisation regelnde Grundstatut wurde am 21. August 1979 das Statut über die Rechte und Garantien der Nicaraguaner gestellt. Obwohl diese beiden Statuten rechtlich nicht den Rang einer Verfassung haben und durch nachfolgende Gesetze geändert werden konnten, enthalten diese beiden Texte das materielle Verfassungs-

¹ Erste öffentliche Bekanntmachung der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus, 18. Juni 1979.

recht des revolutionären Staates.

Die erste Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus setzte sich auch drei Vertretern des Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN), der führenden Kraft des bewaffneten Befreiungskampfes und zwei Vertretern des anti-somozistischen bürgerlichen Lagers zusammen. Den FSLN repräsentierten Daniel Ortega Saavedra, Sergio Ramirez Mercado und Moises Hassan Morales. Die Bürgerlichen wurden von dem sozialdemokratischen Unternehmer und Parteiführer des Movimiento Democratio Nicaragüense (MDN), Alfonso Robelo Callejas, der bereits als Sprecher des anti-somozistischen Oppositionsbündnisses des Frente Amplio Opositor (FAO) bekannt geworden war und 1978 die Streikbewegung gegen den Diktator organisiert hatte, repräsentiert sowie von der den Christlich-Sozialen nahestehenden Violeta Barrios de Chamorro, der Witwe des am 10, Januar 1978 von Somoza-Anhängern ermordeten La Prensa - Herausgebers, Pedro Joaquin Chamorro. Zur ersten schweren politischen Krise kam es bereits im April 1980, als die FSLN-Mehrheit in der Regierungsjunta einseitig die Zusammensetzung des Staatsrates veränderte, die vorher im Regierungsprogramm festgelegt worden war. Die ursprüngliche Mitgliederzahl des Staatsrates wurde von 33 auf 51 erhöht, von denen 39 Mitglieder in sandinistischen oder diesen nahestehenden Organisationen waren. Violetta Barrios de Chamorro und Alfonso Robelo Callejas erklärten daraufhin ihren Rücktritt aus der Junta. Sie wurden durch den Präsidenten der Zentralbank, Arturo Cruz Porras, und den der Konservativen Partei angehörenden Rechtsanwalt, Rafael Cordova Rivas, ersetzt. Auch Cruz schied jedoch bereits 1981 aus der Junta aus, ging für kurze Zeit als Botschafter nach Washington, bevor er endgültig mit den Sandinisten brach. Schließlich wurde die Junta auf drei Personen verkleinert: Daniel Ortega Saavedra, Sergio Ramirez Mercado und Rafael Cordova Rivas

Wie in der Junta wurden die Bürgerlichen nach und nach auch aus anderen staatlichen Positionen verdrängt, die von den Anhängern des FSLN aufgefüllt wurden. Die Strategie seiner völligen Machtübernahme hatte der FSLN bereits im September 1979 während eines geheimen dreitägigen Treffens festgelegt, dessen Ergebnisse in dem sogenannten "72 - Stunden - Dokument" niedergelegt wurden.

Die Weltöffentlichkeit nahm von diesen ersten Anzeichen eines Kurswechsels kaum Kenntnis. Die internationale Gemeinschaft unterstützte massiv das neue Nicaragua, dessen Regierung sich in seinem Regierungsprogramm zur Schaffung eines pluralistischen Staatswesens, eines gemischten Wirtschaftssystems sowie außenpolitischer Blockfreiheit verpflichtet hatte. Europäische und lateinamerikanische Staaten, unter ihnen vor allem Venezuela, wendeten dem verarmten und vom Krieg zerstörten Nicaragua umfangreiche Wirtschaftshilfe zu. Selbst die Vereinigten Staaten stellten der neuen nicaraguanischen Regierung während der ersten 18 Monate ihrer Amtszeit den Betrag von 118 Millionen Dollar an wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe zur Verfügung. Große Bewunderung wurde der von Jesuitenpater Fernando Cardenal, dem Bruder des Kulturministers Ernesto Cardenal, geleiteten Alphabetisierungskampagne entgegengebracht. In ihrem Verlauf gingen Tausende von Nicaraguanern, aber auch kubanische Lehrer, in die entferntesten Winkel des Landes, um der Bevölkerung das Lesen und Schreiben

beizubringen. Auch im Gesundheitswesen wurden große Anstrengungen unternommen. Diese Bemühungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Nicaraguaner überdeckten die ersten Anzeichen der ernsthaften Krise, die sich bereits in den Jahren 1980/81 andeutete.

Bereits kurze Zeit nach der Machtübernahme durch die Revolutionsregierung hatte die Comision Permanente de Derechos Humanos (CPDH) nach der Entdekkung neuer Massengräber die Regierung schwerster Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. Wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission der OAS in einem späteren Bericht feststellte, wurden etwa 50 Häftlinge aus dem Gefängnis La Polyora bei Granada willkürlich erschossen, Kritiker der Menschenrechtsverlerzungen, wie der Vorsitzende der CPDH, lose Esteban Gonzalez, wurden verfolgt und mußten ins Exil gehen. Der prominente Vorsitzende des Obersten Rates der Privatwirtschaft (Consejo Superior de la Empresa Privada, COSEP), Jorge Salazar, wurde 1981 von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes ermordet. Auch in der weithin unerschlossenen Atlantikprovinz, deren Einwohner, zumeist Indianer der Stämme der Miskito, Sumu und Rama, nach dem Sieg der Revolution erstmals in den nationalen Produktionsprozeß eingegliedert werden sollten, kam es zu ernsten Konflikten, Bereits zu Beginn des Jahres 1981 wurden 33 Führer des neugegründeten sandinistischen Indianerverbandes Misurasata, die auf eine Autonomie der Atlantikprovinz hinarbeiteten, verhaftet. Der sich anbahnende Konflikt an der Atlantikküste, in dessen Verlauf die Sandinistas zum Mittel der Zwangsumsiedlung greifen sollten und zahlreiche Indianer ums Leben kamen belastete auch das Verhältnis zur katholischen Kirche. Trotz der Bereitschaft der Bischöfe zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung, die in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 17. November 1979 ihren Ausdruck fand, protestierten die Bischöfe gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten und nahmen nun auch erstmals öffentlich gegen die Regierung Stellung. Das Regime antwortete, indem es dem katholischen Rundfunksender die Berichterstattung über die Vorgänge an der Atlantikküste untersagte und die einzige regimekritische Zeitung La Prensa durch Zensur und Erscheinungsverbote zum Schweigen zu bringen suchte.

Einen Höhepunkt erreichte die Entwicklung, als am 15, März 1982 zum zweiten Mal der Staatsnotstand über das Land verhängt wurde. Zuvor war bereits vom 22. Juli 1979 bis zum 29. April 1980 der Staatsnotstand ausgerufen worden. Am 9. September 1981 war an seine Stelle der wirtschaftliche und soziale Notstand getreten. Mit dem neuerlichen Staatsnotstand vom März 1982 wurden das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, die Rechte von Angeklagten und Verurteilten, die Rechtsweggarantien, das Recht des Habeas Corpus, das Recht auf Schutz vor willkürlichen Eingriffen ins Privatleben, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief- und Postgeheimnis, die Meinungs- und Informationsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung und auf Teilnahme an Kundgebungen, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Zusammenschluß zu politischen Zwecken, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Arbeit, das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß, das Streikrecht und noch weitere Rechte aufgehoben. Auf der Grundlage dieses Ge-

setzes wurden auch am 11. April 1983 die sogenannten "Anti-Somozistischen Volksgerichte" (Tribunales Populares Antisomozistas, TPA) eingesetzt. Mit der Begründung der Notwendigkeit schneller und effektiver Justizgewährung eingesetzt, dienen diese von internationalen Menschenrechtsorganisationen wegen ihres rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht genügenden summarischen Verfahrens als wichtige Repressionsinstrumente des revolutionären Staates gegenüber kritischen Bürgern. Die zunehmend härter werdende Gangart gegenüber den Kritikern des Regimes bekamen auch die noch funktionierenden zwölf unabhängigen Rundfunkstationen zu spüren. In den ersten drei Revolutionsjahren wurden vier konfisziert, die übrigen acht im März 1982 politisch mundtot gemacht. Unbequeme Stimmen, wie Fabio Gadea Mantilla, Besitzer einer privaten Rundfunkstation, oder Manuel Jiron, Direktor von zwei unabhängigen Rundfunksendern, wurden mit Gewalt zum Schweigen gebracht. Die Sender wurden verwüstet, Die politische Opposition war immer härteren Attacken ausgesetzt. Im April 1982 verliessen das ehemalige Juntamitglied Alfonso Robelo Callejas, der bis dahin als Vorsitzender seiner Oppositionspartei Movimiento Democratio Nicaragüense (MDN) der wichtigste Oppositionsführer des Landes gewesen war, und die Parteiführung des MDN nach schweren Übergriffen das Land. Zahlreiche andere Somoza-Gegner, wie der Sozialdemokrat Wilfredo Montalvan, der christ-demokratische Staatsratabgeordnete Jose Davila, der Fischereiminister Darlos Coronel, der Gewerkschaftsführer Donald Castillo, das ehemalige Juntamitglied Arturo Cruz, der ehemalige Zentralbankpräsident Alfredo Cesar und selbst der Volksheld der sandinistischen Revolution und stellvertretende Verteidigungsminister, Eden Pastora, gingen ebenfalls ins Exil.

Mit dieser Entwicklung ging eine massive Aufrüstung des Sandinistischen Volksheeres (EPS) einher. Bereits Ende 1980 wurde die sandinistische Armee die größte Zentralamerikas. Im November 1981, als noch keine ernsthafte Gefährdung geitens der sich erst im folgenden Jahr konsolidierenden Rebellenbewegung bestand, war die sandinistische Armee auf fast 40 000 Soldaten angewachsen und verfügte über Artillerie und gepanzerte Fahrzeuge sowjetischer Herkunft. In der nach kubanischem Vorbild organisierten Armee leisteten etwa 3000 Kubaner und mehr als 100 Militär- und Sicherheitsexperten aus der Sowjetunion und Oskoereuropa Dienst. Bis zum Jahr 1986 stieg die Stärke des Sandinistischen Volksheeres auf 75 000 Mann an. Dazu kamen 44 000 Reservisten und Milizangehörige. Diese Zahl und die etwa 350 Panzer und gepanzerten Fahrzeuge sowie die aus der Sowjetunion gelieferten mehr als zwölf MI-8 Hubschrauber, die als Truppentransporter und Kampfhubschrauber fungieren sowie die etwa sechs MI-24 HIND-Hubschrauber machen Nicaraguas Armee zur schlagkräftigsten in Zentralamerika.

Dieser militärischen Übermacht konnten die bewaffneten Rebellengruppen, die zunächst nur vereinzelt und unkoordiniert operierten, nichts entgegensetzen. Erst Ende 1981 wurde die Fuerza Democratica Nicaragüense (FDN), ein Zusammenschluß von 22 verschiedenen Exilgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung, in Honduras gegründet. Diese Gruppe, die seitens des amerikanischen Geheimdienstes CIA unterstützt wurde, brachte es bis zum Sommer 1984 auf etwa 12 000 Kämpfer. Ihre politische Führung wurde 1982 von dem ins Exil ge-

gangenen Vorstandsmitglied der Konservativen Partei, Adolfo Calero Portocarrero, übernommen. Den militärischen Oberbefehl übt der ehemalige Oberst der Nationalgarde, Enrique Bermudez Varela, aus. Während ihre Gegner der FDN vorwerfen, daß ehemalige Angehörige der Nationalgarde des Diktators Somoza die militärische Schlüsselposition innehaben, ist ihr starkes Anwachsen in erster Linie jedoch durch den stetigen Zustrom nicaraguanischer Campesinos zu erklären. Eine zweite Rebellenbewegung wurde im September 1982 von dem ins Exil gegangenen ehemaligen Vize-Verteidigungsminister, Eden Pastora Gomez, und dem Vorsitzenden des MDN, Alfonso Robelo Callejas, gegründet. Während die FDN überwiegend von Basen in Honduras aus operierte, führte die wesentlich schwächere Alianza Revolucionaria Democratica (ARDE) ihren Guerillakampf in den Dschungelgebieten der Provinzen Rio San Juan und Zelaya Sur. Obwohl die Führungspersönlichkeiten der ARDE alle bekannte Somoza-Gegner waren, gelang es ihr wegen zahlreicher Spaltungen und Zerrüttungen sowie fehlender Hilfe aus dem Ausland nur kurzzeitig, mehr als 2000 Bewaffnete zu mobilisieren. Als dritte Kraft des anti-sandinistischen Widerstandes formierten sich die rivalisierenden indianischen Kampfverbände der Misura unter Führung des ehemaligen Delegierten der Miskitos im Staatsrat, Steadman Fagoth Müller, und der Misurasata unter Führung von Brooklyn Rivera.

Vor diesem Szenario entschloß sich der herrschende FSLN dazu, am 4. November 1984 Wahlen abzühalten. Am 2. September 1983 wurde das Gesetz über die politischen Parteien verkündet, dessen Artikel 5 die politischen Pateien verpflichtete, "die Grundprinzipien der sandinistischen Volksrevolution zu respektieren, als da sind der Anti-Imperialismus sowie ihre Eigenschaft als eine tief imVolk verwurzelte und demokratische Bewegung". Artikel 7 dieses Gesetzes verpflichtete die politischen Parteien darauf, "die Revolution gegen jeden von innen oder außen kommenden Versuch zu verteidigen, in Nicaragua ein Regime der Unter-drückung und Ausbeutung einzuführen". Ein Verstoß gegen diese Bestimmungen wurde mit dem vorübergehenden Verbot der Partei bestraft. Das Wahlgesetz wurde am 26. März 1984 verkündet. Am 21. Februar 1984 war zuvor der Artikel 28 des Grundsatzstatuts abgeändert worden, wodurch die Wahl eines Präsidenten, des Vize-Präsidenten und der verfassungsgebenden Nationalversammlung ermöglicht wurde. Nach Artikel 3 des Wahlgesetzes wurden der Oberste Wahlrat, die auf regionaler Ebene tätigen Wahlräte, die auf Bezirksebene tätigen Wahlausschüsse gebildet. Außerdem wurde ein Oberster Wahlrat eingesetzt. Alle Personen ab 16 Jahren erhielten das Wahlrecht. Das Haupthindernis bei der Durchführung der Wahlen lag jedoch im Fehlen eines geeigneten politischen Klimas. Im Wahlkampf 1984, an dem sich das oppositionelle Bündnis der Coordinadora Democratica Nicaragüense (CDN) zunächst mit gemeinsamen Kandidaten, dem Konservativen Arturo Cruz für das Präsidentenamt und dem Christdemokraten Adan Fletes für den Posten des Vize-Präsidenten, beteiligte, wurden ihre Wahlversammlungen massiv gestört und behindert. Die Kandidaten wurden beschimpft, bedroht und mit Steinen beworfen, Anhänger und Wahlhelfer der demokratischen Parteien wurden verhaftet. Solche Vorgänge und der fehlende Zugang zu den Medien führten schließlich zur Androhung des Wahlboykotts durch die CDN. Die

Sandinisten reagierten mit der kurzfristigen Aberkennung der Rechtspersönlichkeit der im demokratischen Bündnis zusammengeschlossenen Parteien. Die in der Coordinadora zusammengeschlossenen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände warben im Wahlkampf für ihren Vorschlag eines nationalen Dialo-Dieser Vorschlag zur nationalen Versöhnung wurde im April 1984 in einem Hirtenbrief auch von den nicaraguanischen Bischöfen unterstützt. Wurden die Wahlen von den einen als wichtiger Schritt Nicaraguas in Richtung auf eine Demokratisierung befürwortet, warfen andere dem FSLN vor, durch seine Unnachgiebigkeit eine große Chance vertan und eine Wahlfarce veranstaltet zu haben. Am Urnengang nahmen die demokratischen Parteien der CDN schließlich nicht teil, zwei andere, der Partido Liberal Independiente (PLI) und der Partido Conservador Democrata de Nicaragua (PCDN) nur widerwillig. Nach amtlichen Angaben sollen am 4. November 1984 bei der Präsidentschaftswahl insgesamt 1,170,162 Stimmen abgegeben worden sein, was einer Wahlbeteiligung von etwa 75,5 % entspricht. Daniel Ortega Saavedra und Sergio Ramirez Mercado, die vom FSLN als Kandidaten für die Ämter des Staatspräsidenten und des Vize-Präsidenten benannt worden waren, erhielten danach 66,9 % der Stimmen. Bei der gleichzeitigen Wahl der Abgeordneten der verfassungsgebenden Nationalversammlung wurden nach amtlichen Angaben 1,170.102 Stimmen abgegeben. In der verfassungsgebenden Nationalversammlung, die 96 Abgeordnete umfaßt und sechs Jahre lang tätig sein wird, gingen 61 Sitze an den Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN), 14 an den Partido Conservador Democrata de Nicaragua (PCDN), neun an den Partido Liberal Independiente (PLI), sechs an den Partido Popular Social Cristiano (PPSC) und je zwei an den Partido Socialista Nicaragüense (PSN), den Partido Comunista de Nicaragua (PCdeN) und den Movimiento de Accion Popular / Marxista-Leninista (MAP/ML).

Nach den Wahlen setzten die Sandinisten den harten Kurs gegenüber der Opposition fort. Anfang 1985 wurde 28 Persönlichkeiten des demokratischen Spek trums kurzzeitig die Ausreise aus dem Land unmöglich gemacht. Führende demokratische Politiker wurden von Geheimdienstchef Lenin Cerna ins Innenministerium zitiert, der die Warnung aussprach, sie würden sich konterrevolutionärer Aktivitäten schuldig machen und hätten mit einem Prozeß vor den Anti-Somozistischen Volksgerichten zu rechnen, wenn sie ein im März 1985 abgegebenes Dialogangebot der anti-sandinistischen Widerstandsgruppen unterstützen würden. Weitere bekannte Oppositionelle entschlossen sich zum Weg ins Exil, unter ihnen Pedro Joaquin Chamorro Jr., der Sohn des von Somoza-Anhängern ermordeten La Prensa-Herausgebers, Marta Patricia Baltodano, die ehemalige Koordinatorin der unabhängigen Menschenrechtskommission CPDH, Alberto Gamez, ein ehemaliger stellvertretender Justizminister der Sandinisten, sowie Mateo Guerrero, Vorsitzender der regierungsnahen Comision Nacional por la Promicion y Proteccion de los Derechos Humanos (CNPPDH). Zahlreiche weniger bekannte Mitglieder der demokratischen Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände wurden verhaftet. Während der Innenminister, Comandante Tomas

Borge Martinez, von etwa 2000 politischen Gefangenen bei einer Gefängnisbevölkerung von 8523 Häftlingen ausgeht, nannte der nationale Koordinator der Menschenrechtskommission CPDH, der Rechtsanwalt Lino Hernandez, im Juli 1986 die Zahl von 6500 politischen Gefangenen. Dazu kommen nach Auskünften der CPDH etwa 2300 ehemalige Angehörige der Nationalgarde, die sich seit 1979 in Haft befinden. 2500 Menschen warten nach diesen Angaben zur Zeit darauf, daß ihnen vor den Anti-Somozistischen Volksgerichten, die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission als "politische Rachegerichte" gebrandmarkt wurden, der Prozeß gemacht wird. Selbst die katholische Kirche wurde von schweren Übergriffen betroffen. Nach der erneuten Verschärfung des Ausnahmezustands am 15. Oktober 1985 wurde die Kirchenzeitung Iglesia beschlagnahmt und verboten, die Räumlichkeiten des Sozialwerks der katholischen Kirche, COPROSA, wurden für einige Zeit konfisziert, der Radiosender der katholischen Kirche, Radio Catolica, mußte im Januar 1986 seine Sendungen einstellen. Dem Sprecher der nicaraguanischen Bischofskonferenz und Vertrauten des Kardinals Miguel Obando y Bravo, Padre Carballo, wurde im Juni 1986 die Rückkehr nach Nicaragua verweigert, der Bischof von Juigalpa, Monsenor Pablo Antonio Vega, wurde Anfang Juli 1986 des Landes verwiesen. Auch die unter der Zensur leidende oppositionelle Tageszeitung La Prensa mußte am 26. Juni 1986 auf Anordnung der Mediendirektion des Innenministeriums ihr Erscheinen auf unbestimmte Zeit einstellen.

Vor diesem Hintergrund arbeitete die verfassunggebende Nationalversammlung einen 221 Artikel umfassenden Verfassungsentwurf aus, der im Februar 1986 vorgestellt wurde. Während die außerhalb des Parlaments gebliebenen Oppositionsparteien der Coordinadora sich nicht an der Verfassungsdiskussion beteiligten, versuchten die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien PLI und PCDN zunächst den Entwurf zu beeinflussen. Der PCDN präsentierte im April 1986 17 Änderungsvorschläge, die jedoch nicht in der Nationalversammlung behandelt wurden. PCDN und PLI zogen sich schließlich aus der Verfassungsdiskus sion zurück. Der Parteichef des PLI, der ehemalige Arbeitsminister Virgilio Godoy, kritisierte wiederholt die Machtfülle, die nach der neuen Verfassung im Präsidentenamt vereinigt wird. Sechs Oppositionsparteien, die der Coordinadora angehörenden Parteien Partido Social Cristiano (PSC), Partido Social Democrata (PSD), Partido Liberal Constitucionalista (PLC) Partido Conservador de Nicaragua (PCN) und die beiden Parlamentsparteien Partido Liberal Independiente (PLI) und Partido Conservador Democrata de Nicaragua (PCDN - no oficialista) legten am 30. Januar 1986 einen Friedensplan vor, in dem sie die Forderung nach einem nationalen Dialog zur Aussöhnung aller Nicaraguaner wiederholten. Diese Forderung bekräftigten sie erneut im Juli 1986, ohne daß der Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN) ihnen ernsthafte Verhandlungen anbot. Im anti-sandinistischen Widerstand setzte sich seit 1985 die Tendenz hin zur Einigung fort. Im Juni 1985 wurde das anti-sandinistische Widerstandsbündnis der Unidad Nicaragüense Opositora (UNO) gegründet, deren Direktorium die ehemaligen Juntamitglieder Alfonso Robelo Callejas und Arturo Cruz Porras sowie

² Vgl. R. Junghanns: Nicaragua: Frieden durch nationalen Dialog, in: LtBERTAS, 4/85, S. 67ff.

der Chef der größten Guerilla-Organisation FDN, Adolfo Calero, angehören. Nach einer erneuten Spaltung des ARDE-Bündnisses und der Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch Eden Pastora schlossen sich auch die Reste dieser Gruppe der UNO an, die damit über insgesamt 22 000 bewaffnete Kämpfer verfügt. 17 000 von ihnen stehen unter dem militärischen Oberbefehl von Enrique Bermudez Varela (Frente Norte), 3000 unter militärischem Oberbefehl von Fernando "El Negro" Chamorro (Frente Sur) und etwa 2000 bewaffnete Indianer der Kisan unter dem Kommando von Adan Artola (Frente Atlantico). Zwei weitere Gruppen, der Bloque Opositor del Sur (BOS) um Alfredo Cesar und die Misurasata von Brooklyn Rivera sind dieser Allianz locker verbunden. Mit der Bewilligung von 100 Millionen Dollar durch das amerikanische Repräsentantenhaus und den Senat der Vereinigten Staaten hoffen diese Gruppen, nach Ablehnung aller ihrer Verhandlungsangebote durch die Sandinistas, ihren Kampf gegen das ihrer Meinung nach totalitäre marxistisch-leninistische Regime der neun FSLN-Commandantes zu verstärken.

Auf internationaler Ebene sind die seit 1983 von Kolumbien, Venezuela, Mexiko und Panama unternommenen Bemühungen im Rahmen der sogenannten Contadora-Gruppe um einen Frieden in Mittelamerika vorläufig zum Stillstand gekommen. Die Annahme der von diesen Ländern ausgearbeiteten Contadora-Akte scheiterte immer wieder an den unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Nicaragua und seinen zentralamerikanischen Nachbarn. Bei einer Fortführung dieser regionalen Friedensinitiative ist daher eine stärkere Beteiligung der unmittelbar betroffenen Länder Nicaragua, Costa Rica, El Salvador, Honduras und Guatemala notwendig. Eine unverzichtbare Bedingung weiterer regionaler Friedensbemühungen ist die von den Parteien der internen demokratischen Opposition Nicaraguas erhobene Forderung zum nationalen Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen

Kein Verständnis

Natürlich ist auch in den USA nicht alles in schönster Ordnung, natürlich gibt es Interessenkonflikte zwischen uns und Amerika.

Aber wir sollten eins nicht vergessen: Die Vereinigten Staaten sind unser Partner, nicht unser Feind! Das sollte eigentlich so klar sein, daß man es gar nicht mehr extra sagen muß.

Doch leider ist es nicht so: Es wird immer mehr Stimmung gegen die USA gemacht. Es wird sogar unterstellt, die USA wären genauso eine Bedrohung für uns wie die UdSSR! Besonders im Rahmen der Friedendsikussion kommen derartige Außerungen immer öfter auf – und beeinflussen vor allem die junge Generation.

Da sollte man doch die Realitaten wieder etwas zurechtrücken. Wir, die AECYA, haben uns das vorgenommen. AECYA heißt: American-European Community Youth Association. Denn wir meinen: Unser wichtigstes Ziel muß es sein, bei der Jugend für mehr gegenseitiges Verständnis zu sorgen – hier wie in Amerika!

Sie können dabei mithelfen. Als Mitglied: Der Jahresbeitrag beträgt nur 20,— DM (für Firmen, Verbande etc. 100,— DM). Oder mit Ihrer Spende: Die AECYA ist als gemeinnutzige Organisation anerkannt, Ihre Spende ist also voll steuerlich abzugsfahig.

Machen Sie mit - für eine gemeinsame Zukunft und für eine verständnisvolle Partnerschaft!

Association - Hintere Gasse 35/1 - 7032
Sindelfingen - Kto. 9800004 bei der
Deutschen Bank (BLZ 60070070)

Name: Straße/Nr.
PLZ/Ort:
Ich trete bei. Den Mitgliedsbeitrag habe ich überwiesen/füge ich als Scheck bei.
[] Ich spende der AECYA DM (Scheck anbei). Bitte stellen Sie mir eine Spendenbescheinigung aus.
Senden Sie mir bitte außerdem weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der AECYA.

Indochina Dossier

Die politische Integration Europas vollzieht sich nicht isoliert von den teils allmählichen, teils sprunghaften Verschiebungen und Neugruppierungen des Machtgleichgewichts in anderen Großregionen.

Als ein immer stärker werdender Pfeiler der Nordatlantischen Allianz, bedarf Europa nicht nur vielfältiger, für alle Beteiligten vorteilhafter Wechselbeziehungen mit anderen Großregionen. Europa bedarf überdies der innovativen Impulse, mit denen es sich den Herausforderungen jener Regionen nach innen wie nach außen anpassen, und sich durch geschichtlich eindeutig geprägte Selbsterneuerung behaupten kann. Die einzige geopolitische, natürliche, biologische, ethnische, mentale, technologische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Komplementärgröße und in mancher Hinsicht Antipode der nordatlantischen Hemisphäre ist zweifellos Asien. Dabei sind die Wechselbeziehungen, die von den beiden regionalen Subsystemen der Nordatlantischen Hemisphäre, von den USA und von Europa einschließlich ihrer besonderen Partnerschaften und lebenswichtigen Interessengebieten zu Asien unterhalten werden können, vielfach unterschiedlicher Art. Die USA sind nun einmal auch eine im Pazifik präsente Macht, Europa verbleiben dagegen lediglich die Beziehungen zu Asien, die durch den Bedarf an technologischen, wirtschaftlichen, kulturellen und internationalen Kooperationen bestimmt sind. Das ist alles andere als hinderlich für faire Partnerschaften. In der Tat hängt das relative Gewicht Europas in der Welt davon ab, welchen Anteil Europa an solchen Partnerschaften hat und haben wird. Die neuerdings sprunghaft ausgeweitete und vertiefte Kooperation zwischen den USA und der pazifischen Großregion ließ häufig die Befürchtung laut werden, die USA würden sich weg von Europa und hin zu Asien "umorientie-

Abgesehen von der grundlegenden Gemeinsamkeit geistiger Orientierungen, ethischer Werte und politischer Verfassungen, die Europa mit Nordamerika stärker als gewöhnlich angenommen, verbinden, gibt es wichtige Gründe, die ein solches "Umorientieren" im Sinne einer Verminderung der Interessen an Kooperation als reichlich übertrieben erscheinen lassen. Allein die wissenschaftlichen und technologischen Ressourcen, Kreativitätspotentiale und Innovationskapazitäten, die Fertigkeiten und die institutionell bedingten Perpetuierungschancen des human capital, der freilich punktuell verteilte, dennoch gegenüber dem Rest der Welt einmalige Vorsprung in Grundlagenforschung und Technologie, das weitgehend analoge Durchschnittswirtschaftsverhalten der großen Massen, die Aufnahmefähigkeit großer Binnenmärkte bezüglich hochwertiger Industrieprodukte und Dienstleistungen, der analoge Grad und Umfang der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, der immer wieder aufbrechende, ganzheitlich abwägende Erzeugung neuartiger Bedürfnisse und ihrer marktkonformen Befriedigungsweisen, die gegenseitige Verflechtung des Kapitaleinsatzes und seiner Infrastruktur, die finanzpolitischen Interdependenzen, Harmonisierungszwänge und Rücksichtsmaßnahmen usw. auf beiden Seiten des Atlantik sind bei allen gelegentlichen isolationistischen oder protektionistischen Regungen, bei aller teilweisen Divergenz der Ziele letztlich Garanten der unauflöslichen Verbundenheit. Was auf der einen Seite des Atlantik angeboten wird, findet auf der anderen Seite am einfachsten Nachfrage, und was auf der einen Seite benötigt wird, liegt zumindest auf der anderen Seite vor und das in jeder dazu geeigneten Region und in einem dynamischen, ungemein durchlässigen Geflecht der Regionen Stück für Stück, nach "trial and error" erzeugt. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitspolitik zeigt sich diese Kohärenz besonders deutlich. Die transatlantische Kooperation im Bereich der SDI, die präzise Übernahme bestimmter amerikanischer Sicherheitsgarantien durch die europäischen Bündnispartner, insbesondere durch die Französische Republik, die Verstärkung sowohl der europäischen als auch der amerikanischen konventionellen Verteidigungsfähigkeit in Europa, die gemeinsame Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sowie durch das sowjetische Militärpotential zeugen von der Unverzichtbarkeit der transatlantischen Partnerschaft. Europa kann auf den amerikanischen Verbündeten, ja Freund, ebensowenig verzichten, wie die USA auf den europäischen Partner verzichten können und Europa könnte sich einen amerikanischen Feind ebensowenig leisten wie die USA einen europäischen, oder auch nur einen unstabilen, eventuell "neutralisierten" europäischen Partner,

Nichtsdestotrotz ist künftig mit einer gleichmäßigeren Verteilung der amerikanischen Kooperationsinteressen zu rechnen. Das bedeutet nicht zuletzt, daß die USA ihre Kooperationen mit dem Westpazifischen Raum, in dem Frankreich und Großbritannien mit einigen Überseeprovinzen ebenfalls präsent sind, beträchtlich steigern werden. Es hängt einzig und allein von Europa selbst ab, ob es nachher infolge der Reaktivierung und Erneuerung seiner wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen, aber auch geistigen, ethnischen, sozialen und religiösen Potentiale das ihm in dem für seine Völker optimalen Falle zukommende Gewicht im weltweiten System des Machtgleichgewichts tatsächlich haben wird oder nicht. Die Alternativen dazu wären entweder ein Zurückbleiben hinter den asiatischen Mächten des Westpazifik, oder eine verheerende In-

stabilität mit Chancen auf eine katastrophale Vernichtung.

Die sich anbahnende asiatische Herausforderung, wohlgemerkt objektive Herausforderung und keineswegs etwa Feindschaft, ist deshalb ernstzunehmen. Asien ist dabei als eine um China herum gruppierte Großregion zu verstehen: je weiter etwas von China entfernt ist, um so weniger asiatisch kann es sein, denn die Mitte Asiens ist wie seit eh und je China mit seinem kulturellen und populationsmäßigen Zentralgewicht. Indien beispielsweise, dieser eigenständige Subkontinent, steht in fast jeder Hinsicht Europa und zum Teil der islamischen Welt wesentlich näher als dem eigentlichen Asien, diesem Subkontinent entströmte jahrtausendelang in jeder Hinsicht Wertvolles, Schöpferisches und Mächtiges, bis er in einen langwierigen, leicht kolonialisierbaren und ausplünderbaren, jedoch von den Indern selbst weder als unangenehm noch als würdelos empfundenen, in höchstem Maße verfeinerten, einfühlsamen und spekulationsfreudigen Zustand der Stagnation überwechselte. Erst, nachdem ein partieller, und eher erzwungener Anschluß an die von Industriegesellschaften dominierte Gegenwart Indien, nunmehr die populationsstärkste Demokratie der Welt, ereilte, zeichnete sich neuerdings ab, mit welcher Leichtigkeit die geistigen, insbesondere zu Zwecken der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und der Hochtechnologie reaktivierbaren Reserven des Subkontinents für die indischen Vertreter bestimmter Berufe eine weltweit anerkannte Spitzenstellung sichern – wenn nur die dazu erforderlichen Ausbildungs- und Berufschancen in den USA oder in Europa zur Verfügung gestellt werden. Das immer wieder aufflammende, zuweilen an imperialistisches Kolonialgehabe erinnernde und allzuoft herb enttäuschte sowjetische Interesse an Indien als Bündnispartner findet übrigens hier seine absolute Grenze: an der geistigen Überlegenbeit indischer Elite-Gruppen gegenüber den Machthabern wie den Untertanen einer kommunistischen Tyrannei.

Asien dagegen hat seine kontinuierliche Geschichte, die alles Fremde von sich selbst unterscheidet, und wenn es sein muß, aber wirklich sein muß, mühelos absorbiert. Die japanische Mixtur aus Spitzentechnologie, big business und Traditionalismus zeugt hiervon selbstredend. Gerade Japan, ein Land, das in respektabler Entfernung von China, jedoch mit dem geschichtlichen Scheitern eines mit dem Aufgebot aller nur denkbaren Gewaltsamkeit versuchten Imperialismus zugleich weit vorauseilende Entwicklungen in die Richtung einer hochentwickelten Industriegesellschaft zurückgelegt. Heute ist Japan eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt und diese Macht wird nun von allen Seiten dazu gedrängt, was sie längst schon ohnehin für sich beansprucht: sie baut zwecks der Selbstverteidigung eigene militärische Streitkräfte auf. Japan erfüllte in Asien eine pilot-Funktion. Dem japanischen Vorbild folgten Länder wie Taiwan, Hong-Kong, Südkorea, zuletzt auch Malaysia und Singapore. Selbst Thailand, die Philippinen und Indonesien reihten sich, soweit es ging, in die Serie der Nachahmer ein. Schließlich entpuppte sich der asiatische Marxismus in Chi na als ein bloßes, sogar fremdes Herrschaftsinstrument äußerst provisorischer Art, welches zwar seine homogenisierende Anwendung hatte finden dürfen, jedoch im vorausgeworfenen Schatten der Industriegesellschaft als schlichtweg vielfach untauglich und reparaturbedürftig empfunden wurde. Chinas Moderni sierung in Verbindung mit einer weitgehenden Entmachtung der Parteikader, mit einem technologisch-wissenschaftlichen Erneuerungsschub, mit einer Re konstruktion wichtiger Elemente der Marktwirtschaft, mit vielfachen – aller dings nur relativen – Demokratisierungsmaßnahmen in der Politik und in der öffentlichen Meinungsbildung, sowie mit einer Offnung gegenüber den USA, und vor allem gegenüber Europa, und nicht zuletzt mit der Aufnahme einer rüstungstechnischen und militärischen Kooperation mit den USA, zeugt vor allem davon, daß die von Sun Yat-sen initiierte Revolution noch nicht zu Ende ist, und daß diese Revolution von den Kommunisten nur zeitweilig usurpiert werden konnte. Freilich ist heute im Hinblick auf die künftige Entwicklung in China manches noch offen - aber wo ist es das nicht? Die friedliche Autonomieregelung der Taiwan-Frage oder die Rückkehr Hong-Kongs zu China können die Prüfsteine für die Zukunft Chinas sein. Vieles, ja fast alles, spricht dafür, daß China sich Taiwan und Hong Kong angleichen wird. Ein sich dazu bereitfindendes Reich der Mitte könnte alsbald die wichtigste Macht in dieser Westpazifik-Großregion sein. Schon jetzt läßt sich sagen, daß zunächst um China herum, aber in wohlwollender wie gewinnträchtiger Anwesenheit Chinas und unter tatkräftiger und geschäftstüchtiger Mitwirkung der Auslandschinesen ein noch nie dagewesener Vorschlag vollzogen wird:

der Eintritt Asiens in die hochentwickelte Industriegesellschaft, was von den Asiaten zwar mit schwindelerregenden Wachstumsraten, jedoch ohne Verlust der geistigen und kulturellen Identität vorangetrieben wird. Die Umrisse der populationsstärksten Wirtschaftsregion der Welt zeichnen sich damit in der Westpazikregion ab, woran die USA zum allseitigen Vorteil sich beteiligen dürften. Die Frage ist nur, wie dieser quantitative Rekord im Hinblick auf die sonstigen Aspekte und Kennziffer wirtschaftlichen, und letztlich auch politischen Handelns auswirken wird und inwieweit, wenn überhaupt das weltweite System des Machtgleichgewichts dadurch Anderungen oder Verschiebungen, z.B. im Hinblick auf Europa, erleidet. Asien hat auf jeden Fall große, vielverheißende Perspektiven. Asien hat jedoch auch Wunden. Die meisten sind mehr oder weniger geheilt, oder zumindest vernarbt. Solche Wunden markieren allenthalben die Anwesenheit der Sowjetunion in Asien. Die anhaltende, von dem Zarenreich geerbte Annektion ausgedehnter, wenngleich weitgehend unbesiedelter Gebiete der chinesischsowjetischen Grenze entlang, die Annektion einiger Kurilen-Inseln durch die Sowjets, werden sowohl von den Chinesen als auch von den Japanern damit beantwortet, daß sie beharrlich Terrororialansprüche bezüglich dieser Gebiete anmelden. Im geteilten Korea halten sich zunehmend auf Moskau stützende Nordkoreaner und von US-Truppen unterstützte Südkoreaner die Balance eines jederzeit durch die kleinste Unachtsamkeit in ein lokales Inferno verwandelbaren Friedens. Auf den Philippinen wüten kommunistische Terrorbanden, deren Siegeschancen allerdings durch den Sturz der Marcos-Diktatur und durch einen demokratischen Neuanfang einstweilen erheblich sanken; sie sind jedoch bei weitem nicht geschlagen, und sie werden nicht, wie früher, von China, sondern von den Protagonisten des internationalen Terrorismus und auch von der Sowjetunion unterstützt. Jener Terrorismus hat übrigens auch in Japan seine wenngleich politisch bedeutungslosen Zellen. Indonesien konnte in den 60er Jahren nur durch einen Militärputsch mitten im endgültigen Abdriften in das sowjetische Lager gestoppt werden, wobei, um eben dieses Abdriften zu verhindern, China durch Anstiftung eines offensichtlich aussichtslosen Putsches seiner eigenen Kommunisten lieber diese opferte. Die verdeckt schwelenden Wunden Asiens offenbaren allesamt ein einziges weltgeschichtliches Problem: die Anwesenheit jener fremden Tyrannei in Asien, die mit der Repression einer ideologisch eher schlecht als recht verklärten, technologisch und wirtschaftlich leistungsschwachen und rückständigen Gewaltherrschaft im Inneren unzertrennlich die Politik subversiver und militärischer Expansion nach außen verbindet und verbinden muß. Es überrascht nicht, daß gerade dort, wo die Machthaber eines asiatischen Landes sich in der Rolle eines Stellvertreters, ja Statthalters, der Sowjets gefallen, die einzige offene Wunde Asiens zu finden ist: Indochina. Nirgendwo enthüllte sich der kriminelle Charakter totalitärer Herrschaft so ein deutig, so leidvoll und so verheerend als in Indochina, und das, abgesehen viel

leicht von einer friedlicheren Phase von der Mitte der 50er Jahre bis zur Mitte

der 60er Jahre, sozusagen im permanenten Ausnahmezustand von Krieg und Bürgerkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch bis heute. Seitdem Ho Chi Minh und seine Clique sich zunächst auf sowjetische, später auf rotchinesische Hilfe stützend anschickten, zunächst aus Nordvietnam, dann aus ganz Vietnam, und schließlich aus ganz Indochina ein als Konzentrationslager verwaltetes Trümmerfeld zu machen, herrscht dort zunehmend das, was man allein schon wegen der psychischen und kulturellen Verwüstung nur Rückfall in die Barbarei nennen kann. Eine totale Entwertung aller persönlicher Existenz und Rechtsfähigkeit, gepaart mit unbeschreiblichem Elend kennzeichnen diesen Zustand, in dem Herrschaftslegitimation identisch mit dem Besitz eines Maschinengewehrs ist und die vor Ort allmächtige Partei in schon grotesker Zuspitzung die Eigenart kommunistischer Herrschaft überhaupt verkörpert. Terror, Massenmord und allseitiges Elend sind das Ergebnis des kommunistischen Triumphs über Indochina und dem entspricht das, was den Völkern dort übrigbleiht: wer nicht sterben muß, darbt leidend dahin, und wer kann, ergreift die Flucht, die nicht ohne Risiken ist. Die vietnamesischen Kommunisten haben um ihrer Machtsicherung willen diesen Zustand bereitwillig hingenommen und auch so kamen sie ohne fremde Unterstützung nicht aus. Sie verwandelten ihr eigenes Vaterland, und dann auch noch die Reste Indochinas zunächst in einen Zankapfel zwischen China und der Sowjetunion, wobei die Sowjets zwecks einer geostrategischen Einkreisung Chinas an der Ausdehnung ihres Einflußbereichs auf Indochina brennend interessiert waren, was wiederum einer Verdrängung des chinesischen Einflusses gleichkam. Zwischen diesen Mühlsteinen opferten die vietnamesischen Kommunisten ihr eigenes Volk, überzogen Indochina mit Terror, Erpressung und militärischen Großoperationen, täuschten mit Hilfe sowjetisch präparierter Mediensympathisanten und ihrer Falschmeldungen die Weltöffentlichkeit, und sie etablierten sich, nachdem das begrenzte militärische Engagement der USA sie an ihrer Expansion nicht hindern, jedoch die Klärung der Fronten zwischen einkreisungslüsternen Sowjets und zunehmend besorgten Chinesen beträchtlich fördern, ja beschleunigen konnte und mit einem nahezu überraschend schnellen, auf die Annäherung zwischen den USA und China folgenden Frieden endete, endgültig als die Stellvertreter der Sowjetkommunisten in Asien. Das ist etwas, was im Koordinatensystem Asiens wahrscheinlich gar keine adaquate Bezeichnung findet: eine nur noch der Vernichtung überantwortbare hybris. Das erklärt die Kompromißlosigkeit, mit der die Asiaten selbst diesen Sachverhalt, in absoluter Feindschaft verharrend, betrachten. Dies müßte den Kommunisten Indochinas zu denken geben. Nicht, daß sowjetische Waffensysteme angreifenden Chinesen zwar hohe Verluste verursachen, je doch sie an der Abhaltung einer Straflektion nicht hindern können, sondern die ser tieferliegende, asieninterne Sachverhalt hätte ihnen nach jener denkwürdigen chinesischen Lektion wegen der Okkupation Kambodschas einleuchten müssen. Sie haben diese Einsichtsnahme versäumt und nun kommen in letzter Zeit auch noch bad news aus Moskau: unter Gorbatschows nicht reformfreudigen, und auch nicht besonders aussichtsreichen, jedoch nach mehr Effizienz trachtenden Plänen befindet sich auch der einer Reduzierung der auf täglich 3 Millionen Dollar belaufenden Hilfe an Vietnam, gekoppelt mit einem beabsichtigten leichten. Druck auf Hanoi, zumindest einen Teil der Subsistenzmittel durch Kooperation mit dem Ausland zu erwirtschaften, sozusagen auf dem Weltmarkt, wozu eine Rebabilitierung Vietnams in der Weltöffentlichkeit ebenfalls erforderlich erscheint. Fazit Moskau könnte Hanoi bis 1990 sogar zu einer Räumung Kambodschas zwingen, es fragt sich allerdings, welche Herrschaft die Vietnamesen dort zurücklassen würden. Wie auch immer, diese Wende in der sowjetischen Vorstellung über Vietnam andert die sowjetische Strategie China und Südostasien gegenüber in keiner Weise. Der sowjetische Wunsch ist lediglich, vorteilhafter als bisher diese Strategie zu verfolgen, vor allem mit dem entstehenden Westpazifischen Wirtschaftsraum zu kooperieren, zugleich suhversiven wie offen zur Schau gestellten militärischen Druck auf die Krisengebiete der Region auszuüben, die amerikanisch-asiatische Kooperation zu stören und dieseines Tages freilich fällige Beantwortung der Frage, wie lange noch die Sowjetunion eine in Asien präsente Macht ist, möglichst lange binauszuzögern.

Der Erfolg dieses sowjetischen Projekts könnte sich an Vietnam entscheiden, nämlich daran, oh die vietnamesischen Kommunisten ein Gorbatschow-Management für verlockender finden als eine Rückkehr zu asiatischen Spielregeln, was wiederum für sie keine geringeren Risiken beinhaltet als die, die sie dann eingehen, wenn sie weiterhin die Rolle eines sowjetischen Stellvertreters in Asien

spielen

Um unseren Lesern einen genuinen Einblick in die Situation Indochinas zu gewähren, veröffentlichen wir die folgenden Aufsätze. Sie stammen vorwiegend von vietnamesischen Autoren, wassgleich in zweifacher Hinsicht zu einer besonnen abwägenden Lektüre mahnt. Zum einen folgt aus den Traditionen Asiens und auch aus der gegenwärtigen Lage in Indochina, daß in diesen Aufsätzen die Sprache der Empörung, des Widerstandswillens und der Kampfbereitschaft dominiert, wobei dem Einsatz von Gewaltmitteln und auch der politischen Entscheidung für den Krieg ein anderer Stellenwert beigemessen und auch eine andere Folgenabschätzung zugeordnet wird, als in Europa. Zum anderen bedienen sich einige unserer Autoren, bzw. ihre Übersetzer, einer einstweilen holprigen Ausdrucksweise im Deutschen, was nicht nur die Schwierigkeiten interkultureller Kommunikationen verdeutlicht, sondern auch das, mit welchem Erfolg Asiaten sich dieser Herausforderung doch stellen können, Schließlich danken wir den Herausgebern von Doc-Lap, Nachrichten- und Kulturmagazin, für Übersetzungen sowie Abdruckgenehmigungen bezüglich der Autoren Dr. Nguyen Quoc Khanh, Vu Nguyen Yen und Do Huu Tai, ferner den Herausgebern des Sonderheftes April 1985 der Zeitschrift Nhan Quyen (Zur Lage der Menschenrechte in Vietnam und Indochina) ebenfalls für Übersetzungen und Abdruckgenehmigungen der Aufsätze von Au Dong The, Lam Dang Chau, Nguyen Tan Duc, Tu Nguyen und The An.

Dr. Ladislaus Barlay

Vietnam unter kommunistischer Herrschaft

Massenvertreibung und Menschenhandel

VOI

Au Dong The

Beim Rückblick auf die letzten 10 Jahre muß jeder von uns zugeben, daß Abermillionen Flüchtlinge aus Vietnam und Indochina in der letzten Zeit sehr unter der Brutalität und Grausamkeit des in Vietnam herrschenden kommunistischen Regimes gelitten haben. Es handelt sich hier um einen der furchtbarsten Vorgänge, der die öffentliche Meinung seit dem 2. Weltkrieg zutiefst erregt hat.

Seit 1975, insbesondere in den Jahren 1978 - 1982, sieht die gesamte Menschheit zu, wie Hundertausende von vietnamesischen Boat-People mit einfachen Booten über den Ozean flüchten, um die Freiheit zu erlangen. Von Sturm, Hunger, Durst und vor allem von Seepiraten wurden sie bedroht und ermordet. Bisher konnte keine Organisation eine genauere Anzahl angeben. Nach einer vorsichtigen Schätzung, die sehr glaubhaft von australischen Statistiken vorgenommen wurde, sind mindestens die Hälfte der Boat-People im Ozean umgekommen. Nach den Statistiken des Hohen Kommissariats für Flüchtlingsangelegenheiten der UNO sind ca. 550 Tausend Boat-People mit dem Boot in den letzten 10 Jahren in den Flüchtlingslagern von Süd-Ost-Asien angekommen. Den australischen Wissenschaftlern zufolge müßten also mindestens mehr als 270.000 Menschen im Meer gestorben sein. Über eine Viertel Million Menschen mußten wegen der unmenschlichen Politik der vietnamesischen Kommunisten sterben.

Neben der dramatischen Flucht mit dem Boot über den Ozean gibt es noch die Flucht auf dem Landweg über die Grenze der Kambodschaner und der Laoten nach Thailand und der Vietnamesen chinesischer Abstammung nach China. Nach Angaben des Hohen UNO-Kommissariats für Flüchtlingsangelegenheiten erreichte die Anzahl der Flüchtlinge über die Grenze in den letzten 10 Jahren ca. über 1 Million, davon 260.000 nach China.

Nach Angaben der UNO ist die Anzahl der Flüchtlinge aus Indochina auf über 2 Millionen gestiegen, davon sind auch die 130.000, die Anfang 1975 in die USA gingen, mitberücksichtigt, und mindestens über 270.000 im Ozean umgekommen. Nach 10 Jahren Herrschaft der vietnamesischen Kommunisten ist das Unglück der Indochina-Flüchtlinge noch nicht zu Ende! Ende 1984 und Anfang 1985, und seitdem immer wieder, wurden schwere Kämpfe an der thailändischen Grenze geführt, wegen denen 200.000 Kambodschaner nach Thailand flüchten mußten.

Vor dieser Umsiedlungsbewegung von Millionen Vietnamesen und Indochinesen und vor der internationalen Verurteilung haben die vietnamesischen Kommunisten die eigentliche Ursache dieser Ereignisse – die unverschämte Unterdrückung der Menschenrechte – vertuscht. Sie haben die Tatsache schlicht verdreht mit der Parole: die die Heimat verlassenden Menschen sind "wirtschaftliche Flüchtlinge"

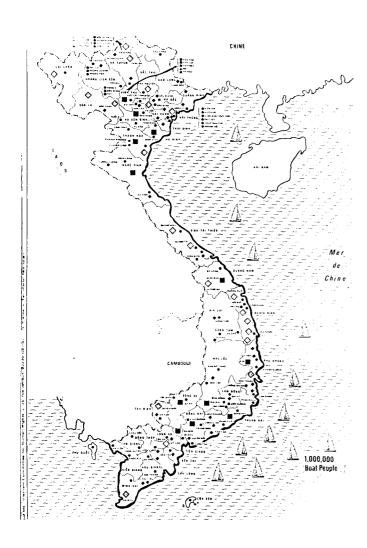
Nur des Hungerns wegen muß man das Land überhaupt verlassen? Was sagen die herrschenden Herren im Politbüro dazu, daß als die schreckliche Hungersnot im Jahre 1945/46 in Vietnam herrschte, niemand das Land verlassen wollte, obwohl über zwei Millionen Menschen starben? Angenommen, es wäre der wirtschaftliche Faktor. Frage: Wer hat dann seit 1975 bisher die Hungersnot in Vietnam verursacht? Wer hat das Recht auf Privateigentum und das Ausüben von privaten Geschäften der Landwirte, Arbeiter, Angestellten und Kaufleuten aufgehoben? Denn nach der Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie nach der internationalen Konvention ist eine der Aufgaben einer Regierung, den Wohlstand der Bürger zu sichern und die demokratischen Grundrechte einschließlich geschäftlicher Freizügigkeit zu wahren. Wieviel hat aber die vietnamesisch-kommunistische Regierung, als Mitglied der UNO, für den Wohlstand ihrer Bürger in den letzten 10 Jahren geleistet? Recht wenig!

Viele vertrauenswürdige Leute und viele internationale Organisationen haben die Führung der vietnamesischen kommunistischen Regierung befragt: Warum hat die Regierung mit ihrem Kapital in Milliardenhöhe Waffen aus Rußland gekauft, über eine Million Soldaten unterhalten, und Laos kolonialisiert und dadurch das Volk mit Hunger bedroht – Millionen Kinder sind unterernährt –, anstatt es in die Wirtschaft zu investieren, um den Wohlstand der Bürger zu stabilisieren, während das Land arm und das Volk noch ärmer ist?

Wer die vietnamesische Geschichte und die Psychologie und Gefühle der Vietnamesen kennt, weiß, daß fast jeder sehr mit Heimat, Vaterland und Geburtsort verbunden ist. Seine Heimat sind seine Reisfelder, Garten, seine Grabmäler der Vorfahren. Sie sind immer sehr fest mit der Heimat verbunden, auch während der Hungerperioden.

Nun muß man das Land verlassen, sogar mit den einfachsten Mitteln wie mit den winzigen Booten über den Ozean, vom Tode bedroht, wie es Millionen von Leuten in den letzten 10 Jahren erging. Es geschah ein wirklich einmaliges Drama der vietnamesischen und der Weltgeschichte!

Also, man verläßt das Land nicht des Wohlstandes im Westen wegen, sondern wegen tieferen Ursachen. Die grausamste Politik des Hanoi-Regimes zwingt Millionen von Leuten, ihre Familien, Angehörigen und die Heimat zu verlassen, um die Freiheit zu erlangen. Nun ist ganz klar: Die Frage ist nicht, ob die Führung der vietnamesischen Kommunisten eine Sünde begangen hat oder nicht, sondern wie sie ihre Greueltaten geplant und durchgeführt hat, so daß über zwei Millionen Menschen in Vietnam und Indochina, von denen über eine Viertel Million umgekommen sind, haben flüchten müssen, und die Flüchtlingswelle



nach 10 Jahren immer noch nicht zu Ende ist?

Statt das Volk zu "befreien" und eine "Demokratie" aufzubauen, wie es während des Krieges versprochen wurde, hat die Führung der vietnamesischen Kommunisten die Abschaffung aller demokratischen Rechte der Bürger durchgeführt: alle großen politischen Parteien, Gewerkschaften, kulturelle und soziale nicht zur kommunistischen Partei gehörende Organisationen wurden sofort aufgelöst. Die Abteien der buddhistischen, katholischen, Cao-Dai und Hoa-Hao Rejensgemeinschaften wurden der Reihe nach beschlagnahmt. Die religiösen Aktivitäten wurden streng begrenzt. Die Genehmigung zum Besuch der Verwandtschaft, von Freunden in anderen Dörfern oder Städten muß bei der örtlichen Polizei beantragt werden.

Die rassistische Politik durch Überführen der Kader aus dem Norden in den Süden, der Aufbau des Systems der Lokalpolizei in Wohngruppen, Aufstacheln verschiedener Klassen in der Gesellschaft, um Mißtrauen zwischen Mann und Frau, Eltern und Kinder, zwischen Freunden, Nachbarschaft zu säen, sind Politik der vietnamesischen Kommunisten. Diese Trennungs- und Bürgerunterdrükungspolitik ist viel schlimmer, tückischer und tyrannischer als die Politik unter dem Kolonialismus der Franzosen früher!

Seit Mitte 1975 hat die kommunistische Regierung aberhunderttausende Leute der früheren Regierung Südvietnams in "Umerziehungslagern" interniert. Das sind Konzentrationslager für Regimegegner. Dies hat der Außenminister der Kommunisten, Nguyen Co Thach, zugeben müssen.

Die Verhafteten sind sowohl Soldaten, Offiziere, Beamte der früheren Regierung Südvietnams, als auch ehemalige aktive Politiker, einschließlich derjenigen, die damals gegen den Krieg waren und Frieden und Versöhnung gefordert haben. Außerdem wurden auch viele Kader und Milizen der Befreiungsfront Südvietnam in die Umerziehungslager geschickt. Sie sind leider die Opfer einer Politik geworden, die das Menschenleben leichtfertig wegwirft.

In den Umerziehungslagern wurden die Gefangenen grausam gefoltert und mißhandelt. Die Menschenwürde ist einfach gleich Null. Das Schicksal der Häftlinge wäre als ob tausende von Kilogramm an einem Faden hingen. Die meisten der Gefangenen sind nicht vor Gericht verhandelt worden, aber das Urteil von der Partei lautete Lebenslänglich oder sogar Todesstrafe. Das typische Beispiel dafür ist der Prozeß des Volksgerichtes der Ho Chi Minh-Stadt im Dezember 1984, als 5 Todesurteile und viele Verurteilungen zu langen Haftstrafen für Oppositionelle verhängt wurden. Nach der Freilassung aus den Konzentrationslagern werden die Opfer immer noch von der Gebietspolizei permanent überwacht. Plötzlich können sie wieder verhaftet werden oder werden in andere Gegenden in eine neue Wirtschaftszone deportiert, wo gefährliche Krankheiten wie Gelbfieber, Froschfieber ihr Leben bedrohen.

Neulich machte Herr Huntzingen, der internationale Sprecher der Französischen Sozialistischen Partei, die sehr richtige Bemerkung über das vietnamesische kommunistische Regime, als er sagte: "man müsse aufhören, "in einem Mythos der vietnamesischen Revolution" zu leben; vielmehr sei der Realität offen in die Augen zu sehen. Zu dieser Wirklichkeit gehört, daß die Erben Ho Chi Minhs heute

"das härteste und bei weitem repressivste aller kommunistischen Regime" errichtet hätten. Im Verhältnis zu seiner Gesamtbevölkerung, sei Vietnam 'das Land, das gegenwärtig die größte Zahl an politischen Gefangenen' aufweise..."

Nach dem 4. Kongreß der vietnamesischen KP im Dezember 1976 hat die Führung der vietnamesischen Kommunisten den Sozialismus in Südvietnam eingeführt. Anfang 1978 hat sie Maßnahmen gegen die "private Geschäftsausübung" ergriffen. Aberhunderttausende Kader und Mitglieder der kommunistischen Jugend-Ho-Chi-Minh wurden auf alle Provinzen und Städte des Südens verteilt, um das private Eigentum der Bürger und privater Firmen, auch das der Vietnamesen chinesischer Abstammung, aufzulisten und zubeschlagnahmen. Sie haben unzählige kleine Geschäftsleute – meistens nur kleine Händler – verhaftet, und die Kaufleute und die Firmenbesitzer in "neue wirtschaftliche Zonen" deportiert, obwohl sie ihr ganzes Leben nur Handel betrieben haben. Viele ehemalige Firmenbesitzer wurden Arbeiter in ihrer eigenen, vom Staat beschlagnahmten Firma. Wegen des Widerstandes gegen die "private Geschäftsausübung" wurden tausende von Leuten verhaftet und zigtausende zum Selbtmord getrieben!

Danach haben die vietnamesischen Kommunisten den Sozialismus auf die Provinzen erweitert. Die Grundstücke, die Reisfelder, die Traktoren und die landwirtschaftlichen Werkzeuge der Landwirte wurden beschlagnahmt. Sie wurden gezwungen, sich in Produktionsgenossenschaften zu organisieren. Dabei wurden sie dauernd mit der Todesstrafe und mit der Nahrungsrationalisierungspolitik des Regimes bedroht. Wer sich widersetzte, das Regime kritisierte und der politischen Richtung der Partei nicht folgte, wurde von der Lokalpolizei verfolgt, zum Verhör geladen und ihm wurde gedroht, seine Nahrungsration wegzunehmen.

Mit solchen Maßnahmen hat das kommunistische Regime das Recht auf wirtschaftliche Freiheit strikt abgeschafft und das Recht auf Privateigentum den Bürgern genommen. Nur einige Jahre später sind die Bürger Südvietnams zu unterdrückten und ausgebeuteten Lohnarbeitern des einzigen Arbeitgebers, der kommunistischen Partei Vietnams, geworden.

Zur Erringung der Oberhoheit in ganz Indochina sind nach der Kolonialisierung in Laos seit Ende 1975 durch die vietnamesischen Kommunisten zwischen Ende 1978 und Anfang 1979 über 200.000 vietnamesische Soldaten in Kambodscha einmarschiert und haben dort eine Marionetten-Regierung eingesetzt. Angesichts dieser Taten in Laos und Kambodscha ist nicht glaubhaft, daß Hanoi damals ernsthaft gegen den Eroberungsimperialismus gekämpft hat.

Die Indochina-Eroberungspolitik des vietnamesischen kommunistischen Regimes verursacht die Feindschaft mit den Nachbarländern im Norden und Westen. Hanoi hat das viertstärkste Militär in der Welt nach China, Rußland und den USA mit über einer Million Elite-Soldaten und über zwei Millionen Reservisten. Diese Politik in Vietnam begründete eine militärische Bastion für das imperialistische Rußland und bedroht die Sicherheit und den Frieden in Ostund Südost-Asien, obwohl die Vietnamesen sehr arm und hungrig sind und Abermillionen der Kinder schon an Unterernährung leiden. Jährlich werden 60 %

des Staatshaushaltes für einen solchen Aggressionskrieg bewilligt. Der Generalmobilisierungsbefehl ist immer noch in Kraft, damit alle Jugendlichen zum Wehrdienst mußten, und für diesen unsinnigen Krieg mit den Schauplätzen Kambodscha, Laos und China ihr Leben opfern, anstatt das Land wiederaufzubauen.

Gerade die gemeine Menschenrechtsunterdrückungspolitik des kommunistischen Regimes, wie oben geschildert, ist die Ursache dafür, daß Abermillionen Leute das Land verlassen und viele Angehörige zu Hause zurücklassen mußten. Dabei riskieren sie den Tod auf ihrer Flucht und mußten, wenn sie überlebten, im fremden Land gegen eine Reihe neuer Schwierigkeiten ankämpfen. Sie haben aber keine andere Wahl mehr! Wären sie im Land zurückgeblieben, wären sie irgendwann verhaftet oder ermordet worden. Sie wären Tag und Nacht auf Schritt und Tritt überwacht worden.

Auf der Basis der Angaben des Hohen UNO-Kommissariats für Flüchtlingsangelegenheiten läßt sich erkennen, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Unterdrückungspolitik des Regimes und der Flüchtlingswelle besteht.

Nach statistischen Angaben läuft der Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung mit dem Höhepunkt der diktatorischen Maßnahmen zur Unterdrückung der Gedanken, der Politik, der Wirtschaft in Vietnam und der kolonialistischen Eroberungspolitik in Indochina parallel. Die Anzahl der erfolgreichen Flüchtlinge, die mit dem Boot oder über den Landweg die Grenze nach Thailand und die südostasiatischen Länder passiert haben, stieg von 45.413 (1977) auf 149.212 (1978) und 390.272 (1979). Wenn man nur die Anzahl der Leute, die mit dem Boot über den Ozean in dieser Zeit gekommen sind, berücksichtigt, nahm die Tendenz ähnlich zu: von 15.633 (1977) auf 86.373 (1978) und 202.158 (1979).

Wie oben erwähnt, hat das Hanoi-Regime während zweier Jahren (1978 und 1979) die radikale Wirtschaftspolitik durchgeführt, um den Sozialismus in Südvietnam aufzubauen und die Soldaten nach Kambodscha zur Eroberung zu schicken. Als die Indochina-Flüchtlingswelle den Höhepunkt erreichte, verurteilte die internationale Öffentlichkeit ernsthaft das Hanoi-Regime und zwang es, zu der von der UNO in Genf im Juli 1979 zusammengerufenen internationalen Konferenz für Indochina-Flüchtlinge zu kommen. Auf der Konferenz wurde das Hanoi-Regime angeklagt. Vor der internationalen Öffentlichkeit hat der Hanoi-Vertreter mit leeren Versprechungen versucht, dem Problem auszuweichen. Daher wurde die Anzahl der Flüchtlinge in den weiteren Jahren etwas geringer, aber sie blieb dennoch sehr hoch: 163.769 (1980); 99.631 (1981); ähnlich wie bei den Boat-People: 71.451 (1980) und 74.799 (1981).

Bis 1984, d.h. fast 10 Jahre nach der "Befreiung" Südvietnams, gibt es monatlich noch über 2,000 Boat-People, die erfolgreich in die südostasiatischen Länder geflohen sind. So sind nach Schätzung australischer Statistiker, zur Zeit monatlich immer noch über 1,000 Boat-People im Ozean umgekommen, während die Flüchtlingswelle über die Grenze noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Insbesondere Ende 1984 und Anfang 1985 waren nach dem Angriff der vietnamesischen Kommunisten an der thailändischen Grenze über 200,000 Kambodschaner geflüchtet.

Die Erbarmungslosigkeit der Führung der KP-Vietnam zeigt sich nicht nur in

der Vertreibungspolitik, sondern man schreckt nicht davor zurück, die das Land verlassenden Opfer zu verkaufen.

Nach Angaben der Flüchtlinge und nach Dokumenten der internationalen Experten über Vietnam-Fragen mußte jeder Kopf entsprechend dem Alter an die Fluchthelferorganisationen, mit geheimer Unterstützung der Regierung, ca. 5 bis 10 Unzen reines Gold, abgeben. Der größte Teil des Goldes mußte von der Fluchthelferorganisation an den Staat weitergeleitet werden. Nach Schätzung der Experten einiger westlicher Botschaften in Hanoi, haben die Kommunisten von den Flüchtlingen dadurch bis zu 2,5 Milliarden Dollar geraubt. In dieser Zeit hat die Wochenzeitschrift "Der Spiegel" berichtet, daß die Sowjetunion hundertkilogrammweise Gold mit dem Originalstempel von ehemaligen südvietnamesischen Banken an den Westen verkaufte.

Diese Ergebnisse haben aufgedeckt, daß die vietnamesischen Kommunisten die geraubte Goldmenge der Bürger, einschließlich der Flüchtlinge, zum Waffenkauf für den Eroberungskrieg in Indochina benutzten und an den Waffenhändler, das imperialistische Rußland, abführten, um den Schuldenberg abzubauen. Außer öffentlichen Gelderpressungen des Regimes, mußten die Flüchtlinge Gold und Geld an die Kader der Partei, Polizisten und Beamten unterschiedlicher Ränge abgeben. Sie erzählten außerdem, daß sie sich nicht nur freikaufen mußten, sondern Geld zur Bereicherung der korrupten Kader abführen mußten. Die obengenannten konkreten Beweise haben gezeigt, daß die Führung der KP-Vietnam der Anstifter, Organisator und Ausführer dieser Vertreibungspolitik ist. die über 2 Millionen geflüchteten Vietnamesen, Laoten und Kambodschanern in der neueren Geschichte das Leben gekostet hat. Auch hat sie den Tod von mindestens einer Viertel Million Boat-People im Ozean verursacht. Somit hat diese Führung ein Blutmeer aus dem Ozean gemacht. Die goldenen Worte von Humanität des Ministerpräsidenten, Pham Van Dong, haben sich als das Gegenteil erwiesen, und haben das wahre Gesicht dieser Heuchler gezeigt. Die Herren im Politbüro der KP-Vietnam haben auf keine gewissenlose und gemeine Mittel verzichtet, um die Flüchtlinge zu vertreiben, wobei die Menschen mit Vernunft und mit Verantwortungsgefühl nie an so etwas denken würden. Sie vertreiben die Opfer aus dem Land und zwingen sie dazu, noch die Fluchtgebühr zu bezahlen! Diese "Erfolge" zeugen von ihrer Erfahrung im Massenmord und im Menschenhandel

Wer die Aktivitäten der Führung im Politbüro im letzten halben Jahrhundert gut beobachtete, wird nicht über die unmenschlichen Mittel überrascht sein.

Die Mörderpolitik mit den gemeinen Mitteln dieser Führung ist nicht zum ersten Mal innerhalb der letzten 19 Jahre passiert, sondern schon mehrmals seit der Machtübernahme von 1945 vorgekommen, z.B. die Ermordung von unzähligen Oppositionellen in den Jahren 1945/46 und zigtausender Landwirte in Nordvietnam durch die Volksgerichtpolitik in den Jahren 1954-1956 während der radikalen Landreform, sowie zigtausender Menschen während der großen Tet-Offensive 1968, einschließlich der Opfer in den lebendigen Massengräbern der Kaiserstadt Hue.

Die Führung der KP-Vietnam ist der Ansicht, daß alles, was für die Machtergrei-

fung und für die Machtkonsolidierung der Partei nützlich ist, einschließlich der unmenschlichsten, grausamsten und brutalsten Mittel, immer auch von Güte zeugt. Dies hat Ho Chi Minh, der Parteigründer, beim 2. Parteikongreß im Februar 1951 bekräftigt und wurde bei seinem 90. Geburtstag im Jahre 1980 von Staatspräsident Truong-Chinh wiederholt:

"... zu Gunsten der Revolution müssen wir auch die schmerzhaften Maßnahmen treffen, wenn es erforderlich ist..."

Hierdurch muß die ganze Menschheit alarmiert werden, daß die Unterdrückung und die mörderischen Handlungen dieser Gruppe mit der Zeit immer schlimmer werden. Anfänglich wurden einige Tausende in den letzten Jahrzehnten, danach aber innerhalb 10 Jahren (1975-85) Aberhunderttausende Menschen ermordet und Millionen vertrieben. Vorher war die Grausamkeit nur auf Nordvietnam begrenzt, nun aber ist sie auf den Süden und auf die ganze Indochina-Halbinsel ausgedehnt worden. Die Maßnahmen und Mittel zur Ausbeutung und Unterdrükkung sowie zum Massenmord werden mit der Zeit immer raffinierter, schrecklicher, grausamer und furchtbarer, sein!

Vietnamesische Zwangsarbeiter im Sowjet-Block

von

Lam Dang Chau

Auf dem V. Komintern-Kongreß im Jahre 1924 behauptete Ho Chi Minh in seiner Rede über "Nationalsozialismus und Kolonialismus" voller Empörung: "Das koloniale Regime in Indochina (hier die französische Kolonialmacht) ist Sklavenhändler geworden und verkauft die Menschen aus Nordvietnam an die Plantagenbesitzer der Pazifikinseln..."

Über ein halbes Jahrundert später geschieht genau dies in Indochina. Statt der französischen Kolonialmacht ist nun jedoch das vietnamesische kommunistische Regime, geführt von der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), die von Ho Chi Minh gegründet wurde, zum Sklavenhändler geworden und verkauft ihr eigenes Volk an die Sowjets. In nur 4 Jahren nach Unterzeichnung des Vertrages "Zur Kooperation der Arbeitskräfte" im April 1981 wurden über 100.000 vietnamesischen Jugendliche im Alter von 17 bis 25 Jahren, die vorher in einem tropischen Land lebten, als Zwangsarbeiter auf Baustellen und in Fabriken überall in der SU, auch nach Sibirien mit extremen Wetterbedingungen und in andere Ostblockländer geschickt. Diese jugendlichen Zwangsarbeiter wurden unter strenger Kontrolle und harten Bedingungen gehalten. Sie wurden brutal ausgebeutet. Was sie unter Schweiß und Tränen verdienten, dürfen sie nicht für sich behalten; sie müssen ihren Arbeitslohn zum großen Teil an die SU und das Hanoier Regime abgeben.

Obwohl Moskau und Hanoi die Ausbeutung und die Unterdrückung der vietnamesischen Jugendlichen zu verheimlichen versuchte, erreichte diese Nachricht die Weltöffentlichkeit. Mehrere Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften in der ganzen Welt verurteilten scharf die Menschenhandelspolitik der Sowjets und des Vietcong-Regimes. Auf einem Kongreß der "Internationalen Arbeitsorganisation" (ILO) der UNO forderten Vertreter mehrerer Länder Moskau und Hanoi auf, diese Menschenhandelspolitik zu beenden.

Es stellten sich folgende Fragen: Warum wurden die Vietcong, geführt von einer Partei der sog. "nationalen Befreiung und zur Befreiung der Menschen", jetzt als Menschenhändler für die SU tätig? Welche Arbeitsbedingungen haben die Jugendlichen als Zwangsarbeiter in der SU? Wie ist die Behandlung der Zwangsarbeiter aus Vietnam in der SU und den Ostblockstaaten?

Um die Position einer Kolonial- bzw. Hegemoniemacht in Indochina zu erreichen, baute das Hanoier Regime eine Armee auf, die zahlenmäßig an 4. Stelle in der Welt steht, obwohl Vietnam eines der 20 ärmsten Länder der Welt ist. Nach dem langjährigen Krieg braucht Vietnam viel Zeit und alle Kräfte, um das Land

wiederaufzubauen. Aber das Hanoier Regime schickte wieder Hunderttausende von Invasionssoldaten zur Besatzung Kampuchias, unterwarf Laos, machte sich China zum Feind, und verursachte Spannungen mit anderen Ländern dieser Region. Um diesen riesigen Kriegsapparat instand zu halten, mußte Hanoi Waffen und Ausrüstung von Moskau beziehen. Wegen der Kriegsführung in Indochina ging die vietnamesische Wirtschaft in Konkurs. Vietnam ist ein landwirtschaftliches Land, aber seit 10 Jahren wird das vietnamesische Volk von schweren Hungerkatastrophen, sogar schlimmer als die Hungersnot nach dem 2. Weltkrieg, bedroht. Deshalb mußte Vietcong Lebensmittel und Industriegüter von der SU erbitten. Diese wirtschaftliche Hilfe der SU betrug jährlich 900 bis 1000 Mio US-Dollar. Ende Januar 1985 erklärte der sowjetische stellvertretende Außenminister, M.X. Kapiza, zuständig für die Ostasien-Abteilung, daß die SU im Rahmen des Fünfjahresplanes (1981-85) die wirtschaftliche Hilfe an das Hanoier Regime im Vergleich zu den Jahren 1975-85 "um das 3,5fache" erhöhte. Nach der Aufnahme in die COMECON, und nach der Unterzeichnung des Vertrages "zur Zusammenarbeit und Freundschaft" (1978) mit den Sowjets geriet die vietnamesische Wirtschaft in eine totale Abhängigkeit von der UdSSR. Dies zeigt sich eindeutig am Außenhandel Vietnams. Der Im- und Export Vietnams mit der UdSSR erhöhte sich bis auf 50% des gesamten vietnamesischen Außenhandels. Wenn man die Ostblockländer DDR, CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien dazu zählt, klettert diese Zahl auf bis zu 80 %. Andererseits betrug der Export von Vietnam in die SU nur 1/4 bis 1/3 des Imports aus der UdSSR. Seit 1977 bezifferte sich das Defizit im Außenhandel Vietnams mit der SU im Jahresdurchschnitt auf 550 Mrd. US-Dollar. Von 1977 bis 1983 stiegen die Schulden Hanois auf ca. 4 Mrd. US-Dollar. Der gesamte Schuldenberg Hanois im Ausland betrug ca. 6 Mrd. US-Dollar, 70 % davon bei der SU, zusammengerechnet ca. 90 % bei den Ostblockstaaten. Während die Schulden Hanois bei der SU wachsen, beträgt die Devisenreserve Vietnams nur noch 16 Mio US-Dollar. Mit anderen Worten: unter dem kommunistischen Regime hat Vietnam wirtschaftlich Bankrott gemacht. Das Land hat keine Devisen und Güter mehr, um seine Schulden an die UdSSR zu bezahlen.

Deshalb zwang in den letzten Jahren der "große Bruder" SU den "kleinen Bruder", das Hanoier Regime, ganz im Geist der sog, "Genossen- und Bruderschaft" auf 3 Arten zu bezahlen:

- 1. Überlassung der wichtigen Flugplätze und Häfen in Vietnam für die sowjetische Luftwaffe und Marine.
- 2. Entsendung vietnamesischer Jugendlicher als billige Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion.
- 3. Verpflichtung vietnamesischer Arbeitskräfte in Plantagen und Fabriken in Vietnam selbst für bestimmte landwirtschaftliche Produkte und Güter, die der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung dienen, zu arbeiten.

Mitte September 1981 berichtete die Wochenzeitung Economist (London), daß beim Besuch einer Delegation aus Hanoi in der SU Anfang September 81 in Bezug auf die wirtschaftliche Hilfe im Rahmen des Fünfjahresplans (1981-85), der von dem V. vietnamesischen kommunistischen Parteitag verabschiedet werden

68

69

sollte, Le Duan und To Huu alle Bedingungen Breschnews akzeptierten. Es wurde vereinbart, eine halbe Million vietnamesischer Jugendlicher als Zwangsarbeiter in die SU und in die Ostblockstaaten zu schicken, um deren Arbeitskraft gegen wirtschaftliche Hilfe für den Fünfjahresplan zu tauschen. Dem Economist zufolge, seien sich beide Seiten einig, daß die vietnamesischen Zwangsarbeiter in der SU und in den Ostblockstaaten nur 40 % ihres Lohnes bekommen. Die restlichen 60 % behalten diese Länder als Begleichung der Schulden zurück. Später wurde auch in anderen Zeitungen ähnlich berichtet. Sie berichteten weiter, daß, obwohl die vietnamesischen Zwangsarbeiter weniger Lohn als die Einheimischen erhalten sollten, sie härter und unter schlechteren Bedingungen arbeiten müßten, sogar in Sibirien in extremer Kälte zwischen -30°C und -40°C. Diese Nachrichten lösten große Empörung in der Weltöffentlichkeit und unter den Vietnamesen im Ausland aus. Anfang Oktober 1981 wurde in Paris von einem ehemaligen südvietnamesischen Außenminister, Tran Van Do, und von mehreren vietnamesischen Persönlichkeiten eine Protesterklärung veröffentlicht. Danach sei diese Vereinbarung zwischen der SU und dem Hanoier Regime eine Wiederbelebung des Sklavenhandels, der von der heutigen Zivilisation verboten worden ist. Hanoi und Moskau reagierten überhaupt nicht. In dieser Zeit berichtete die Weltpresse ausführlich über die harten Arbeitsbedingungen und über die schlechte Behandlung der vietnamesischen Zwangsarbeiter durch die Funktionäre der SU und der Ostblockländer. Berichten zufolge sind die meisten vietnamesischen Zwangsarbeiter Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren; es gehören Frauen und ehemalige Soldaten des Vietcongs dazu. Sie müssen sich in bestimmten Orten aufhalten und dürfen keinen Kontakt mit den Einheimischen haben. Sie müssen hart arbeiten und bekommen keine ausreichende Nahrung und keine warme Kleidung gegen die extreme Kälte in der SU. Mehrere vietnamesiche Jugendliche haben Briefe an Angehörige im Westen geschrieben, in denen sie um warme Kleidung und Medikamente bitten. Nach Meldungen der Tageszeitung Times (London) bekommen vietnamesische Zwangsarbeiter in der Tschechoslowakei nicht einmal 40 %, sondern nurein Viertel ihres Lohns. Die restlichen 3/4 hält dieses Land als Begleichung der Schulden des Hanoier Regimes zurück. Damit mißbraucht das Vietcong Regime die vietnamesischen Zwangsarbeiter als Tauschgut zur Schuldenbegleichung, und die SU gemeinsam mit den Ostblockländern beutet die vietnamesischen Arbeitskräfte brutal aus. Erst im Mai 1982 wurde von dem sowjetischen ersten Stellvertreter des Arbeits- und Sozialministers, L. Kostin, dem vietnamesischen Arbeitsminister, Dao Thien Thi, und dem Außenminister, Nguyen Co Thach, des Hanoier Regimes zum ersten Mal die Unterzeichnung des "Vertrages zur Zusammenarbeit im Bereich Arbeitskräfte" bestätigt. Dabei wurden weder das Datum noch der Inhalt des Vertrages bezüglich Arbeitlohn, Arbeitsbedingungen, Urlaub und Wohnort, usw... mitgeteilt.

In unserem Zeitalter ist eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch im Bereich der Arbeitskräfte, zwischen den Ländern selbstverständlich und notwendig. Aber diese Zusammenarbeit muß auf der Grundlage der Gleichheit, der gegenseitigen Respektierung und des Nutzens für beide Seiten beruhen. Um kleine Länder vor

der Unterdrückung und dem Mißbrauch einer Großmacht zu schützen, aber auch, um Mißbrauch der eigenen Bevölkerung durch die Vertragsstaaten zu verhindern, wurde am 19.12.1966 der internationale Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verabschiedet. Danach ist die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des gegenseitigen Wohles zu regeln. Außerdem müssen die Vertragsstaaten in internationalen Verträgen die Respektierung der Menschenrechte zwischen beiden Völkern, konkret z.B. die Gleichheit des Arbeitslohnes, der Arbeitsbedingungen, das Recht des Urlaubs, usw... garantieren.

Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen über das Verbot der Sklaverei und des Sklavenhandels lautet:

"Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen Formen verboten."

Im Gegensatz zu diesen völkerrechtlichen Grundsätzen ist die Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräfte zwischen der SU und dem Vietcong-Regime von einseitigem Nutzen für die SU; sie brachte nur Nachteile für Vietnam. Da die vietnamesischen Zwangsarbeiter von der SU und dem eigenen Regime brutal ausgebeutet werden, verletzen diese die Allg. Erklärung der Menschenrechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Das Hanoier Regime ist zu einem Sklavenhändler für die SU geworden. Es zwang die vietnamesischen Jugendlichen in der SU und in den Ostblockstaaten unter den selben Bedingungen zu arbeiten, wie die Sklaven im Mittelalter in Europa oder wie die Plantagenarbeiter im Süden Vietnams und auf den Pazifikinseln während der französischen Kolonialzeit;

Im Sommer 1982 verurteilten internationale Menschenrechtsorganisationen, die internationale Presse und mehrere Länder die SU wegen der Zwangsarbeit von tausenden politischen Häftlingen und tausenden Jugendlichen aus den Ostblockländern beim Bau der Gasrohrleitung durch Sibirien. Diese Zwangsarbeiter mußten unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Sie bekamen keine ausreichende Nahrung und ärztliche Versorgung, und leiden unter schlechten hygienischen Verhältnissen. Sie wurden von den Parteikadern und Funktionären schlecht behandelt und unterdrückt. Viele von ihnen sind dabei gestorben.

Anfang August 1982 berichteten die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt) und das Komitee Sacharow (Kopenhagen) bei einem internationalen Verhör von Zeugen in Bonn darüber. Mehrere Russen bestätigen als Zeuge und Opfer dieser brutalen Zwangsarbeitspolitik, daß gegenwärtig etwa 100.000 Häftlinge als Zwangsarbeiter am Bau der Gasrohrleitung von Sibirien nach Westeuropa arbeiten. Die Häftlinge wurden in Lagern untergebracht. Sie bekommen keine Wohnungen, sondern mußten in Wagonabteilen leben. Die Wintertemperaturen sind extrem niedrig und liegen zwischen -30°C und -40°C; Es gibt zu wenig Nahrung und Kranke erhalten keine Medikamente. Sie können nur durch die Unterstützung ihrer Angehörigen noch leben. Auch in dieser Zeit wurden über die Lebensbedingungen der vietnamesischen Arbeiter in der SU, Tschechoslowakei und in den Ostblockstaaten von mehreren internationalen Zeitungen berichtet. Mehrere Briefe von vietnamesischen Betroffenen an Ange-

hörige in den USA und in Westeuropa beschrieben das harte Leben und die schlimmen Arbeitsbedingungen. Nach Abzug von Nahrungs- und Wohnkosten erhielt jeder Zwangsarbeiter noch einige Rubel monatlich. Dazu nur eine Bemerkung: das Porto für einen Brief von der Sowjetunion in die USA kostet 0,33 Rubel

Ende September 1982 verurteilte die amerikanische Regierung die Zwangsarbeitspolitik Moskaus und Hanois. Im Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Jahr 1982 berichtete das amerikanische Außenministerium über 45000 vietnamesische Zwangsarbeiter in der SU und in den Ostblockstaaten.

Nach den Anklagen von den USA und der Kritik der Weltöffentlichkeit verbreiteten die SU und die Vieteong eine große Propaganda-Kampagne um die Empörung der Weltöffentlichkeit zu dämpfen. Von Ende September bis November 1982 schrieb allein die Tageszeitung Nhan Dan (Zentralorgan der KPV) 7 Berichte und Interviews über dieses Problem. Selbstverständlich wies das Vieteong-Regime alle Beschuldigungen und Kritk zurück.

Mitte Oktober 1982 wurde in einem Interview der sowjetischen Agentur APN mit dem sowjetischen Arbeitsminister Lomosoy das Datum vom 2.4.1981 der Unterzeichnung des Vertrages zur "Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräfte" zwischen Moskau und Ianoi bestätigt. Außer mit der SU hat das Vietcong-Regime ähnliche Verträge mit der Tschechoslowakei, Bulgarien und der DDR unterzeichnet. Am 65. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution zeigte das vietnamesische Fernsehen einen Farbfilm mit dem Titel: "Die vietnamesischen Arbeiter im Land der Oktoberrevolution", um die Politik der Arbeitskraftausbeutung des Hanoier Regimes zu beschönigen.

Anfang November 1982 gab es nach den Angaben des Sowjetbotschafters in Hanoi, Chaplin erst 11,000 vietnamesische Arbeiter in der Sowietunion.

Hier ist die Bemerkung notwendig, daß bis vor einem Jahr die Nachrichten über die Zwangsarbeit der vietnamesischen Jugendlichen in der SU von Moskau und Hanoi verschwiegen worden waren. Inzwischen betreiben beide kommunistischen Länder massives Propaganda in den Massenmedien, um ihre Verbrechen zu verdecken und zu vertuschen. Die Zahl der vietnamesischen Zwangsarbeiter wurde erhöht und da deren Unzufriedenheit Tag für Tag größer wurde, konnten Moskau und Hanoi dies nicht mehr verheimlichen.

In einer wichtigen Tagung über die Lage der vietnamesischen Arbeiter in der SU und in den Ostblockländern, Mitte Dezember 1982 in Hanoi unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Tran Quynh, der Vertretter des Hanoier Regimes bei COMECON und auch Le Duans Vertrauter ist, gab dieser zwei Gründe an, warum das Vietcong-Regime den Vertrag zur "Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräfte" unterzeichnete: die wirtschaftliche und soziale Lage in Vietnam und die Forderung zur totalen Zusammenarbeit von der SU und den Ostblockstaaten. Mit anderen Worten, wegen der hohen Arbeitslosigkeit in Vietnam und dessen Schuldenbergs an diese Länder, wurden die vietnamesischen Jugendlichen als Zwangsarbeiter in die SU geschickt, d.h. als Tauschobjekte, um die Schulden zu begleichen. Diese Jugendlichen und die ehemaligen Armeeangehörigen müssen in der SU und in den Ostblockstaaten 5 bis 6 Jahre arbeiten.

In dieser Zeit stieg die Zahl der Zwangsarbeiter aus Vietnam in diesen Ländern an. Im Mai 1982 gab es nach der Tageszeitung Iswestija (Moskau) 7000 Arbeiter in der SU. 6 Monate später gab Chaplin, der sowjetische Botschafter in Hanoi, schon die Zahl 11000 an. Anfang 1984 teilte der vietnamesische Arbeitsminister, Dao Thien Thi, mit, daß die Summe der vietnamesischen Arbeiter in 3 Jahren in diesen Ländern (nach dem Unterzeichnen des Vertrages im April 81) auf 60.000 erhöht wurde. Die wirkliche Zahl muß weit höher sein. Nach der westlichen Presse sind zur Zeit über 100.000 vietnamesische Jugendliche als Zwangsarbeiter in der SU und in den Ostblockstaaten eingesetzt.

71

Nur in einer kurzen Zeit wurden über Hunderttausend Vietnamesen zur Zwangsarbeit herangezogen. Die Arbeitsbedingungen waren katastrophal und sie wurden ungerecht behandelt. Deshalb protestierten diese Zwangsarbeiter gegen die vietnamesischen Parteikader und gegen die Werksführung in der SU und in den Ostblockstaaten. Der westlichen Presse zufolge, waren einige Protestaktionen blutig verlaufen, mit Verletzten, ähnlich wie in der Tschechoslowakei. Deswegen suchte das Regime dieser Länder und das Vietcong-Regime härtere Maßnahmen gegen den Widerstand dieser Arbeiter.

Ende Oktober 1982, auf dem Weg von Cuba nach Vietnam bei einer Zwischenlandung in Moskau, hat sich Truong Chinh mit über 1000 Vertretern der Zwangsarbeiter und mit Studenten getroffen. Dabei hat Truong Chinh warnende Worte über den Widerstand der Arbeiter gesprochen. Im Juni 83 stand diese Frage auch bei der 4. Tagung des Zentralkommitees der KPV auf der Tagesordnung. Danach gab das Sekretariat des ZK's der KPV entsprechende Anweisungen an die Parteifunktionäre. Vom 17. bis 21.8.83 organisierte die vietnamesische Botschaft in Moskau eine Tagung zum Thema "Die Parteikader verwalten die Zusammenarbeit der Arbeitskräfte in der Sowjetunion". Dabei wiederholte der Botschafter, Dinh Nho Liem die Anweisungen des Sekretariats des ZK und befahl den vietnamesischen Zwangsarbeitern "ihre politische Qualität und revolutionäre Moral zu verbessern, neue Menschen nach dem Bild des Sozialismus zu werden und gute Freundschaft mit der sowjetischen Bevölkerung aufzubauen". An der Tagung nahmen auch Vertreter der Sicherheitsorgane sowie der Gewerkschaften teil.

Dies kann nur bedeuten, daß die Zwangsarbeiter nun von dem vietnamesischen Verwaltungskader und den sowjetischen Sicherheitsfunktionären streng kontrolliert sowie ständig und sorgsam verfolgt werden. Im August 1983 besuchte eine hohe Delegation aus Vietnam unter der Führung des Generals Chu Huy Man (Politbüromitglied der KPV und Vorsitzender des politischen Kommissars der vietnamesischen Volksarmee), Nguyen Duc Tham (Politbüromitglied und Leiter der Parteiorganisation der KPV) und Fr. Nguyen Thi Dinh (ZK-Mitglied der KPV und Vorsitzende der vietnamesischen Frauengesellschaft) die Tschechoslowakei. Sie nahmen an einer Konferenz teil, um die Anweisungen des Sekretariats des ZK zu, informieren. Die hohen Hanoier Funktionäre gaben den Teilnehmern den Befehl, die vietnamesischen Zwangsarbeiter strenger zu kontrollieren. Berichten zufolge hieß es, daß es unter den vietnamesischen Jugendlichen als Zwangsarbeiter in der Tschechoslowakei auch ehemalige Soldaten und

Frauen gab. Anfang September 1983 anläßlich eines Interview fragte der französische Direktor der Nachrichtenagentur AFP H. Pigeat Pham Van Dong, warum er die vietnamesischen Arbeiter als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion und in die Ostblockländer schicke? Dong antwortete: "Er tue alles, um diese Arbeitskräfte auszunutzen". Diese Antwort erinnert an den Satz von Ho Chi Minh und Truong Chinch:

"Zu Gunsten der Revolution müssen wir auch schmerzhafte Maßnahmen treffen, wenn es erforderlich ist". Seit 10 Jahren "im Interesse der Revolution" schickten Duan, Chinh, Dong... Millionen von Vietnamesen ins Ausland ab, bauten die Umerziehungslager zur Verhaftung von Oppositionellen, schickten sie die städtische Bevölkerung in die Neue-Wirtschaftszone, besetzten sie Kampuchia und nun auch "im Interesse der Revolution", schickten sie die vietnamesischen Jugendlichen als Zwangarbeiter zur Schuldenbegleichung in die SU, damit sind sie auch Sklavenhändler geworden.

Die Zwangsarbeitspolitik des Hanoier Regimes ist eine Art Sklavenhändlerei. Im Sommer 83 beschäftigte sich die internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) mit dieser Politik. Vertreter mehrerer Länder forderten Moskau, Hanoi und die Ostblockstaaten auf, den ganzen Inhalt des Vertrages "zur Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräfte" zwischen dem Vietcong und den Ostblockstaaten zu veröffentlichen. Um Anklagen zu vermeiden, trat Hanoi wegen diesen Organisationen zurück und nahm an der Jahreshauptversammlung der ILO nicht teil. Aber nicht wie man glaubt, um mit ihrem Plan aufzuhören, ganz im Gegenteil, sondern um die Entsendung junger Vietnamesen in die UdSSR zu intensivieren. In der letzten Zeit hatten die Partner vor, die polnischen Arbeiter, die wegen des Protests gegen Unterdrückungsmaßnahmen der Warschauer Militärregierung entlassen wurden, durch vietnamesische Arbeiter zu ersetzen. Dagegen protestierte die Vertretung der verbotenen Gewerkschaft Solidarität. Seither unterschrieb das Hanoier Regime jährlich die Verlängerung des Vertrages zur "Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräfte" mit Moskau und mit den Ostblockstaaten und intensivierte die Entsendung von Zwangsarbeitern in diese Ländern

Die Ausbeutungspolitik des Moskauer Regimes begrenzte sich nicht nur auf die über 100.000 vietnamesischen Jugendlichen. Moskau und die Ostblockländer setzten das Hanoier Regime weiter unter Druck, um die Ausbeutung von billigen Arbeitskräften von Millionen Vietnamesen selbst in Vietnam auszubeuten. Seit dem Vertrag "zur Freundschaft und Zusammenarbeit" vom November 78 mit Moskau und besonders nach dem Steckenbleiben im kolonialen Krieg in Indochina und nach den mehrmaligen wirtschaftlichen Mißerfolgen, konnte das Hanoier Regime bis heute nur infolge sowjetischer Unterstützung überleben. Bei dieser Gelegenheit nutzte die SU Vietnam aus und zwang die Vietcong, die Kautschuk-, Kaffee-, Teeplantagen und Bergwerke der sowjetischen Wirtschaft zugute kommen zu lassen. Das ist der Grund, warum in den letzten Jahren solche Plantagen und tropische Obstsorten in Vietnam angebaut bzw. erweitert wurden – in der Ost-Süd-Region im Süden, im westlichen Hochland und in der Mittel-Region im Norden Vietnams. Obwohl die Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr hun-

gert und die Ackerbaufläche zum Reisanbau nur ein paar Prozent pro Jahr steigt, wird die Anbaufläche für Kaffee und Kautschuk für die SU von 20 % bis 30 % pro Jahr vergrößert. Nach der Statistik des Hanoier Regimes vergrößerte sich die Anbaufläche von Kautschuk im Jahr 84 im Vergleich zu 83 um 32 % und beim Kaffee um 36 %. Der vietnamesische Landwirtschaftsminister, Nguyen Ngoc Triu, teilte mit, daß es durch die "Hilfe" der SU von 1979 bis 1983 mehr als 50.000 ha Anbaufläche von Kautschuk gab. Die gesamte Summe von Kautschuk-Anbauflächen betrug bis zu dieser Zeit 92.320 ha (fast die doppelte Fläche im Vergleich zu der Zeit vor dem Krieg).

Anfang Oktober 83 bei einem Krongreß, dessen Veranstalter das Ständige Komitee des Ministerrats war, nahmen die beiden vietnamesischen Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Vo Van Kiet und Vu Dinh Lieu, teil. Dabei teilte das ZK-Mitglied und Direktor des Kautschuk-Amtes mit, daß es bis Ende 1985 mehr als 900.000 ha Kautschuk-Anbaufläche geben wird. Wir alle wissen, daß die meisten dieser Plantagen in den drei Provinzen in der Ost-Süd-Region im Süden Vietnams, Tay-Ninh, Song-Be und Dong-Nai, angelegt wurden. Dieses Gebiet ist bekannt als Herd der Malariaerkrankungen. Unter der französischen Kolonialzeit waren tausende Arbeiter hier gestorben, auch durch Unterernährung und Folter der französischen Plantagenbesitzer. Vor dem 2. Weltkrieg wurden auch viele Gefangene als Zwangsarbeiter hierher geschickt. Sogar im Norden und in Mittel-Vietnam ließ die französische Besatzung die Menschenhändler nach Jugendlichen in den Dörfern und auf dem Land suchen und festnehmen. Sie wurden nach Süden als Plantagenzwangsarbeiter geschickt. Das Bild des Plantagenarbeiters war für viele Vietnamesen ein Trauma, weil es keine Rückkehr in die Heimat zu geben schien.

Aber 10 Jahre später wurden Millionen von Vietnamesen nach dem Plan der "Reorganisation der Arbeitskraftverteilung" als Zwangsarbeiter in den Plantagen und Bergwerken oder in der Neuen-Wirtschaftszone beschäftigt. Die meisten dieser Vietnamesen lebten bisher in der Stadt und haben keinerlei Erfahrung in den landwirtschaftlichen Berufen. Unter ihnen finden sich hauptsächlich ehemalige Gefangene aus den Umerziehungslagern oder Regimegegner.

Um das Essen-Pro-Kopf zu sparen, und nach dem Willen von Vo Van Kiet, wurden nur junge Männer, von 17 bis 40 Jahren, und Frauen zwischen 17 und 35 in diesen Gegenden angesiedelt. Sie dürfen keine Familienangehörigen mitnehmen. In den Plantagen und in den Bergwerken mußten die Zwangsarbeiter unter den härtesten Arbeitsbedingungen arbeiten. Sie bekamen weder ausreichende Nahrung, noch Kleider, Moskito-Netze zum Schlafen, noch Medikamente gegen die Malaria-Krankheit, noch Wohnungen, im Grunde nichts zum Leben. Deshalb verbreiteten sich Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und gefährliche Infektionskrankheiten und bedrohten das Leben aller. Dazu wurden noch die Besuche von Angehörigen streng untersagt. Die Schicksale und das Leben von Millionen von Arbeitern in diesen Plantagen und Bergwerken, die die Güter für die SU produzieren, sind nichts anderes, als das Leben der Plantagenzwangsarbeiter unter der französischen Kolonialherrschaft. Deshalb flohen Tausende von Vietnamesen aus diesem Gebiet und kamen in die Städte zurück, wo sie es vorziehen, als Bettler zu leben.

Das Hanoier Regime führte die Zwangsarbeitspolitik nicht nur in den Plantagen und Bergwerken durch, sondern auch in Fabriken, die von Schweden als Entwicklungshilfeprojekte eingerichtet wurden. Anfang Februar 1985 wurde ein Bericht der staatlichen Entwicklungshilfebehörde in Schweden (Sida) an das Hanoier Regime und an die schwedische Regierung gesandt. Es wurde über die Papierfabrik Dai-Bang (eines dieser schwedischen Projekte) berichtet, in der Frauen und Männer als Zwangsarbeiter eingesetzt würden. Die beiden Techniker aus Schweden von Sida hatten für einige Zeit mit den vietnamesischen Zwangsarbeitern in einem Bambuswald, der als Rohstofflieferant für die Fabrik diente, zusammengelebt. Dem Bericht von beiden zufolge, wurde ersichtlich, daß die Vietcong diese Arbeiter aus Hanoi in dieses Gebiet angeworben hatten. Aber auch hier bekamen die Arbeiter keine ausreichende Nahrung und Moskito-Netze, obwohl die Malaria an diesem Ort ebenfalls weit verbreitet ist. Ebenso dem Bericht zufolge, flüchteten seit 1983 von den angegebenen 6500 Arbeitern mindestens

Nach Artikel 58 der Verfassung des Hanoier Regimes sei "Die Arbeit das Recht" und "die Verpflichtung" jeder Person. "Wer Kraft hat, muß nach dem Gesetz arbeiten". Deshalb hat das Regime das Recht, den Arbeitsort zu bestimmen. Wer freiwillig diesen bestimmten Arbeitsort verläßt, muß bestraft werden, auch u.U. in ein Umerziehungslager geschickt werden. Dem Bericht nach, mußten verheiratete Zwangsarbeiter von ihren Familien getrennt leben und sie nur für 10 bis 12 Tage im Jahr besuchen.

Durch die ansteckenden Infektionskrankheiten und die Unterernährung haben viele dieser Zwangsarbeiter nicht genug Kraft, um zu arbeiten. Mehrere von ihnen mußten auf die Arbeit verzichten, um Nahrung für sich zu besorgen, oder Gemüse anzubauen. Das schwedische Außenministerium und die Sida haben aus humanitären Gründen beschlossen, im Hinblick auf diese Zwangsarbeit und klare Ausbeutung der Arbeiter keine Scheuklappen aufzusetzen. Und gerade in der Papierfabrik Dai-Bang führte trotz Protesten der schwedischen Regierung und der anwesenden Techniker das Hanoier Regime die Zwangsarbeits-

Anläßlich der 5 Jahre der Unterzeichnung des "Vertrages zur Freundschaft und Zusammenarbeit" wurde am 31.10.83 vom vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong und dem stellvertretenden Premierminister der SU, G. Aliyev, ein Vertrag zur langfristigen Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 abgeschlossen. Angeblich mußte das Hanoier Regime darin, seinen Wirtschaftsplan von der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung abhängig machen. In dem gemeinsamen Kommunique wurde von beiden Seiten bestätigt, was Andropow (der verstorbene Generalsekretär der KPdSU) und Le Duan bei den Treffen im Dezember 82 und im Juli 83 in Moskau abgemacht hatten. "Intensivierung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen seitens Vietnam mit dem Fernen Osten und mit Sibirien der Sowjetunion".

Gleich danach hat die Pravda, das Parteiorgan der KPdSU, in einem Artikel für die Nhan-Dan-Tageszeitung, das Parteiorgan der KPV, vom 3. November 83 zu diesen Fragen eine klare Antwort gegeben. Damit seien Fernosten und Sibirien die wichtigsten Entwicklungsprojekte in den jetzigen und künftigen Fünfjahresplänen der SU. Wörtlich schrieb die Pravda:

...Wegen der sehr extremen Wetterbedingungen haben diese Gebiete große Probleme beim Anbau von landwirtschaftlichen Produkten wie Gemüse, Obst und Getreide. Hier fehlt es außerdem an Arbeitskräften..."

75

Damit bestätigte Moskau, daß das Hanoier Regime die Einsetzung der Zwangsarbeiter nach folgenden Gesichtspunkten verstärken mußte:

- 1. Entsendung der vietnamesischen Arbeitskräfte nach Sibirien und Fernosten der Sowjetunion, da dort wegen extremer klimatischer Bedingungen die Arbeitskräfte fehlen.
- 2. Mehr vietnamesische Arbeiter in den heimischen Plantagen und in den landwirtschaftlichen Betrieben, um die Produkte nach Fernost und Sibirien zu lie-

Damit sind die Führer der Kommunistischen Partei Vietnams zu Sklavenhändlern im Rahmen eines Geschäfts mit der Sowjetunion geworden und sie wollen es auch künftig bleiben.

Gerichte und Gerichtsverfahren

The An

Anläßlich der fünf Todesurteile des Oberstvolksgerichts in der Ho Chi Minh-Stadt Mitte Dezember 1984 hat der internationale Sprecher der Sozialistischen Partei Frankreichs, Huntzinger, Ende Januar 1985 die folgende Erklärung über die Grausamkeit des kommunistischen Regimes in Vietnam abgegeben.

'... Man müsse aufhören, "in einem Mythos der vietnamesischen Revolution" zu leben; vielmehr sei der Realität offen in die Augen zu sehen. Zu dieser Wirklichkeit gehöre, daß die Erben Ho Chi Minhs heute "das härteste und bei weitem repressivste aller kommunistischen Regime" errichtet hätten. Im Verhältnis zu seiner Gesamtbevölkerung sei Vietnam "das Land, das gegenwärtig die größte Zahl politischer Gefangener" aufweise..."

Dies ist sehr zutreffend. Seit 1975 hat das Vietcong-Regime rund eine Million Menschen in Konzentrationslagern inhaftiert, auf unbegrenzte Dauer und ohne Gerichtsverfahren. Zehntausende Häftlinge sind an Folter, Hunger und Krankheit gestorben. Tausende buddhistische, katholische, Cao Dai und Hoa Hoa Geistliche, Politiker, Intellektuelle, Schriftsteller, Unternehmer, bei Fluchtversuchen ins Ausland Gefaßte und sogar Parteikader wurden von Volksgerichten wegen angeblich "konterrevolutionärer" und "antisozialistischer" Aktivitäten zum Tode verurteilt. Neben dem Volksgerichtssystem ist ein Netz von Sicherheitskräften über jedes gesellschaftliche Leben gezogen. Die Spaltungspolitik erzeugt Mißtrauen unter Ehepaaren, Geschwistern, Freunden und zwischen Eltern und

Um das Ausmaß und die Wirkung der Grausamkeit dieses Regimes zu verstehen, sollte man das System der Gerichtbarkeit und die Praktizierung des Justizwesens der Sozialistischen Republik Vietnams (SRV) kennen.

Das Rechtsverständnis der vietnamesischen Kommunisten: Die Partei über dem Gesetz

Liest man die Verfassung der SRV von 1980 ohne juristische Kenntnisse, so könnte man verleitet werden, anzunehmen, daß dieses Regime sehr demokratisch wäre. Denn die Verfassung garantiert alle demokratischen Grundfreiheiten, wie z.B. Radio-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Demonstrations- und Glaubensfreiheit, sowie das Recht der Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung. Am Ende dieser Artikel wurde jedoch Folgendes hinzugefügt: die Praktizierung dieser Rechte müsse "dem Interesse des Sozialismus entsprechen oder die Gesetze und die Politik der Regierung nicht widerlegen..." Damit können die Behörden der SRV die Grundrechte in der Durchführung beliebig willkürlich interpretieren. Wer das nicht verstehen oder nicht respektieren will, sei "gegen die Politik des Staates", d.h. "gegen den Sozialismus". Er würde damit als "Konterrevolutionär" verurteilt werden.

77

Der Artikel 6 dieser Verfassung schrieb vor: "In der SRV gehört alle Macht dem Volk." Den Begriff "Volk" sollte man hier aber nicht im westlichen Sinne verstehen, sondern so, wie es der Parteisekretär Le Duan definiert hat:

"Das Volk ist eine Allianz der Werktätigen, der Bauern und Arbeiter unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse."

Wer die Partei nicht führen läßt, ist gegen die Partei und damit gegen das "Volk". Dadurch verliert er die Bürgerrechte. In seiner Rede zur Verkündung der Verfassung unterstreicht Le Duan deutlich: "In dieser Etappe umfaßt die Führung der Partei das gesamte gesellschaftliche Leben des Volkes". Daher stellt der Artikel 4 dieser Verfassung fest:

"Die kommunistische Partei Vietnams ist bewaffnet durch die marxistisch-leninistische Ideologie und ist der Vorkämpfer der Arbeiterklasse. Sie ist die einzige führende staatliche Kraft der Nation und der Gesellschaft."

Dies legt die zwei folgenden Grundzüge der heutigen Gesellschaft fest. Erstens übernimmt die KPV in allen gesellschaftlichen Bereichen die Monopolrolle, sowohl in Legislative, Exekutive und Justiz, als auch in Erziehungs-, Kultur-, Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Religions- und Familienfragen stehen auch direkt unter der Kontrolle der Partei. Zweitens ist die marxistisch-leninistische Ideologie die alleinige führende Vorstellung im geistigen Leben Vietnams. Andere Ideen dürfen nicht verbreitet werden. Das ist das Prinzip der Diktatur des Proletariats oder das vom "sozialistischen Zentralismus". Es ist völlig verschieden von dem Prinzip der Gewaltenteilung in westlichen Staaten, in dem die Legislative, Exekutive und Gerichtbarkeit voneinander unabhängig sind und sich gegenseitig kontrollieren.

Im "sozialistischen Zentralismus" gibt es zwar auch das Parlament (Legislative), die Regierung (Exekutive) und die Justiz. Sie stehen aber absolut unter der Führung der kommunistischen Partei, in erster Linie dem Politbüro. Erkennt man dieses Prinzip, so erkennt man auch die Demagogie der Führung der KPV, indem sie nach Artikel 82 der Verfassung von 1980 die wichtige Rolle des Parlaments der SRV betont:

"Die Nationalversammlung ist das oberste Vertretungsorgan des Volkes, das höchste Machtorgan der SRV. Sie ist das einzige gesetzgebende Organ der

In der Tat ist die Nationalversammlung nur eine Marionettenfigur. Als Kandidat bei der Parlamentswahl muß man entweder Parteimitglied sein oder die Politik der Partei respektieren. Außerdem muß man von der Vaterlandsfront, die eine Dachorganisation aller Massenorganisationen der KPV ist, aufgestellt werden.

Die "Unabhängigkeit" der Richter

Das Justizsystem der SRV wird in Volksgerichte und Volkskontrollorgane geteilt. Bei den Volksgerichten gibt es verschiedene Stufen: das oberste Volksgericht, die örtlichen Volksgerichte, Militär- und Sondervolksgerichte. Die Richter des Obersten Volksgerichtes werden von der Nationalversammlung gewählt. Die Richter von örtlichen Volksgerichten werden von entsprechenden Volksräten gewählt. Neben Volksrichtern gibt es außerdem die Volksbeisitzer.

Der Artikel 131 der Verfassung schreibt vor: "In der Rechtsprechung sind die Volksrichter und Volksbeisitzer unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen." Unter "Unabhängig und nur dem Gesetzu unterworfen" muß man etwas ganz anderes als in demokratischen Systemen des Westens verstehen. In Erklärungen des Präsidenten des Obersten Volksgerichtes der SRV, Pham Hung, wurde dies ganz klar gesagt:

"... Der Richter muß zuerst absolut treu zu dem sozialistischen Vaterland, zur Revolution sein. Er muß den Standpunkt der Arbeiterklasse vertreten und die Politik und Richtlinien der Partei und der Regierung respektieren..

Die Verfassung hat die Führung der KPV in der Gesellschaft vorgeschrieben. Daher ist es ganz falsch, zu glauben, daß die Volksrichter und -beisitzer bei der Gerichtsverhandlung unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen seien, und daß die Partei die Tätigkeiten des Volksgerichtes nicht führen soll.

Im Gegenteil muß es klargestellt werden, daß nur unter Führung der Partei das Volksgerichtssystem seine Aufgaben gut erfüllen kann...

Damit ist das Volksgericht ein Handlanger der Partei. Wie kann man sich vor stellen, daß das Volkskontrollorgan oder das Staatsanwaltschaftsorgan "die persönliche Sicherheit, Vermögen, Freiheit und Ehre der Bürger" schützen kann, wie das im Artikel 2 der Volkskontrollorgane vorgeschrieben wurde? In der Tat wurden ihre wirklichen Aufgaben in demselben Artikel festgelegt: "Sie verteidigen die sozialistische Gerichtbarkeit und das sozialistische System". Die Volkskontrollorgane sind effektiv ein Unterdrückungsorgan dieses Regimes.

Hier kann man an den Protestbrief von Erzbischof Nguyen Kim Dien an den Präsidenten der Nationalversammlung der SRV vom 11.4.1984 erinnern. In ihm kritisierte er die Verfassungs- und Gesetzwidrigkeit des Volksgerichtes Binh Tri Thien. Es hatte sein Erzbischofamt verurteilt, ohne seine Vertretung einzuladen. Unter einem solchen Gerichtssystem werden die Rechte der Bürger ständig mißachtet. Das letzte Recht zur Selbstverteidigung vor dem Gericht haben die Angeklagten auch nicht. Westliche Journalisten, die die Gerichtsverhandlung des Obersten Volksgerichtes in der Ho Chi Minh-Stadt Mitte Dezember 1984 gegen Regime-Kritiker verfolgten, berichteten, daß jedesmal wenn der Angeklagte etwas sagen wollte, der begleitende Polizist die Hand fest auf seinen Mund legte und ihn dann aus dem Gerichtssaal führte. Statt seine Mandanten zu verteidigen, steht der Volksanwalt voll hinter dem Regime. Zwar wird nach dem Artikel 9 des Gesetzes zur Bildung der Volksgerichte das Recht der Verteidigung durch Rechtsanwälte anerkannt, um als "Volksanwalt" tätig zu sein, muß man jedoch "guter Bürger" und der Partei treu sein. Man verlangt von ihm keine juristische

Kenntnis. Auf einer Gerichtsverhandlung des Obersten Volksgerichtes in der Ho Chi Minh-Stadt, sagte ein Volksanwalt folgendes:

79

"Nach dem Studium der gesamten Anklageschrift, die sehr wissenschaftlich mit exakten Beweisen ausgeführt wurde, und nach der Besprechung mit dem Angeklagten möchte ich das Gericht auf Folgendes aufmerksam machen:

Neben den Anführern, die sich ihrer konterrevolutionären Tätigkeit bewußt sind, gibt es einige, die von der hegemonistischen Pekinger Führung und den Anführern durch Druck und Bestechung angeworben wurden..."

Bei den Gerichtsverhandlungen des Volksgerichtes der Binh Tri Thien Provinz gegen das Erbischofamt Hue empfahl die Volksanwältin den Richtern: "Um die Schlange zu töten, muß man sie auf den Kopf schlagen", d.h. bei der Bekämpfung der katholischen Kirche müsse man ihre Führung zerstören.

Neun Unschuldige zu töten, ist besser, als einen Feind entkommen zu lassen

1

Untersucht man das Justizsystem der SRV sorgfältig, so entdeckt man zwei Merkmale: einerseits ist es sehr diktatorisch und reaktionär und andererseits sehr grausam und willkürlich. Das Justizwesen der SRV ist, was den Inhalt betrifft, sehr arm, jedoch sehr brutal bei der Durchsetzung.

Sein Inhalt ist arm, da nach 30 Jahren der Machtübernahme in Nordvietnam und 10 Jahre nach der Machtübernahme in Südvietnam sehr wenig Gesetze verkündet wurden. Das Regime verfolgt die Absicht, freie Hand zu behalten. Erst im letzten Jahr wurde ein Entwurf eines Strafgesetzbuches der Nationalversammlung vorgelegt. Bis jetzt praktiziert das Regime auf diesem Gebiet eigene Gesetze und Erlasse über "Konterrevolutionäre Tätigkeiten". Sie sind reaktionär und unbarmherzig, so z.B. das von Ho Chi Minh unterschriebene Gesetz vom 30.10.1967 gegen "Konterrevolutionäre". 11 von 15 konterrevolutionären Tätigkeiten würden als "todeswürdige" Taten verurteilt. Die Gesetzesvorlage des neuen Strafgesetzbuches ist im Wesentlichen auch nicht besser. Der Justizminister der SRV, Phan Hien, begründete das Beibehalten der Todesstrafe gegen Regimegegner mit dem Argument, daß sich die Sicherheitslage im Land zur Zeit verschlechtert hätte. Daher sieht dieser Gesetzesentwurf vor, 9 von 15 Fällen mit dem Tode zu bestrafen.

Die Vereinten Nationen und viele Länder haben die SRV schon aufgefordert, die Todesstrafe abzuschaffen. Jedoch wird sie in der letzten Zeit eher öfter praktiziert. Die neuesten Beispiele dafür sind die Verkündung von 5 Todesstrafen gegen Regimegegner durch das Oberste Volksgericht in der Ho Chi Minh-Stadt Mitte Dezember 1984 und einige Tage später von drei Todesurteilen in der Provinz Song Be. Zur Zeit wird die Todesstrafe auch für Personen, die die Flucht ins Ausland vergeblich unternommen hatten, ausgeführt. Seit 1976 erhielten viele sog. "Kompradorbourgeois" diese grausame Strafe. Gegenwärtig überläßt die Nationalversammlung dem "Sondervolksgericht" die Verurteilung dieser Personen. Dieses Urteil des Sondergerichtes gilt als letzte Instanz.

Unmittelbar vor der großangelegten Kampagne zur Enteignung und Beschlagnahmung des Privateigentums der Unternehmer in Südvietnam im März 1978,

80

verkündete die Nationalversammlung am 23.1.1978 den Erlaß Nr. 181-NQ/ QHKG zur Erweiterung der Aufgaben der Sondervolksgerichte. Danach behandeln sie auch Fälle des "schweren Verbrechens gegen Sicherheit und Ordnung" in Südvietnam, besonders in der Ho Chi Minh-Stadt. Diese Entscheidung verstärkt die Todesstrafe. Der bekannte Jurist der SVR, Le Kim Que, rechtfertigte

"Die gespannte Lage in der Ho Chi Minh-Stadt erfordert eine schnelle Durchführung der Todesstrafe gegen schwere Verbrecher". Ferner verteidigte Que die Entscheidung der Nationalversammlung zur Erweiterung der Aufgaben vom Sondervolksgericht, da dessen Urteil letzte Instanz ist:

'... Das normale Volksgericht arbeitet in zwei Instanzen. In letzter Zeit gibt es viele Fälle, in denen die Tatbestände sehr deutlich waren. Die Verurteilten haben jedoch Berufung eingelegt und die nächste Instanz änderte das gefällte Urteil auch nicht. Deswegen verlangsamten die Verurteilten durch Berufungen die Rechtswirkung und die Durchführung der Strafe. Damit wird die Wirkung des Gerichtsurteils als Verwarnung vermindert..."

Die oben erwähnten Tatsachen zeigen deutlich, daß die in anderen demokratischen Gesellschaften geltenden Prinzipien der Rechtssprechung in der SRV nicht respektiert werden. Dem Motto der Justizbehörde der SRV entsprechend gilt weiter: "Besser neun Unschuldige töten, als einen Feind entkommen zu lassen!" Diese reaktionäre und unmenschliche Gerichtbarkeit des Regimes der KPV wurde von dem bekannten Rechtsanwalt, Nguyen Manh Tuong, schon im Oktober 1956 öffentlich kritisiert. 30 Jahre später bleibt sie aber das Verfahren des Volksgerichtes in Vietnam. Dies bescheinigt der Präsident des Obersten Volksgerichtes, Pham Hung:

"Das Volksgericht muß ein scharfes Werkzeug des proletarischen Regimes sein. Es muß deshalb eine Politik gegen die Konterrevolutionäre strikt durchführen, d.h. die Urheber und Stifter der Verschwörung und hartnäckige Konterrevolutionäre streng bestrafen..."

Mündliche Anweisungen von Polizei sind stärker als Gesetze

Ein anderes Merkmal der Rechtssprechung in der SRV liegt darin, daß das Volksgericht bei seinem Urteil nicht nach klarem Gesetz wie in demokratischen Gesellschaften, sondern nach Resolutionen der Parteikongresse und der ZK-Tagung der KPV entscheidet. Wie bereits oben geschildert wurde, gibt es nur wenige Gesetze. Die politischen Resolutionen und Beschlüsse der Partei sind aber sehr viel umfangreicher. Diese politischen Resolutionen behandeln aktuelle Fragen und wurden nicht genau definiert. Daher können in der Tat die Volksgerichte, Volkskontrollorgane und Sicherheitskräfte sie beliebig interpretieren. Schließlich gelten die mündlichen Anweisungen der Polizisten und Parteikader als die eigentliche Rechtssprechung für die Bürger. In dem Aufruf zur Verteidigung der Menschenrechte vom 9.6.1977 von der Vereinigten Buddhistischen Kirche Vietnams (VKB) wurde festgestellt: "Die Vereinigte Buddhistische Kirche Vietnams hat

ihre Einflußmöglichkeiten bei den Parteien ausgeschöpft, um die Bevölkerung Saigons zu retten und andere Städte vor der Zerstörung zu bewahren und alle Buddhisten aufgerufen, sich angesichts der Beendigung der Kriegshandlungen ruhig zu bleiben. Sie verfolgt drei Zielsetzungen und tritt für diese energisch

81

- 1. Frieden, damit wir der buddhistischen Lehre und dem Volk besser dienen können
- 2. An die beiden Kriegsparteien zu appellieren, das Töten unschuldiger Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu der jeweils anderen Seite zu vermeiden.
- 3. An die beiden Kriegsparteien zu appellieren, die militärische Gewalt so gering wie möglich zu halten, um Menschenleben zu schonen.'

Einige Monate vorher hat der Erzbischof von Hue, Philipp Nguyen Kim Dien, auf einer Sitzung des Vaterlandfront-Komitees der Provinz Binh Tri Thien die Methode der mündlichen Anweisungen von den Behördensauch offen kritisiert. Da die mündlichen Anweisungen das öffentliche Leben in Vietnam beherrschen, werden deshalb die Bürgerrechte, die in der Verfassung verankert sind, nicht geachtet. Die Verwaltungsvorschriften und die mündlichen Anweisungen der Behörden sind oft willkürlich und verfassungswidrig. Am Ende stehen die Rechte der Bürger nur auf dem Papier. Als Beispiel dafür kann man die Antworten des Volkskontrollorgans der SRV an die Leser der Nhan Dan-Zeitung (das Organ der KPV) vom 01. und 05. Oktober 1984 anführen. Zur Vorbereitung des Gerichtsverfahrens vom Obersten Volksgericht im Dezember gegen 21 Regimegegner in Ho Chi Minh-Stadt, gab es zu dieser Zeit eine große Hausdurchsuchungsaktion in der ehemaligen Hauptstadt Südvietnams. Viele Bürger wurden dabei willkürlich festgenommen. Es gab dann Unruhen in der Bevölkerung. Das Volkskontrollorgan formulierte deshalb dann zwei Stellungnahmen. In ihnen bekundete man einerseits die Respektierung der Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung vom Bürger, andererseits hob man jedoch zahlreiche Ausnahmen hervor, in denen die Behörden willkürlich diese Rechte außer Acht lassen können. So stellte man fest, daß die Behörden jederzeit jemanden einfach festnehmen und seine Wohnung durchsuchen können.

Es muß hier betont werden, daß die Verfassung, das Gesetz, das Volksgericht und das Volkskontrollorgan nur die Formsache für dieses diktatorische Regime verstehen. Die eigentliche Kraft, die die Unterdrückungsmaßnahmen im Alltagsleben in Vietnam durchführt, ist die Sicherheitspolizei. Diese Sicherheitskräfte existieren in allen Orten und auf allen Ebenen der Gesellschaft. Mit diesem Lokalpolizeisystem in Wohngruppen ist Vietnam seit 10 Jahren ein Polizeistaat. In vielerlei Hinsicht ist dieses Terrorregime nicht weit von dem sowjetischen Regime unter Stalin entfernt. Daher ist es nicht erstaunlich, daß - trotz der sog. Entstalinisierung" in einigen Ostblockländern - die Führung der KPV Stalin nach wie vor verehrt. Das Politbüromitglied, Vizepremierminister, Innenminister und Chef der Sicherheitskräfte in Vietnam, Pham Hung hat auf verschiedenen Tagungen über Sicherheitsfragen den Charakter des Polizeistaates unterstrichen: "Die Lokalpolizei muß die Anzahl von Personen in jeder Familie und in jeder Wohngruppe in der Hand haben. Sie muß auch die Tätigkeiten und das Alltagsleben sowie das Verhältnis unter ihnen genau verfolgen."

Zwecks Ausschaltung von Regimegegnern hat die Polizei viele Methoden ohne Gerichtsverfahren: "Einladung zur Arbeit" im Polizeiamt (d.h. Verhöre), Entführungen oder Festnahmen in der Nacht ohne Wissen der Verwandten, Verhaftung in isolierten Zellen, Folterung und Erniedrigungsmaßnahmen in "Umerziehungslagern"... Viele Oppositionelle werden durch diese Methoden ermordet, darunter bekannte Persönlichkeiten wie der Rechtsanwalt und Politiker Tran Van Tuyen, der buddhistische Ehrwürdige Thich Thien Minh, der Priester Hoang Quynh, Prof. Ho Hulu Tuong, Dichter Vu Hoang Chuong und Schriftsteller Nguyen Manh Con

 $Zusammen fassend \ l\"{a} \emph{B} t \ sich \ sagen: \ Alle \ Staatsgewalten-von \ gesetzgebenden \ bis$ gesetzausführenden Organen - stehen unter direkter Kontrolle der KPV. Die Nationalversammlung, die Volksgerichte und die Sicherheitskräfte sind Werkzeuge des Regimes zur Unterdrückung der Bürger und zur Ausschaltung der Regimegegner. Sei 10 Jahren haben die Volksgerichte unter dem Motto: "Besser neun Unschuldige töten, als einen Feind entkommen lassen" zigtausende von Todesstrafen verhängt. Währenddessen praktiziert die Polizei grausame Maßnahmen gegen Bürger der Opposition. Die Partei steht über dem Gesetz. Das Wort der Partei und die mündlichen Anweisungen der Polizisten haben die absolute Geltung im Alltagsleben. Dies gilt nicht nur in der Gerichtbarkeit oder bei Sicherheitsfragen, sondern auch im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sowie im Gesundheitswesen.

Das Verhalten des Bürgers in dieser Gesellschaft wird in erster Linie nach seiner "Position zur Partei" beurteilt. Wenn er eine schlechte Position zur Partei hat, d.h. der Partei nicht treu ist, so hat er keine Stellung und keinen Wert in dieser Gesellschaft. Das gilt gerade auch für die Patienten!

Die folgende Bemerkung von dem bekannten Rechtsanwalt Nguyen Manh Tuong, als er das Regime der KPV wegen der Ermordung von zigtausenden Bauern in Nordvietnam während der radikalen Bodenreform in den Jahren 1953-56 offen kritisierte, gilt nach wie vor:

'... Man sieht das entsetzliche Phänomen. Die Politik läßt uns keine Ruhe. Das Wort "die Position der Partei" beunruhigt uns auch beim Schlafen. Als der Patient ins Krankenhaus eingeliefert wird, ist die erste Frage, die diskutiert wird: Zu welcher Klasse gehört er? "Den Großgrundbesitzer" zu behandeln, heißt eine "schlechte Position" der Partei gegenüber einzunehmen. Ihn sterben lassen, bedeutet, daß man an der "Klassenposition" festgehalten hatte.

Bücherverbrennung und Literaturgängelung

83

von

Tu Nguyen

Gerade vor einem Jahr, also am 2.5.1984 hatten die Sicherheitskräfte der Ho Chi Minh-Stadt die Wohnung des bekannten Schriftstellers Doan Quoc Sy belagert und ihn angeblich wegen "Spionagetätigkeiten für Amerika" verhaftet. In einem Telegramm hatten noch seine Angehörigen dem Ausland mitgeteilt, daß die Polizei in der Nacht vom 1. Mai um 23.30 Uhr bis 8.30 Uhr am 2, Mai seine Wohnung durchsucht, aber nichts gefunden habe. Einige seiner Manuskripte und Bücher, die seine Familie nach mehreren Polizeiaktionen gegen "kulturelle Dekadenz" verstecken konnte, werden beschlagnahmt. Die weggenommenen Bücher sind einige Romane aus dem Ausland, wissenschaftliche Lehr- und Fachliteratur.

Ein Jahr später weiß man nicht genau, wo er und seine Kollegen inhaftiert wurden. Man fragt sich, ob sie wegen ihrer Unbeugsamkeit und Standhaftigkeit die grausamen Unterdrückungen von Aufsichtsbeamten noch länger tragen können. Am gleichen Tag sind mit ihm festgenommen worden, der Schriftsteller Hoang Hai Thuy, die beiden Sänger Duong Hung Cuong und Day Trac... Später erfuhr man, daß die Liste von verhafteten Literaten noch viel länger ist. Zur gleichen Zeit nämlich gab es mindestens 40 Hausdurchsuchungs- und Festnahmefälle. Nach Angaben des P.E.N.-Club der vietnamesischen Schriftsteller im Exil wurden folgende Personen gefangengenommen: die Dichter und Dichterinnen Pham Thien Thu, Quach Tan, Nguyen Huu Nhat, Ly Thuy Y (eigentlicher Name: Frau Nguyen Thi Phuoc Ly), Kim Dung (Frau Lam Thi Hoi), die Journalisten Nguyen Khanh Giu und Hieu Chan (Nguyen Hoat).

In westlichen Zeitungsberichten wurde diese Festnahmeaktion mit der früheren Verhaftungswelle unmittelbar nach der Eroberung Südvietnams durch die Kommunisten Nordvietnams in Verbindung gebracht. Damals wurden Doan Quoc Sy und andere Hunderte Schriftsteller und Journalisten inhaftiert. Wegen des Einsatzes vom Internationalen P.E.N.-Club und von Amnesty International wurde Sy fünf Jahre später freigelassen. Seit über einem Jahr sitzt er aber nun wieder in Gefangenschaft.

Die Festnahme von Diang Giao

Die Hausdurchsuchung und Festnahme des Ehepaares Dang Giao-Chu Vi Thuy und des 15 Tage alten Babys im Jahre 1976 ist sehr dramatisch. Man erfuhr es durch Doan Van Toai, der darüber in verschiedenen westlichen Zeitungen berichtet hatte. Toai zufolge waren die Sicherheitskräfte in die Wohnung des Journalisten Dang Giao gekommen und hätten dort den folgenden Untersuchungsund Festnahmebefehl als "Verordnung" vorgelegt:

"Gemäß der Sicherheitslage des Vaterlandes, gemäß der Anzeigen von Bürgern beschließt die Leitung der Sicherheitskräfte der Ho Chi Minh-Stadt:

- 1. Eine Hausdurchsuchung und die Beschlagnahmung der verdächtigen Sachen von Herrn Tran Duy Car, Pseudonym Dang Giao, und seiner Frau Chi Vi Thuy. die die Tochter des größten Reaktionärs, Chu Tu, ist.
- 2. Die Festnahme von beiden, da sie Tätigkeiten gegen das Volk verfolgen und Handlanger von Amerika und vom Marionettenregime an der kulturellen Front bei den Tageszeitungen Song Then und Song sind.
- 3. Sie werden nach dem Erlaß Nr. 3/78 behandelt

i.A. des Genossen Leiters gez.'

Der Unterleutnant verlas diese "Verordnung" und legte sie dann auf den Tisch. Währenddessen durchsuchten ca. 40 Sicherheitsbeamte alle Ecken der Wohnung. Hier handelt es sich um keine normale "Hausdurchsuchung", sondern eher um eine "Zerstörung der Wohnung". Anschließend wurde das Ehepaar Dang Giao und Chu Vi Thuy ins Gefängnis Tran Hung Dao gebracht. Dort hatten sich bereits 42 Journalisten und Schriftsteller eingefunden. Zwei Babies, das eine war 15 Tage, das andere 7 Tage alt, von den Ehepaaren Dang Giao/Chu Vi Thuy und Tu Ke Tuong/Kieu Giang befanden sich unter den "Umerziehungsgefangenen".

Hunderte andere Fälle

Die obengenannten Festnahmen sind die bekanntesten Fälle. Es gibt noch viele unbekannte Fälle, in denen die Opfer in der Nacht von der Polizei verschleppt wurden. Ihre Angehörigen wissen bis jetzt nicht, ob sie überhaupt noch leben. Alle diese Vorfälle zeigen deutlich, daß die nordvietnamesischen Kommunisten mit brutalen Maßnahmen gegen südvietnamesische Literaten vorgehen. In einer sozialistischen Gesellschaft haben diese Personen keine Lebenschance.

Tran Bach Dang, Pseudonym Huong Trien, Kulturkader im Untergrund von der KPV, formulierte diese Absicht etwas anders: "Südvietnamesische Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten haben keinen Platz an der Sonne!". "Keinen Platz an der Sonne" zu haben, heißt hier, daß diese Personen in den dunklen Zellen der Gefängnisse sitzen müssen. Sie sind nicht in den sog. "Umerziehungslagern", unter freiem Himmel. Falls sie sich verstecken können, haben sie auch ein sehr schweres Leben. Denn alle Menschen in dieser Gesellschaft müssen sich um ihren Bauch kümmern. Sie sind ständig in Hungersnot. Am schlimmsten ist, daß ihr heiliger Wunsch nicht in Erfüllung geht, sie dürfen ihren Beruf nicht ausüben. Unter der kommunistischen Herrschaft, besonders in Vietnam, monopolisierte die kommunistische Partei die kulturellen Tätigkeiten, in denen die regimefreundlichen Journalisten, Schriftsteller und Dichter nur Lob über Partei und deren Führung schreiben. In dieser Gesellschaft gibt es keine Zeitung und keine Bücher ... für südvietnamesische Literaten.

Wenn man Glück hat, durch Verwandtschaftsverhältnisse mit hohen Parteifunktionären im Norden, kann man seinen Beruf weiterhin ausüben. Es gibt aber nur ein paar solcher Fälle. Einige südvietnamesische Journalisten und Schriftsteller, die für Vietcong im Untergrund gearbeitet haben, können ihren Tätigkeiten nicht weiter nachgehen. Aber ihr Schicksal ist sehr traurig. Sie müssen an den kulturellen Kursen teilnehmen, in denen sie ihre Artikel, Novellen... produktiv schreiben. Ihr Leben ist genauso wie das Leben von Hühnern in den Farmen der industriellen Länder, lebenslang im Käfig eingesperrt zu sein, um Eier zu legen! Die Literaten müssen wie andere Werktätige pünktlich erscheinen. Um ein Buch zu schreiben, muß man es anmelden. Bevor ein Buch veröffentlicht wird, wird es mindestens viermal unter strenger Zensur gelesen.

Das Leben im Lager

Von der Situation in "Umerziehungslagern" wurde oft berichtet. An dieser Stelle möchte ich ein kurzes Zitat von einem bekannten Schriftsteller bringen:

"Das Leben im Umerziehungslager ist sehr tragisch. Im Laufe der Zeit zerstört es Geist und Physis der Inhaftierten. Wenn man einmal eine Gruppe von Gefangenen sieht, fühlt man, wie sie ein schweres und erniedrigendes Leben tragen müssen. Obwohl sie krank und dünn sind, müssen sie Tag für Tag große Bäume vom Berg nach unten quer durch Flüße tragen. Sie haben nicht genug Essen, arbeiten unter Zwang und wissen nichts über ihre Zukunft... Die Gefangenen denken täglich an Nahrungsmittel. Sie essen alles, was sie kriegen, so z.B. Heuschrecken, Schlangen und Frösche. Wenn sie dies nicht kriegen, essen sie auch Gras. Dabei trösten sie sich, wenn Kühe und Wasserbüffel Gras essen, so können wir es auch." Mit Ta Tv befindet sich auch der Vorsitzende der südvietnamesischen Journalistengewerkschaft in diesem Lager. Obwohl das Leben im Lager sehr hart und grausam ist, verhalten sich die Inhaftierten freundschaftlich untereinander und helfen sich gegenseitig, um den Druck der Gefängnisleitung besser ertragen zu können.

Liste seit 1981

Die Nachrichten über Festnahmen von Schriftstellern sind sehr selten nach draußen gedrungen, denn das Regime selbst läßt keine derartigen Meldungen ins Ausland kommen. Angehörige wollen auch keinen offiziellen Kontakt mit Menschenrechtsorganisationen aufnehmen, da sie große Angst davor haben, selbst verhaftet zu werden. Beziehungen mit dem Ausland sind für die KPV ein Verbrechen. Sie werden als Spionagetätigkeit angesehen. Daher hat man keine vollständigen Listen von Gefangenen mit genauen Adressen. Durch große Bemühungen konnte der P.E.N.-Club der vietnamesischen Schriftsteller im Exil 1981 eine Liste aufstellen. Sie ist noch nicht vollständig und wurde am "Tage der Literaten im Gefängnis" in Paris veröffentlicht. Danach befinden sich folgende Schriftsteller, Dichter und Journalisten in Haft:

- Cung Thuc Can (Pseudonym Cung Tram Tuong), Postfach Z 30 D, Haus 7, Gruppe 26 im Lager in Ham Tan, Provinz Thuan Hai
- Le Ha Vinh (Tran Da Tu), Gruppe 2 K 3, Lager Gia Trung, Kontum, Provinz Gia Lai
- Pham Xuan Ninh (Ha Thuong Nhan), Postfach Z 30 C, KCTD, Ham Tan, Thuan Hai
- Nguyen Sy Te, Gruppe 14 K 3, Lager Gia Trung, Kontum, Provinz Gia Lai
- Mai Duc Khoi, Gruppe 44 KL, Lager 32 C, Ham Tan, Thuan Hai
- Nguyen Khanh Giu, Z 31, Zone BG 4, Lager Phan Dang Kim, Binh Thanh
- Duong Dien Nghi, Postfach 52 A, TD 63 HT, Provinz Ha Son Binh
- Nguyen Kim Tuan (Duy Lam), Lager Xuan Phuoc, Gruppe 29, Postfach 1870 A, Dong Xuan, Provinz Phu Khanh
- Nguyen Dinh Tuyen (Van Quang), TD 230 D K 2, Zone B, Gruppe 21, Lager Ham Tan, Thuan Hai
- Nguyen Van Than (Ho Ong), Lager Dong Phu I, Dong Xoai, Provinz Song Be
- Ngo Quan Tru (To Ngoc), Gruppe 12 K I, Lager Gia Trung, Kontum, Gia Lai - Tran Duc Uyen (Tu Keu), Gruppe 16, Lager Dai Binh, Bao Loc, Provinz Lam
- Phan Lac Phue (Lo Rang), Lager Thanh Long, Provinz Thanh Hoa
- Tran Duy Hinh (Thao Truong), Postfach 52 A, TD 63 HT, Provinz Ha Son
- Ly Dai Nguyen, Lager Gia Trung, Gruppe 2 K 3, Lager Gia Trung, Gia Lai, Kontum
- Phan Nhat Nam, Postfach 50 A TD 600 A, Gruppe 112, Provinz Thanh Hoa, seit August 1981 hat man keine Nachricht von ihm.

Einige von ihnen wurden freigelassen und später wieder verhaftet. Einige andere seien vielleicht im Lager gestorben. Der P.E.N.-Club der vietnamesischen Schriftsteller im Exil hat durch Information von Amnesty International neulich erfahren:

- Der Schriftsteller Phan Nhat Nam darf seit Juli 1981 weder Geschenke noch Briefe von seiner Familie erhalten, da er gegen die Gefängnisleitung protestierte.
- Der Schriftsteller To Thuy Yen wurde in einen Käfig gesteckt. Sein Stuhl sei mit Blut gemischt gewesen. Bei einem Besuch konnte seine Mutter ihn nicht mehr erkennen, da seine Haare weißer als ihre waren.
- Wegen des Protestes gegen die Gefängnisleitung, die grundlos seinen Zellenkollegen erschossen hat, wurde der Schriftsteller Duy Lam in das Lager Phu Khang verlegt. Dort wurde er in eine Connex-Boxe gesteckt.

Kontakt mit dem Ausland ist ein Verbrechen

Die vietnamesische Zeitschrift Lang Van in Toronto berichtete in ihrer Ausgabe vom Oktober 1984, daß der Dichter Bang Ba Lan und der Journalist Hieu Chan Nguyen Hoat festgenommen wurden, da sie "kulturellen Kontakt mit dem Ausland" gehabt hätten. Beide hätten vorher ihren Verwandten im Ausland einige Übersetzungen von ihren Büchern geschickt, die vor 1975 in fremde Sprachen übersetzt wurden. Der namhafte Dichter Bang Ba Lan hat seit 1930 über 30 bekannte Werke, Gedichte und wissenschaftliche Kulturarbeiten veröffentlicht. Der prominente Journalist Hieu Chan hat vor 1970 für verschiedene Zeitungen geschrieben und das beliebte Werk Lieu Trai von Bo Tung Linh in die vietnamesische Sprache übersetzt.

Mit diesen Schritten versperren die vietnamesischen Kommunisten de facto alle Wege für die südvietnamesischen Literaten. Zu Hause in Vietnam dürfen sie nicht mehr schreiben und ihren Beruf nicht mehr ausüben. Nun dürfen sie auch nicht ihre übersetzten Werke im Ausland verbreiten: kultureller Kontakt mit dem Ausland sei ein schweres Verbrechen. Deshalb wurden sie auch bestraft. Viele andere Personen, die zwar hauptsächlich in ihrem Beruf als Arzt, Ingenieur... tätig sind, und nur ab und zu Artikel für Zeitungen und Zeitschriften verfassen, wurden auch gefangengenommen. Ihre Festnahme wurde sehr unterschiedlich begründet, manchmal überhaupt nicht...

In Nordvietnam: Der Fall von Nguyen Chi Thien und Hoang Cam

Für viele Schriftsteller in Nordvietnam ist es auch nicht besser. Zahlreiche Festnahmen in den 50er und 60er Jahren sind in Vergessenheit geraten. Ausnahmen sind die beiden Fälle von Nguyen Chi Thien und Hoang Cam.

Die Dichtung von Nguyen Chi Thien besteht aus 377 Gedichten von über 4000 Sätzen. Sie wurde 1979 ins Ausland geschmuggelt. Darin appellierte er auch mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit, sein Werk zu veröffentlichen, damit man die Erbarmungslosigkeit der KPV besser verstehen kann. Seine Dichtung wurde ins Englische und Französische übersetzt. Seit 1959 befindet er sich im Gefängnis.

Ein anderer namhafter Dichter, Hoang Cam, der sich während der Campagne "Laßt hundert Blumen blühen und hundert Gedankenschulen wetteifern! vorgetan hatte, hat sich vom Jahr 1956 in Nordvietnam auf die Seite der Oppositionellen gestellt und viele Artikel und Dichtungen für die Zeitschrift Nhan Van Giai Pham (Humanitätszeitschrift) geschrieben, wurde erst neulich wieder verhaftet. Von seiner Festnahme berichteten zahlreiche westliche Zeitungen.

Viele sind im Lager gestorben

Die oben geschilderten Listen zeigen, daß im Mai 1984 einige Schriftsteller und Journalisten wieder festgenommen wurden. Sie waren zuerst im Gefängnis T 20, in der Phan Dang Luu Straße 4 in Gia Dinh. Man weiß jetzt nicht genau, ob sie überhaupt noch dort sind. Informationen von Amnesty International und dem P.E.N.-Club zufolge, sei das Schicksal von folgenden Intellektuellen und Schriftstellern sehr bedroht:

Nguyen Sy Te, Nguyen Kim Tuan, Nguyen Dinh Tuyen (Van Quang), Nguyen

Van Than, Ngo Quang Tru, Tran Duc Uyen, Tran Day Hinh, Ly Dai Nguyen, Vu Quoc Chau, Phan Nhat Nam, Dinh Thanh Tien, Mai Duc Koi, Mac Thu, Thai Thuy, Trinh Viet Thanh, Phung Ngoc An, Thai Lang Nghiem, Vu Van Anh, Son Dien Nguyen, Viet Khanh...

Die vietnamesischen Kommunisten haben ihnen gesagt: "Ihr Verbrechen ist sehr schlimm", so daß der Himmel und die Erde ihnen nicht verzeihen könnten. Mit dem Wasser vom Pazifik könnten sie ihre Verbrechen auch nicht rein waschen. Auf Papier könnte man ihre Verbrechen nicht alle aufschreiben. Die Revolution (soll heißen die KPV – Anmerkung des Autors) kann diese Häßlichkeiten nie vergessen" (Ta Ty in "Doc Lap", Heft Juni 1984).

Durch Folterungen und Erniedrigungen sind viele Gefangene gestorben. Die genaue Zahl ist unbekannt. Ihre Angehörigen in Vietnam wurden nicht benachrichtigt. Daher erfährt man im Ausland sehr wenig davon, mit einigen Ausnahmen, wie folgende Todesfälle:

Schriftsteller und Politiker Ho Huu Tuong, Dichter Vu Hoang Chuong und Schriftsteller Nguyen Manh Con.

Zerstörung der 30jährigen Kultur Südvietnams

Außer dem Haß der KPV gegen das südvietnamesische Volk, vor allem gegen die Literaten Südvietnams, gibt es noch zwei weitere Gründe, die erklären, warum die Führung der KPV verschiedene Aktionen zur Beschlagnahmung und Verbrennung der südvietnamesischen Kulturgüter durchgeführt und viele Schriftsteller und Journalisten verhaftet hat. Man erinnert sich hier an die Methode von Ch'in Shih-huang ti in China (246-210 v. Chr.) der Bücherverbrennung und der Ermordung von Intellektuellen.

Anfang 1976 waren die neuen Machthaber, als sie sich mit vielen Problemen beschäftigten, vor einem möglichen Widerstand der Literaten und Intellektuellen besorgt, wie die der oppositionellen Bewegung der "Nhan Van Giai Pham" 1956 in Nordvietnam. Mit Haß und Absicht verfolgt die KPV die Zerstörung der 30 jährigen Kultur Südvietnams (1945-1975), oder zumindest von 1954-1975. Ihr Ziel wurde von dem renommierten Schriftsteller Vo Phien in seinem Artikel "Eine Kulturetappe des Unglücks" in der Zeitschrift Lang Van, Nr. 5/1985 beschrieben:

"Aufgrund der Politik zur "Vernichtung aller Kulturgüter von Amerika und dem Marionettenregime" wird man eines Tages keine Werke von Chu Tu, Nguyen Manh Con und Vu Hoang Chung finden. Man hört auch nicht mehr von Nha Ca, Nat Tien und Nguyen Dinh Toan. Diese Namen werden langsam verschwinden. In dem Buch Van Si (ein kommunistischer Schriftsteller) über "Literatur der Befreiungsfront-Südvietnams" wurden sie auch nicht erwähnt.

Wenn die westlichen Wissenschaftler die Literatur Südvietnams von 1954-1975 untersuchten, würden sie nur die vorhandenen und verbreiteten Materialien der KPV vorfinden. Man würde dann zum Schluß kommen, daß die "Literatur der Befreiungsfront" das wirkliche und einzige Kulturleben Vietnams sei. Sie würden

mit bekannten Romanen "Erzählungen über den Helden Nguyen Van Troi" oder "Menschenfresser im Süden" konfrontiert. Für den Westen gäbe es nur diese Literatur in Südvietnam. Fänden wir das lustig? Dann wäre dies eine schmerzliche und tödliche Lustigkeit!"

1976,1981 und 1984: Drei Angriffe gegen südvietnamesische Literaten

Anfang 1976, einige Monate nach der Eroberung, konzentrierte die KPV ihren Angriff gegen die Schriftsteller, Dichter und Journalisten sowie Kulturgüter Südvietnams. Seit Mai 1975 mußten alle südvietnamesischen Literaten zur "Umerziehung". Anfang 1976 wurden einige bekannte Schriftsteller und Journalisten verhaftet und die Bevölkerung wurde aufgefordert, sämtliche Bücher, Zeitungen, Drucksachen, Filme, Musikkassetten bei den Behörden abzugeben. Aus Angst hatten viele Leute sie selbst vernichtet.

Eine Liste von Literaten und Kulturgüter, die als "reaktionär" und "dekadent" verzeichnet wurden, wurde offiziell bekanntgegeben. Die Verbreitung von über 500 Büchern und Romanen wurde verboten (Reuter vom 28.10.76), darunter die Werke von Duan Quoe Sy, Mai Thao, Phan Nhat Nam, Xuan Vu, The Phong, Thanh Nam, Vien Linh, Hoang Hai Thuy, Hguyen Thi Thuy Vu, Hguyen Thi Hoang. Vu Hoang Chuong, Vu Khac Koan, Duyen Anh, Duy Lam, Nah Ca, Nguyen Thuy Long, Tu Ke Tuong... Einige ausländische Bücher und Schriften in Übersetzung von Bui Anh Tuan, Nguyen Huu Hieu, Ngoc Thu Lang und Hoang Hai Thuy fielen auch hierunter. Alle Arten von Kulturgütern, auch Landkarten, private und öffentliche Werke, die in den Museen seit hunderten von Jahren aufbewahrt wurden, lagen auf den Straßen bei Regen und Wind. Der Buchhändler Kai Tri in Saigon, Inhaber der größten Buchhandlung in Südvietnam wurde verhaftet. Über vier Millionen Bücher und Drucksachen in seinem Laden und im Lager wurden beschlagnahmt und verbrannt.

Es muß hier betont werden, daß die verbotene Literatur jetzt auf dem schwarzen Markt gehandelt wird. Dabei sind alle Bücher mit hohen Preisen sehr gefragt. Ihre Leser sind ausgerechnet die Parteikader! In seinem Buch "Tran Danh Cuoi Cung Cua Mot Ke Si!" (Die letzte Schlacht des Gelehrten), in "Tieng Kan", van Hoe 1982 schildert der renommierte Schriftsteller Nhat Tien ausführlich die Beschlagnahmeaktion und die Geschäfte mit verbotenen Literaturen in Südvietnam.

Im Juni 1981 kam erneut der Angriff gegen kulturelle Tätigkeiten unter dem Namen "Kultursäuberung" in Vietnam. In der Zeitschrift Tap Chi Cong San (vom ZK der KPV) Nr. Oktober 1981 gab Tran Tho bekannt, daß man allein in der Ho Chi Minh-Stadt 750,000 "illegale" Bücher, 16 Tonnen schwer, beschlagnahmt hätte, abgesehen von 60 Tonnen illegaler Zeitungen im Lagern, Außerdem wurden im ganzen Land drei Millionen Musikkassetten, Platten, Filme und Photos beschlagnahmt. Tho schrieb weiter, daß viele Parteikader von Kulturämtern verbotene Filme in Schulen, Fabriken und Behörden aufgespürt hätten. Dies wurde als "Studien-Arbeit" angegeben, in Wirklichkeit ist es ein Geschäft, 58 Beschlagnahmungsfälle von 1200 sind Parteikader. Von den 107 Festnahmen

90

sind 11 Parteifunktionäre.

Der dritte Angriff gegen Kulturtätigkeit fand Anfang Mai 1984 statt. Im Namen der Aktion "Ende der Verbreitung von Kulturdekandenz" durchsuchten die Sicherheitskräfte mindestens 40 Wohnungen von Schriftstellern und Journalisten. Viele wurden verhaftet. Die Politik der Unterdrückung der Kultur in Vietnam wurde von über 200 vietnamesischen Schriftstellern und Journalisten im Exil verurteilt. In ihrer "Gemeinsamen Erklärung", die in den zahlreichen vietnamesischen Zeitungen des Auslandes veröffentlicht wurde, appellierten sie an internationale Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten, die Hanoier Regierung aufzufordern:

- Unterdrückungsmaßnahmen gegen Intellektuelle und Schriftsteller in Südvietnam zu beenden.
- Alle inhaftierten Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle freizulassen.

The Present Situation of Catholicism in Vietnam

b

Nguyen Quoc Khanh, Ph.D. and Vu Ngoc Yen

On 30th April 1975, South Vietnam fell into the hands of the communists. North and South Vietnam were re-unified on 2nd July 1976 and given the name "the Socialist Republic of Vietnam". Article 38 of the state's constitution says that the development of society is to be carried out wholly in accordance with Marxist-Leninist ideology.

This radical change placed the Vietnamese Catholic Church in an entirely new position. In a pastoral letter of 1976, the Archbishop of Saigon, Nguyen Van Binh, made an appeal to the faithful: "The Vietnamese people are about to enter a new historic period. The Catholic Church will write a new chapter in her history." (Doc. Cath., No. 1698 of 16.05.76). Since that time, the fate of the Church has been determined by the government policy of the Vietnamese Communist Party.

A whole series of reports have focused world attention on the situation of the Catholic Church in Vietnam:

- The Apostolic Nuncio, Mgr. Henri Lemaitre, and all foreign missionaries were expelled from the country.
- The Co-adutor of Saigon, Archbishop Nguyen Van Thuan, was arrested and sent into exile in the North.
- A large number of priests, nuns and monks have been put into prison and taken to re-education camps.
- Priests and members of religious orders have been put on trial charged with attempting to overthrow the government.
- Vietnamese bishops have been refused permission to take part in conference of Asian bishops.
- Catholic property and Catholic social facilities have been confiscated.
- All activities at respected Catholic Centres, such as the La Vang place of pilgrimage and the Dac Lo training centre, have been forbidden.
- The Archbishop of Hue, Nguyen Kim Dien, has publicly denounced the violation of religious freedom, discrimination against Catholics in their careers and atheising of children in schools.
- Bishops who have criticised the setting up of a state Church find themselves under constant threat from the police authorities.
- About one million people have left Vietnam since 1975, among them 200.000 Catholics.

All the activities reported show that there are grave conflicts between Church and state.

Today in Vietnam, according to official figures, there is one cardinal, there are two archbishops, 36 bishops, 2.000 priests, about 10.000 religious and four million faithful (approximately 8 % of the total population). The Vietnamese Catholic Church is divided up into 3 Archdioceses:

Hanoi with 10 dioceses and 12 bishops Hue with 7 dioceses and 9 bishops Saigon with 8 dioceses and 17 bishops.

A well-organised Church hierarchy, the attachement of the faithful to their Church and the close bonds which exist between the Vietnamese Church and the Universal Church are seen as a threat by the regime. This "bastian of anti-communism" which "collaborated with the forces of imperialism" (i.e. with the USA and the western nations) has to be defeated. "Reactionary" priests must be shown no mercy.

Of the 2.000 priests in Vietnam, 200 are now in prison. This was stated before foreign journalists in July 1984 by the Archbishop of Saigon, Nguyen Van Binh. In their report "On the Situation of the Catholic Church in Vietnam", the Association of Vietnamese Catholics in West Germany named 134 priests who are known to be in re-education camps and 14 others who have died as a result of torture.

In the eyes of the North Vietnamese, the Vietnamese Catholic Church committed its first "sin against patriotism" as early as 1954, when 800.000 North Vietnamese Catholics made the decision to flee to the South. Following this, the Catholics of South Vietnam, as a close-knit and determined group, formed a strong support for the Saigon government and fought against the "liberation". According to Article 68 of the state constitution of 18.12.1980, "the citizens have the right of religious freedom and the freedom to practice any religion or none at all, as they wish." But "no-one may violate the laws and the policies of the state with recourse to religion."

This regulation not only subjects the Church to a number of restrictions but also enables the state to classify activities which it finds undesirable as being contrary to the constitution.

At the trial of Saigon Jesuits in August 1983, the regime accused the directors of the Dac Lo monastery in Saigon of misusing religion to incite Catholics against the government and to distribute counter-revolutionary books, magazines and documents. The 13 defendants, mostly priests and one provincial superior, Nguyen Cong Doan, were sentenced to an average of 15 years imprisonment. From this, it is obvious that that article which guarantees religious freedom also makes activities "outside the realm of religion" liable to prosecution.

In addition to this, religious practice is also impeded by means of certain requirements and instructions, e.g. the requirement of patriotic alignment and legality. In a letter of 28.09.1981 from Le Quang Chanh, acting chairman of the People's Committee of Ho Chi Minh City (formerly Saigon), to the Archbishop of Saigon, Nguyen Van Binh, these requirements are formulated

even more precisely: "In the case of candidates standing for Church elections, the Church is required to obtain the opinion of the authorities which regard to the candidate's duty as a citizen, his patriotism and his profession of socialism." Over and above this, the Church is obliged to have the elected candidates confirmed by the authorities (i.e. in elections at parish, deanery and diocesan level). These examples show the great extent of the state's interference in the internal affairs of the Church.

The notion of "legality" is put in more concrete terms in Decree 297/CP, Part II, article 6, § 2: "Religious documents which are sent by international religious organisations to the religious organisations within the country may not be used or distributed by those organisations if they contain points which are opposed to the laws and the political line of the state of the Socialist Republic of Vietnam." This means that the Church's internal publications and documents (e.g. Canon Law and the instructions from the Sacred Congregation for the Clergy) run counter to the constitution if they are distributed without first being censored.

Decree 297/CP demands of the clergy that they mobilise the faithful for the policies of the state and makes every religious activity, from pastoral visits to ordinations, subject to authorisation from the state. Church events, even those at parish level require authorisation. The training of new priests requires authorisation from the provincial People's Committee. Since 1975, no new seminaries have been allowed to open. In 1982, those training centres which remained were incorporated into six seminaries: two in the North (Hanoi and Vinh) and four in the South (Saigon, Huc, Nha Trang and Can Tho). In Saigon, there have been only 15 priests ordained since 1975. One year, of the 60 candidates who applied, only 4 received the official permission to study. The government even suggested candidates of its own.

There are ten dioceses today in North Vietnam. Each diocese has an average of 10 · 15 priests, all of them over the age of 60. The diocese of Haiphong has only four aged priests. Only the diocese of Vinh still has 50 priests, which is thanks only to the courageous conduct of its Christian people and clergy. Basically, it is only among the over-40s that convinced Christians are to be found

The religious life of the people has been systematically restricted by official government policy towards religion and has been made even more difficult by written and verbal instructions at provincial level. In Instruction No. 569 of the People's Committee of the province of Dong Nai, it is ordered that in that province.

- no more churches, pagodas or temples may be built
- no more ordinations to the priesthood may take place
- religious ceremonies may only be held within the churches and
- those priests who have been released from re education camps may not resume their duties (from: Echange France-Asie, No. 79, Nov. 1982).

The tactics used to divide the clergy extend from infiltration to blackmail. In one instruction to political functionaries, the Catholics are described as

"enemies to the state". In this secret document, entitled "Our Duties with Regard to the Catholic Church", Party workers are instructed to exploit existing divisions within the Church with the aim of largely isolating the clergy from the faithful. Following this, in order to free the people from their "superstitions", the Party must endavour to "reform" the Church (i.e. the priests and the bishops themselves) and to make her subordinate to the state so that she no longer constitutes an obstacle to the Revolution. Therefore, the diocesan leadership is to be infiltrated by so-called progressives, from the parish councils right up to the highest committees. The document divides up the Vietnamese priesthood into four political categories: the progressives, those who are willing to conform, the undecided and the reactionaries. A particular pattern of treatment is suggested for each group (Katholische Nachrichten-Agentur No. 154, 8/82).

In what follows, we will describe some of the cardinal principles which are used by the communists to divide the Catholic Church in Vietnam:

In order to kill a snake, you strike at its head.

The communists are aware that the bishops and the priesthood form the governing body of the Catholic Church in any country. In order to suffocate the Catholic community, they only needed to eliminate or re-educate the bishops and priests.

Discord means ruin.

In order to subjugate the Catholic Church, this always valid principle was very rigorously employed. They tried every method imaginable to sow seeds of the priests themselves and between the priests and the faithful.

The spreading of suspicions.

Suspicion is the first step towards discord. They tried to spread suspicion among every stratum of the Catholic Church, until no-one among the bishops, priests and faithful could trust the other. The logical result of this was that all intimate contact and co-operation among Catholics was destroyed.

Infiltration.

The communists tried to smuggle their cadres and the supporters of their regime into every organization and institution of the Catholic Church. The primary aim of this infiltration was to spread suspicion among Catholics which would bring about discord. If the opportunity were to present itself, they were to take over leading positions in these organizations and institutions, e.g. as a secretary to a bishop, a provincial superior, an abbot, a vicargeneral, parish priest etc.

Isolation.

If a bishop or priest has the courage to refuse to comply with government regulations, the government tries immediately to isolate this protestor, i.e. to remove every encouragement or support from him. Isolation is meant to weaken the fighting spirit of the man of good will.

Blackmail.

Every bishop or priest who possesses authority and ability is placed under the unobtrusive surveillance of a cadre, which constantly attempts to blackmail him by means of love or money. When the priest has fallen into their trap, he has to bow to the will of the communists if he is to retain his position of authority. If he puts up resistance to this blackmail, the communists will make his financial affairs or his love life public.

Weakening of the Catholic Church by means of a sham "Catholic Church".

There are cadres working within those institutions set up for the weakening of the Catholic Church which have mastered to perfection the art of camouflage. Among others, the following institutions have been set up: "The National Committee for Inter-Catholic Relations", the "Committee for Propaganda Work Among the Catholics of Ho Chi Minh City", the "Committee for the Unity of Patriotic Catholics of Vietnam", to name but a few. The mouthpiece which works against the Catholic Church is the newspaper "Catholic Church and Nation".

Right from the start, there is one clear orientation in the policy of the Vietnamese Communist Party towards religion. It is striving to incorporate all religious forces into one great mass-organization, run by and under the control of the Party. As early as the 11.08.1953, the "All-Vietnamese Liaison Committee of Patriotic and Peaceful Catholics" was founded in North Vietnam and was made subject to the "Vietnamese Patriotic Front", the blanket organization for all other organizations. Immediately after the "liberation", this committee tried to ensure the absorption into its ranks of the South Vietnamese Catholics. After Years of threats on the one hand and coaxing on the other, the communist government had priests loyal to the state call a "Catholic Congress" in Hanoi (November 1983) at which a new organization was officially founded, "The All-Vietnamese Liaison Committee for Patriotic and Peaceful Catholics". This was meant to replace the Catholic Liaison Committee which had existed in the North since 1953. Only 142 priests, 11 nuns and 146 lay people took part in the congress! The founding of this committee met with fierce opposition from Church and faithful alike. In an open letter of Octobre 1983 to the priest Nguyen The Vinh, chairman of the new committee, the Archbishop of Hue, Nguyen Kim Dien, branded the committee as an attempt to split

the Curch and as a preparatory step towards the setting up of an autonomous state Church, independent from Rome. In May 1984, Archbishop Nguyen Van Binh, acting chairman of the Victnamese Bishops Conference, underlined the stand-point of the Catholic Church, which was non-recognition of the commit-

At the present time, there is growing indignation among clergy and laity alike. This has intensified the repressive measures of the regime, especially against priests who openly oppose them. Phan Ngoc Chi, Bishop of Da Nang, has been placed under house arrest. The bishops of Ban Me Thuat and Xuan Loc, Nguyen Huy Mai and Nguyen Van Lang, are regularly invited to "work meetings" by the police authorities.

The suppression of the Church and the attempts to divide it in Vietnam are causing concern throughout the world and especially in the Vatican. In May 1984, during his visit to East Asia, the Pope sent a message to the Vietnamese people. He spoke of his sympathy for the long-suffering people of Vietnam, who were working tirelessly to build up their country again after the war. He wished all Christians there courage in faith, hope and peace, "that you may stand unswervingly by your bishops, Christ and your Church! I pray that you find it possible to profess and to live your faith. It does a state honour to guarantee this right and spotlights its concern for justice as well as furthering the realisation of spiritual values which are necessary for its development." In spite of the Pope's words of exhortation and the condemnation by world opinion of its disregard for religious freedom, the regime continues with its policy of oppression.

In summing up, it can be said that the suppression of the Church in Vietnam since the "liberation" cannot be seen as a reaction by the regime to opposition from the Church and Catholic laity but rather it is a well thought-out plan aimed at bringing the Church under state control and turning it into an instrument of propaganda, seperated completely from the Roman Church.

In the future, the Catholic Church in Vietnam will certainly continue with the opposition she has shown up to now to her subjugation. The struggle could go on for a long time to come. But it is possible that this struggle will collapse in the end, if world opinion and especially the Universal Church does not put pressure on the regime to observe human rights and religious freedom and if other Christians in the World feel no sense of responsibility towards their brothers and sisters in the Faith.

Ein Westpazifisches Sicherheitskollektiv und die Chancen der Selbstbefreiung

Vietnams

von

Do Huu Tai

Es hat leider den Anschein, als ob für die Strategen der Vereinigten Staaten von Amerika die Pazifik-Region immer noch eine untergeordnete Rolle spielte. Sie ist nach dem politischen und militärischen Rückzug der USA aus Südvietnam sogar zu einer Vakuumzone geworden.

Seit jenem Zeitpunkt sind die folgenden Hauptziele der Globalstrategie Washingtons zu erkennen:

ein starkes Westeuropa, ein stabiler Naher Osten, ein gefahrloses Lateinamerika, ein befreundetes China und eine Sowjetunion, deren Militärpotential durch ein bilaterales Abkommen über begrenzte Abrüstung in Schach gehalten wird.

Bei aller vielzitierten, jedoch in Wirklichkeit bescheidenen Hinwendung Amerikas zum Pazifischen Großraum scheint derzeit der Kampf gegen die sowjetischen Expansionsbestrebungen im westpazifischen Küstengebiet vor allem als eine Aufgabe Chinas und Japans zu gelten.

Denkt man an die Entwicklung der Weltlage bis zum 21. Jahrhundert, wenn die Weltbevölkerungszahl 6 Milliarden erreicht, die derzeit erschlossenen Energiequellen sich zu erschöpfen beginnen, die ökonomische Basis des Sozialimperialismus sich verfestigt haben wird, dann müßte die Pazifik-Region – mit ihrer geopolitisch wichtigen Lage, mit ihrer dichten Konzentration von Arbeitskräften, mit ihren gigantischen Rohstoffreserven und Bodenschätzen, die noch unerschlossen auf der Erdoberfläche, im Erdboden und unter dem Meeresgrund liegen – zum Dreh- und Angelpunkt der Weltereignisse werden.

Tatsächlich besteht die westpazifische Region aus einer Gruppe von Ländern und Nationen, die durch gemeinsamen kulturellen Ursprung und gleiche Rasse eng miteinander verbunden sind, auch wenn sie sich heute durch ihre verschiedenen Gesellschaftsstrukturen und -formen voneinander unterscheiden. Diesen Ländern mit ihrer asiatischen-Kultur und mit ihrer gelbhäutigen Rasse wird die von Europa bis Amerika verbreitet okzidentale Kultur griechisch-römischen Ursprungs immer fremd bleiben.

Wenn in der Perspektive des 21. Jahrhunderts fast alle industrialisierten Staaten Kernwaffen besitzen werden, mit denen sie den Weltuntergang herbeiführen können, wenn Überbevölkerung und die Energie- und Versorgungskrise nicht mehr nur, wie derzeit, für die unterentwickelten Länder, sondern auch für die

hochindustrialisierten Staaten zu unmittelbar bedrohlichen Gefahren werden, dann müssen die Unterschiede dieser beider Kulturen, einschließlich der islamischen und afrikanischen, respektiert werden, wenn sie noch weiter existieren und sich entfalten können sollen.

Gegenwärtig sind mehr als 50 Sowjet-Divisionen im Fernen Osten stationiert, von denen die Mehrheit an der chinesisch-sowjetischen Grenze konzentriert ist. Insbesondere hat eine Kampfeinheit von 10,000 mit modernsten Waffen ausgerüsteten Elitesoldaten den Vorposten auf den Kurilen an der Nordgrenze Japans bezogen. Seit dem Ende der siebziger Jahre wurden Backfire-Langstrecken-Bomber, die Hauptstütze der sowjetischen Luftwaffe, auf die Militärstützpunkte im äußersten Osten der Sowjetunion verlegt. Sie sind in der Lage, Luftangriffe gegen Südkorca, Japan, Taiwan und sogar die Philippinen zu starten, ohne daß sie auf dem Rückflug in der Luft zu tanken brauchen. Diese Bomber sind aber nur ein Teil von 2.000 Kampfflugzeugen verschiedener Arten, welche den Luftraum dieser Region bedrohen. Außerdem müssen noch ungefähr 120 Interkontinental- (ICBM), Lang- und Mittelstreckenraketen und 75 mit Mehrfachatomsprengköpfen bestückte SS-20-Raketen erwähnt werden, welche auf die Hauptstädte der ASEAN-Länder gerichtet sind. Dennoch stellt die Luftwaffe nicht die entscheidende Kampfstärke der Sowjetunion in dieser Region dar. Die eigentliche militärische Hauptschlagkraft und Stütze für die ganze Expansionspolitik ist eher die Pazifik-Flotte. Innerhalb von nur drei Jahren nach 1979 vergrößerte sich die Anzahl ihrer Oberwasserkampfschiffe um 130 % und ihrer mit Atomraketen bestückten Atomunterwasserboote um 30 %. Der Stolz der sowjetischen Kriegsmarine ist der supermoderne Flugzeugträger "Minsk", der derzeit in dieser Meereszone vor Anker liegt. Die sowjetische Pazifik-Flotte wird bis zum Ende der achtziger Jahre noch durch einen neuen Flugzeugträger verstärkt, der doppelt so groß und leistungsfähig wie der "Minsk" ist.

Darüberhinaus steigerte sich die Kampfkraft der sowjetischen Flotte enorm, seit sie 1978 eine Anzahl von Kriegshäfen in Vietnam als Sützpunkte für Flottenversorgung und Seeangriffeinsätze übernahm, wogegen das Seekriegspotential der Siebten Flotte der USA sich in diesen Jahren zusehends verminderte – einerseits durch Reduzierung der Zahl ihrer Schiffe und andererseits durch die Entsendung einer Anzahl von Kampfschiffen in die Konfliktzonen im Persischen Golf und im Indischen Ozean. Die Steigerung des Kampfpotentials der Sowjetarmee in dieser Region an Qualität und Quantität führt uns zu folgenden Schlußfolgerungen, ohne daß wir fürchten müssen, die strategischen Ziele Moskaus den westpazifischen Küstenstaaten gegenüber zu verkennen.

Kurzfristig nutzt die Sowjetunion ihre militärische Überlegenheit aus, um die Volksrepublik China, Südkorea und Japan zu bedrohen, bzw. zu erpressen. Sie hofft, dadurch den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluß der USA auf jene Länder allmählich zu verkleinern und die Ereignisse in dieser Region in ihrem Interesse maximal ausnützen und lenken zu können.

Langfristig wird die Sowjetunion mit Hilfe des kommunistischen Vietnam und Nordkoreas, in Abwesenheit einer starken US-Kriegsmarine in dieser Region, versuchen, alle strategisch bedeutenden Inseln, bzw. Inselgruppen, zu dominieren und die Arbeitskräfte und die Rohstoffquellen in diesem Raum unter ihre Kontrolle zu bringen, um den Westen jederzeit in eine Kette von Überraschungen, sprich Krisen, treiben zu können.

Angesichts dieser Expansionsstrategie ist leider festzustellen, daß die USA ausschließlich zu Notlösungen, bzw. kurzfristigen, Maßnahmen gegriffen haben, die Prof. Robert Downen vom Strategieforschungszentrum der Universität von Georgetown in der Nr. 6/83 der Monatszeitschrift "Verteidigung" ironisch als "quick fix solutions" mit dem Ziel eines Kräfteausgleichs im Westpazifik bezeichnet hat. Diese Notlösungen bestehen in Versuchen, einerseits die VR China zur Annahme gemeinsamer strategischer Richtlinien zu überreden, und andererseits Japan zur Übernahme einer noch größeren Verantwortung für die Verteidigung der nordwestpazifischen Zone zu drängen.

Ihr unrealistischer und notdürftiger Charakter ist offensichtlich, denn die VR China und Japan sind auch beim besten Willen nicht in der Lage, das Erbe der USA im Kampf gegen den militärischen Expansionismus der Sowjetunion zu übernehmen.

Die VR China beginnt gegenwärtig mit der Modernisierung ihrer zurückgebliebenen Wirtschaftsstruktur. Mit einer mit veralteten Waffen ausgerüsteten Armee und einer primitiven technologischen Infrastruktur wird es noch auf lange Zeit außerstande sein, der supermodernen Militärmacht der Sowjetunion die Stirn zu bieten. Japan – dessen Verfassung ihm militärische Aufrüstung verbietet und dessen Bevölkerung, orientiert auf wirtschaftliche Stärke, pazifistisch eingestellt ist – braucht noch viel Zeit, um auch nur das zum Schutz seiner eigenen Hoheitsgewässer nötige Verteidigungspotential erreichen zu können.

Doch angenommen, es gelänge diesen beiden Ländern, eine militärische Stärke zu erlangen, die mit oder ohne Rückendeckung durch die USA dem Kampfvermögen der Sowjetunion standhalten könnte, würden sicherlich dann Erinnerungen an die bösen Taten der militäristischen Vergangenheit Japans wieder lebendig, die ihre Spuren auf der Haut der 300 Millionen Bewohner an der Ozeanküste und auf jedem Ackerbeet in diesem Gebiet hinterlassen haben. Dies würde unvermeidlich zu Mißverständnissen und Gegensätzen bei den Bemühungen um eine wirksame, andauernde Zusammenarbeit mit den anderen Staaten im Westpazifik führen. Infolgedessen wird eine Politik der USA, die im Kern auf die Unterstützung der Interessen der sog. Lokalmachthaber abzielt, sicherlich kein Widerstandsnetz zum Aufhalten des Abenteuerdrangs der Sowjets spannen können. Sie kann wohl kaum die Realisierung des Traums der Sowjetunion von absoluter Oberherrschaft im Pazifik behindern. In Südvietnam hatten die USA in der Vergangenheit ausschließlich die sog. Lokalmachthaber vom Typus Ngo-Dinh-Deim, Nguyen Van Thieu unterstützt.

Aus der Niederlage in Vietnam ist für die Länder des westlichen Pazifik die Lehre zu ziehen, daß ihre Sicherheitspolitik eine kollektive Sicherheitspolitik sein muß, aufbauend auf dem gemeinsamen Willen der zehn freien Staaten in dieser Region, die allen ein gleiches Mitspracherecht verleiht.

Gegenwärtig gibt es zehn nicht kollektivistisch orientierte Staaten in der Region. Es sind Japan, Taiwan, Südkorea, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen, Australien und Neuseeland. Alle diese Staaten teilen einige gemeinsame Sorgen über Sicherheit und Verteidigung, und sie besitzen eine Anzahl von Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung:

- 1. Sie sind alle von der möglichen Expansion der in dieser Region operierenden sowjetischen Streitkräfte bedroht. Dazu leisten Vietnam und Nordkorea, die Stellvertreter der aggressiven Sowjetunion darstellen, eine nicht unbedeutende
- 2. Sie sind über die Ereignisse in der VR China bei der Modernisierung des Landes und über eine mögliche Versöhnung zwischen der VR China und der Sowjetunion beunruhigt.
- 3. Sie verhalten sich gegenüber dem Vorhaben der USA, den japanischen Kriegsapparat wiederaufzurüsten, sehr zurückhaltend.
- 4. Sie haben alle eine Wirtschaftsordnung, die mehr oder weniger fest in das freie Weltwirtschaftssystem integriert ist.
- 5. Ausgenommen Japan, haben Viehzucht und Getreideanbau in jenen Ländern ihre grundsätzliche Bedeutung verloren. Die Schwerindustrie ist auf dem Wege in die Prioritätsposition. Als Schwerpunkte der Wirtschaftsentwicklung werden die Ausbeutung der lokalen Naturenergiequellen und die Verarbeitungsindustrie betrachtet.
- 6. Letzten Endes sind wegen ihrer Tradition, ihrer Geschichte, ihrer gleichen Interessen und ihrer Sicherheitslage die oben genannten Staaten politische Alliierte

Obwohl die zehn Staaten diese Faktoren für eine ideale Zusammenarbeit gemeinsam haben, haben sie doch bisher entweder jeder für sich Verteidigungspläne ausgearbeitet oder paarweise miteinander oder einzeln mit den USA ein bilaterales Sicherheitsabkommen abgeschlossen. Selbst die USA als pazifische Weltmacht haben sich niemals für die Idee einer vernünftigen allseitigen Zusammenarbeit in der Region eingesetzt.

In diesem Zustand kann offensichtlich keine wirksame Widerstandsstrategie ausgearbeitet werden, geschweige denn jene eines Gegenangriffes oder einer Offensive. Umso mehr sollte die Konzeption einer auf dem Prinzip der Gleichberechtigung basierenden Sicherheitsgemeinschaft gefördert werden, die das vielseitige Machtpotential der Region zusammenfaßt und in der Lage sein wird, der aggressiven Expansion der Sowjetunion Einhalt zu gebieten, und langfristig die eigene Region in ein Gebiet des Wohlstands, das seine Sicherheit selbst garantiert, ver-

Obwohl diese Konzeption in Regierungskreisen und in den amerikanischen Strategieforschungsinstituten noch nicht ernsthaft diskutiert wird, wird sie bereits seit zwei Jahren in den Staaten der Region vorgetragen. Das dem Muster der ASEAN folgende Modell einer Westpazifischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde in den vergangenen Jahren von Staatsoberhäuptern verschiedener Länder wie Zenko Suzuki von Japan, Chun Doo Hwan von Südkorea, Malcolm Frazer von Australien und Lee Kwan Yeu von Singapur propagiert. In Erwartung der Ausarbeitung von Führungsdirektiven, Verteidigungsstrategien und der Bestimmung anderer konkreter Kräfte, die das Funktionieren dieses Modells garantieren, müssen die Staaten der Region die folgenden vier Hauptaufgaben bewältigen: 1. Ein konkreter realisierbarer langfristiger Sicherheitsplan für die Region soll aufgrund der Untersuchungen und der Analysen einer Kommission aus Experten für Wirtschaft, Politik und Verteidigung der Staaten der Region ausgearbeitet werden. Bei der Ausarbeitung dieses Sicherheitsplans müssen die folgenden Themen behandelt werden:

101

Die Erfahrungen aus dem Niedergang des japanischen Militarismus in den vierziger Jahren, aus den Mißerfolgen der Südostasien-Verteidigungsorganisation (SEATO) in den fünfziger Jahren, aus dem Rückzug der USA aus Südvietnam in den siebziger Jahren, der sowietische Expansionismus und Gewaltexport, die Rolle und die Position der VR China im pazifischen Raum, die aus der strategischen Position entstehenden Wechselbeziehungen zu den USA sowie Pläne zum Schutz und zur Förderung der Rohstoffe, zur Verwendung von Arbeitskräften, zum Austausch von Technologie, zur Aufteilung von Wirtschaftszonen, usw. 2. Parallel zur Aufstellung dieses Sicherheitsplanes sind konkrete Anstrengungen zur Lösung der gegenwärtigen Probleme der Region zu unternehmen,

Durch diese Anstrengungen erhält man Gelegenheit, die bereits ausgearbeiteten oder im Konzept abgefaßten Thesen des Sicherheitsplanes zu revidieren, bzw. zu bestätigen.

Die zu lösenden Probleme bestehen in der Abhaltung einer Reihe von Manövern zur Überprüfung der Fähigkeiten zur Verteidigung der lebenswichtigen Hochseewege und der Rohstoff enthaltenden Hoheitsgewässer, in der Ausarbeitung eines gemeinsamen Unternehmungsplanes angesichts der Okkupation Kambodschas durch Vietnam, in einer übereinstimmenden Einschätzung der instabilen Lage auf der koreanischen Halbinsel, in einer gemeinsam zu erarbeitenden Strategie gegenüber einer möglichen sino-sowjetischen Versöhnung und schließlich in der Befürwortung der Wiederaufrüstung Japans.

3. Die dritte Aufgabe ist es, die militärische Überlegenheit der Sowjetunion im Westpazifik zu neutralisieren.

Nach dem 2. Weltkrieg hatte die Siebte Flotte der USA auf diesem Gewässer operiert, ohne mit irgendeinem Widerstand konfroniert zu sein. Die Küstenstaaten hatten die amerikanische Vorherrschaft auf diesen Gewässern stillschweigend als für sie vorteilhaft akzeptiert. Vor einiger Zeit waren China und Japan bereit, die Rolle der amerikanischen Seemacht zu übernehmen, da nutzte die Sowjetunion diese historische Gelegenheit aus, ihre östliche Seemacht zu expandieren. Erst nach einer Südostasien-Reise des Verteidigungsministers Weinberger kam die Reagan-Regierung zu dem Schluß, daß es ein schwerer strategischer Fehler gewesen war, die Sicherheitsüberwachung in jener Region einer oder zwei Großmächten zu überlassen. In dem Referat "Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress" von Hans Dietrich Genscher, publiziert in der Zeitschrift "Foreign Affairs", Herbst-Nr. von 1982, sowie in dem Fachbericht von Michael Howard über "die Verteidigungspolitik in den achtziger Jahren"

teilten beide Verfasser Weinbergers Meinung, daß die Sowjetarmee gleichzeitig zwei Großfronten zu eröffnen und aufrechtzuerhalten fähig sei, und daß es ein strategischer Fehler gewesen sei, sich auf die westeuropäische Front zu konzentrieren und dabei die pazifische Front vernachlässigt zu haben.

Jedoch müßte die Verstärkung der militärischen Kräfte der USA im westpazifischen Raum wirkungslos bleiben, wenn ihre strategischen sowie taktischen Operationsaufträge nicht aus einem allgemeinen, gemeinsam mit den regionalen Kräften erarbeiteten Aktionsplan folgten; denn jene zehn Staaten umfassen zusammengerechnet viereinhalb Millionen Quadratmeter Land, welches sich entlang der Hochseewege und der strategischen Meeresengen erstreckt; ihr Verteidigungsetat ist 1,3fach größer, als der der USA, und sie können Streitkräfte mobilisieren, welche vierfach größer als die gesamten Streitkräfte Vietnams, Nordkoreas und der Sowjetunion im Fernen Osten zusammen sind. Die Feuerkraft der Luftwaffen der Kriegsmarine der USA, Japans, Südkoreas und Australiens in diesem Raum entspricht nahezu der Feuerstärke der gesamten kommunistischen Streitkräfte in jener Zone, abgesehen von logistischen Basen und Militärstützpunkten in Taiwan, Philippinen, Thailand und anderen Ländern. Deshalb würde die Aufgabe der Neutralisierung der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion im Westpazifik, wenn die regionalen militärischen Kräfte optimal verwendet und unter ein einziges Oberkommando gestellt würden, jedem Mitgliedstaat Kosten ersparen und der ganzen Region Nutzen bringen sowie ihre Sicherheit fördern.

4. Die letzte Aufgabe besteht darin, die internationale Gemeinschaft, insbesondere die beiden Pazifik-Großmächte USA und die VR China von der eigenen Entschlossenheit zu überzeugen, eine blühende westpazifische Region zu etablieren und deren Sicherheit zu garantieren. Die Auffassung von der Aufteilung der Welt in Einflußsphären unter zwei oder drei Imperien ist bekanntlich längst überholt.

Den USA muß klar gemacht werden, daß der Atomschirm und die magische Stärke des Dollars durch die historischen Ereignisse in Israel, Iran, Afghanistan und Vietnam an Bedeutung einbüßten. Der VR China muß aufgezeigt werden, daß die Traumziele der Weltherrschaft durch die Gewaltentrennung der Diktatur des Proletariats und der Entwicklung des Landes durch eine kommunistische Zwangswirtschaft nicht verwirklicht werden können, und daß jeder weitere Versuch zu deren Realisierung lediglich eine Milliarde Chinesen in noch tiefere Armut und sehr wahrscheinlich in eine Hungerkatastrophe treiben würde. Am wichtigsten ist es aber, diese beiden Mächte dadurch vom Willen und der Fähigkeit zum Widerstand zu überzeugen, daß die zehn Staaten der Region eine einheitliche, wirkungsvolle Strategie vorweisen können.

Welche Voraussagen lassen sich mit diesem Szenario für die Lage in Vietnam und den dortigen Befreiungskampf machen?

Auf der Titelseite des "Wall Street Journals" vom 8.7.1983 stand eine kleine Meldung über den Plan Hanois, 400.000 Vietnamesen in Kambodscha anzusiedeln. Dieser Plan könnte eine Kambodscha-Lösung vorbereiten, wie sie Prinz Sihanouk anstrebte, als er Ende Juni 1983 seine Absicht bekanntgab, von seinem

Amt als Präsident der kambodschanischen Exilregierung zurückzutreten und eine Koalitionsregierung mit der kommunistischen Heng-Samrin-Gruppe zu gründen, wovon er sich ein Ende der vietnamesischen Okkupation Kambodschas erhoffte. Doch es muß nicht über diese zugleich kümmerliche und abenteuerliche Lösung des kambodschanischen Problems gesprochen werden, sondern über die kriegerische Eroberungspolitik Hanois, der nur deutlichste Ausdruck seiner durch eine solche "Lösung" nicht eliminierbare marxistisch-leninistischen Gewaltherrschaft ist. Hanoi könnte eine solide sicherheitspolitische Position in Kambodscha aufbauen und danach seine Besatzungsgruppen teilweise oder total in die Heimat abziehen, um damit eine diplomatische sowie wirtschaftliche Offensive auf internationaler Ebene vorzubereiten. Ferner könnte Hanoi die diplomatischen Beziehungen zu den USA und zu den westlichen Ländern wiederherzustellen, um den Druck von der VR China zu verringern und um die derzeitige andauernde Wirtschaftskrise zu meistern, wie es der französische Diplomat C. Palazzoli in seinem Buch "Vietnam entre deux mythes" vorschlägt.

Wenn sich aber die Annahme eines totalen Truppenabzugs aus Kambodscha und einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit dem Westen bewahrheiten sollte, dann wäre dies keineswegs ein strategischer Rückschritt Hanois, sondern eher eine neue, noch heimtückischere und raffiniertere Eskalation seines Kampfes gegen die freie Welt.

In diesem Fall ist die Gründung einer Westpazifischen Wirtschaftsgemeinschaft umso dringender. Ihr politischer Kurs muß umso unbeirrbarer und entschlossener sein, um die wirksamste Waffe der Gemeinschaft – die Wirtschaft – erfolgreich an einer neuen Front anzuwenden. Das vietnamesische Volk und die Führung des Widerstandskampfes im Landesinneren müssen sich in diesem Fall die gefährlichen Folgen vor Augen führen, die aus einem möglichen Kompromiß zwischen Hanoi und dem Westen entstehen könnten, um dementsprechend rechtzeitig von dem politischen Kampf übergehen zu können.

In Koordinierung mit der als Quasi-Belagerungsring fungierenden pazifischen Gemeinschaft ist eine Kampftaktik der Gleichzeitigkeit von Außenattacke und Innenangriff zu entwickeln. Der Innenangriff könnte und müßte total sein, indem die ökonomische Basis des Feindes, d.h. alle Straßen und Verkehrsverbindungen, alle Fabriken und Kolchosen, alle Lebensnittellager und Energiereservedepots, alle öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Vorräte an lebensnotwendigen Produkten, zerstört werden müßten. Gleichzeitig könnte dem Finanz- und Wirtschaftsapparat des Staates von außen ein Totalschaden zugefügt werden durch eine Reihe von Sabotagen wie Herstellung von Falschgeld, Bestechung, Förderung des Schwarzmarktes, des Hamsterns, usw.

Zusammengefaßt: wir würden uns selbst vernichten, damit auch die Feinde mit zugrunde gerichtet werden, so wie die vietnamesischen Widerstandskämpfer in der Anfangsphase des Widerstandskrieges gegen die Rekolonisierung Vietnams durch Frankreich die Strategie der verbrannten Erde angewendet hatten, um den Einzug des französischen Expeditionskorps zu verzögern.

Diese ganze Strategie stellt eine neue Hypothese zu den Gesetzmäßigkeiten der vietnamesischen Revolution auf: Solange das Volk hungert und die Partei satt

zu essen hat, kann ihr kein durch die Unterdrückung ausgelöster Volksaufstand Schaden zufügen. Wenn aber sowohl die Partei als auch das Volk hungern müssen und das Volk weiter unterdrückt wird, dann werden sich Partei und das bestehende politische System von selbst zerstören.

Das vietnamesische Volk wird schließlich vor die Schieksalsfrage gestellt, ob es genug aufgeklärt sei und Mut habe, dieses einmalige, in der Geschichte des Landes noch nie vorgekommene dramatischste Opfer zu bringen.

Die vietnamesische Besetzung Kambodschas

1/11

Nguyen Tan Duc

Ende 1984 vor dem Weihnachtsfest und den folgenden Neujahrsfeiern haben die vietnamesischen Truppen die Vieteong die Grenze nach Thailand hin überschritten. Es gelang ihnen, einige Flüchtlingslager an der Grenze Kambodscha-Thailand, wie Nong Sanut, Nong Ischan, Ampil usw., zu erobern, Tausende Menschen sind dabei ums Leben gekommen: über 200,000 treiben als Strandgut der Kriege in Indochina hin und her, obdachlos und mit nicht mehr Besitz, als sie auf ihren Rücken tragen können. Es waren dies die größten Gefechte der vietnamesischen Armee seit ihrer Besatzung. Mehrere Nationen auf der Welt, sogar einige aus dem Ostblock, haben Hanoi wegen der Verletzung der Völkerrechte durch seinen erbarmungslosen Krieg in Kambodscha angeklagt. Die Offensiven werden aber in der Trockenzeit weitergeführt.

Etwa über ein Jahr nach dem Beitritt Vietnams in die UNO im September 1977 marschierte die vietnamesische Armee, ohne auf internationale Rechte sowie die Grundsätze der UNO zu achten, in Kambodscha ein. Mit diesem Verhalten hat Hanor massiv gegen Paragraph 2. Artikel 3 und 4 der UNO-Vereinbarung verstos sen: "Alle Mitglieder legen ihre internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates genehtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt..."

In diesem Artikel sollen nicht nur Fragen der Expansionspolitik Vietnams in Indochtna und seiner Kolonialpolitik in Kambodscha besprochen werden, sondern auch die bitteren Frgebnisse für das vietnamesische Volk und ihr Land, sowie die Beurteilung auf internationaler Fbene geschildert werden.

Ende Dezember 1978 fiel die reguläre vietnamesische Armee mit fast 200,000 Mann in Kambodscha ein. Das berüchtigte Schreckensregiment der Roten Khmer wurde gestützt, die Marionettenregierung Heng Samrin wurde geboren. Um diese militarischen Fingriffe zu rechtfertigen, gibt Hanoi die moralische Ausrede, das Volk der Kinner vor seinen Mördern beschützen zu müssen. Ist das die Wahrheit? Es ist nicht zu bestreiten, daß der Völkermord der Roten Khmer das brutalste Freignis seit dem 2. Weltkrieg war. Kambodscha war ein schattenhaftes Reich des Todes. Innerhalb ihrer kurzen Regierungszeit wurden mehr als eine Million Kambodschaner dem unmenschlichen Traum von der neuen Gesellschaft geopfert. Im Landesinneren hatte es grausame Metzeleien gegeben. Aber wer steckte

noch hinter diesem tragischen Geschehen? Welche Unterstützungen hatten die Roten Khmer bekommen, um die politische Macht im April 75 übernehmen zu

Bevor der Konflikt zwischen der vietnamesischen Regierung und dem sog. "Demokratischen Kamputschea" in der Öffentlichkeit bekannt wurde, hatte Hanoi stets bestätigt, daß das historische Ereignis im April 1975 – der Umsturz der pro-westlichen Regierung Lon Nols – zweifellos ohne vietnamesische Eingriffe nicht denkbar gewesen sei. Auch die Gründung der ersten kommunistischen Regierung in Kambodscha - an der Spitze Pol Pot - sei einer der größten Erfolge der Vietnamesen gewesen.

Während des zweiten vietnamesischen Krieges (1960 - 1975) haben die Vietcong das östliche Gebiet Kambodschas als militärischen Stützpunkt benutzt, um den Kampf in Südvietnam führen zu können. In dieser Zeit fanden einerseits regelmäßige Waffenlieferungen an die Roten Khmer statt, andererseits wurden wichtige Politkader nach Hanoi zur politischen und militärischen Fortbildung geschickt. Mit diesen "Hilfsaktionen" hat Hanoi beabsichtigt, Kambodscha später kolonialisieren zu können.

Die Schreckensherrschaft Pol Pots wurde bis 1977 von Hanoi verschwiegen, sogar unterstützt. Die Außenpolitik Vietnams stand aber in keiner Weise zu der Innenpolitik im Widerspruch. Die Vielzahl der Konzentrations- und Arbeitslager für Offiziere und Mitarbeiter der ehemaligen Regierung sowie die Flüchtlingsströme der Zivilbevölkerung spiegeln deutlich das Leid der Verlierer wider. Mehr als 250.000 Boat-People waren dem "pazifischen" Meer - wie widersprüchlich es klingt - zum Opfer gefallen. Das politische System Vietnams unterschied sich von dem der Roten Khmer im wesentlichen nur durch geschickte Vertuschung und erfahrene Verhüllung seiner Untaten. Selbst die linksorientierte Presse in Frankreich hat zugegeben, daß die Politik Hanois des heimtückischen, langsamen aber sehr effektvollen Völkermordes gut getarnt ist. "Ganz Vietnam ist ein großes Gefängnis geworden", stimmte der wohlbekannte französische Journalist Olivier Todd der Kritik Solschenizyns zu. All diese Tatsachen widersprechen eindeutig der moralischen Pose des "humanitären Befreiers"

Die Roten Khmer haben offensichtlich die imperialistischen Absichten Vietnams erkannt und sich daher zur Wehr gesetzt. Ein Gegner wie der Rote Khmer gibt aber den Vietnamesen geradezu einen guten Vorwand, legalerweise in das Land einzumarschieren, um damit angeblich Kambodschaner vor dem Tod zu bewah-

Seit der Gründung der kommunistischen Partei Indochinas im Jahre 1930, mit den Mitgliedern Vietnam, Laos und Kambodscha strebte die vietnamesische Politik nach einer "Vereinigung in Indochina unter ihrer Führung". Nach dem endgültigen Sieg in Süd-Vietnam glaubten die Führer der kommunistischen Partei, daß die Zeit zur Verwirklichung ihres Ziels gekommen sei. In Laos hatte Vietnam seinen Einfluß durch das Lakaien-Regime Kaysone Phomvihan erweitert. In Kambodscha war die Lage jedoch für Hanoi ungünstiger. Pol Pot liquidierte die pro-vietnamesischen Kader und schloß sich China an. Das war eine klare und bittere Antwort für die unersättlichen, vom Krieg besessenen Parteiführer Hanois; es war auch ein Schlag gegen die Expansionspolitik Vietnams. Die Antwort Hanois war der Einmarsch in Kambodscha und die Gründung der Marionettenregierung Heng Samrins.

107

Zwei Monate nach der Eroberung (Februar 1979) kam Premierminister Pham Van Dong in Begleitung seines Verteidigungsministers Van Thien Dung nach Kambodscha zur Unterzeichnung des "Abkommens zur Zusammenarbeit und der Friedenserhaltung Vietnam-Kambodscha". Der Invasionskrieg wurde legalisiert. Die Besatzungszeit wurde für unbefristet erklärt. Die Vietnamesen haben seitdem die "Verpflichtung", für Kambodschas Sicherheit zu sorgen. Als Folge dieses Paktes sollen mehrere besondere Verbindungen zwischen beiden Ländern hergestellt werden. Das bedeutet eine totale Abhängigkeit der Regierung Heng Samrins in militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Bereichen. Anders ausgedrückt, Vietnam ist zur Kolonialmacht in Kambodscha

Hanoi führt mit der Absicht, sich seiner "Kolonie" zu versichern, in Kambodscha eine Vietnamisierungspolitik durch. Etwa eine halbe Million Vietnamesen sind nach Kambodscha umgesiedelt worden. Sie bewohnen die nach dem Krieg noch erhaltenen Städte und besetzen die fruchtbaren Gebiete. Die Einheimischen wurden in die verwüsteten Reisfelder verdrängt, einige versuchten nach Thailand

Auch die Sowjetunion hatte ihre Hand im Spiel. In den letzten sechs Jahren erhielt Hanoi Militärhilfen im Wert von mehreren Mrd. Dollar von Moskau. Diese Unterstützung geschieht nicht aufgrund internationaler Verpflichtungen, oder wie es immer so schön heißt, "für die Verteidigung des kommunistischen Systems gegen westliche Mächte", sondern als eine Verstärkung ihres Einflusses in Ost- und Südost-Asien. Als Gegenleistung kann Moskau alle wichtigen Flug- und Seehäfen benutzen.

Vietnam mit seiner günstigen Lage war immer das Ziel der Großmächte, ob sie Chinesen, Franzosen oder Amerikaner sind. Wichtige Flughäfen wie Tan Son Nhat, Bien Hoa und Da Nang stehen nun unter sowjetischer Kontrolle. Da Nang und Cam Ranh wurden Flottenstützpunkte der russischen Kriegsmarine. Alle diese Seehäfen werden jetzt militärisch ausgerüstet. Die Vorherrschaft der Sowjetunion in dem pazifischen und indischen Raum wirft düstere Schatten auf den vom Schiffswesen abhängigen Welthandel und noch mehr auf die Sicherheit der Nationen entlang der Süd-, Südost-Asien-Küste.

Vietnam hat bisher in Kambodscha nur wichtige Schlachten aber nicht den Krieg gewonnen. Abgesehen von der totalen Abhängigkeit von Moskau wird Vietnam überall auf der Welt boykottiert. Der sinnlose Krieg Vietnam-Kambodscha hat nicht nur Vietnam's Ansehen auf internationaler Ebene geschadet, er zerstört auch die Wirtschaft des Landes. Während die Armee weiter in das Landesinnere Kambodschas einrückt, ist die Bevölkerung mit Hunger und wirtschaftlichem Chaos konfrontiert. Mit mehr als 1 Million regulären und etwa 2 Millionen noch im Ersatz stehenden Soldaten ist die vietnamesische Armee die Viert-Größte der Welt. Statt alle Kräfte auf den Wiederaufbau zu konzentrieren, werden mindestens 60 % des Staatshaushaltes für militärische Zwecke verwendet. Der Rest kann infolgedessen nicht einmal die dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse decken. Nicht nur die Vietnamesen haben zu klagen, sondern auch die abhängigen Völker. Das Jahreseinkommen pro Kopf beträgt in diesen drei Staaten weniger als 100 Dollar; sie gehören zu den 20 ärmsten Ländern der Welt. Die von Hanoi geplanten 5-Jahres-Volkswirtschaftspläne (1976-1980 und 1981-1985) scheiterten. Nur drei Jahre hat das von der Agrarwirtschaft geprägte Land Vietnams die vorgeschriebenen ökonomischen Indizes erreicht. Bei der Planung 1976-1980 waren 21 Millionen Tonnen Nahrungsgüter erwartet. 14,5 Mio Tonnen waren das Ergebnis. 1984 waren 18 Mio Tonnen geplant, nur 17,3 Mio Tonnen wurden erreicht. Das bedeutet Hungersnot für die statistisch schon erfaßten 60 Mio Vietnamesen, bei einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung um 1,2 Mio. Nach den - meist sehr übertriebenen - statistischen Daten von Hanoi beträgt zur Zeit die durchschnittliche Nahrungszuteilung pro Kopf nur 290 kg; das sind 10 kg weniger, als der von der UNO gesetzte Grenzwert für eine Hungersnot. Ebenfalls nach dieser Statistik beträgt der Kalorienverbrauch pro Kopf nur 1800 Keal., 400 Keal, unter dem kritischen Wert. Außerdem besteht 80 % der üblichen Nahrung der Vietnamesen aus Kohlenhydraten; es mangelt an Eiweiß, dem für den Aufbau des Körpers wichtigsten Stoff. Zehn Jahre nach der "Befreiung" Süd-Vietnams, steht die Regierung Hanois im-

Zehn Jahre nach der "Befreiung" Süd-Vietnams, steht die Regierung Hanois immer noch vor denselben sozialen und ökonomischen Problemen. Der Mangel an Nahrung hat das Volk an den Bettelstab gebracht. Tausende ziehen obdachlos von Ort zu Ort. Die Kinder sind in Gefahr. Diese Tatsachen haben in den vergangenen Jahren mehrere Organisationen der UNO besonders hervorgehoben und Hanoi hatte es auch bestätigt.

Frau Duong Quynh Hoa, Ex-Gesundheitsministerin der provisorischen Regierung, z.Z. Direktorin einer Kinderklinik in der Ho Chi Minh-Stadt, hat bekanntgegeben, daß 40 % der Kinder aus Süd-Vietnam unterernährt sind. In Mittel- und Nord-Vietnam ist der Anteil erheblich höher. Der FAO wird berichtet, daß 12 % der Kinder in sämtlichen Kliniken in Hanoi und Ho Chi Minh-Stadt unter Rachitis, einer Vitamin D Mangel- Krankheit, leiden. Auf dem Lande steigt diese Zahl bis zu 20 %.

Doktor Tu Gray, Direktor des Instituts für Nahrung und Lebensunterhalt, gab zu, daß wegen der schlechten Ernährung der Mütter nur 50 % der Säuglinge bis drei Monate, und 10 % bis 8 Monate mit Muttermileh ernährt werden.

In Kambodscha herrschen ähnliche Verhältnisse. Nach der Schätzung der FAO sind dort etwa 52 bis 80 % Kinder unterernährt. Die Kinder in diesen Ländern leiden unter körperlichen und geistigen Störungen aufgrund der mangelhaften Ernährung, wie Haarausfall, Hautaustrocknung. Nachtblindheit und Blutarmut. Viele Kinder sind an Tuberkulose. Askariasis, Dysenterie usw. gestorben. Die Arzte warnen vor einer unterentwickelten kommenden Generation. Diese brennende Situation des Volkes kann Hanoi von seinen Expansionsträumen nicht abhalten. Truong Chinh, Staatspräsident hat das bestätigt:

"... Wir müssen unsere Verteidigung verstärken, um unser Vaterland vor den Feinden zu bewahren, um unsere internationale Verpflichtung, besonders gegenüber Kambodscha und Laos, zu erfüllen, auch wenn wir uns in einer wirtschaftlichen Krise befinden..."

Duong Quynh Hoa äußerte bitter:

"... Das Schicksal der unterernährten Kinder ist nicht ihre Besorgnis, der Krieg ist für sie viel wichtiger..."

Der "Befreiungskrieg" in Kambodscha hat die böswilligen Absichten Hanois und seine den Frieden der Länder in Ost-Sidost-Asien bedrohende Politik entlarvt. Seit 1978 haben zahlreiche Nationen Anklage in sechs Vollversammlungen der UNO und in mehreren internationalen Tagungen gegen die vietnamesische Politik erhoben. Der Höhepunkt war im Juli 1981, als 93 Staaten an der Tagung über das Problem Kambodscha in New York teilnahmen. Vietnam, Laos, die UdSSR und einige Staaten aus dem Ostblock haben sich abseits gehalten und sich an der Tagung nicht beteiligt. Diese Vollversammlung bedeutet für Hanoi eine Niederlage seiner Außenpolitik und zugleich eine Anklage gegen die indirekte Einmischung der UdSSR. Eine Lösung für Kambodscha wurde beschlossen:

- 1. Forderung eines vollständigen Rückzuges der vietnamesischen Armee aus Kambodscha.
- 2. Achtung der staatlichen Souveränität Kambodschas sowie die Unverletzlichkeit seines Territoriums.
- 3. Allgemeine, freie, demokratische Wahlen unter der Organisation und Kontrolle der UNO, damit die kambodschanische Bevölkerung ihre politische Ordnung und die entsprechende Regierung selbst bestimmen kann.

Es ist besonders zu beachten, daß nicht nur die um ihren Frieden und Sicherheit fürchtenden Länder aus dem pazifischen und indischen Raum, sondern auch die in Europa und aus der 3.Welt. Vorwürfe gegen Hanoi erhoben haben. Einige kommunistische Nationen, wie China, Nordkorea, Rumänien und Jugoslawien haben Vietnam ebenfalls angeklagt. Das Ergebnis aller Bemühungen Hanois seit 6 Jahren um zwischenstaatliche Beziehungen war seine Isolation von der Welt.

Bei der 34. Vollversammlung der UNO 1979 stimmten 91 Nationen gegen die vietnamesische Politik. Bei der 39. Vollversammlung traten 110 Nationen als Kläger auf. Bis heute wird das Regime Heng Samrins von der UNO und fast allen internationalen Organisationen nicht anerkannt.

"Der Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit, er mißachtet alle Menschenrechte der unterworfenen Bevölkerung". Diese Äußerung der Führer der kommunistischen Partei Vietnams, kann nur Leichtgläubige täuschen. Die moralische Rechtfertigung Vietnams für seinen Einmarsch sollte sein, internationales Pflichtbewußtsein vorzutäuschen. In Wirklichkeit gleicht diese moderne Form der Kolonialpolitik ganz der Europas im 19. Jahrhundert.

Der Vorwand war zuerst "Befreiung", dann "Beschützung", jedoch immer mit den gleichen Mitteln der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Verletzung menschlicher Würde.

Woran das kambodschanische Volk leidet, leidet aber auch das vietnamesische. Um sein Ziel zu erreichen, scheut Hanoi vor keinem Mittel zurück. In Indochina herrschen noch immer Hunger und Krieg.

Hanoi hat sich selbst entlarvt, die Maske der Befreier ist gefallen. Das Mißtrauen der Bevölkerungen ist nicht mehr abzubauen. Hanoi geht sehr großen Gefahren entgegen." Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"

Oublié du Monde: La Tragédie du Peuple Laotien

par

Constanza de Habsbourg

Le Mékong les sépare de la Thailande; il est pour eux ce que le mur de Berlin est aux allemands de l'Est qui tentent de fuir vers la liberté.

Ils le traversent la nuit en radeau ou, faute de mieux, couchés sur des troncs d'arbre. Ce sont les "boat people" laotiens à propos desquels si peu a été écrit. Depuis la prise du pouvoir par les communistes en décembre 1975 et la chute de la monarchie, plus de 300.000 laotiens sur une population totale de 3,9 millions d'habitants ont dû fair vers la Thailande qui accueille en moyenne une centaine de réfugiés par jour!

Par ailleurs, 100.000 personnes ont été tuées par bombardements, gaz, famines, mises à mort ou abattus ent tenant de s'échapper.

En dix ans, le Laos a ainsi perdu 10 % de sa population.

La Vietnamisation

Dès 1975, le parti communiste vietnamien détient le véritable pouvoir au Laos. Du gouvernement central à Vientiane au niveau administratif du village, le Laos est gouverné par plus de 8.000 "conseillers" vietnamiens et la présence de leurs troupes est estimée à 70.000 hommes (chiffres 1985). Le traité "d'Amitié" signé en juillet 1977 par les deux pays donne une apparence de légalité à cet envahissement et au génocide de la résistance Lao Hmong (montagnards) par le Vietnam: Celui-ci n'hésite pas à utiliser des armes chimiques pour tenter de l'exterminer.

Bientôt Hanoï déplace les bornes frontalières et des districts laotiens sont incorporés au Vietnam.

Depuis 1977, 400.000 colons Nord-Vietnamiens se sont implantés dans l'Est du Laos. Cette occupation systématique vient combler le départ forcé des laotiens qui risquent de devenir une minorité ethnique dans leur propre pays. A cela s'ajoute une véritable "vietnamisation" culturelle: l'étude du français est abolie à l'école et remplacée par le vietnamien et le russ, des centaines d'étudiens sont envoyés au Vietnam pour y compléter leurs études, les mariages entre soldats vietnamiens et jeunes-filles laos sont encouragés et la participation à des séminaires sur le marxisme rendus obligatoires. La radio diffuse régulièrement des communiqués de l'agence TASS.

Mais la résistance de la population à l'endoctrinement est très grande et nom-

breux sont ceux qui rejoignent le maquis.

30.000 prisonniers politique sont alors enfermés dans des camps de concentration, de nombreux temples sont fermés et 25.000 bonzes déchus. Le Roi Savang Vatthana, protecteur de la religion (95 % de la pop. est buddhiste) est arrêté et plus tard tué.

Economiquement, la situation se détoire dès 1978; les paysans qui doivent livrer 70 % de la récolte de riz au gouvernement travaillent du moins en moins. La pauvreté et la famine sévissent.

De plus, les matières premières du Laos riche en minerai de fer, charbon, gypse, plomb, ciuvre sont livrées au Vietnam.

L'Union Soviétique, elle, est engagée dans d'importants projets d'exploitation telle la construction d'un pipeline reliant la base de Séno (Laos) au port de Danang (Vietnam), et de trois routes qui permettent le transport des ressources naturelles laotiennes vers la mer. Dès 1979 l'URSS déploie d'importants efforts pour mettre en place une infrastructure militaire: bases aériennes, stations de radars, ponts, etc. sont construits avec l'aide des quelques 1.600 conseillers militaires soviétique présents dans le pays. Leur QG est installé à Phonsavan dans la fameuse plaine des Jarres, point stratégique de l' Asie du Sud-Est. Là sont stationnés 3 escadrilles de MIG 21, des avions de transport Antonov, des hélicoptères Mi-6 et Mi-8, des tanks PT-76...



On ne s'aperçoit pas que cette petite fille est devenue aveugle d'un oeil à cause des armes chimiques.

Le Laos: tête de pont du communisme en Asie

L'occupation soviéto-vietnamienne du Laos – tout comme celle du Cambodge – fait partie d'une stratégie globale en Asie du Sud-Est, visant à étendre la domination communiste à la Birmanie et à la Malaisie en passant par la Thaîlande et, du même coup, à encercler le flanc sud de la Chine.

En effet, pour isoler totalement la Chine, les soviétiques poussent le Vietnam à réunifier l'ancienne Indochine française (Laos, Cambodge, Vietnam). Le Vietnam se confirme ainsi dans son rôle de cubain asiatique; membre du COMECON, il dépend de l'URSS pour son économie comme Cuba l'est pour son sucre.

Ainsi s'explique l'aide de la Chine aux maquisards cambodgiens et laotiens. Aide qui contraste avec le silence et le désintérêt profonde du monde libre face à cette violation flagrante du droit international.

Aux Nation-Unies, qui s'en étonnera, le problème du Laos n'a même pas été metionné. Seul le Parlement Européen a parfaitement saisi le nœud du problème: "la paix en Cambodge doit necéssairement s'étendre au Laos voisin". Pour cela il est urgent que la résistance laotienne soit reconnue et soutenue par nos gouvernements car le temps travaille pour le Vietnam.

Si celui-ci a annoncé le retrait de ses troupes pour 1990, ce n'est pas un hasard: l'Institution Nguyen Al Quoc de Hanoî a programmé pour ce temps la formation de "l'Union des Républiques Socialistes du Sud-Est Asiatiques"!

Venetische Variationen über Geist in der Politik, Menschenrechte, Regionalität und Europäische Integration

Zum zweiten Kolloquium der EVP über "Geistige Grundlagen christlichdemokratischer Politik" in Praglia

vor

Dr. Ladislaus Barlay

Die Abtei Praglia liegt nicht irgendwo in der Mitte der Region Venetien, die sich, sehr unterschiedliche Landschaften umfassend, zwischen den Alpen und der Adria erstreckt, sondern dort, wo man die bezaubernde Anziehungskraft und früher wohl die politische Einflußsphäre der Handels- und Banquiersrepublik Venezia landeinwärts besonders stark spüren konnte und noch heute kann. Es ist die sanft gegliederte, leicht hügelige Landschaft in der Umgebung einer an Traditionen und Denkmälern besonders reichen Städte Italiens, nämlich Padovas, die man über den für Kurgästemassen mit dem biederen Schein von Luxus aufpolierten Badeort Abano Terme durchqueren muß, zuweilen auf Musterbeispiele italienischer Villen- und Gartenbaukunst, die Orte nach Maßgabe einer dynamischen Transparenz des Angenehmen zu gestalten weiß, und auf eine insgesamt uralte Kulturlandschaft blickend, um Praglia zu erreichen. Plötzlich, wie ein Denkmal des unwahrscheinlichsten optischen Eindrucks schimmert die Abtei, von der Landstraße durch Weinberge getrennt, durch das Allergewöhnlichste, durch die trotz auch hier ansässiger Chemiefirmen keineswegs verpestete Luft hindurch. Eine riesige Basilika mit entsprechend geratenem Kuppelbau, zusätzlich einige Gebäudeflügel, das Ganze sichtlich in der Romanik des 10, und viellecht noch des 11. Jahrhunderts konzipiert, und höchstwahrscheinlich erst in der Renaissance, in der die grandiose Treppe sowie einige Ornamente entstanden sein dürften, vollendet, und trotzdem die Spuren einer raumordnenden Geometrie sub specie aeternitatis verkörpernd, wodurch dem Betrachter nur eine endliche, wenngleich das Abbild der reinen Ordnung der Welt schwebend hervorkehrende Ahnung davon suggeriert wird, daß es ewige Dinge gibt. An dieser Abtei, vorzüglich an der Kirche sind nicht die hin und wieder hier-

herirrenden anspruchsvolleren Touristen, sondern die engagierte Masse von

Ortsansässigen noch auffallend, die quer durch alle Altersgruppen, bildungs-

¹ à noter qu'au Laos depuis 1978 il est question, même dans les documents officiels, du "Partie communiste d'Indochine" fondé en 1930 par Ho Chi Minh, et de plus le mot "Indochine" remplace "Laos".

mäßigen und sozialen Schichten, ausgerechnet am Samstag Abend zur Messe herbeieilt. Das ist nur einer der Eindrücke, die bestätigen, daß Italien nicht zuletzt dank der EG, das, was man in deutschen und sonstigen Landen als Indiustriegesellschaft schwer erkämpft, erlitten und genossen hat, in einigen wenigen Jahren mühelos eroberte und bewältigte. Italien steht, so scheint es dem Besucher Venetiens, heute ebenfalls an der Schwelle zur Informationsgesellschaft, zur societa d'informazione, nachdem alles, was die Industrieländer in breiter Streuung besitzen nunmehr auch selbst hat. Es könnte freilich sein, daß ab jetzt, mit der Entstehung einer zu erwartenden latein-europäischen oder romanischen Dominanz in Europa, all die wohltradierten, vor allem geistigen und kulturellen Reserven, die Italien schon allein dank seiner leistungsfähigen und nicht dezimierten Eliten sorgfältig gepflegt hat, so mobilisiert und aktiviert werden, wie es demjenigen auf den Leib zugeschnitten ist, der den größtmöglichen Nutzen aus der Informationsgesellschaft zu ziehen weiß. Italien hat hierzu allem Anschein nach gute Voraussetzungen: den lateinischen Umgang mit Sprache und Kommunikation, überdurchschnittlich viele überdurchschnittlich intelligente Studenten, eine Jugend, die anscheinend eine mutazione storico anzeigt und sich ebenso aufgeklärt wie traditionsbewußt, ebenso sportlich wie zivilisiert, ebenso leistungswillig wie kulturell geprägt gibt; hier sieht man jedenfalls sensible und dennoch maskuline junge Männer und selbstbewußte junge Frauen, die allein deshalb noch nichts an femininer Anmut einzubüßen brauchten. Nicht zuletzt aber hat Italien, wo man die Idee der marktwirtschaftlichen Ordnung, des Wettbewerbs, der Rendite und des Profits entdeckt hat und wo spätestens seit dem frühen Mittelalter fast jeder ein Kleinunternehmer war, einen schwer einholbaren Vorsprung auf dem Felde jenes capitalismo popolare, im dessen Zeichen die kommende Informationsgesellschaft stehen dürfte. Man kann, so scheint es, von Italien wieder manches lernen.

Das Institut international Jacques Maritain, das in den USA, in Canada, in Italien, in Spanien, in Argentinien und in Venezuela, jedoch nicht in Deutschland, nationale Sektionen unterhält, ist eine überparteiliche, im Geiste des christlichen Integrationalismus und Personalismus der Philosophie Maritains an sehr unterschiedlichen Themen in sehr unterschiedlicher Weise arbeitende Institution. Sein Generalsekretär residiert in Rom, wo auch die Zeitschrift des Instituts, die "Notes et documents" dreimal im Jahr erscheint. In einem Flügel der Abtei in Praglia, der dem italienischen Staat gehört, hat sich das Institut mit seinem Studien- und Forschungszentrum eingemietet. Vize-Generalsekretär des Institutes und Direktor des Studien- und Forschungszentrums ist Professor Dr. Antonio Pavan, der an der nahen Universität Padova, an einer der ältesten Universitäten überhaupt, an der Gelehrte wie Galilei Lehrstühle innehatten, Philosophie liest. Er gehört zu den kompetentesten Kennern der philosophischen Hinterlassen-

schaft Maritains 1 und er gilt, bei aller Herzensgüte und wohltuender Jovialität als ein gefürchteter Virtuose der philosophischen Disputation. Vor allem ihm war zu verdanken, daß das zweite Kolloquium der Arbeitsgruppe "Geistige Grundlagen christlich-demokratischer Politik" der EVP, das am 14. und 15. November 1986 in dem Studien- und Forschungszentrum des Institut international Jacques Maritain stattfand, ohne Übertreibung unter so gut wie idealen Bedingungen arbeiten konnte. Dies bezieht sich nicht nur auf die in Venetien traditionell vorzügliche Gastronomie, der die Küche des Hauses ganz ohne Zweifel die Treue hält, und auch nicht nur auf die unwiderstehlichen Weine der Abtei, die dem Gast den Spruch in vino veritas est zumindest bezüglich eines Lobes auf diese Weine als mitnichten falsifizierbar erscheinen lassen. Es gilt außerdem für die persönliche Atmosphäre der ebenso intelligenten wie herzlichen Gastfreundschaft und nicht zuletzt für die einwandfreien technischen Einrichtungen, wofür Professor Pavan sowie der aus Rom zur Tagung angereiste Chefredakteur von "Notes et documents", Gianfranco Martini, ein vorzüglicher Kenner der Kommunalpolitik und insbesondere der europäischen kommunalen Partnerschaften, in dankenswerter Weise Sorge trugen.

Obwohl die Democrazia Cristiana nicht, wie man es hätte erwarten können, mit übermäßig starker Beteiligung an dem Kolloquium aufwartete, gab es dennoch eine illustre Liste heimischer Redner: Professor Carlo Bernini, Regierungspräsident der Region Venetien, Giovanni Prandini, Europa-Beauftragter der DC, und schließlich mit einem mitreißenden Beitrag zum Auftakt des Kolloquiums: Emilio Colombo, Präsident der EUCD.

Es gibt einige Probleme, die grundsätzlicher Natur sind und denen jedwedes politisches Handeln unterliegt. Auch in Praglia wurden manche dieser Probleme berührt, wenngleich das Schwergewicht der Diskussion nicht auf ihnen lag. Sie wurden trotzdem immer wieder angesprochen und Vorschläge zu ihrer Lösung oder zumindest einige Normen für die Suche nach ihrer Lösung erörtert.

Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß zwischen christlichem Glaube und politischem Tun eine jedesmal aufs Neue zu überwindende Kluft besteht, deren Überwindung nur dann gelingen kann, wenn der Christ sich selbst als denkende sowie infolge der "Freiheit der Kinder Gottes" Verantwortung tragende Person zur Erfüllung einer Voraussetzung seines Glaubens macht und sich bei der Konzipierung seiner Ziele, ja seines Zielsystems, seiner Wahl der Mittel und seiner Wahl zwischen den alternativen Handlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Entscheidungssituationen einer philosophischen, zuweilen fachwissenschaftlich präzisierten Erklärung und Auswertung von Information sowie einer Reihe ethischer Wertentscheidungen bedient. Nur so kann jene Kluft in verantwortbarer, weil am Geist teilhabender und zugleich gewissenhafter Weise durch den

1 Siehe hierzu A, Pavan: La formazione del pensiero di J. Maritain, Padova 1986

116

eigenen, einmaligen Handlungsvollzug überwunden werden.

Deshalb ist der Christ nicht nur auf eine grundsätzliche, durch Philosophie und Wissenschaft gegen Wirklichkeitsferne und gegen Wahrheitsferne einigermaßen abgeschirmte Reflexion auf sein Entscheiden und Tun, sowie über Bedingungen und Folgen seines Handelns angewiesen, sondern auch auf eine Reflexion auf diese Reflexion, d.h. darauf, welche Rolle seine informationsverarbeitende Teilhabe am Geist in der Struktur praktischen Entscheidens und Handelns spielt, wozu eben auch die Reflexion auf das Wissen über Grundsätze und ihrer praktischen Anwendung gehört. Wie ihn die Denkergebnisse der Philosophie und der Wissenschaften im Hinblick auf "letzte Begründungen" stets entweder auf eine theoretisch begreifbare, jedoch abstrakt bleibende Transzendenz verweisen, die den geistigen Ursprung der Schöpfung vertritt oder eben im Stich lassen, so gibt ihm sein Glaube, zu dessen Inhalten der Primat des Geistes gegenüber allem ande ren² zählt, einen mächtigen Kompaß, um mit dessen Hilfe grundsätzliche, nicht zuletzt wissensmäßige Reflexionen seines Handelns vor dem Handeln, mitten im Handeln und auch danach anzustreben und das Wissen über diese Reflexionen zielbewußt anzuwenden.

Nicht nur grundsätzliche Probleme beschäftigen deshalb den Christen in der Politik in überdurchschnittlichem Maße, sondern auch die Frage, welche Rolle seine informationelle Teilhabe am Geist, vor allem sein Wissen im Aufbau seiner Entscheidungen und Handlungen spielen kann und spielt, ferner, wie denn solche Teilhabe und solches Wissen für die Zwecke einer christlich verantwortbaren Politik beschaffen sein sollten?

Das wurde auch in Praglia, wenn auch leider fast nur beiläufig, jedoch dann lebhaft artikuliert, indem man die geistigen Entitäten, die mehr oder weniger erkennbare Strukturelemente der dynamischen Ordnung der Welt und zugleich apriori Voraussetzungen jeglichen Wissens markieren, nämlich die Ideen ins Spiel brachte und nach dem Ideenbedarf christlich-demokratischer Politik fragte. Welche Ideen braucht eine christlich-demokratische Partei, vor allem, wenn sie eine auf internationales Zusammenwirken abgestellte Formation mit europolitischem Schwerpunkt ist, wie die EVP? Welchen Status sollten solche Ideen in der Politik haben? Gibt es denn überhaupt spezielle Ideen, die nur für eine christlich-demokratische Partei nützlich wären? Selbst, wenn es wenigstens die Idee solcher spezieller Ideen geben würde, könnte sie denn völlig unabhängig sein von anderen möglichen Ideen? Müßte sie nicht ebenso wie übrigens auch die unter sie fallenden speziellen Ideen gerade eine fundamentale Abhängigkeit von dem Geflecht anderer Ideen beinhalten? Hat denn die politische Kraft der christlich-

demokratischen Parteien die benötigten Ideen? Ist sie vielleicht in eine Krise der ideellen Steuerung geraten? Selbst, wenn nicht, wie könnte sie solche Ideen, die sie zur umfassenden, übergreifenden Werteverwirklichung und Sinnerfüllung, ferner zur zukunftsträchtigen und chancenreichen Strategiebildung und zu der dazu benötigten öffentlichen Zustimmung zu ihrem Handeln braucht, selbst erzeugen? Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, woher und wie sollte sie dann die benötigten Ideen nehmen?

So und ähnlich kann die Explikation der Fragen lauten, die von einigen seltenen Anlässen abgesehen, vorwiegend im Kontext speziellerer Fragen eingebettet auftauchten. Wenn auch nicht von endgültigen Problemlösungen oder auch nur von ihrer Beanspruchung, so doch davon zeugte diese Latenz derart grundsätzlichen Problembewußtseins, daß in Praglia den geistigen Grundlagen der eigenen Politik mit dem gebotenen Ernst begegnet wurde, daß die ideellen Momente politischen Handelns in ihrer initialen Tragweite erkannt und den Bedürfnissen konkreten Tuns entlang gesucht sowie geprüft wurden. Um den Stand der korrespondierenden Meinungsbildung und der diese erzeugenden Diskussion nachvollziehen zu können, kommt man freilich um einige grundsätzlichen Betrachtungen nicht herum. Venetiens vollkommene Kulturlandschaft, die allenthalben die Anhäufung jener Weisheit verkörpert, zu der die Erfahrung mit allen nur erdenklichen Machtkonstellationen, Konflikten und Regierungs- bzw. Staatsformen führt, ist reich an Stimulationen, solchen Betrachtungen auch dann nicht aus dem Wege zu gehen, wenn die bis zu den elementaren Grundlagen christlichen Politikverständnisses zurückführen.

Politik ist auch für den Christen auf Macht und Herrschaft bezogen. Auch für ihn gelten dabei die Regeln des Vernunftgebrauchs, die sozialen Normen der Sittlichkeit und der Institutionen und schließlich die Maßstäbe, Imperative, Werte und Tugenden der Ethik. Dennoch nimmt ihm keine dieser Regeln, Normen, Imperative und Werte die Bürde ab, sich "nach bestem Wissen und Gewissen" davon zu überzeugen, ja sich dessen zu vergewissern, daß sein Umgang mit Macht und Herrschaft in dem jeweiligen Augenblick und im Hinblick auf alle sicher kalkulierbaren Folgen mit seinem als eindeutig wahr bestätigten Wissen und mit seinem Selbstverständnis als denkfähige, aus der Schöpfung hervorgegangene Person vereinbar ist. Dem Christen ist somit von vornherein aufgetragen, durch geistige Anstrengungen die speziellen Ziele, Mittel und Entscheidungen mehr oder weniger genau aufzufinden, die die Kluft zwischen Glauben und Politik im Handlungsvollzug tatsächlich überwinden. Philosophische Grundsätze und Theorien, wissenschaftliche Informationen einschließlich Gesetzesaussagen, und sogar alle formalen Regelungen der Sittlichkeit, der Institutionen und der Ethik dienen ihm dabei lediglich als Instrumente, die zwar Mögliches eröffnen, Wirkliches erklären, Zufälliges in Betracht ziehen, Notwendiges erkennen, Ursachen, Wirkungen und Wechselwirkungen deuten, Paradoxien aufweisen, Ziele und Mittel bewerten und ihm sogar die autonome Nutzung seiner Freiheit zur Verfügung stellen und dadurch direkt oder indirekt sich als unerläßlich erweisen, jedoch nicht allein schon ausschlaggebend sind. Sie können für ihn Vieles eingrenzen oder einschränken, wiederum anderes öffnen oder erweitern, unverzichtbare Werte wie unzulässige Unwerte bestimmen, ja ganze, wohl komplexe Handlungs-

² Vgl. G.W.F. Hegel: System der Philosophie, 3. in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd. 10, Stuttgart 1965, S. 9-39; J. Maritain: Primaute du spirituel, Paris 1927, M. Müller: Sein und Geist, Freiburg-München 1981; Karol Woytila, Joh. Paul II: Primat des Geistes, Stuttgart 1980 sowie R, Buttiglione: Il pensiero di Karol Woytila, Milano 1982

abläufe sowie deren Synergie beschreiben und auch noch bewerten - sie bleiben für den Christen nichtsdestotrotz bloße Instrumente seiner Handlungssteuerung und Entscheidungsfindung. Er kann sich nicht einmal auf die politischen Paradigmen einer Geschichtsepoche und auf die in ihnen effizient gebündelten Ideen, ja auf deren formende Kraft verlassen. Zwar gilt es auch für Politiker ohne christlichen Glauben, daß all diese Instrumente für ihn nur Instrumente für eine spezielle Entscheidungsfindung inmitten des Umgangs mit Macht und Herrschaft sein können. Beim genaueren Hinschauen zeigt es sich allerdings, daß die Motivation solchen Handelns, zumindest im glücklicheren Fall, auf irgendeines der fraglichen Instrumente, etwa auf eine Einsicht, auf eine Regel oder auf einen Wert usw. gerichtet ist, was auf jeden Fall abstrakte Ziele, jedoch keineswegs unbedingt einen politischen Mißerfolg garantiert. Im weniger glücklichen Fall bildet eine unmittelbar machtbezogene wie interessenbedingte Ersatzform eines Instruments, d.h. eine Ideologie den mentalen Kern der Motivation. Für den Christen, der als Christ politisch handelt, erweisen sich solche Instrumente ausnahmslos und immerfort als bloße Instrumente gegenüber den "letzten Dingen" des Glaubensinhaltes. Keine Herrschaft und keine Herrschaftsideologie können das politische Verhalten des gläubigen Christen eindeutig und unwiderrufbar vorschreiben oder auch nur genau voraussagen. Der selbe Christ ist aber zugleich verpflichtet, durch eigenes Handeln und Entscheiden eine wohlinformierten Prüfungen standhaltende politische Vernunft zu erzeugen und an der Herbeiführung des Gemeinwohls (bonum commune) als eines sozialen Handlungszieles praktisch mitzuwirken.

Was bedeutet das für den Politiker, der unter den Bedingungen einer freiheitlich verfaßten, demokratisch regierten Rechtsstaates und des damit verknüpften parlamentarischen Systems der repräsentativen Gesetzgebung, Regierungskontrolle und Legitimation dem folgt, was christliche Inspiration genannt zu werden verdient? Was bdeuetet das ferner für die politische Partei solcher Politiker? Was folgt schließlich aus alledem für das Zusammenwirken der Parteien solcher Politiker unter der Zielvorgabe der politischen Integration Europas, eines Integrationswerkes, dessen revolutionäre, wenngleich auf dem Wege von Reformen zu verwirklichende Inhalt sich als die Schaffung eines föderativen, freiheitlich verfaßten, rechtsstaatlichen und demokratisch legitimierten Staatensystems mit ausgeprägter regionalen Autonomie und ebenfalls ausgeprägtem interregionalen Beziehungsgeflecht definieren läßt?

Ganz gewiß sitzen Christen in vielen Parteien Europas, die die Bezeichnung "christlich" nicht in ihrem Namen führen. Dennoch lassen keine Parteien der christlichen Inspiration der auf welcher Ebene auch immer politisch handelnden Person bei der konkreten, zielgeleiteten wie zweckmäßigen Gestaltung der Politik so viel Spielraum zu, wie die christlich-demokratischen Parteien. Dieser Sachverhalt macht nicht nur deutlich, daß die Christlich en anderen Parteien ihr Tun nicht christlichen Inspirationen, sondern instrumentell oder gar ideologisch orientierten Programmen und Projektionen unterordnen müssen. Selbst das schließt es nicht aus, daß ihre Handlungsergebnisse christlich verantwortbar, ja zuweilen verantwortbarer ausfallen, als manche Ergebnisse einer Politik, die nur scheinbar oder pro forma christlich inspiriert war. Andererseits machen

sich solche Parteien und ihre Mitglieder es wesentlich einfacher als die Christ-Demokraten. Denn jene können sich, schon entlastungshalber, nach Programmen, Projektionen und Ideologemen, also auch nach Handlungsvorschriften richten, wo der Christ-Demokrat zusätzlich noch erwägen, suchen und finden muß. Dafür, was er zu finden und mit seinen Parteifreunden zu vertreten sowie machtpolitisch durchzusetzen hat, gibt es keine Parteiideologien, die ihn und seine Partei normativ lenken und dabei auch noch machtpolitischen Erfolg herbeizaubern würden.

Es können für ihn und für seine Parteifreunde außer den Regeln einer freiheitlich verfaßten Legalordnung, die zugleich jedes demokratische Legitimationsverfahren normieren, keine speziellen Regeln geben, an die er und seine politischen Freunde sich mit unabänderlicher Notwendigkeit zu halten hätten. Was er und seine Parteifreunde angesichts der stets neu entstehenden und zugleich vergehenden Zufallsträchtigkeit des Weltprozesses der Schöpfung für sich beanspruchen müssen, ist die Freiheit und die Autonomie politisch handelnder Personen. Wozu sie aufgrund der freie wie autonome Zielsetzungen ermöglichenden und jedem Stück Freiheit ein entsprechendes Stück Verantwortung zuweisenden, gesetzmäßigen Wechselbeziehung von Notwendigkeit und Zufall in der Schöpfungsordnung nach dem Vernunftgebot ihres Glaubens verpflichtet sind, ist um so wichtiger, um so unabdingbarer. Es ist dies eine philosophische und soweit wie möglich die Erklärungen sowie Voraussagen wissenschaftlicher Theorien verwertende, ganzheitliche und zugleich denkbar präzise, falls möglich sogar exakte Deutung und Auswertung der Information über die Struktur der prozeßhaften Wirklichkeit, der die eigenen, mit den Ergebnissen dieser Informationsverarbeitung vereinbaren Ziele durch mehr oder weniger zweckmäßigen Mitteleinsatz und in einer ganzen Serie von geeigneten Entscheidungen aufzuprägen sind. Zu dieser Wirklichkeit gehören übrigens auch die Regeln, Normen und Werte, die von dem politisch handelnden Christen für sich selbst grundsätzlich geltend gemacht werden. Für den christlich inspirierten Politiker bleibt somit niemals erspart, eine philosophisch "auf den Begriff gebrachte", mit wissenschaftlichen Erklärungen und Voraussagen möglichst kompatible Informationsbasis für seine Entscheidungen herzustellen³, die allerdings eine wesentliche Bedingung erfüllen muß, Sie muß soweit wie möglich faktisch wahr sein, einerlei, ob man dabei unter Wahrheit eine Entsprechung der Aussagen den in ihnen gemeinten Sachverhalten, oder die Erfüllung einer Aussage durch alle Objekte einer metasprachlich abgegrenzten, den Beweis wahrer Aussagen zulassenden Objektsprache, oder die im kontradiktorischen Gegensatz zurs"Falschheit" stehende Negation ebendieser "Falschheit" als "Wahrheitswert", oder die "Wahrheitsähnlich-

³ Vgl. G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd. 15-16, Stuttgart 1965; J.M. Bochenski: Logik der Religion, Köln 1968; A.N. Whitehead: Religion in the Making, New York 1926; I. Kant: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, in: Kant, Werke, Bd. 6, Berlin 1968; M. Scheler: Vom ewigen im Menschen, Religiöse Erneuerung, in: Scheler, Gesammelte Werke, Bd. 5, Bern 1954

keit" um ihre Bestätigung konkurrierender Aussagen, oder einen Index ihrer selbst und der Falschheit versteht. Alle diese Wahrheitsbegriffe meinen Einzelaspekte derselben komplexen Idee der Wahrheit, die in der Schöpfungsordnung nach der Maßgabe der informationellen Teilhabe an Ereignissen die Aussagen, Theorien und Meinungen wahr weden läßt, und wenn sie auch von Personen, die wahre von falschen Aussagen unterscheiden können, nachvollzogen werden kann, dennoch unabhängig von diesen Personen besteht.⁴

Nur im Besitz einer einigermaßen wahrheitsfähigen Informationsbasis können politische Entscheidungen getroffen werden, deren ethische Verantwortbarkeit auf eine durch den christlichen Glaubensakt gerechtfertigte Sinnerfüllung des Handelns hinausläuft. Erst, nachdem die geistige Bewältigung des Informationsproblems jeglichen politischen Entscheidens und Handelns gesichert wurde, erst, nachdem das Entscheiden wie Handeln noch so rückkopplungsreich steuernde Zielsystem metaphysischen, epistemologischen und ethischen Erfordernissen genügt, erst dann hat es einen Sinn, daß der Christ in der parlamentarischen, verwaltungsmäßigen, diplomatischen, parteiinternen usw. Realität der Politik sein auf der Unterscheidung von Freund und Feind fußende, rechtsstaatlich gezähmte Ringen um Macht, Einfluß, Ämter und Herrschaftsanteil nach allen Regeln der Handlungssphäre praktischer Politik vorantreibt, eminent politische Strategien entwirft, taktische Übertreibungen, Regelverletzungen, Selbsteinschränkungen, Übereinkünfte, Vereinbarungen, Kompromisse oder eben Konflikte eingeht, sich in Partei- oder Fraktionsdisziplin übt, Gruppen bildet, Koalitionen schmiedet, Drohungen, Verlockungen oder Lob ausspricht, seine Feinde, Gegner oder nur Wettbewerber um die Macht täuscht, kämpft, den Rückzug antritt oder verhandelt usw. Alldies muß er können, falls er und mit ihm seine Position und die Position seiner Freunde nicht scheitern sollen. Die Informationsbasis seiner Entscheidungen, falls sie wirklich den erwähnten, hohen Anforderungen genügt, wird ihm alle fortan benötigten theoretischen wie praktischen Kenntnisse über die Handlungssphäre der Politik spielend vermitteln, und ihn auch noch mit sehr wohl begründeten, wenngleich seiner Naivität entgegensteuernden ethischen Präferenzen ausstatten. Wenn er hierzu über geeignete seelischen wie körperlichen Anlagen, Vermögen, Fertigkeiten und Fähigkeiten verfügt, so sind seine politischen Erfolgschancen ganz beträchtlich.

In der speziellen Handlungssphäre der Politik scheint er sich zunächst von nicht christlich inspirierten, sich keinem christlich-demokratischen Programm oder Projekt verschreibenden Politikern durch nichts zu unterscheiden. Es sei denn, man beachtet, daß er einen gewaltigen nicht-politischen sowie eminent politischen Informationsvorsprung haben und diesen stets in jeder echten politischen Entscheidungssituation nutzen kann, daß er über metaphysische, epistemische und ethische Reserven für die Ausbalanzierung seelischer Belastungen verfügt

und daß er von dem realen, ungeschminkten Stellenwert der Politik ebenso im Bilde sein kann wie über seine nicht-politischen Solidaritätsverpflichtungen gegenüber seinen Mitmenschen als Personen.

Das sind zweifellos Vorteile, wenn sie allein noch keinen politischen Erfolg zu garantieren vermögen. Aber die noch bedeutenderen Vorteile christlich-demokratischer Politik sind diejenigen, die infolge der freilich nur mehr oder weniger vollständigen Verwirklichung des jeweiligen Zielsystems der Initiatoren und Protagonisten dieser Politik für andere und insgesamt für alle erzeugt wurden. Diese Vorteile lassen sich heute an dem Zustand der Europäischen Gemeinschaft ablesen, sie erfuhren stets eine demokratische Legitimation und sie weisen die christlich-demokratischen Parteien in den meisten europäischen Ländern als eine initiativenreiche, lern- und erneuerungsfähige, mit Zukunftsprojekten aufwartende, geistig offene, tolerante und zugleich wichtige, ja vielfach ausschlaggebende politische Kraft aus. Mit fortschreitender Verwirklichung der in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegten politischen Integration dürfte die Bedeutung dieser politischen Kraft europaweit sogar noch steigen.

Die Schlußfolgerung, die aus der Feststellung dieses Sachverhaltes folgt, wirkt nur auf den ersten Blick erstaunlich: die politischen Vorteile für den Christen, der einer christlich-demokratischen Partei angehört, ergeben sich aus der Informationsbasis seiner Entscheidungssituationen, ja sie gehen im Sinne der Ganzheitskausalität sogar kausal darauf zurück, was er zwar auch mitgestalten kann, jedoch eigentlich nur kennen muß und was hauptsächlich nicht sein Werk ist, sondern eines von Philosophen, Wissenschaftlern, Theologen und Publizisten. Damit freilich aus diesen Vorteilen politischer Erfolg wird, muß die mühsame Arbeit des Einbaus der geeigneten Elemente der Informationsbasis in das Zielsystem, der abwägenden, ausgeprägtes Augenmaß erfordernden Auffindung optimaler Entscheidungsfolgen und Rückkopplungen, des Entwerfens schrittweise offener Strategien, der Abschätzung strategischer Spielchancen, der Beschließung, Kontrolle sowie Korrektur taktischer Schritte, der Voraussage von Verlusten und des Sammelns strategischer Reserven usw., mit einem Wort die Arbeit der Transformation von Information in optimale Entscheidungsfindung getan sein. Auch so ist infolge des Anteils irrationaler Restbestände am politischen Geschehen ein Erfolg noch nicht vollkommen sicher, allenfalls wahrscheinlicher als ohne die Vorteile der Informationsbasis und ohne die Ergebnisse ihrer teilweisen Transformation in praktische Entscheidungsfindung.

Das bestätigt den Vorteil, den ein Christ-Demokrat bereits der Informationsbasis seiner Entscheidungen verdanken kann um so mehr, als ein Teil seiner Informationen bereits auf Entscheidungen bezogen sein kann, ethische Wertentscheidungen miteinbegriffen. Dabei können einige Elemente dieser Informationsbasis im Einklang mit bestimmten Glaubensinhalten für einen, auf die ganze politische Biographie bezogen äußerst langen Atem, für ein zweckmäßiges Wechselspiel von Flexibilität und Konsequenz, und für großes Durchstehvermögen sorgen.

Keine Parteiideologie, kein instinktiver "Wille zur Macht", kein sozialer Eudämonismus, kein Nepotismus, keine Permissivität, keine Utopie – lauter von Berufspolitikern bevorzugte Organisationsparadigmen – leisten das, was die Akzeptanz, die Kenntnis, die Anwendung und die strategische Auswertung einer frei und

⁴ Vgl. L. Barlay: Geist und Umweltbewußtsein, Frankfurt-Berlin-München 1982, S. 23-24: J. Seifert: 1s the Existence of Truth Dependent Upon Man?, in: Review of Metaphysics 35 (March 1982), S. 461-481

autonom entwickelten Philosophie, und einer ganzen Reihe von überdies auch noch maßvoll geförderten Wissenschaften, einer garantiert frei berichtenden Medienlandschaft und einer von der Transzendenz der Person nicht abgewandten Theologie zu leisten vermögen.

Folglich ist der christlich inspirierte Politiker zu Folgendem verpflichtet:

- 1. Er sollte sich philosophisch, und zumindest in einigen Fachwissenschaften gründlich ausbilden lassen, sich auf diesen Operationsgebieten des Geistes auch dann stets auf dem Laufenden halten, wenn er selbst keine konstruktiven Eigenbeiträge zur Lehre und zur Forschung zu leisten beabsichtigt; er sollte auf jeden Fall dafür sorgen, daß er infolge eigenständiger Bildung, Forschung und Erfahrung oder unterstützt durch geeignete Beratung sowie Diskussionen über eine hinreichend vertiefte und umfassende Informationsbasis in seinen Zielkonzipierungen und Entscheidungsfindungen verfügt; schließlich sollte er seine Parteifreunde in den Umgang mit solcher Information einbeziehen, mit dem Führungsnachwuchs seiner Partei eingehend diskutieren, durch persönliches, öffentliches Engagement für die Sicherung eines hohen Informationsstandes das gleichgerichtete Interesse bei Parteifreunden wecken und fördern, den Gedankenaustausch und den Dialog mit Philosophen und Fachwissenschaftlern nicht ideologiebefangener Art suchen, führen und fördern und sich aktiv für die Vergabe parteieigenen Stipendien an Studenten der Universitäten und für die sich auf Forschung, Lehre und Publikationen erstreckende Kooperation zwischen den Universitäten, privaten Forschungsinstituten (think tanks mit einbegriffen) und den parteieigenen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen einsetzen.
- 2. Er sollte sich nicht scheuen, sich öffentlich zu bestimmten normierten Zuständen, Ideen, Werten und Grundsätzen, die metaphysisch und ethisch begründet sind und mit der legalen Ordnung sowie mit dem christlichen Glauben unlösbar verknüpft sind wie Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit, Recht, Menschenrechte, Solidarität, Subsidiarität, freie Marktwirtschaft, technologischer Fortschritt, Gemeinwohl, sozialstaatliche Daseinsfürsorge, usw. zu bekennen und sich an deren Diskussion nach Möglichkeit zu beteiligen.
- 3. Er sollte aktiv für die Herstellung der notwendigen politischen Bedingungen der Freiheit, der Autonomie und der hinreichenden öffentlichen wie privaten Finanzierungsgrundlagen der Philosophie und der Wissenschaften eintreten; er sollte dabei kreative, innovative, phantasievolle, noch so ungewöhnliche, jedenfalls zweckmäßige und legalitätskonforme Entscheidungen befürworten und wenn möglich auch selber trefffen; er sollte für die institutionelle wie öffentliche Leistungskontrolle und Eliteförderung in diesen Bereichen möglichst Sorge tragen und auf entsprechende Maßnahmen (einschließlich Gesetzesinitiativen und Gesetzesnovellierungen) drängen; er sollte die internationale Kooperation in diesen Bereichen fördern, gruppenegoistische und totalitär sowie extremistisch eingestellte ideologische Unterwanderungsversuche abwehren und hierfür parteintem werben.
- 4. Er sollte im Besitz der vielleicht auch eigens erzeugten, jedenfalls aber von Philosophen und Wissenschaftlern hervorgebrachten und von ihm selbst nach Maßgabe der eigenen Zwecke begriffenen sowie eingeschätzten Instrumente eine Ein-

- sicht in die Ideologien und Trends der öffentlichen Meinung, der maßgeblichen Elite-Gruppen und Meinungsmultiplikatoren gewinnen und diese Einsicht neuen Phänomenen der öffentlichen bzw. öffentlichkeitswirksamen Meinungsbildung anpassen.
- 5. Er sollte durch engagiertes Auftreten in den sinnvermittelnden Institutionen wie Medien, Hochschulen, Schulen, Kirchen, Berufsverbänden und Vereinen für die Herstellung von Meinungsbildungs- und Diskussionsbedingungen sorgen, die für einen wahrheitsgemäßen, maßvollen und wertbezogenen Umgang mit Information förderlich sind. Er sollte dabei seiner Partei suggerieren oder gar ihr auf machtpolitisch artikuliertem Wege schmackhaft machen, mutatis mutandis das gleiche zu tun.
- 6. Er sollte die unter 1 bis 5 angeführten Pflichten auf jeder ihm zugänglichen, also auf kommunaler, auf regionaler, auf interregionaler, auf nationaler, auf supranationaler und auf internationaler Ebene erfüllen.

So stellt sich zunächst der Problembestand des ideellen Aufbaumoments christlich-demokratischer Politik in der systematischen Sicht der korrespondierenden Disziplinen der Philosophie sowie der Sozial- und Rechtswissenschaften dar. ⁵

Die eine Position, die bezüglich der damit berührten Probleme mehr oder weniger deutlich artikuliert und vor allem von dem Generalsekretär der EVP, Dr. Thomas Jansen vertreten wurde, kommt der geschilderten systematischen Sicht des Problems man möchte fast sagen beliebig nahe. Jansen betonte, daß das christliche Menschenbild dem christlich-demokratischen Politiker und seiner Partei eine geistige Gleichschaltung durch eine Parteiideologie, durch irgendwelche Denk- und Meinungsvorschriften, durch irgendwelche Einschränkung der theoretischen und praktischen Welterfahrung grundsätzlich erspart. Er hob zugleich hervor, wie wichtig es für die praktische Politik sei, sich auf bestimmte Doktrinen verlassen zu können, wobei der theoretische Ideengehalt dieser Doktrinen nicht von Funktionären, Mandatsträgern oder Amtsinhabern der Parteien, sondern von den professionellen Gelehrten der einschlägigen Berufe und Institutionen nach eigenen Kriterien erarbeitet werden muß, ohne daß man den Politikern untersagte, zugleich nach den gleichen Kriterien wissenschaftlich zu arbeiten, und ohne, daß man die Wichtigkeit der Tradition der Doktrinen, so etwa der Doktrinen der katholischen Soziallehre, über die Andre Louis, Vize-Generalsekretär der DCI eine anregende Deutung lieferte, aus den Augen verlöre. Die Doktrinen sind nichts anderes, als was aus der Menge der überhaupt verfügbaren theoretischen Informationen und ethischen Imperativen sowie Werten durch die Langfristkomponenten des Zielsystems in Form von Thesen und Handlungsvorschriften oder auch nur Präferenzen ausgewählt und in seiner machtpolitischen Potenz als gewichtig eingestuft wird, um als ein argumentatives, zustimmungsfähiges Instrument der Politik eingesetzt zu werden.

Die Doktrinen und ihre Anwendung setzen philosophische und wissenschaftliche Informationen in Form von Theorien, Prognosen und Werten, ferner deren Deutung durch Politiker, Beraterstäbe und durch die Medien voraus, was wiederum

⁵ Siehe hierzu noch L. Barlay: Paradigmen und Ideen politischen Handelns, in: LIBERTAS, 2/1986, S. 21ff

einer philosophischen oder wissenschaftlichen Bildung oder Vorbildung bedarf. Sie aber selbst sind endgültig in machtpolitisch zweckdienliche , strategisch verwendete Ideen transformierte Information, die weder die restliche verfügbare Information, noch die einmalige geistige Anstrengung beim Herstellen und Nutzen der Informationsbasis von singulären Entscheidungen, noch die Konzipierung und Geltendmachung von Zielsystemen in Entscheidungen ersetzen kann. Es erstaunt nicht, wenn Jansen zur Pflege der Doktrinen einen vertiefteren und regelmäßigen Gedankenaustausch mit Wissenschaftlern angeregt hat, etwas, was übrigens praktisch von allen Teilnehmern in Praglia begrüßt wurde, so auch von denen, die zu Jansens Position abweichende Meinungen vertreten.

Daß es in Praglia um diese Themen keine erbitterte Disputation geführt wurde, liegt keineswegs daran, daß die Mehrheit der Teilnehmer in der praktischen, vor allem parteibezogenen politischen Arbeit verwurzelt ist. Ausschlaggebend ist vielmehr, daß der Konsens über die erwähnten Themen stärker als der Dissens ist. Deviante bis kontroverse Formulierungen lassen sich dabei erst mit größter Aufmerksamkeit wahrnehmen, zumal sie sich in dem Kontext ihrer Präsentation und Diskussion, also unter pragmatischen Gesichtspunkten der Politik, eher nur Nuancen zu betreffen scheinen. Solche scheinbaren Nuancen können jedoch grundsätzliche Aspekte des politischen Handelns, der politischen Zielformulierungen und der politischen Strategien sehr wohl im Wesentlichen treffen, was man unter den Sachzwängen des täglichen politischen Managements nicht unbedingt zu merken braucht, und was, soweit möglich, zur Kenntnis zu nehmen es sich sicherlich lohnt, noch bevor es dazu zu spät sein könnte.

Der ganz gewiß anspruchsvollste Vertreter von solchen von den erwähnten manchmal nur geringfügig, manchmal wiederum mehr abweichenden, teils nur die Akzente anders setzenden, teils Kontroversen implizierenden Ansichten über die erwähnten Themen ist der äußerst eloquente Generalsekretär des Institut international Jacques Maritain, der erprobte Parteivordenker der DC Professor Dr. Roberto Papini. Er trat erneut für die Dringlichkeit der Erarbeitung einer parteieigenen Ideologie für die christlich-demokratischen Parteien ein, wobei er den Ideologiebegriff nicht marxistisch gedeutet sehen möchte. Er versteht darunter eine verbindliche Theorie, die die politische Praxis dieser Parteien langfristig zu bestimmen hätte. Diese Theorie sei angesichts der von ihm konstatierten Krisenzustände der Gegenwart erforderlich: der Krise der Demokratie (einschließlich der Krise der Hyperregulationen des welfare state), der Krise der Volkswirtschaften und der Sozialordnungen und der Krise des neuen Weltwirtschaftssystems. Aufgebaut sehen möchte er diese Theorie aus den folgenden Elementen: Werte der politisch-kulturellen Tradition der Christlichen Demokratic, Beiträge der Soziallehren der christlichen Kirchen, personalistische Philosophie (hauptsächlich die Lehren von Maritain, Mounier, Marcel, Nedoncelle, Lacroix, Riviere, Scheler, Marc, Sheffield, Brighton, Hocking usw. und die Leh-

ren des Neothomismus), und schließlich Erfahrungen aus der politischen Arbeit der letzten Jahrzehnte in Europa. Er räumt dabei dem Spannungsverhältnis zwischen Reform und den "Bedürfnissen der armen Leute" und damit dem "Primat des Sozialen" eine fundamentale, strategiebegründende Rolle ein, und regt unter Berufung auf Maritains "integralen Humanismus" sowie brüderliche Gemeinschaft freier Personen eine Suche nach dem "Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kollektivismus" an. Auf fünf Ebenen wären nach ihm Bemühungen erforderlich, um die somit suggerierte, einheitliche und verbindliche Theorie als Parteidoktrin erarbeiten zu können: auf der Ebene des historischen Erinnerungsvermögens der Parteien, auf der Ebene der "politischen Kultur" der Parteien, auf der Ebene einer Auswertung der Regierungspraxis dieser Parteien, auf der Ebene der Handlungsmodelle der Parteien und auf der Ebene der politischen Sprache sowie des politischen Sprachgebrauchs. Nur so entstünden die benötigten doktrinären Grundlagen christlich-demokratischer Politik und nur so ließen sich die Krise des "christlich-demokratischen Projekts" sowie die Krise der europäischen Integration, wie diese von Papini festgestellt wurde, künftig mei-

Nicht nur unter den ungewöhnlich stimulierenden Bedingungen Venetiens, die die spekulative Phantasic ganz ohne Zweifel beflügeln dürften sich einem dazu Fragen aufdrängen, die nach künftiger Aufklärung und Präzisierung verlangen. Würde eine einzige, rationale Theorie wirklich dazu ausreichen, die politische Praxis christlich-demokratischer Parteien zu normieren und zu lenken? Wäre das, was sich aus den von Professor Papini vorgeschlagenen Elementen aufbauen liesse, wirklich eine Theorie und sogar eine, gemessen an den Maßstäben der Rationalität konsistente Theorie? Bräuchte man für jene doktrinäre Komponente der ideellen Steuerung politischer Praxis, die hier Theorie genannt wird, nicht eine wesentlich breitere, weiter in die Geschichte zurückgreifende und zugleich aus den Denkmöglichkeiten der gegenwärtigen philosophischen Forschung und Diskussion für sich mehr beanspruchende und operativer formulierte philosophische Grundlage, die auch die personalistische Tradition in sich einschlösse, als eben lediglich diese Tradition selbst? Würde nicht gerade eine solche Erweiterung der philosophischen Grundlagen mit Hilfe etwa der Metaphysik, der Ontologie, der Logik, der Epistemologie, der Semiotik, der Ethik, der Rechtsphilosophie, der Religionsphilosophie usw., wie diese sich heute systematisch denken lassen, sogar Maritains Personalismus so deuten lassen, daß ein Primat des Geistes und eine reichhaltige Problematik der Person, zu deren abgeleiteten Dispositionsgrößen ihre sozialen Verhältnisse gehören, im Zielsystem christlich inspirierten Handelns ausschlaggebend sein könnten? Wäre es nicht an der Zeit, mitten im Übergang zur "Informationsgesellschaft" und zu ihren revolutionären Neuerungen in der Informationsverarbeitung, in der Kommunikation, in der Organisation der Arbeitswelt, in der Rekonstruktion der wirtschaftlichen Eigenverantwortung, in der Erweiterung der persönlichen Freiheit und Autonomie, in der Erzeugung neuartiger Bedürfnisse kultureller Art, in der Ausweitung der demokratischen Entscheidungspartizipation, in der verwaltungsmäßigen Dezentralisation und Regionalisation usw. nachzudenken, welche Regeln, Strukturmerkmale und rechtsstaatliche Bedingungen einer mehr oder weniger freien Marktwirtschaft

⁶ Vgl. R. Papini: Für eine Doktrin der Europäischen Volkspartei, in: Die christliche Demokratie in Europa, Rom 1979, S. 121ff; ders.: Tradition et actualité de la pensée democrate chrétienne, Manuskript, ferner ders.: L'Internazionale DC, Milano 1986

unverzichtbar für jedwede soziale Gerechtigkeit, für jede unabdingbare Sozialpolitik sind? Hat Papinis Entwurf nicht den Nachteil, daß er allzu viele Möglichkeiten der Erkenntnis, des Denkens, der Wertung, der Prognosebildung, ohne die
man sich inmitten der politischen Wirklichkeit nicht zurechtzufinden vermag,
schlichtweg ausschließt? Werden damit wichtige Themenstellungen von vorneherein denen überlassen, die über Ideologien und nur über solche verfügen?
Müssen dann Christdemokraten nicht nur noch das diskutieren dürfen, was
solche Ideologen bereits vorgaben und müssen sie selbst das nicht unter Normen tun, die lediglich den machtpolitischen Profilierungsbedarf jener Ideologen allen anderen aufdrängen? Kann man der Öffentlichkeit, zumal den Wählern christlich-demokratischer Politiker, sowie den Mitgliedern und Funktionären christlich-demokratischer Parteien keine anderen Themen, keine anderen Schwerpunkte und Normen und keine in professioneller philosophischen
Diskussion bestätigten Problemlösungsvorschläge mit Chance auf mehrheitsstiftenden Konsens zumuten?

Zur Diskussion solcher Fragen gibt es Gelegenheit genug: das nächste Kolloquium, so wurde in Praglia vereinbart, soll sich der Frage widmen, welche Rolle die Idee der Marktwirtschaft sowie ihre politisch zu meisternden Voraussetzungen und Folgen für eine christlich inspirierte Politik haben?

Die Hauptreferate, die in Praglia gehalten wurden, zeugten von vielfältigen und wichtigen Verknüpfungen ihres Gegenstandes mit der erwähnten Grundlagenproblematik. Gleichwohl waren sie spezielleren Themen gewidmet und auch diesbezüglich einer nunmehr von mehreren Seiten beleuchteten Grundtendenz europäischer Politik, nämlich dem Terraingewinn persönlich orientierter, auf den Lebenssinn der Einzelpersonen abgestellten Normen politischen Handelns, einschließlich Regierens, im Vollzug einer aus interregionaler Kooperation erwachsenden supranational integrierten Politik in Europa und einer dementsprechend gestalteten Pflege internationaler Beziehungen in allen Institutionen und auf allen Ebenen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung.

In seinem Vortrag über "Das System der internationalen Beziehungen und die Rolle der nicht-gouvernementalen Organisationen" stellte Professor Dr. Antonio Papisca die These zur Diskussion, wonach der Begriff staatlicher Souveräntät ohne die Berücksichtigung der Wahrung der Menschenrechte durch die betreffenden Staaten schlichtweg weder definierbar noch auf diese Staaten anwendbar sei. Das war nicht nur universalistisch, also in dem Sinne gemeint, daß jede menschliche Person solcher Rechte fähig und würdig ist, weshalb jede innerstaatliche Rechtsordnung nur menschenrechtskonform denkbar bzw. zulässig ist und dementsprechend der auf dem Begriff solcher Ordnung fußende Begriff eines souveränen Staates als Völkerrechtssubjekts zwingend unter der Norm zu wahrender und zu gewährleistender Menschenrechte steht. Das Regelsystem dieser Rechte ist kein verschwommenes Abstraktum, und auch keine leere, auf ihre Realisierbarkeit hin nicht überprüfbare Fiktion von beliebigen Sollwerten, hob

Papisca hervor, sondern ein Stück positives Recht, festgelegt in manchen Verfassungen freiheitlich verfaßter Rechtsstaaten sowie in solchen Fundstellen grundsätzlicher Bedeutung wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO oder Thomas Paines "The Rights of Man" usw. Die Geltung dieses Regelsystems bedeutet vielmehr, so Papisca, eine Konkretisierung und Dezentralisierung des staatlichen Ordnungsgefüges, zumal demnach jedermann konsequent auf die Wahrung seiner und aller anderen Menschenrechte zu pochen hat. Hierzu sind, außer der Kontrolle durch eine unabhängige und von Fall zu Fall anzurufende Justiz, keine generell wirkende, universal kompetenten Organe des Staates notwendig. Im Gegenteil: die Universalität des Anspruchs einer jeden Person überall und zu jeder Zeit auf die Wahrung ihrer Menschenrechte wird als eine konkrete Ausnahmslosigkeit verwirklicht.

Das bedeutet, führte Papisca aus, daß lokale, einmalige Akte, die die Norm der Wahrung der Menschenrechte erfüllen, maßgeblich für die Legitimität staatlicher Legalordnung sind, ferner, daß damit erst der hinreichend begründete Maßstab für die Beurteilung dessen vorliegt, ob ein politischer Herrschaftsverband als territoriale Hoheit behauptende Entscheidungs- und Wirkungseinheit ein Staat, also zugleich ein Subjekt zwischenstaatlicher Souveränität sei. Die staatliche Souveranität bilde daher keine Grenze für die Geltung der Menschenrechte, die universal sind, zog Papisca den Schluß. Das System der internationalen Beziehungen könne daher nur unter dem Aspekt der Menschenrechte verbindlich genormt werden. Ohne Wahrung der Menschenrechte kann keine Souveränität beansprucht und gewährt werden, d.h. Souveränität beruht immer auf der Erfüllung von Menschenrechtsforderungen und sie kann die Träger staatlicher Ämter, falls diese die Menschenrechte verletzen, nicht vor der gebotenen bilateralen und internationalen, gegebenenfalls maßnahmeorientierten Anprangerung ihres Tuns schützen. Papisca übte in diesem Zusammenhang entschiedene Kritik an den Ostblockstaaten, die es immer wieder versuchen, unter Hinweis auf völkerrechtliche Einmischungsverbote ihre Menschenrechtsverletzungspraxis als durch die Souveränität angeblich geschützte, innere Angelegenheiten hin-

Die Aktivitäten der internationalen Parteiverbände durchläutend kam Professor Dr. Hugues Portelli (Paris/Nanterre) in seinem gekonnt vorgetragenen Beitrag über "Die Kooperation der politischen Internationalen (CDI - SI - LI - IDU)" zu Schlußfolgerungen, die zumindest eine politische Dimension des von Papisca völkerrechtlich analysierten Trends verdeutlichen. Portelli stellte lapidar fest, daß die alten Internationalen an der einstweiligen Dominanz der Nationalstaaten praktisch gestorben seien. Dagegen hätten die neuen Internationalen neue Funktionen zu erfüllen:

1. Die Vereinheitlichung der politischen Aktionen in allen Staaten auf der nicht mehr ignorierbaren Ebene ethischer Grundsätze, Werte und Normierungen, was trotz aller Selbständigkeit der nationalstaatlichen Mitgliedsparteien zum unabdingbaren Kriterium wurde, fällt zweifellos den Internationalen zu. Ein nationalstaatliches Credo reicht nicht zur Akzeptanz von Handlungen bei der Internationale, diese hat zu intervenieren bei ethisch devianten Aktivitäten vor Ort. Freilich muß hierzu die Ethik in einzelne nationalstaatliche Muster effizient

übertragen werden. Schließlich stieg der moralische Konformitätszwang in den Internationalen, die sich häufiger denn je moralischer Pression bedienen.

2. Erst auf der Ebene der politischen Selbststeuerung von Großregionen wie etwa Europa können die Internationalen ein sachpolitisch programmatisches und machtpolitisches Gewicht haben. Die Christ-Demokraten verdanken ihr Gewicht in Europa nicht zuletzt dem Umstand, daß sie von Anfang an nicht nur integrationsfördernd, sondern zugleich entschieden föderalistisch gehandelt haben.

3. Die Internationalen sind Transmissionsriemen, die zwischen heterogenen Staaten und Parteien installiert sind und sie suchen für sich und für die einzelnen Parteien einen geeigneten Typ der Selbstdarstellung und des Handelns, der den Anforderungen eines funktionsfähigen Systems der internationalen Beziehungen mehr oder weniger entspricht. So sind sie z.B. wichtige Instrumente des Dialoges zwischen großen Weltteilen, etwa zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost.

Die Erfüllung dieser Funktionen kann nur dann Erfolg garantieren, wenn der weltweite Bedarf an ethischer Handlungssteuerung und -normierung, sowie regionalitätsbedingter Dezentralisation, interregionaler Kooperation und supranationaler Teilnahme an der Weltpolitik die Realitäten unserer Tage sind. Gerade dies bestätigte Portelli, nicht zuletzt mit dem Hinweis, daß die Sozialistische Internationale ihre Krise der Unfähigkeit verdankt genau die damit verknüpften, zuvor geschilderten Funktionen zu erfüllen.

In einem ausführlichen Vortrag über "Regionale Aktionseinheit: Basis der internationalen Zusammenarbeit - Verantwortung und Aufgabe von EVP/EUCD" entwickelte schließlich Dr. Thomas Jansen die wichtigsten Zielworgaben und Kriterien der politischen Arbeit der Europäischen Volkspartei Betonung der Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit den ideellen Beweggründen christlich inspirierter und zu verantwortender Politik, räumte er den regionalen Aspekten politischen Handelns im Rahmen der Doktrinen der Christlichen Demokratie besondere Bedeutung ein. Europa kann nur eine föderalistisch konzipierte Union in vielfacher Hinsicht eigenständiger und so zu integrierender Regionen sein, betonte er und zog daraus den Schluß, wonach die interregionale Kooperation künftig in der Strategie der EVP einen erhöhten Stellenwert besitzen sollte als zuvor. Dies würde vielfältige positive Auswirkungen auf allen Ebenen und in allen Zweigen christlich-demokratischer Politik erzeugen, so auch im Hinblick auf eine stets neu herzustellende soziale Gerechtigkeit, die zu den wichtigsten, solidaritäts- und subsidiaritätsbedingten Zielvorgaben christlich inspirierter Politik gehört.

Nach einer luziden Zusammenfassung der Ergebnisse des Kolloquiums, die von Arie Oostlander (Direktor des wissenschaftlichen Instituts des CDA in Amsterdam) formuliert wurde, sprach Senator Giulio Orlando, Verantwortlicher für die Auswärtigen Beziehungen der DC, ein fulminantes Schlußwort, das ebensosehr für den Verstand des Zuhörers argumentierte, wie es auf seine Emotionen appellierte. Wieder einmal wurde man daran erinnert, wie reichhaltig und tief verwurzelt die politische Kultur Italiens ist, aus welchem rhetorischen, argumen-

tativen, strategischen und taktischen Vorrat an Erfahrungen über den Umgang mit Macht und Herrschaft italienische Politiker schöpfen können und wie arm und dürftig Europa ohne den spirituellen und politischen Beitrag Italiens wäre.

⁷ Siehe H. Portelli-Th. Jansen (Direction): La Democratie Chretienne – Force Internationale, Université de Paris X-Nanterre, 1986

Buchbesprechungen

Bruno S. Frey: Internationale Politische Ökonomie. Verlag Franz Vahlen, München 1985. WiSo-Kurzlehrbuch, 168 S.

Eine Lücke scheint der Züricher Wirtschaftpolitik-Professor Frey getroffen zu haben, als er über den Verlag Franz Vahlen dem deutschen Sprachraum ein Kurzlehrbuch über internationale politische Ökonomic schenkte. Besonders in der Wissenschaft wird vernachlässigt, wie sehr Politik und Wirtschaft verzahnt, ja verflochten sind. Komplexe Industriegesellschaften und ihre kompliziert motivierten und artikulierten Meinungsbildungsprozesse lassen kaum noch eine "reine Lehre" zu. Politologen scheuen sich oft, wirtschaftliche Einflüsse auf das internationale System zu akzeptieren. Und die Theorie des internationalen Handels läßt oftmals politische Einflüsse unberücksichtigt. Das Ergebnis nach Frey: Öko-Aussenwirtschaftstheorie nomische und politikwissenschaftliche Theorie der internationalen Beziehungen sind voneinander isolierte Wissenschaftsbereiche. Frey widerlegt dies. Dabei fällt die empirische Evidenz etwas schwach aus, weil sich eben heute kaum iemand noch mit Kolonialverflechtungen befassen möchte. Etwas mehr Moderne und Praxisnähe wäre gerade hier beim schweren Einstieg in die Materie motivierender gewesen!

Über die Formulierungen der Titelfragen, könnte man auch streiten. "Wie kommen Zölle zustande? Theoretische Analyse" ist das Kapitel, wo Sinn und Nutzen des Freihandels behandelt wer-

den. Aktuell bleibt in diesem Kapitel die Untersuchung, wann und warum Rufe nach protektionistischen Maßnahmen laut werden. Die Realität in den USA hat die zitierten ökonometrischen Untersuchungen z.B. über das Protektionismus-Verhalten von Congressmen sogar schon fast überholt. Das Dumping-Kapitel erscheint wenig mathematisch überfrachtet; es ist auch bedauerlich, daß in den ersten drei Kapiteln zwar viel von den USA die Rede ist, kaum aber von Japan oder von der Europäischen Gemeinschaft.

Direktinvestitions-Risiko und Auslandverschuldung sind weitere Themen des Buches. Man muß dem Autor dankbar sein, daß er hier nicht ideologisch duselt, sondern die Dinge beim Namen nennt, so z.B. die Differenz zwischen Brutto- und Nettoverschuldung, die beim Vorliegen bestimmter Umstände ein wesentlich geringeres Problem darstellt. Es ist interessant, daß der Frage ausländischer Direktinvestitionen umfangmäßig mehr Raum gewidmet ist, als der Verschuldungsfrage, die in der aktuellen Diskussion überbewertet zu sein scheint - jedenfalls in der Deploration der Symptome, nicht jedoch in der aktiven Verfolgung der Heilmittel. Eine eingehende Betrachtung des Länderrisikos schließt sich an, nicht ohne daß der Autor darauf hinweist, daß es theoretisch noch nicht meßbar ist und nach wie vor politische Instinktgröße bleibt.

"Wer gibt und wer erhält Entwicklungshilfe?", lautet ein weiteres Kapitel. Frey demaskiert dabei den Vorwand der Philantropie und des Nicht-

Ändern-Wollens seitens der Geberländer. Eine weitere Lehre (die für eine EG-gesteuerte, supranationale Entwicklungshilfe spricht), die offengelegt wird: Hilfe von Geberländern steht zur Hilfe aus anderen Ländern der gleichen Referenzgruppe in Konkurrenz. Dies kann "Übersteuerungen" und Parallelaktionen, die negativ sind, ergeben. Auch hier ist schade, daß Frey die multinationale Entwicklungshilfe der EG nicht untersucht - es wäre interessant gewesen, nicht nur für Eurokraten. Sanktionen für Südafrika - das ist seit geraumer Zeit die Frage. "Lohnen sich Wirtschaftskriege?", fragt Frey in einem Schlüsselkapitel seines Buches. Historische Bedingungen, organisatorische und wirtschaftliche Voraussetzungen werden dabei abgehandelt, ebenso wie die Fallstudie Rhodesien. Fazit: Wirtschaftliche Sanktionen scheitern an der politischen und wirtschaftlichen Praxis. Im Grunde genommen erscheint die Südafrika-Boykottdiskussion vor dem Hintergrund der Frey' schen Lehrformeln lächerlich.

"Warum ist eine internationale Zusammenarbeit so schwierig?", fragt Frey in Kapitel sieben. Warum er dieses Kapitel mit der Frage der Zerstörung internationaler Umweltgüter beginnt, ist ein Rätsel. Daß er dabei die IWC-Abkommen nahm, ist nicht besser, denn in ihrem Bereich tat sich etwas in den letzten zwei Jahren. Vielleicht hätte die klare Kompromittierung nationalen Egoismus am Beispiel des EG-Binnenmarkts bessere Instruktionswirkung gehabt? Ebenfalls eigenwillig sind hier die Beispiele für internationale Zusammenarbeit, einschließlich Verteidigungsbündnisse. Aber möglich ist diese Form der Selektion schon, Schließlich fragt Frey: "Wie funktionieren inter-

nationale Organisationen?". Mit Verlaub gesagt, Frey irrt, wenn er meint, daß in der Europäischen Gemeinschaft nichts funktioniere, nur Papier produziert wird, das dann in Schubladen verschwinde. Dies ist leider auch richtig, aber auch, daß die EG die weltweit am weitesten entwickelte Organisation ist. Leicht überholt ist hier auch die Andeutung des Vetos im Ministerrat. Schade, daß Frey sich vollends der Chance begibt, die EG seriös einzubinden, wenn er die hohe Zahl der Dolmetscher und Übersetzer im Zusammenhang mit überbordendem Bürokratismus und geringem Effizienzgrad bringt. Daß die EG eine neunsprachige Dialog-Institution ist, wird hier nicht gesagt, ebenso wenig, wieviel EG-Beamte im Vergleich z.B. zu regionalen Beamten pro 100 000 EG-Bürger existieren. Die Güte des Fallbeispiels Weltbank entschädigt hier nur teilweise. Dennoch: Freys Buch ist ein Versuch, der, von seiner Negligenz der Europäischen Gemeinschaft abgesehen, nur positiv bewertet werden kann. Man muß allerdings die Kasuistik selbst fortentwickeln können. Und man muß, was die politischen Voraussetzungen der internationalen Politischen Ökonomie angeht, stets bedenken, daß der Autor Wirtschaftler ist und bleibt. Aber einer jener, die über den Zaun steigen.

S.N. Vallard

Hannelore Weck, Werner W. Pommerebne, Bruno S. Frey: Schattenwirtschaft. Verlag Franz Vahlen, München 1984. WiSt-Taschenbuch. 90 S.

Das an der Universität Zürich, am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschaftspolitik, tätige Autorenteam hat mit der kurzen, kanppen, aber sehr exakten Studie über Schattenwirtschaft eine Arbeit vorgelegt, die gerade zur rechten Zeit kam. "Der Virus der Schattenwirtschaft greift um sich", stellt die Süddeutsche Zeitung vom 15. April 1986 fest, indem sie die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zitiert. Dabei gibt es mehrere Arten von Schattenwirtschaft - solche, die lediglich eine Art Nebenjob, der ausdrücklich erlaubt ist, z.B. einen 410 DM/Monat-Job, bedeuten. In der neuaufgekommenen Diskussion über die "Wende" in Deutschland, aber auch in der allgemeinen Diskussion in Europa und den USA über die Grenzen des Wohlfahrtsstaates in einer Zeit leerer öffentlicher Kassen ist die Schattenwirtschaft durchaus diskussionswürdig, stellt sie doch - nach einer im Buch plausibel gemachten Berechnungsmethode - zwischen 2 und 18 % des BSP in einigen Industriestaaten dar. Meßmethoden und Spuren des Phänomens sind Gegenstand des ersten Kapitels, die Ursachen der Schattenwirtschaft des zweiten. Schlüssel zum Verlassen der offiziellen Wirtschaft sind in der Regel fiskalische Belastungen und vor allem Belastungen in Form staatlicher Auflagen und Vorschriften. Je niedriger die offizielle Arbeitszeit - pro Woche oder lebensaltermäßig - desto grösser wird der Anreiz, sich in der Schattenwirtschaft zu beschäftigen. Auch strukturelle Einflüsse ruft das Autorentrio aus der Schweiz wach; z.B. die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und die Proportion an ausländischen Arbeitnehmern. Die Entwicklung der Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und den USA ist Gegenstand zweier Fallstudien, die freilich stark mit Mathematik versetzt sind - dies als Hinweis für Nicht-Wirtschaftler, die das Büchlein lesen wollen. Schade, daß -noch?- nicht der Versuch einer Berechnung gemacht wird, der eine mögliche Verringerung der Arbeitslosenquote um einen gewissen Teil der Schattenwirtschaft angeben könnte. Es wäre mutig, einmal einen solchen Versuch anzustellen. Eine Schätzung der relativen Größe der Schattenwirtschaft in den OEDC-Ländern ergibt klar die Spitzenreiterrollen für diejenigen, die die Staatsquote bewußt großschreiben. Es ist eigentlich nur - ordnungspolitisch - bedauerlich, daß erst je an letzter Stelle, aber dennoch ausführlich, die Senkung der Fiskallast und der staatlichen Vorschriften und Auflagen und auch die Beschränkung der Regierungskompetenzen als Remedur genannt werden. Nicht Richter, sondern Wächter ist wohl das Autorenteam.

S.N. Vallard

ORDO-Jabrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Band 35 und 36. Begründet von Walter Eucken und Franz Böhm; brsg. Hans Otto Lenel u.a. unter Mitwirkung von Friedrich A. v. Hayek, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1984, 1985. 376, 304 S.

Man müßte fast schon dem Himmel danken, wenn man es nicht Verlag, Redaktion und Autoren könnte: In der deutschen ordnungspolitischen Diskussion gibt es kaum etwas wie dieses Jahrbuch-Unikat, das für klare Verhältnisse sorgt. Gegen ORDO liest sich das, was die gegenwärtige Bonner Opposition ordnungspolitisch auf Lager hat, wie Underground-Literatur sehr endlicher Güte. ORDO ist mehr als ein Jahrbuch, es ist ein Nachschlagewerk – ei-

nes, dem es gut täte, wenn sein Autorenkreis etwas erweitert würde, denn auch außerhalb des angestammten Kreises denkt man erfolgreich über Ordnungspolitik nach.

In Band 35 analysiert Roland Vaubel den Anstieg der deutschen Staatsausgaben unter dem Aspekt der Bonner Wende. Was er vorschlägt, ist unpopulär: Wiederbesetzungssperren im öffentlichen Dienst, Verzicht auf Lohnerhöhungen daselbst, um die Staatsquote zu drücken. Die Umverteilungsfrage der nächsten Jahre lautet vom Staat auf den Privatsektor. Vaubel sagt, daß der säkulare Anstieg der Staatsquote das wirtschaftliche Wachstum gehemmt hat. Ein innerer Jubelschrei kommt dem engagierten Leser bei so etwas über die Lippen.

Walter Hamm behandelt die überfällige Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das gegenwärtige System, so weist er nach, schafft Anreize, möglichst viele und teure Leistungen nachzufragen, schafft Wahlmöglichkeiten ab. Hamm plädiert für eine Deregulierung und die Stärkung der Marktkräfte. Entscheidend ist hiernach der Wettbewerb der Krankenkassen um den Versicherten. Gedanken, um die man immer weniger herumkommt, die aber nicht adäquat in die politische Diskussion fließen.

Emmerichs Anmerkungen zu den Postfinanzen in Deutschland, Petersens und G. Schmitts Gedanken über die ordnungs- und finanzpolitischen Irrwege der europäischen Agrarpolitik, ein Streit zur Schatttenwirtschaft (Eine Herausforderung an den Wohlfahrtsstaat?) und Curzon/Price's Frage "Ist Protektionismus unvermeidlich?" markieren weitere Themen, und alles liest sich wie ein gehobenes Credo zu einer liberalen Wirtschaftspolitik, nicht zu

kasuistisch und stets am Grundsätzlichen orientiert, ohne die Praxis aus dem Auge zu verlieren. Willett behandelt die Koordination der Konjunkturpolitik bei flexiblen Wechselkursen, Starbatty die Rollenverteilung in der Konjunkturpolitik. Emil Küng schreibt zur Güterverteilung; mit einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nur ein Teilausschnitt des Gesamtproblems erfaßt. Ota Siks Buch über "Humane Wirtschaftsdemokratie", oftmals als Dritter Weg gehandelt, ist Subjekt einer Kritik von Hans Otto Lenel. Zentrale Makro-Verteilungsplanung soll der beibehaltenen Koordination über die Märkte entgegenstehen, marktwirtschaftliche Unternehmensformen sollen durch die sog. Mitarbeitergesellschaft ersetzt werden. Lenel prüft minutiös die Folgen der Anwendung der Sik'schen Ideen. Sie würden die marktwirtschaftlichen Ordnungen zerstören, ohne einen hinreichend funktionsfähigen Ersatz an ihre Stelle treten zu lassen. Die Macht des Marktes als eine Nachfragemacht ist Emil Görgens' Thema, der das Verhältnis Lebensmittelhandel/ Ernährungsindustrie prüft, und zwar unter dem Aspekt der Strukturanpassung. In den Zeiten riesiger Lebensmittelketten ist diese Frage sehr aktuell geworden. Görgens faßt zusammen, daß im Lebensmittelhandel die Konkurrenz besteht. Helmut Gröner schließlich leistet einen wichtigen Beitrag zur Reform des Insolvenzrechts - er stellt volkswirtschaftliche Überlegungen an. Bisher vernahm man mehr die Juristen hierzu. Es sollten jedoch beide angemessen zu Wort kommen. Während es kurzsichtige, ignorante Oppositionspolitiker in Bonn gibt, die sich beklagen,

daß die Zahl der Unternehmenspleiten

noch nie so groß war wie heute (man

hat seit ca. 100 Jahren das Insolvenzrecht nicht wesentlich geändert!), sind Insolvenzen und Marktaustritt letzten Endes nichts anderes, als die Widerspiegelung des marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses, wie er sich stets abspielt. Gröner plädiert nicht für eine dringende Insolvenzrechtsreform (die allerdings nötig ist, weil im Wirtschaftsleben Normen eben durch das Wirtschaftsrecht geregelt werden müssen!), sondern - und das übersehen zumeist die Juristen - für eine Befreiung des Marktes für unternehmensgebundene Ressourcen von heute noch bestehenden Hemmnissen und Beschränkungen. Hierdurch ließen sich schwere Fehl- und Umlenkungswirkungen negativer Machart vermeiden.

In beiden Bänden befindet sich ferner ein ausführlicher Besprechungsteil, in dem die Kunst des Gruppierens von Themen seitens der Herausgeber zum Vorschein kommt.

Band 36 behandelt ordnungspolitische Fragen, die sich heute der Bonner Regierung nach wie vor stellen: Das Postmonopol (bremst es derzeit den technischen Fortschritt?, fragt Horst Greiffenberg), die Eisenbahnsanierung (Herbert Baum), die Stahlkrise (Oberender und Rüter), die Rolle des Arbeitsrechts marktwirtschaftlichen System (Reuter) sowie eine Analyse (von der Lippe und Westerhoff) der sozailliberalen Reformpolitik (sie wird von den Autoren als wirtschaftspolitischer Irrweg enthüllt) sind die Themen, zu denen ein Aufsatz von Armin Gutowski über die Hindernisse auf dem Weg der Wende in Deutschland einleitet. Über allem aber schwebt ein ausgezeichneter Essay von Jan Tumlir, der leider während der Drucklegung des Buches verstarb. Tumlir war der bekannte Chefanalytiker des GATT-Sekretariats in Genf. Er schrieb über Konflikte zwischen Sicherheit und Fortschritt und hält ein flammendes Plädoyer für die Vereinbarkeit des Fortschritts mit Sicherheit in den persönlichen Lebensbedingungen: Ein Anti-Ludd, eine Auseinandersetzung mit den Maschinenstürmern oder Protagonisten der Bergziegen-Gesellschaft ("Morgenthau-

Boys"), die unter der Farbe des Grases Angst säen, um Wählerstimmen zu bekommen.

Ein mehr theoretisches Kapitel ist Helmut Leipolds "Ordnungspolitische Implikationen der Transaktionskostenökonomie". Bereiche der internationalen Wirtschaft streifen Tuchtfeldt und Straubhaar mit einem in der Tat vernachlässigten Kapitel der Aussenwirtschaftspolitik - der internationalen Arbeitskräfteemigration. In der Tat ist dies eine Domäne, die die Sozialpolitiker, weniger die Aussenwirtschaftspolitiker, an sich gerissen haben. Smeets schreibt über die Probleme der RGW-Länder mit dem Zahlungsbilanzausgleich. Am Vorabend der Aufnahme von Beziehungen zwischen EG und RGW sollten seine Überlegungen ein breites Echo finden. Dies vor allem deshalb, weil die RGW-Länder eine größere Integration in den Welthandel wünschen - siehe etwa das kürzlich geäußerte Streben der Sowjets, GATT-Mitglied zu werden - was jedoch für die Freiheit des Welthandels, soweit sie bislang besteht, kontraproduktiv wäre. Ein Kleinod letzten Endes ist Görgens Beitrag über die Entwicklungshilfe als Wachstumsmotor. Diesen Text sollte man allen Entwick-

Diesen Text sollte man allen Entwicklungspolitikern ins Stammbuch, so vorhanden, schreiben. Ordnungspolitik wird innerhalb der Entwicklungspoli-

tik zumeist vernachlässigt. Die wenigsten jungen Regierungen haben Interesse und Know-How, bzw. Erfahrung, den privatwirtschaftlichen Sektor zielstrebig für den Aufbau ihrer Staaten einzuspannen. Was die Hanns-Seidel-Stiftung vor einiger Zeit als Kongreß "Entwicklungspolitik im Wandel" abhielt, war ein ordnungspolitisch bemerkenswerter Punkt in der Diskussion über die Zukunft der Entwicklungshilfe. Im Grunde bläst Görgens in ein ähnliches Horn, wobei er empirische Materie mitliefert. Länder, die privater unternehmerischer Initiative Vorrang einräumen, erzielen in der Regel höhere Wachstumsraten und höhere Produktivitätsfortschritte als Länder, die zum weitgefächerten Instrumentarium der Intervention greifen. Ergo: Die Wirtschaftsordnung in den Ländern der Dritten und Vierten Welt ist eine Variable für die Wachstumsbedeutung. Die Fallstudie Schwarzafrika, die Görgens beifügt, ist evident. Am Schluß plädiert er - und das ist politisch natürlich brisant - für ordnungspolitische Auflagen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe, um dort das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und gleichzeitig den "Hilfebedarf" zu senken.

Gerade der zuletzt erwähnte Beitrag scheint geeignet dafür zu sein, festzuhalten, daß "ORDO" eine viel breitere Aufnahme bei aufnahmewilligen und -fähigen Politikern und Spitzenbeamten finden sollte.

S.N. Vallard

Karl Pisa: Alexis de Tocqueville – Propbet des Massenzeitalters. Eine Biographie. Piper Verlag, München 1986. Serie Piper, Bd. 497, 242 S.

Ein liberaler Royalist, ein demokratischer Aristokrat - Alexis de Tocqueville ist eine Persönlichkeit gewesen, die einer Betrachtung wert ist. Im deutschen Sprachraum gibt es nicht allzu viel hiervon, sieht man von einem Werk ab, das der chemalige deutsche Bundeskanzler Kiesinger 1961 veröffentlichte. De Tocqueville erarbeitete wie kaum ein anderer in seiner Epoche die überreich war an Autoren und Versuchen - den Konflikt zwischen Gleichheit und Freiheit. Noch heute ist lesbar und zitierfähig, was der eigenwillige Staatsdenker und Politiker vor über 120 und mehr Jahren schrieb. Der Politiker, der binnen kürzester Zeit unter Louis Napoleon Außenminister war und Gefängniszellen kennenlernte, hat eine bewegte Vita. Dem österreichischen Autor Karl Pisa ist deren bündige Aufarbeitung zu verdanken

Alexis de Tocqueville kam nicht aus dem Anonymat oder dem Dritten Stand - sein Vater war königlicher Präfekt, Autor verschiedener historischer und politischer Bücher. 1793/94 verbrachte Hervé de Tocqueville zusammen mit seiner Frau zehn Monate im Gefängnis. Sein Onkel ist der Vicomte de Chateaubriand, Schriftsteller, Diplomat, Außenminister. Sein Urgroßvater war kein Geringerer als Malesherbes. Ein Mann, von dem de Tocqueville sagte, er habe das Volk vor dem König und den König vor dem Volk verteidigt. Dieses Abwägen, dieses Ablehnen von Extremismen zieht sich wie ein roter Faden durch de Tocquevilles Leben und Laufbahn.

De Tocqueville wird als Mann weitesten Horizontes beschrieben - mit dem Schwerpunkt seiner Amerikareise, die sowohl politische Dialoge mit Großen und Größten wie auch Abenteuer und physische Entbehrungen enthielt. Interessant, daß de Tocqueville im eigenen Land meist weniger galt als im Ausland, namentlich Amerika und England. Die Spannung zwischen lokaler Selbstverwaltung und dem Staat als Ganzen ist eine ständige Größe des Denkens und Schreibens des Biographierten. Noch heute sollte in den modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten, die allesamt mit knappen öffentlichen Kassen kämpfen, mit seiner Erkenntnis gewuchert werden: Wenn einer in diesem Land Amerika die Idee zu einer Verbesserung hat, etwa zum Bau einer Schule, eines Spitals, einer Straße, dann wendet er sich nicht an die Autoritäten (Weswegen wendet man sich nicht in Europa schon an die Autoritäten...?), er macht vielmehr seinen Plan publik, appeliert an andere Individuen, seine Bemühungen mit ihren Kräften zu unterstützen, und versucht Hand in Hand mit ihnen jedes Hindernis zu überwinden. De Tocquevilles Freunde, seine privaten und beruflichen Begegnungen schildert Pisa fesselnd und instruktiv. Derartige Bücher findet man in Frankreich oft im deutschen Sprachraum selten. Er hat möglicherweise weniger praktizierende Denker aufzuweisen, nachdem die Geschichte ihnen dies nicht zuließ. De Tocquevilles Reflexionen über Freiheit und Gleichheit sind die Antizipation der Diskussion über Strukturmängel in der Demokratie. Amerika ist dabei nicht das einzig vorbildliche Modell, aber eine Möglichkeit. Man wünscht diese Art von Einsichten manchen heutigen Politikern, die ihren programmatischen Mangel mit schrillen Antiamerkianismen zu kaschieren suchen. Pisa schildert sein Beobachtungsobjekt mehr als Moralisten denn

als Protagonisten westeuropäischer Demokratie. Zu wenig griff de Tocqueville planend ein, eher war er beschreibend tätig, mit stark historischen Bezügen. Verlag und Autor haben sich ein Lob verdient, de Tocqueville einem breiteren Publikum nähergebracht zu haben. Dazu tragen mit Sicherheit die Abbildungen von Weggenossen und Umgebungen der Tätigkeit de Tocquevilles bei. Falls jemand mit dem Buch wissenschaftlich arbeiten möchte, ist sogar ein Register dabei.

S.N. Vallard

Lily Gardner Feldman: The Special Relationship Between West Germany and Israel. Allen and Unwin, Inc., London 1984.

"It is diffucult to imagine a less likely bilateral relationship of friendship and mutual support after World War II than one between Germans and Jews. Yet in their simultaneous efforts to establish legitimacy in the family of nations, the Federal Republic of Germany and Israel turned to each other. And so, in one of history's greatest ironies, West Germany looked to Is-rael for the Nazi victims to acknowledge the moral acceptability of the successor state and Israel looked to West Germany as the lone industrial state with both the means and the will to provide a measure of economic security," (book jacket)

This book is an thorough account of West German-Israeli relations from 1952 to 1982. Aside from a chronological account of German-Israel relations since the 1952 Luxemburg reparations agreement the book contains thoughtful chapters on the psychology and history of German-Israel relations.

Feldman, an English-born political scientist teaching an Tufts University, unfortunately obfuscates this account with a lengthy scientific analysis of domestic public opinion in West Germany as well as focus more extensively on the economic aspects of the relationship.

The presence of economic and political motivations, despite the moral tone of the joint communiques and statements, is evident in the priority Adenauer gave to the relationship with Israel and Nahum Goldmann's World Jewish Claims Conference in signing the first reparations agreement in 1952. Israel and Goldmann had clout; they were able to provide a basis for Germany's rehabilitation in the family of nations. At the same time German economic, military and technological aid was very important for Israel's survival. It was not until two years later, thanks to the efforts of the brilliant Adolf Arndt, Social Democratic chairman of the Bundestag Judiciary Committee, who is not mentioned in the book, that the German government began the process of indemnifying the 10,000 Jews who returned to Germany to participate in the postwar reconstruction

Only recently have West Germans begun to distinguish between their national obligation to acknowledge the brutal immorality of the Third Reich and their international role in maintaining peace in Europe and the Middle East. The latter may require criticism of the policies of the State of Israel while the former requires increased political education efforts at home.

German-Israel relations are a difficult topic for scholars who must cut through much prejudice and rationalization. Despite the weaknesses mentioned above, Feldman's book is a sine qua non for policy-makers and other students of German and Israeli Politics. Her approach is non-judgmental and quite detailed, even if at times incomplete. She deserves the Federal Republic's Cross of Merit as well as Israel's Medal of Distinction.

Charles R. Foster

Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680 - 1820; Ancien Regime, Aufklärung und Revolution, Band 10. Hrsg. von Rolf Reichardt und Eberbard Schmitt in Verbindung mit Gerd van den Heuvel und Anette Höfer, Oldenbourg-Verlag, München 1985, 1986.

Heft 1/2: Allgemeine Bibliographie, Einleitung, Die Wörterbücher in der Französischen Revolution, 196 S. Heft 3: Philosophe, Philosophie, Ter-

reur, Terroriste, Terrorisme, 136 S. Heft 4: Civilite, Fanatique, Fanatisme, 119 S.

Heft 5: Critique: Financier, Banquier, Capitaliste; Materialisme, Materialiste, 92 S.

Fürwahr: Der Münchner Oldenbourg-Verlag und ein Autorenteam um Rolf Reichardt, Eberhard Schmitt, Gerd van den Heuvel und Anette Höfer wagen sich an eine neue Art der "Encyclopedie francaise", an ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Handbuch zu Grundbegriffen der politisch-sozialen Welt Frankreichs zwischen 1680 und 1820, also jener Epoche, die in der deutschen politischen und geisteswissenschaftlichen Geschichtsschreibung im Verhältnis zum westlichen Nachbarn Frankreich durch eine Art Vakuum gekennzeichnet ist. Hinzu kommt, daß die Begriffe von "abus" bis "volonte generale" noch in der heutigen, sicher aber auch in der zukünftigen Generation von Policy Makers eine erhebliche Rolle spielen, ohne, daß man sie z.B. in der jüngeren politischen Elite gerade in Deutschland als bekannt, durchdacht und erkannt voraussetzen könnte und das gerade in einem Land, dessen bevorzugter europäischer Partner in allen Fragen Frankreich sein sollte. Die oft beschworene Sprachlosigkeit sollte durchaus an der historischen Wurzel gepackt werden, und die politisch-sozialen Grundbegriffe Frankreichs zwischen 1680 und 1820 sind letzten Endes auch die Preussens. Deutschlands und ganz Europas geworden, jedenfalls für den, der die Bedeutung der französischen Revolution richtig einschätzen kann.

Nachdem die ersten fünf Hefte erschienen sind, muß man dem über fünfzigköpfigen deutschen, französischen und angelsächsischen Autorenteam aus Historikern und Romanisten Stehvermögen und weiteres Engagement wünschen, damit das insgesamt auf ca. 3000 Seiten konzipierte Monumentalwerk fertiggestellt wird. Dabei ist zweitrangig, daß die einzelnen Hefte nicht in alphabetischer Form erscheinen. Später wird es einmal ein Gesamtregister geben, und Verlag, Herausgeber und Autoren wären schlecht beraten, das bereits Fertiggestellte solange dem Publikum vorzuenthalten, bis auch der letzte Federstrich aller Beiträge getrocknet ist.

Ohnehin ist das vorliegende Handbuch kein Fortsetzungsroman, sondern ein Werk des Einzelzugriffs auf die enzyklopädisch aufbereiteten Artikel, die zu Begriffsgruppen, wie "Terreur, Terroriste, Terrorisme" oder z.B. noch nicht erschienen: "Reation, Reactionnaire; Privilege, Privilegies; Faction, Parti - Girondins, Jacobins" usw., zusammengefaßt sind. In seinem Zitierschatz, seiner Aufbereitung ist das Handbuch, jedenfalls in den bisher vorliegenden Heften, eine wahre Delikatesse politisch-historischer Arbeit. Und in seiner Einführung weist Reichardt nachdrücklich darauf hin, daß das Problem des "Mißbrauchs der Wörter" seinerzeit Anzeiger einer historischen Problematik war. Ist nicht auch heute in der politischen Semantik bei vielen Schlagworten, Modebegriffen, Kürzeln, Programm-Modulen eine Gefahr des Mißbrauchs der Wörter gegeben? Kritisiert nicht ein seit Jahren ungehörter Teil konservativ-liberaler Publizisten in Deutschland die Genese der Begriffe "Lebensqualität", "Ökologie", "BRD", usw., die allesamt mit feistem drall versehene Synonyme für politische Aussagen sind? Ist dies nicht der Punkt, wo politisches Reagieren politisches Agieren ersetzt? Haben nicht Condorcet, Sieyes und Robespierre der "Gesellschaft der Freunde der französischen Sprache" angehört, die Domergues Plan für eine neue "Sprache der Freiheit" unterstützte? Kurz gesagt: Wer in der heutigen, europäischen Politik Erfahrung hat, z.B. mit der Entstehung der transnationalen Parteistrukturen, der weiß um die Bedeutung politischer Semantik, der kennt die Wichtigkeit der inhaltlichen Diskussion programmatischer Wendun-

Der Essay von Brigitte Schlieben-Lange über die Wörterbücher der Revolution (1789 - 1804), der im übrigen durch eine Zeittafel graphisch gut aufbereitet ist, analysiert die Bedingungen

der Wortdefinitionen - dies gerade in einer Phase, wo sich die Wortbedeutungen in ungekannter Geschwindigkeit veränderten. Hinzu kam das Nebeneinander konkurrierender, sich ausschließender Bedeutungen. In einer Zeit, wo man für ein bestimmtes Wort geköpft werden konnte, hatte der politische Kampf um und über sprachliche Bedeutungen teilweise existentiellen Charakter. Klar sein muß bei diesem, für die Nicht-Franzosen sicher besonders exotischen, Kapitel, daß im Lande einer Academie der Ehrgeiz, menschliches Wissen in ganzheitliche "dictionnaires" einzubringen, und das mit Exaktheit, zu einer komparativhistorischen Betrachtung eben dieser Dictionnaires führen muß.

Heft 3 behandelt die Begriffsgruppen "Philosophie" und "Terrorismus". Frankreich ist das einzige Land Europas, wo man guten Gewissens dann, wenn man etwa "policy" meint, von einer "philosophie politique" sprechen kann. "philosophie" war zunächst Inhalt und Denkweise der Aufklärung, und "philosophe" ihr Subjekt.

Dieses stand – so eine gängige Definition von Saint-Simon – insoweit ausserhalb der Gesellschaft, was ihm einerseits als Mangel an Pflichtbewußtsein, andererseits als notwendige Distanz ausgelegt worden war. Zurückgezogenheit, Verachtung des Reichtums, wenig aufwendige Lebensweise faßte Saint-Simon als Merkmale eines "philosophe" zusammen. Philosophie und Theologie standen zeitweise in einem Gegensatz, während andere von einem "Tochter - Mutter - Verhältnis" sprachen.

Hans-Ulrich Gumbrecht und Rolf Reichardt schildern detailliert und exakt belegt den publizistischen Kampf zwischen "philosophes" und "anti-philosophes". War "philosophie" ein tragendes, positives Prinzip der Französischen Revolution? War der "philosophe" ein Revolutionär? Gerade dieser Essay ist eines der möglichen Kernstücke des Handbuchs, das zum Verständnis der Epoche und seiner Denkweise im Rahmen des Handbuchs unabdingbar sein dürfte.

Van den Heuvels Aufsatz über "Terreur" bietet auch eine Ethymologie für den heute gebrauchten Terrorismus-Begriff. Breit wird das historische Entstehen des Wortes und seine jeweilige Bedeutung geschildert. Nach Montesquieus "Esprit des Lois" von 1748 wurde "terreur" als Auswirkung des Despotismus betrachtet. Dabei war der Despotismus keineswegs abstrakt gemeint, sondern dahinter versteckte sich konkret die damalige Monarchie gegenüber ihren Untertanen. "Terreur" wurde schließlich nach 1788 als Abgrenzung und Vorwurf gegenüber dem Wollen und Streben des jeweiligen politischen Gegners verwendet - dies in einer Flut von Pamphleten. Bei Marat richtet sich der "terreur" gegen die Feinde der Revolution; er richtet sich hier gegen die ständige Verschwörung ihrer Gegner und wurde so zum Prinzip der Revolution. Terror gilt als-bald als "Volksrache", mit allen Aspekten der Legitimation, die im Essay diskutiert werden. Die Wandlung des Begriffs wird auch deshalb gut beschrieben, weil der Autor gleichzeitig klar abgegrenzte Abschnitte als Gliederungseinheit nimmt. 1794 wird "terreur" durch den Begriff "justice" ersetzt - ein Werk Saint-Justs. Nach dem Sturz Robbespierres bekam "terreur" dann einen klar pejorativen Akzent. Die spätere Interpretation des Begriffs im zeitlichen Rahmen des Handbuchs sind ebenso Gegenstand

der Untersuchung wie die damit verbundenen außenpolitischen Aspekte. "Civilite", untersucht von Roger Chartier, und "Fanatique, fanatisme" erlättert von Thomas Schleich, sind die Themen des vierten Hefts. Von den ersten neuzeitlichen Wörterbüchern, der Erasmus-Rezeption, der weltmännischen Höflichkeit über die Abwertung des Begriffs zur "Kunst des gesellschaftlichen Umgangs" bis hin zu den Versuchen der Aufklärer, aus dem Begriff eine neue soziale Ethik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu machen, verläuft die historische Untersuchung, "Civilite" wird zur Zeit der Revolution schließlich die Inkarnation aller Tugenden, sozusagen eine Moralmeßlatte. Im frühen 19. Jahrhundert wird sie bürgerliche Anstandsregel. Eine interessante Darstellung, zumal derartige Begriffe heute vielleicht wegen ihrer Kompliziertheit, ihrer Globalität, nicht mehr Teil der modernen

Der Bedeutungserweiterung und Politisierung von "fanatisme" ist der nächste Essav im Heft 4 gewidmet, Erst ein innerkirchliches, dann ein allgemeines, ideologisches Schlagwort geworden. wird "fanatisme" letztendlich zum politischen Kampfbegriff. Ein Begriff letztlich, der zur Triebkraft von Revolutionen werden sollte, zur Qualifikation der Unbeirrbarkeit von Radikalismus, natürlich auch von Extremismus. So sollte "Fanatismus" letzten Endes nur noch ein Begriff politischer Polemik werden, nachdem er vorher der, so Schleich, polyvalente Kampfbegriff der herrschenden Kräfte war, der im Laufe des 18. Jahrhunderts ausnahmslos gegen alle ungeliebten Strömungen gerichtet wurde. Interessant ist hier ebenfalls der Teil der Essays über re-

ligiöse Erscheinungsformen des Fanatismus, Jansenismus, usw., mit den Bezügen zum Sektenwesen und zu Geheimbewegungen.

Das Heft 5 umfaßt gleich drei Begriffsgruppen: "Critique", "Financier, Banquier, Capitaliste" und "Materialisme". Martin Fontius schreibt über die Kritik, die sich als aufklärerischer Begriff entwickelt. Exkurse über die Textkritik der Grammatiker und über die Bibelkritik gehen der Betrachtung voraus. Von der critica sacra und der critica profana führt der Essay zur Identifikation von "Kritik" und Aufklärung, zur Identifikation von Kritik und Isolierung der römisch-katholischen Kirche und deren Intoleranz. Der Kritikbegriff spielte auch eine erhebliche Rolle auf dem Wege zur bürgerlichen Pressefreiheit, deren Geschichte Fontius zwischen 1795 und 1820 analysiert.

Anette Höfer beschreibt in ihrem Essay "Financier, Banquier, Capitaliste" drei Alternativbegriffe zur Bezeichnung von Geld- und Finanzleuten im 18. Jahrhundert. War der "Financier" zunächst königlicher Finanzmann. auch als Dieb und Volksschädling angesehen, so wurde er später als neureicher Emporkömmling betrachtet. Iedenfalls war die soziale Stellung des "financiers" umstritten, da auch er von den von ihm ausgehaltenen Adligen ausgebeutet wurde. "Georges Dandin", eine Komödie von Moliere, beschreibt einschlägige Szenen. Trotz einiger Versuche, diese Gruppe geldschwerer Oncle Picsou-Verschnitte publizistisch salonfähig zu machen, blieben diese stets, was die breite Bevölkerung von ihnen hielt -- was sich im übrigen sehr parallel verhielt zur staatlichen Finanzpolitik.

Der "banquier" stammte zumeist aus dem Handel; Hauptaufgaben waren die Finanzierung von Außenhandelsgeschäften, Ausrüsten von Schiffen für den Kolonialhandel, auch Spekulation mit Wechselkursen, weniger die Vergabe von Krediten an die Industrie. Nicht wie der "financier" verachtet, galt der "banquier" in der gebildeten Öffentlichkeit als Mitglied der höchsten Ränge in der sozialen Hierarchie. Nach 1780 jedoch wurden die "banquiers" verstärkt zur Finanzierung der Staatsanleihen herangezogen (s. auch die Ernennung Neckers aus Genf).

Die Folge: Die meist fremder Nationalität angehörenden, oftmals sich zur jüdischen Glaubensgemeinschaft bekennenden "vaterlandslosen" Wucherer, wie sie bezeichnet wurden, sind zu gesellschaftlichen Außenseitern geworden. Der "capitaliste" wiederum war zunächst reicher Geldbesitzer, Anleger und Feind der Landwirtschaft, Mercier zum Beispiel erschien der "capitaliste" als widerwärtiger Zeitgenosse, der spekuliert, hamstert, wuchert, der als entarteter Mensch gilt. In der Revolutionsphase verschmelzen die drei Begriffe ihrer Bedeutung nach. Die Rollenabgrenzung fällt; alle drei werden "politische Gegner". Ungeachtet wirtschaftlicher Potentiale für den Wiederaufbau, wird der "capitaliste" zum Volksfeind schlechthin – eine Sprachregelung, die heute noch im romanisch-germanischen Sprachschatz anklingt. Erst als sich die politischen und finanziellen Umstände beruhigten quasi erst ab 1798 - restabilisierten sich die fachterminologischen Bedeutungen dieser Begriffe.

Rolf Geissler schließt in Heft 5 mit "materialisme" die bisher bearbeiteten Begriffe ab. Dieser Terminus ist heute mehr denn je abhängig von der indivi-

duellen Definition des Anwenders und dessen politischem und ideologischem Standort. Während es aber eine historische Entwicklung des Urterminus gibt, der zuerst polemisch innerhalb der christlichen Apologetik (1700 -1740) verwendet wurde, gab es etwa zwischen 1740 - 1770 eine Aufwertung des Materialismus zum Synonym für erfahrungsorientierte Aufklärung. Der reichlich abstrakte Text - entsprechend dem Sujet -- untersucht sodann den Materialismusbegriff im Bezugsfeld Gesellschaftslehre/Politik (1770 -1780), den spinozistischen Einfluß in der Phase 1780 - 1800 sowie den Materialismusbegriff aus nachrevolutionärer Sicht. In der Restaurationsbewegung geht eine neue Strömung durch die Diskutanten des Materialismus; sie dürfte letzten Endes, dies wird allerdings nur in einer Fußnote angedeutet, zum Zentrum der in Frankreich regen Frühsozialisten, also jener vor Marx, und ihrer Diskussion geworden sein.

Der auch auszugsweise tätige – Verwender dieses komplexen Handbuchs bzw. seiner vorliegenden Teile weiß dieses Werk zu schätzen. Einmal abgeschlossen, wird es ein unabdingbarer Beitrag zur Diskussion in und über ein Epoche werden, die auch und geräde den deutschen Sprachraum betrifft, wo sie aber nie schlüssig verarbeitet werden konnte, jedenfalls nicht auf der Ebene der Politik, die zeitnah zu den Ereignissen in Frankreich gestaltet wurde.

S.N. Vallard

Rene Louis Marquis d'Argenson: Politische Schriften (1737); übersetzt und kommentiert von Herbert Hömig, Ancien Regime, Aufklärung und Revolution, Band 13. Oldenbourg Verlag, München 1985, 183 S.

Geschichtsprofessor Hömig (Universitäten Köln und Aachen) hat mit d'Argensons Schriften einen eigenwilligen Beitrag zur Forschung über die Vorgeschichte der französischen Revolution geleistet. D'Argenson ist nicht einer der großen Theoretiker, die heute immer wieder zitiert werden, weder aus den Reihen des Absolutismus, noch aus den Reihen der Revolutionäre. Der Münchner Oldenbourg Verlag, verfolgt seit einiger Zeit das verdienstvolle Ziel, eine umfangreiche, deutschsprachige, größtenteils von deutschen Forschern verfasste Reihe zum Ancien Regime und zur Revolution sowie zur Aufklärung vorzulegen. Dies ist umso notwendiger, als in deutschen Landen die manchen mediokren Gedanken nicht gerade abholde politische Nachwuchselite allzuoft kein fundiertes Wissen über die Zeit der Aufklärung, sowie der französischen Revolution zu haben scheint.

Der Höfling Ludwigs XIV., Marquis d'Argenson, gewann Profil am Hofe mit Untersuchungen zur kommunalen Selbstverwaltung. Er ist Verfasser von Thesen, die untersuchen, wieweit eine Monarchie mit der Demokratie in Einklang gebracht werden kann. Gerade die kommunale und regionale Selbstverwaltung dienen hier als Medium der Transformation. Es bedarf natürlich einer erheblichen politischen Spekulation, darüber zu rätseln, inwieweit die Französische Revolution anders verlaufen wäre oder gar inmitten der Monar-

chie "verpufft" wäre, ja ob nicht z.B. eine Art englisches System sich in Frankreich etabliert hätte, wäre den politischen Schriften des Autors gefolgt worden. So untersucht d'Argenson auch die Auswirkungen von Aristokratie und Demokratie bei den anderen europäischen Staaten - von Schweden über Sardinien bis Rußland und der Türkei. Der Marquis argumentiert historisch. Er war drei Jahre lang Außenminister, bevor er über eine Intrige - damals dort üblich - stolperte. Er argumentiert insofern historisch, als er die "Fortschritte der Demokratie" in Frankreich vom Anfang der Monarchie, den Karolingern und Capetingern bis zu Ludwig XIV. skizziert. Danach plädiert der Verfasser für mehr Maßnahmen zur Ausbreitung der Demokratie in Frankreich - wohl wissend und spürend, daß sich irgendetwas geschichtlich zusammenbraut.

Ein Verfassungsplan für Frankreich in 54 argumentativen, nicht nur normativen Artikeln schließt sich an. "Krönender" Abschluß ist der Essay des kreativen Marquis über die Einsetzung eines europäischen Gerichtshofes, in dem Frankreichs Hegemonie festgeschrieben ist.

Diese Schrift liest sich wie ein internationaler Intrigenplan und ist ein interessantes Kapitel des kabinettsdiplomatischen Denkens im 18. Jahrhundert. Die Gesetze der Weisheit und der Politik, so schließt d'Argenson diesen Essay ab, seien die Gesetze der wahrhaftig allgemeinen Monarchie. Hätten sich manche Monarchen unter vordringlicher Zuhilfenahme der Weisheit daran gehalten, wären Europas Geschichtsbücher anders verfasst worden. Doch d'Argenson hatte sich in einigen internationalen Intrigenplänen verrech-

net, weshalb er seinen Ministerposten aufgeben mußte. Einen neuen bekam er nicht. Hömigs und des Oldenbourg-Verlags Verdienst aber bleibt es, aufgezeichnet zu haben, daß es vor Rousseau schon Monarchisten gab, die dem Wegbereiter von 1789 "demokratische" Hintergründe lieferten, ohne, daß deshalb die Revolution verhindert worden wäre.

S.N. Vallard

Manfred Agethen: Gebeimbund und Utopie Illuminaten, Freimaurer und deutsche Spätaufklärung. Ancien Regime. Aufklärung und Revolution, Band 11. Oldenbourg-Verlag, München 1984, 337 S.

Der 1776 von dem Ingolstädter Professor Adam Weishaupt gegründete Geheimbund des Illuminatenordens ist Gegenstand der Untersuchung Agethens. Die Illuminaten sollen Keimzelle des französischen Jakobinismus gewesen sein, hieß es lange, was nunmehr von der Forschung widerlegt ist. Zehn Jahre nach seiner Gründung waren es etwa 2500 durchaus der bildungsmässigen Elite entstammenden Mitglieder, deren Geheimbund von Staats wegen in Bayern so verfolgt wurde, daß bis Mitte der Neunziger Jahre der Bund erloschen war. Agethen ist zu danken, daß er die Illuminaten gekonnt in den weiteren historischen Zusammenhang gestellt hat – es gibt wenig Bücher mit klareren Fußnoten! Bezüglich der bayerischen Illuminaten dürfte Agethen wohl abschließend geforscht haben, dies auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Erforschung dieses Gegenstandes. Wie z.B. in der DDR und im Nazi-Deutschland, aber auch in anderen totalitären oder kol-

lektivistischen Gesellschaftsformen eine Flucht nach "innen" oder in den Privatbereich oder auch in die Kirchen stattfindet, macht der Autor erklärlich, daß im absoluten Staat eine Flucht in die Geheimbünde, in Sozietäten freidenkerischen Charakters erfolgen mußte. Breiten Raum widmet der Autor dem Utopiebegriff im Denken dieser Art von Freidenkern. Ausseres wie Geheimhaltungsprinzip, Ordensnamen, Kleidung usw. illustrieren die Imagination von der Abkehr von der "alten Welt" recht instruktiv. Bildungsprogramm und die politische Programmatik, die sich letztendlich nur als Sektiererei qualifizieren läßt. sind weitere Schwerpunkte Agenthens Untersuchung. Schließlich wird der Illuminatismus als religions-politisches Programm behandelt; Knigges Ideen einer "einfachen Religion" fehlen hier nicht, ebenso wenig wie die Auseinandersetzung der Illuminaten, vor allem in Norddeutschland, mit den Jesuiten. Die Aufklärung, so die ausführlichen Konklusionen Agethens am Schluß des Bandes, der eine komparative Lücke in der Reihe über Aufklärung und Revolution schließt, war nicht nur rationalistisch bedingt, sondern enthielt auch zahlreiche irrationale Elemente, die durchaus eine mittelalterliche Verwurzelung zeigten. Zumeist Adelige und hohe Beamten, weniger Buchhändler, Kaufleute, Handwerker, kleine Beamte, machten die Sozialstruktur der Illuminaten aus. Dies war keine Umsturzbewegung, sondern Teil der Geistes-, Kultur- und Bildungsgeschichte des 18. Jahrhunderts, schreibt Agethen, dem für seine Sorgfalt zu danken ist

S.N. Vallard

Roger Morgan, Caroline Bray (Eds.): Partners and Rivals in Western Europe: Britain, France and Germany. Gower Publishing Company, Aldershot 1986, 275 p.

Morgan und Bray sind der Leiter bzw. eine frühere Mitarbeiterin des Londoner Policy Studies Institute (The European Centre for Political Studies). Sie untersuchen unter Mitarbeit namhafter Mitautoren das Dreiecksverhältnis Deutschland - Frankreich - Großbritannien. "Three is a Crowd", schrieb zu diesem Buch "The Economist". In der Tat wurde hier Neuland beschritten, und zwar auf angenehme Weise. Die souverane Stabführung Morgans, der überzeugter Europäer ist, bürgt dafür. In der Tat ist, was Europas Einigung betrifft, nicht nur ein deutschfranzösischer Akkord erforderlich, sondern auch ein britisches Mitziehen wünschenswert. Die im Titel beschriebene Rivalität bezieht sich wohl mehr auf die Geschichte - meint man. Dennoch gibt es manch britisch-französische Situationen, die besser gelöst werden könnten. Während ferner Deutschland sicherlich zu mehr Abstimmung mit Großbritannien bereit wäre, läßt diesbezüglicher Willen im Vereinigten Königreich noch zu wünschen übrig.

Die Volkswirtschaften werden ebenso verglichen wie die Beamtenstäbe, die Kultur- und Informationspolitik in bilateraler Hinsicht wie das Nationalimage, die Medien und die öffentliche Meinung. Eines der "Perlen" unter den Aufsätzen ist Roger Morgans "Communication Between Political Elites", wo er zu erstaunlichen, aber fundierten, Schlußfolgerungen gelangt. So qualifiziert Morgan den Elitendialog

Bonn - London als einfach und problemlos, den zwischen London und Paris als problembeladen, kommunikationsarm und vertrauensdefizitär, den zwischen Paris und Bonn als historisch intensiv und nachbarschaftlich, Das Management bilateraler Beziehungen durch Regierungen, bi-, tri- und multilaterale Abstimmungen im Rahmen der EG sowie die Koordination internationaler Wirtschaftspolitik und das "High-Tech-Triangle" - dies von Christopher Layton, früher EG-Direktor für Technologiepolitik in der Kommission, runden den Band ab, dessen Abschluß zwei ausgezeichnete Essays von William Wallace, Director of Studies des Royal Institute of International Affairs, über Feinabstimmung von Außenpolitik, sowie über Verteidigungspolitik bilden. Morgans Konklusionen formulieren - und diesem Satz ist bei einigen europäisch-gestrigen Politikern, z.B. bei Labour, weiteste Verbreitung zu gönnen - das Ergebnis, daß die Summe der Beziehungen der drei Länder zu tiefen Wechselwirkungen führt. Zu Wirkungen, die nur in einer europäischen Integration die volle Kraft aller Ressourcen finden können.

S.N. Vallard

Christian Hacke: Amerikanische Nahost-Politik, Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan (Band 49 der Reihe "Internationale Politik und Wirtschaft der Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn"), Oldenbourg-Verlag, München 1985, 299 S.

Detailliert, aber nie das Grand Design

aus dem Auge verlierend, nach zahllosen Interviews mit Persönlichkeiten aus der Politik der USA, aber auch des Nahen Ostens, beschreibt Hacke die Nahost-Politik des wohl wichtigsten Akteurs in diesen Breiten: der USA. Abgesehen davon, daß einem bei der Lektüre dieses Buches, das manchmal den Charakter der zeitgeschichtlichen Reportage hat (etwa dann, wenn es um Krisenmanagement geht), klar wird, daß die Europäische Gemeinschaft der Zwölf überhaupt keine gemeinsame Außenpolitik im Nahen Osten verfolgt. obwohl sie durchaus könnte, ist diese historisch exakte, nicht unkritische, aber nie unsachliche Arbeit sympathisch, da sie über die Politik der USA hinaus einen generellen Eindruck von der extrem schwierigen Situation in Nahost vermittelt. Aus einer Analyse der US-Nahostpolitik von 1948 -1968, auf die Beschreibung der damaligen grundlegenden Interessen der USA, folgt die Bilanz der Nixon-Kissinger-Ford-Nahostpolitik. Kissingers Schrittfür-Schritt-Diplomatie wird als positiv, aber auch als unamerikanisch und unkonventionell beschrieben. Die riesigen Waffenlieferungen und ihre Auswirkungen sind ein beeindruckendes Faktum; die Summe der Unterstützung für Ägypten übersteigt den Betrag des Marshall-Plans für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich.

Entgegen der Schritt-für-Schritt-Diplomatie der Ära Nixon/Ford sollte eine umfassende Friedensregelung die Nahostpolitik der Carter-Administration bestimmen. Anders als früher, enthielt diese Doktrin auch Anforderungen an Israel, gipfelnd in der Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser (Hacke zitiert hier ausführlich den Brookings-Report von 1975). Die ägyptische Initiative und

Sadats Rolle sowie die Abkommen von Camp David sind, soweit dies bei wissenschaftlicher Literatur möglich ist, fast fesselnd dargestellt. Carters Rolle in diesem Zusammenhang ist geschichtsmächtiger, als man es wahrhaben wollte und es z.T. noch Carter nachsagt.

Größere Verbreitung wünscht man dem Kapitel Hackes über die Iran-Politik der USA gegenüber dem Schah-Regime. Hier ist auch – nicht durch polemische Wertungen, sondern durch nüchterne Faktenschilderung – die Rede von erbärmlichem außenpolitischen Dilettantismus, Verlust an Realpolitik und blauäugiger Menschenrechtspolitik der Carter-Administration.

Hacke schildert facettenreich und im Besitz intimer Kenntnisse über die Vorgänge im Weißen Haus — was ja seinerzeit auch in allen Gazetten zu finden war — wie Neoisolationismus und Fatalismus die Attribute eines außenpolitischen Moralismus wurden, der unter Kennedy wenigstens noch aktivistisch internationalistisch gestimmt war, wie Hacke in einer "-ismus-Alliteration" schreibt.

Herrschte seinerzeit im Weißen Haus etwa das Kerenski-Syndrom? Hoffte man, durch bloßes Zuschauen schon sichergestellt zu haben, daß wenn eine Diktatur fällt, nun die Demokratie einkehrt? Unwillkürlich drängt sich einem der Gedanke an Nicaragua auf - sind hier die USA nicht teilweise gefangen in Carters seligem Andenken? Spannend wie ein Polit-Krimi, ohne, daß es jedoch einer ist, schildert der Autor dieses traurige Kapitel der US-Politik; vergebliche Missionen, totale Fehleinschätzungen, das Geiseldrama, das Befreiungsfiasko. Eine interessante Kausalkette, vielleicht sogar eine Theorie, wird am Rande erwähnt: Weil der

Schah seine Krebskrankheit, an der er schließlich bald nach seiner Ausreise aus Iran starb, geheimgehalten hatte, haben ihn möglicherweise die USA so lange gehalten. Weil sie ihn so lange gehalten haben, kam es zu ihrer schwachen politischen Performance. Vielleicht nur deshalb nahm die Sowjetunion das Risiko auf sich und überfiel Afghanistan?

Erfreulich sind die Zitate und die Zitierweise. Man ist dankbar für derlei Erläuterungen; in einer Politik der schlimmsten aller Möglichkeiten waren die USA, wird Stanley Hoffmann zitiert, überall verstrickt, hinkten aber immer den Ereignissen nach. Carters Sicherheitsberater Brzezinski wird fast nur positiv zitiert; er hatte wenigstens eine "policy" im Hinblick auf Iran, die diese Bezeichnung verdiente.

Etwas grundsätzliche Kritik bekommt die Reagan-Regierung und ihre Nahostpolitik ab; Haig sei zu israelfreundlichunkritisch und ehrgeizig gewesen, führt Hacke an. Er spricht von gedanklicher Armut und handlungspolitischem Dilettantismus seit 1981 in der US-Nahostpolitik. Geheimdiplomatie, zurückhaltende Militärpräsenz, beschränkte Waffenlieferungen seien für die Handlungsfähigkeit in der Nahostpolitik unabdingbar. Dabei ist aber die "Jewish Lobby" in der US-Innenpolitik stets zu beachten.

Bilanz und Perspektiven amerikanischer Nahost-Politik runden die Studie ab. Die Jordanische Option, auf die Hacke setzte, scheint sich zwischenzeitlich zu erfüllen. Sehr wichtig erscheinen bei allem, bedingt durch den Gegenstand der Studie, deren letzten beide Sätze zu sein: "Die Unberechenbarkeit der Wanderdünen im Nahen Osten kann schon bald gänzlich andere

und neue Konfliktformationen ergeben. Wer weiß, wie morgen die Winde wehen werden?"

S.N. Vallard

Thomas Kruchem: Brücken über die Apartheid – Gespräche im Südafrika des Ausnahmezustands. Serie Piper, Bd 349 (Mit Essays von Arnulf Baring und Walter Hättig und einem Glossar von Robert von Lucius). Piper-Verlag, München 1986, 329 S.

Nachdem die offizielle gesellschaftliche Apartheid weitgehend wegreformiert wurde, bleibt noch viel zu tun auf dem Weg der Beseitigung der faktischen, sozialen und vor allem politischen Apartheid. Kruchem hat sich in seinem Interview-Bändchen Verdienste erworben; er läßt die Protagonisten selbst sprechen. Vom Polizeichef über die schwarze Lehrerin bis zum Bischof, dem Industriellen, dem Journalisten. dem Minister. Besser als eigene Schilderungen sind dort, wo man das Objekt des Beschreibens nicht versteht, Fragen und Antworten - Antworten, die mehr eröffnen als etwa langwierige Schilderungen, unter dem Vorzeichen welcher politischen Positionsnahme auch immer. Bei seiner Gliederung in Basis (sog. "einfache Leute"), Opposition, Kirchenführer, Journalisten, Wirtschaft/Gewerkschaften, Hilfsorganisationen, Regierungsvertreter und Experten ist Kruchem durchaus repräsentativ. Wenn er dies wirklich war, hat man sogar Grund, optimistisch zu sein, Vorausgesetzt, die südafrikanische Regierung reformiert zügig und entschlossen Gesellschaft, Staat und Wirtschaft und das von manchen in Kauf genommene Blutbad bleibt aus.

Obwohl seit dem Zeitpunkt der Gespräche, dem Ausnahmezustand im zweiten Halbjahr 1985, sich schon einiges änderte, bleiben die Interviewtexte im Großen und Ganzen aktuell. Aus allem folgt, daß nicht die Frage von Sanktionen, Disinvestment oder außenpolitischer Isolation von den Europäern die größte Bedeutung hat, sondern die Frage, wann wieviele Schwarze wie gut ausgebildet werden können und wie die negativen Interaktionen zwischen schwarzen Bevölkerungsteilen gelöst werden können.

S.N. Vallard

Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Entwicklungspolitik im Wandel. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1986, 256 S.

Die Veröffentlichung von Kongreßprotokollen birgt immer Risiken. Im vorliegenden Band über eine gleichnamige Tagung waren es zum einen die Korrektur-Finishs, über die sich zwar Formalisten aufregen mögen, der Rezensent jedoch nicht, zum anderen die unterschiedliche Qualität der Beiträge. Gerade aber dies macht einen Kongreß aus, der ein Forum sein soll. In jedem Fall gebührt der Hanns-Seidel-Stiftung Dank, weil sie es endlich wagt, einen Finger auf eine Wunde zu legen, die nicht einfach zu heilen ist. Die Frage nämlich, ob Entwicklungshilfe überhaupt den Entwicklungsländern nützt. Sie zu stellen, war lange unmöglich, sie sollte aber wesentlich lauter gestellt werden als je zuvor. In einer Zeit knapper öffentlicher Kassen auch der Geberländer, drängt sich die Frage auf, wer außer öffentlichen Kassen - und mit welchem Ziel - sonst noch geben soll und wie das, was gegeben wird, am effizientesten eingesetzt wird. Dabei

ist die Beteiligung der Wirtschaft an diesem politischen Ziel stärker zu betonen, außerdem die Einbeziehung der Dritten und Vierten Welt in den Welthandel. Hierfür aber müßten wir unsere Märkte öffnen, vor allem unseren Agrarmarkt. Ob hierüber jemals in der Bundesrepublik ein qualifizierter Kongreß zustande kommt, muß momentan angezweifelt werden.

In- und ausländische Journalisten, Politiker (darunter Fritz Pirkl MdEP, Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke, Franz Josef Strauss, u.a.), Verbandsvertreter, diplomatische Vertreter der Dritten Welt, Praktiker der Entwicklungsarbeit kommen mit ihren Beiträgen zu Wort. Die deutsche Entwicklungspolitik braucht heute, nachdem sie ein junges Kind der 50er-Jahre ist, einen Neuanfang, eine Neuorientierung. Gerade die Bundesrepublik mit ihrem großen, kaufkraftstarken Markt, mit ihrer Technologie, aber ohne die zahlreichen "besonderen Beziehungen", wie z.B. Frankreich und Großbritannien, braucht andere Motivationen für eine Dritte- und Vierte-Welt-Politik als zu früheren Zeiten. Mit - womöglich noch religiös gerechtfertigtem - Solidaritätsgedusel und Almosengeberei kommt man nicht voran. Das Protokoll der Hanns-Seidel-Stiftung gibt einem durchaus Hoffnung, daß Erhard Eppler bald vergessen sein dürfte. Wenn die Tagung was möglich ist – eine Fortsetzung findet, sollten das nächste Mal Analysen der sowjetischen Dritte-Welt-Politik und eine kritische Evaluation der EG-Entwicklungspolitik nicht fehlen.

S.N. Vallard

Christine Guillerm and Richard Kirk: Direct Investment Techniques for the USA, Kluwer Lawand Taxation Publishers, Deventer, 1983, 288 p.

This book gives the reader a basic knowledge on anything that one may ever want to know about entering the United States marketplace. It initially describes the various methods of direct investments, and gives valid suggestions for what businesses under what circumstances would fair better with what method. The book then conquers the obstacles that a foreign investor may discover when entering and working in the US market.

One of the obstacles is the difference of the US market compared to one's home market. Some of the differences discussed are more general characteristics (such as Congressional Acts and the sophistication of the market), agreements for indirect penetration into the market, and protection of trademarks and patents. The second obstacle "category" that is tackled is the specifics on how to enter the market through acquistion, subsidiary, or joint venture/partnership. Varying financing options and employment topics are then considered. The discussion of financing options pertains mostly to the various types of banks and their services; the discussion of employment covers labor regulations and standards of compensation. And, last but not least, accounting and law techniques are discussed in such a way that the authors put the technical into a limited scope, for the reason of easier understanding.

Also added to this book are appendices which complement the previous chapters. Their subjects include the transfer of personnel, tax regulations, antitrust regulations, securities regulation, the regional structure of the US, and they even include model contracts as examples.

The definitions and explanations are clear, consistent and logical. And, above all, the organization of the subject matters in this book, testifies for a standard of high-quality. To borrow the saying from the Yellow Pages, you just have to "let your fingers do the walking!"; the topics are laid out with their page number. Therefore the reader does not have to guess under what chapter the topic that pertains to one's specific circumstances lies. For this type of book this is very important; one does not need to read from page one to page 288 to find out the information one needs.

Of course, this book is comparable with a beginning textbook and not a systematic work. It is a good book to learn how one needs to begin for possible direct investment penetration into the US market, and it is an excellent tool to discover the steps one will have to take and to give leads as how to take these steps. But still one should not be fooled into thinking that more research is not important.

Even though it is about entering into the US market, it is written in British-English and not in American-English. But this minor peeve does not affect the quality of a book.

This special one should be consulted by anyone considering making a direct investment in the United States.

Marie Gleason

Summaries

Why Is the Church Silent on Terrorism?

by Professor Wilhelm Hahn, D.D., MEP

Terrorism has become one of the biggest evils in the free Western-style democracies and also in the states of the Third World.

The author points to the attempts at the ideological justification of terrorism not only by the terrorists but also among circles sympathetic to their cause. Then he especially criticizes the lutheran church because of the ambivalence with which this church makes judgement about violence as an instrument of politics.

He also proves that terrorist violence cannot be legitimised as tyrannicide, since the rule of law which is combatted by terrorists, differs basically from tyranny. The church has a duty to cendemn every form of terrorism, no matter where it occurs.

European Environmentalism

by Herbert Grasser, D. Sc.

The author is executive director of Brown, Boveri & Cie, and also chairman of the environment committee of the Federal Association of German Industry. He prefers a moderate balance between environmental interest and the needs of profitable industrial development, to the main conditions of which the capability for technological innovation belongs. He pleads for holistic planning with respect to environmental regulations in order to avoid the production of much greater destruction of the natural environment of man than before. While modern industrial management is generally prepared to recognize the importance of environmentalism, it is necessary to synchronize the environmental aims of the national governments under the agis of the EC, otherwise environmental equipments could be sold with only great difficulty and the parameters of innovation, growth and employment could be robbed of all reasonable economic value.

Culture and Development

by Lothar Kraft, Ph. D.

With respect to the close Connection between very different regions of the contemporary world, the author analyzes the cultural dimension of Development Aid from the point of view of the dialectic between tradition and Modern Times, and between autonomy and dependence.

He proves that the injection of means to underdeveloped countries, where traditional ways of life, culture and economic structure as a result are destroyed, is "deadly".

On the other hand cultural norms are responsible for technological progress and economic wellfare in highly developed countries also.

Main upshot is: the people in the underdeveloped countries are not guiltless with respect to their own state of affairs.

Nevertheless there is a moral duty for the governments of highly developed countries to give development aid especially for projects with economic prospects, and also for human reasons. The aim of development aid must be to support economic autonomy, and the observation of basic human rights.

The Liberal and the Christian-democratic Doctrine on Development Aid

by Ernest F. Enzelsberger

The thesis of the author asserts that every form of development aid must be measured by the rate at which it leads to business activities which are compatible with the profitability criteria of the free world market. The author pleads therefore for two forms of development aid: firstly for humanitarian aid for suffering people, groups and individuals motivated by liberal humanity and Christian solidarity; and secondly for well-selected aid to countries which guarantee the legal conditions of the free market internally and abroad, He examinizes, how closely related liberal and Christian-Democratic concepts of development aid are.

Indochina-Dossier

Vietnam Under the Communist Yoke

A number of Vietnamese authors (Au Dong The, Lam Dang Chan, The An, Tu Nguyen, Nguyen Quoc Khanh, Ph.D., Vu Ngoc Yen and Do Huu Tai) report on the following aspects of the establishment of a Communist tyranny in the whole of Vietnam since the end of South Vietnamese independence. The main topics are: mass expulsion, the boat people, human slave trade with the Soviets, book-

burning and literary censorship, courts and courtsprocedures, the present situation of catholicism and the idea of a Security Pact in the Western Pacific implying opportunities for the self-liberation of the Vietnamese people.

The Vietnamese Occupation of Cambodia

by Nguyen Tan Duc

The author describes the civil war crimes under the Pol Pot regime (Khmer Rouge) and the Vietnamese support for Pol Pot. Then he analyzes the split between Khmer Rouge and Vietnamese Communists which, he documents, has led to the military occupation of the main parts of Cambodia by Vietnamese armed forces. The author shows the suffering of the Khmerspeople under the puppetregime of the Vietnamese Communists in Cambodia and the opportunities for the Khmer resistance fighting along the Thai border.

Forgotten by the World: The Tragedy of Laotian People

by Constanza de Habsbourg

The author speaks from personal experience. At first, she reports on the enforced resettlement of North-Vietnamese in Laos colonized by Vietnamese Communists. Then she illuminates the imperialistic dream pursued by the Vietnamese Communist leadership in extending Vietnamese rule throughout Indochina. This aggressive policy of exporting Vietnamese Communism is willingly supported by the Soviets, she explains, because the Soviets are trying to encircle China from the South, from Indochina, Burma, Malaysia and Thailand.

Venetian Variations

On Spirit Demanded by Politics, On Human Rights, On Regionalism and

European Integration

by Ladislaus Barlay, Ph.D.

After interpreting some cultural and political impressions in the Italian province Venezia, the text reports on the second colloquium of the working group for the "Spiritual Foundations of Christian-Democratic Politics" of the European People's Party (EPP) in November 1986 in the abbey of Praglia.

The author explains, why Christian-Democratic politicians have a duty to acquire for their decisions a solid information base characterized by philosophical reflection and scientific knowledge. Christian-Democratic parties don't need a party fashioned ideology, but they must be well-informed in professional philosophy and science in order to produce powerful dictrines applicable to political action, and they must watch over the real liberty and autonomy of producing and discussing philosophy and science within the competent institutions, In Praglia, beyond that Professor Papisca (Padova) discussed a new development in international law. Human Rights are becoming, he argued, proper conditions for a state which must be fulfilled for taking the norms of the constitution of this state seriously and for recognizing the sovereignity of the same state. The human individual becomes a yardstick for sovereignity within his local and temporal conditions of life.

In the same direction Professor Portelli (Paris) pointed out, that international party organizations have to deliver ideas for a certain ethical consensus and a local resp. regional impact on policy, if they want to be successful.

Finally Dr. Jansen, Secretary General of the EPP emphasized the importance of interregional cooperation within the activities of the EPP, and he also suggested cooperations with autonomous philosophers and scientists for the reason of debating party doctrines and for the publication purposes.

The next meeting of the group is to discuss the issue of free market economy and social market policy in their relevance to Christian-Democratic doctrines.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislaus Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Prof. Dr. Roberto Ma-yorga, Reinhard Stuth, Dr. phil. Christopher Terry, Heiner Wehn.

Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS(SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA).

Libertas Verlag Hintere Gasse 35/1 D-7032 Sindelfingen Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30) LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM, Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976. Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13 - ECU or 30 - DM.

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer a Detach and send to: LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBER-TAS. Annual subscription rate 30.-DM.

Scheck liegt	bei/Ci-joint un cl	neque/A chec	ue is enclosed
--------------	--------------------	--------------	----------------

Schicken	Sie	Rechnung	/Envo	ver une	facture.	/Please ser	id an	invo	ice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account 213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30), D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom		·····	
Adresse/Adi	ress		

Datum/Date......Unterschrift/Signature....